

Beteiligungsbericht

Stand 31.12.2018

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Odenwaldkreises
Michelstädter Straße 12
64711 Erbach
Telefon: 06062 / 70-0
Telefax: 06062 / 70-390
Email: info@odenwaldkreis.de
Homepage: www.odenwaldkreis.de

Kontakte: Alexander Schäfer Tel: 06062 / 70-210
Jürgen Bartmann Tel: 06062 / 70-278

Stand: 31.12.2018

© Kreisausschuss des Odenwaldkreises

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser.

Der Odenwaldkreis ist in unterschiedlichsten Bereichen engagiert. Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2018 geben wir Ihnen einen umfassenden Einblick in das vielseitige Engagement. Die Aufgaben im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge erfüllt der Odenwaldkreis neben eigenem, direktem Engagement auch mit Hilfe eines Eigenbetriebes, Vereinen, Verbänden und Unternehmen, an denen er beteiligt ist. Das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger steht bei allen wirtschaftlichen Aktivitäten des Odenwaldkreises stets an erster Stelle, um dauerhaft eine Steigerung der Lebensqualität für die Menschen unserer Region zu erreichen.

Die Beteiligungen decken hier ein breites Aufgabenspektrum in den Bereichen Gesundheit, Verkehr, Bildung, Soziales sowie erneuerbare Energien und dem Ausbau des schnellen Internets ab. Im medialen Zeitalter kann eine zukunftsfähige Infrastruktur, die einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen besitzt, nur durch ein flächendeckendes Breitbandnetz erzielt werden. Auch die Vorhaltung einer bezahlbaren öffentlichen Mobilitätsgrundversorgung, die allen Bevölkerungsschichten zur Verfügung steht, kann nur durch die Unterstützung von Beteiligungsunternehmen geschultert werden. Die Sanierung und geplante energetische Verbesserung der Gebäude der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH festigt die wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Odenwaldkreis.

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2018 zeigt den Stand der Beteiligungen des Odenwaldkreises auf Basis der Jahresabschlüsse zum 31.12.2018. Der Bericht enthält entsprechend der gesetzlichen Vorgaben - neben allgemeinen Informationen über die Unternehmen auch Angaben über den Gesellschaftszweck, finanzielle Rahmendaten und aktuelle Informationen und Kennzahlen zur Lage der Unternehmen.

Zum Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger ist der Odenwaldkreis verpflichtet, bei seinen Beteiligungsgesellschaften eine verantwortungsvolle Unternehmensführung zu gewährleisten, die das Spannungsfeld zwischen gemeinwohlorientierter Daseinsvorsorge und betriebswirtschaftlichem Erfolg berücksichtigt. Zur Verbesserung der Unternehmenssteuerung und Herstellung von Transparenz in seinen Beteiligungen hat der Odenwaldkreis die Grundlage durch eine Richtlinie in Form eines Beteiligungskodex als Public Corporate Governance am 14.12.2015 durch den Kreistag beschlossen. Mit dem Ziel der positiven Beeinflussung der Unternehmensführung will dieser Kodex Transparenz, Risikobewusstsein und Kontrolle komplexer wirtschaftlicher Zusammenhänge und Abhängigkeiten fördern, sowie das Vertrauen der Öffentlichkeit in Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Beteiligungsunternehmen steigern. Eine Übersicht zur Kodex-Umsetzung ist Bestandteil dieses Beteiligungsberichtes. Gerade in Zeiten angespannter Haushaltslage ist es unser Ziel, öffentliche Aufgaben zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger möglichst wirtschaftlich zu erfüllen.

Im Jahr 2018 erfolgte die Beitritt zum Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. Durch diesen Beitritt wird der Odenwaldkreis intensiver mit der Metropolregion Rhein-Neckar vernetzt und das Standortmarketing des Odenwaldkreises überregional positiv gefördert.

Um einen Einblick in die Beteiligungslandschaft des Odenwaldkreises zu erhalten, empfehle ich Ihnen diesen Bericht.

Ihr Frank Matiaske, Landrat

Inhaltsverzeichnis

1	Abkürzungsverzeichnis	5
2	Grundlageninformationen	7
2.1	Der Beteiligungsbegriff	9
2.2	Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	10
2.3	Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen	11
2.4	Kennzahlen	15
2.5	Erläuterung der Fachbegriffe	16
2.6	Die doppelte Buchführung – eine kurze Betrachtung	17
3.	Beteiligungen	19
	Beteiligungen des Odenwaldkreises.....	21
3.1	Eigenbetriebe	25
	Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis.....	27
3.2	Öffentlich – rechtliche Körperschaften	35
	Hallenbad Zweckverband im Odenwaldkreis.....	37
	ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gießen	45
	Landeswohlfahrtsverband Hessen - Der Kommunalverband der hessischen Kreise und kreisfreien Städte	51
	Wasserverband Gersprenzgebiet.....	53
	Wasserverband Mümling.....	59
	Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd.....	67
	Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis.....	71
3.3	Öffentlich-rechtliche Anstalten	79
	Sparkasse Odenwaldkreis in Erbach/Odenwaldkreis.....	81
	Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis.....	85
3.4	Aktiengesellschaften	87
	HEAG Süd Hessische Energie AG (HSE) / Entega.....	89
3.5	Gesellschaften mit beschränkter Haftung	95
	InA gGmbH – gemeinnützige Gesellschaft für Integration in Arbeit.....	94
	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH Konzernbilanz.....	103
	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH.....	107
	MedInvest GmbH.....	117
	Medizinisches Versorgungszentrum am Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH....	121
	PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH.....	127
	Kurgesellschaft Bad König GmbH.....	133
	Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG) Konzernbilanz.....	139
	Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG).....	145
	Brenergo Gesellschaft für Breitband sowie regenerativer Energien mbH.....	155
	Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH.....	161
	Odenwald Tourismus GmbH.....	167
	Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH.....	169
	Windpark Hainhaus GmbH Co. KG.....	173
	Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH.....	177
	OWAS Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH.....	181
	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH.....	187
	FrankfurtRheinMain GmbH.....	195
3.6	Vereine	201
	Hessischer Landkreistag.....	203
	Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V.	209
	TouristikService Odenwald –Bergstraße e.V.	213
	Klinikverbund Hessen e.V.	217
4.	Beteiligungscodex / Entsprechenserklärungen	219

1. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AfA	Absetzung für Abnutzung (Abschreibung)
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Bergstr.	Bergstraße
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
EAV	Ergebnisabführungsvertrag
DRG	Deutsche Röntgengesellschaft
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
e.V.	eingetragener Verein
eG	eingetragene Genossenschaft
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz
EUR	Euro
EU-WRRL	Europäische Wasserrahmenrichtlinie
FFH	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HKHG	Hessisches Krankenhausgesetz
HKO	Hessische Landkreisordnung
HRB	Handelsregister Abteilung B
KiTa	Kinder Tagesstätte
KGG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KWG	Kreditwesengesetz
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MittelstG	Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen
PKMS	Pflegekomplexmaßnahme-Score
SGB	Sozialgesetzbuch
TEUR, T€	Tausend Euro
Vj.	Vorjahr
WVG	Wasserverbandsgesetz
VZÄ	Vollzeitäquivalent

2. Grundlageninformationen

2.1 Der Beteiligungsbegriff

2.2 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

2.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

2.4 Kennzahlen

2.5 Erläuterung der Fachbegriffe

2.6 Die doppelte Buchführung – eine kurze Betrachtung

2.1 Der Beteiligungsbegriff

Bevor im weiteren Verlauf des Beteiligungsberichts auf die kommunalrechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung und die Beteiligungen des Odenwaldkreises eingegangen wird, soll zunächst erläutert werden, was unter einer Beteiligung zu verstehen ist.

Eine Voraussetzung dafür, dass sich ein Landkreis an einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft beteiligen darf, ist unter anderem, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht der Beteiligung entsprechend den Vorschriften des HGB aufgestellt und geprüft werden müssen. Es ist deshalb zweckmäßig den handelsrechtlichen Beteiligungsbegriff einer kurzen Betrachtung zu unterziehen und die damit verbundenen gesetzlichen Vorschriften aufzuzeigen.

Im HGB werden Beteiligungen im Rahmen der ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften definiert als:

„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligung gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, die insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten“ (§ 271 Absatz 1 HGB).

Eine Ausnahme stellt die eingetragene Genossenschaft dar. Die Mitgliedschaft in einer eingetragenen Genossenschaft ist keine Beteiligung im Sinne der Vorschriften über die Handelsgesetzbücher.

Den Vorschriften des Gemeindefirtschaftsrechts liegt ein umfassenderer Beteiligungsbegriff zugrunde. Beteiligungen im Sinne der HGO liegen immer dann vor, wenn sich ein Landkreis unter Einhaltung der Vorgaben des § 122 HGO an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist, beteiligt oder diese gründet. Entgegen des handelsrechtlichen Beteiligungsbegriffs ist jedoch auch die Mitgliedschaft in einer eingetragenen Kreditgenossenschaft eine Beteiligung im Sinne der HGO.

§ 126 HGO dehnt den Beteiligungsbegriff noch weiter aus. Demnach sind die Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften in § 122 HGO mit Ausnahme des Abs. 1 Nr. 4 auch für „andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts“ anzuwenden. Eine Beteiligung im Sinne der HGO setzt nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsobjekt um ein Unternehmen handelt. So ist beispielsweise auch die Mitgliedschaft in Vereinen als Beteiligung im Sinne der HGO anzusehen.

Auch im vorliegenden Beteiligungsbericht des Odenwaldkreises soll der Beteiligungsbegriff weit gefasst werden. Als Beteiligungen werden alle Anteile an organisatorisch nicht zur Kreisverwaltung des Odenwaldkreises gehörenden Unternehmen und Einrichtungen sowie die Mitgliedschaften in Vereinen angesehen.

Als Beteiligungsobjekte kommen demnach in Frage:

Eigenbetriebe

öffentlich-rechtliche Körperschaften

öffentlich-rechtliche Anstalten

privatrechtliche Gesellschaften

Stiftungen des öffentlichen oder bürgerlichen Rechts

Vereine

2.2 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Durch Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) wird den Gemeinden und den Gemeindeverbänden das Recht zugesichert, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, d.h. durch Selbstverwaltung zu regeln (sog. Territorialprinzip). Durch diese verfassungsmäßig normierte Garantie zur Selbstverwaltung wird den Kommunen neben der Personalhoheit, Finanz- und Vermögenshoheit auch die Organisationshoheit eingeräumt, d.h. das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 52 Abs. 1 HKO ermöglicht es in Verbindung mit § 121 HGO und § 122 HGO, dass hessische Landkreise wirtschaftliche Unternehmen gründen, sich an ihnen beteiligen oder ein wirtschaftliches Unternehmen übernehmen.

Gemäß § 122 Abs. 1 HGO können Landkreise wirtschaftliche Gesellschaften nur gründen oder sich an diesen beteiligen, wenn

die wirtschaftliche Betätigung nach § 121 HGO zulässig ist,

die Haftung und die Einzahlungsverpflichtungen des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,

der Landkreis sich einen angemessenen Einfluss auf das Handeln der Gesellschaft erhält, und gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft entsprechend den Vorschriften des HGB über den Jahresabschluss für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden. Es sei denn, dass andere gesetzliche Vorschriften dem entgegenstehen oder weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten.

Eine wirtschaftliche Betätigung des Landkreises ist gemäß § 121 Abs. 1 HGO nur dann zulässig, wenn

- der öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht
- und der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder werden kann (Subsidiaritätsklausel).

Abweichend dürfen sich Gemeinden ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung im regionalen Umfeld unter Beteiligung privater Dritter erfolgt.

Weiterhin soll die Beteiligung einer Gemeinde 50 % nicht überschreiten; die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden.

Sollte trotz einer durchgeführten Markterkundung die geforderte Beteiligung Dritter bzw. Einwohner nicht erreicht werden können, kann die Gemeinde ihren Anteil an der neuen Gesellschaft entsprechend steigern.

Ein Landkreis darf sich jedoch nur dann an einer Aktiengesellschaft beteiligen bzw. eine Aktiengesellschaft gründen, wesentlich erweitern oder übernehmen, wenn dem öffentlichen

Zweck nicht ebenso gut durch eine andere Rechtsform Rechnung getragen werden kann (vgl. § 122 Abs. 3 HGO).

Möchte sich eine Gesellschaft, an der ein Landkreis mit insgesamt mehr als 50 % beteiligt ist, an einer anderen Gesellschaft beteiligen, dann gelten auch hierfür die Voraussetzungen des § 122 Abs. 1-3 HGO entsprechend (vgl. § 122 Abs. 5 HGO).

2.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen der Kommunen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes). Bezüglich Organisation und Wirtschaftsführung sind sie von der übrigen Kreisverwaltung getrennt, d.h. sie verfügen über eine eigene Planung, Buchführung, Rechnungslegung und Personalwirtschaft.

Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen und gelten als Sondervermögen des Kreises. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll und beschließt insbesondere über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses.

Die Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung, die Betriebskommission, der Kreistag und der Kreisausschuss. Die Betriebsleitung ist für die laufende Betriebsführung des Eigenbetriebs zuständig und führt diesen selbständig, solange in den Rechtsvorschriften oder in der Satzung des Eigenbetriebs nichts Anderes bestimmt ist. Sie ist auch für den Vollzug von Beschlüssen der Betriebskommission verantwortlich und vertritt die Kommune nach außen hin.

Zweckverbände

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Es handelt sich um Zusammenschlüsse mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung die Gebietskörperschaften berechtigt oder verpflichtet sind.

Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Versammlung. Die Verbandssatzung kann darüber hinaus weitere Organe vorsehen.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) nimmt bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften eine Sonderstellung ein. In § 3 MittelstG ist festgelegt, dass die kreisfreien Städte und die Landkreise des Landes zum Landeswohlfahrtsverband Hessen zusammengeschlossen werden. Es handelt sich im Fall des Landeswohlfahrtsverbandes demnach nicht um einen freiwilligen Zusammenschluss.

Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

Organe sind die Verbandversammlung und der Vorstandsvorstand.

Öffentlich-rechtliche Anstalten

Bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts handelt es sich um einen verselbständigten Bestand an personellen und sachlichen Mitteln, der zur dauerhaften Erfüllung bestimmter Aufgaben in der Hand eines Trägers öffentlicher Verwaltung dient. Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gegründet werden. Anstalten des öffentlichen Rechts haben keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies ist auch der Hauptunterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkassen haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten.

Aktiengesellschaften (AG)

Aktiengesellschaften sind Kapitalgesellschaften. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass sie neben ihren Gesellschaftern, die sowohl natürliche als auch juristische Personen sein können, als eigene Rechtsperson (juristische Person) existieren.

Geschäftsführendes Organ ist der Vorstand. Weitere Organe sind die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Eine juristische Person ist Träger von Rechten und Pflichten, kann Eigentum erwerben und veräußern, Rechtsgeschäfte abschließen und auch rechtswirksam vor Gericht klagen bzw. selbst verklagt werden. Da ihr jedoch die natürliche Handlungsfähigkeit fehlt, muss sie bei ihren Handlungen durch natürliche Personen, wie z.B. den Geschäftsführer oder den Vorstand, vertreten werden.

Besonderes Merkmal der Aktiengesellschaft ist die Zerlegung des Grundkapitals in Aktien. Das Grundkapital einer Aktiengesellschaft muss nach dem AktG mindestens 50.000 € betragen. Gesellschafter einer Aktiengesellschaft sind ihre Aktionäre. Die Aktionäre sind mit ihrem Anteil am Grundkapital beteiligt, ohne „persönlich“, d.h. mit ihrem Privatvermögen, für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist wie die AG eine juristische Person und zählt ebenfalls zu den Kapitalgesellschaften. Es handelt sich um eine Rechtsform, die vor allem bei kleineren und mittelständischen Unternehmen Anwendung findet.

Die Organe der GmbH sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung, wobei die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich von den Geschäftsführern vertreten wird. Die Gesellschaft wird durch die in ihrem Namen von den Geschäftsführern vorgenommenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung gefasst. Die Bildung eines Aufsichtsrats ist zulässig, jedoch gesetzlich nicht erforderlich.

Die Haftung der Gesellschafter einer GmbH ist auf deren Kapitaleinlage, d.h. auf deren Anteil am Stammkapital der GmbH, beschränkt. Sie haften somit im Gegensatz zu den Gesellschaftern von Personengesellschaften nicht mit dem Privatvermögen. Das Stammkapital muss laut GmbHG mindestens 25.000 € betragen.

Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Verwendung des Zusatzes „g“ vor der Bezeichnung ist eine firmenrechtliche Besonderheit, die auf die gemeinnützige Tätigkeit der Gesellschaft hinweisen soll.

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften gibt es keine Unterschiede zur herkömmlichen GmbH, allerdings sind die Gewinne der gGmbH weitgehend gebunden und dürfen nur unter besonderen Umständen an die Gesellschafter ausgeschüttet werden. Entsprechen die Satzung und die tatsächliche Geschäftsführung den Anforderungen der Gemeinnützigkeit, dann besteht die Möglichkeit, dass die gGmbH ganz oder teilweise von bestimmten Steuern, z.B. Körperschafts- und Gewerbesteuer, befreit wird. Die Gemeinnützigkeit einer Körperschaft ist ein steuerrechtlicher Tatbestand und ergibt sich aus der Abgabenordnung.

Da für die gGmbH grundsätzlich die Vorschriften des GmbH-Gesetzes gelten, verfügt auch sie über die Organe Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung.

Stiftungen des öffentlichen Rechts oder bürgerlichen Rechts

Stiftungen können in verschiedenen Rechtsformen und zu jedem legalen Zweck errichtet werden. Auch wenn mit Stiftungen keine einheitliche Rechtsform verbunden ist, weisen sie jedoch einheitliche, charakteristische Merkmale auf. Eine Stiftung ist eine Einrichtung, die auf Dauer mit Hilfe eines gestifteten Vermögens einen vom Stifter festgelegten Zweck verfolgt. Welchen Zweck die Stiftung verfolgt wird vom Stifter in der Satzung festgelegt.

Das Hessische Stiftungsgesetz definiert öffentliche Stiftungen wie folgt:

„Stiftungen des öffentlichen Rechts sind Stiftungen, die ausschließlich oder überwiegend öffentliche Zwecke verfolgen und mit dem Land, einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer sonstigen Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts in einem organisatorischen Zusammenhang stehen“
(§ 2 Abs. 1 Hessisches Stiftungsgesetz)

Die meisten Stiftungen werden in privatrechtlicher Form, meist als rechtsfähige Stiftung im Sinne des BGB, errichtet und dienen in der Regel gemeinnützigen Zwecken. Denkbar sind jedoch auch Gründungen in anderen Rechtsformen, wie z.B. Stiftungsvereine und Stiftungs-GmbHs. Sie können sowohl als juristische Personen (rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen oder öffentlichen Rechts), als auch in Trägerschaft eines Treuhänders (treuhänderische Stiftung) errichtet werden. Hierbei handelt es sich um vom Treuhänder verwaltete unselbständige Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Stiftungen können, müssen aber nicht, gemeinnützig sein. Die Gemeinnützigkeit wird einer Stiftung nach den Regeln der Abgabenordnung durch das Finanzamt zuteil. Gemeinnützige Stiftungen sind von den meisten Steuern befreit.

Das Stiftungsvermögen muss auf Dauer erhalten werden und darf nur dem Stiftungszweck entsprechend verwendet werden. Aus den Erträgen des Stiftungsvermögens werden im Sinne des Stiftungszwecks die laufenden Ausgaben bestritten. Auch Zuwendungen sind ausschließlich für den vorbestimmten Zweck zu verwenden.

Organe der Stiftung sind in der Regel der Stiftungsrat und der Stiftungsvorstand.

Die Haftung der Stiftung gegenüber Verbindlichkeiten ist abhängig von der jeweils verwendeten Rechtsform.

Vereine

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist.

Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht (e.V.) erlangen. Vereine deren Zweck wirtschaftlicher Natur ist, erlangen ihre Rechtsfähigkeit ausschließlich durch staatliche Verleihung, wenn der wirtschaftliche Verein laut Bundesgesetzen zugelassen ist. Zuständig für die Verleihung ist die jeweilige Landesbehörde.

2.4 Kennzahlen

Eine betriebswirtschaftliche Kennzahl wird innerhalb der Betriebswirtschaft zur Beurteilung von Unternehmen eingesetzt. Sie dient als Basis für Entscheidungen (Problemerkennung, Ermittlung von betrieblichen Stark- und Schwachstellen, Informationsgewinnung), zur Kontrolle (Soll-Ist-Vergleich), zur Dokumentation und/oder zur Koordination (Verhaltenssteuerung) wichtiger Sachverhalte und Zusammenhänge im Unternehmen. Sie ist kein absoluter Wert und obliegt zumeist der Definitionshoheit der Beteiligten. Die Kennzahlen in diesem Bericht sollen den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit geben eine grobe Beurteilung der Entwicklung des Unternehmens im Verlauf der letzten drei Jahre vorzunehmen. Mit diesen Kennzahlen sollen jedoch nicht betriebsübergreifende Vergleiche angestellt werden, es soll lediglich ein Verlauf der letzten Jahre dargestellt werden.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität des Unternehmens und die Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern.

$$\text{Berechnung: Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} * 100 \%$$

Eigenkapitalrentabilität

Die Kennzahl Eigenkapitalrentabilität wird auch als Unternehmerrentabilität oder Eigenkapitalrendite bezeichnet. Sie bringt die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals zum Ausdruck.

$$\text{Berechnung: Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} * 100 \%$$

Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur.

$$\text{Berechnung: Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} * 100 \%$$

Personalintensität

$$\text{Berechnung: Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen}}{\text{Betriebsleistung}} * 100 \%$$

2.5 Erläuterung der Fachbegriffe

- **Abschreibung (AfA)**

Wertminderung der Betriebsmittel (Anlagen, Maschinen...) die jedes Jahr ermittelt werden.

- **Aktiva (Mittelverwendung)**

Summe der Vermögensgegenstände und bzw. Vermögenswerte.

- **Aufwand**

Aufwand sind die Ausgaben oder auch Unkosten eines Unternehmens für Güter, Dienstleistungen und öffentliche Abgaben in einem Jahr. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Erträge dem Aufwand gegenübergestellt.

- **Bilanzsumme**

Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt wenn man die Aktiva oder Passiva addiert.

- **Eigenkapital**

Das Eigenkapital ist der Vermögensteil, der nach Abzug sämtlicher Schulden übrigbleibt. Es sind die Mittel, mit denen sich ein Unternehmen selbständig finanziert.

- **Eigenkapitalquote**

Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Kennzahl zur Beurteilung der finanziellen Stabilität und Unabhängigkeit eines Unternehmens.

Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, desto größer ist die wirtschaftliche Sicherheit und finanzielle Stabilität des Unternehmens sowie Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern.

- **Eigenkapitalrentabilität**

Die Eigenkapitalrentabilität bezeichnet das Verhältnis zwischen Jahresüberschuss und Eigenkapital. Mit dieser Kennzahl wird errechnet, wie hoch die Verzinsung des Eigenkapitals in einem Jahr war. Je höher die Eigenkapitalrentabilität, desto positiver ist die Beurteilung des Unternehmens.

- **Gezeichnetes Kapital**

Beschränkung der Haftung der Gesellschafter gegenüber den Gläubigern.

- **Jahresüberschuss**

Positive Differenz zwischen den Erträgen und den Aufwendungen des betreffenden Geschäftsjahrs.

- **Passiva (Mittelherkunft)**

Summe aus Eigenkapital und Fremdkapital.

- **Umsatzerlös**

Die Umsatzerlöse sind alle Erträge, die ein Unternehmen in einer Periode mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet hat.

2.6 Die doppelte Buchführung – eine kurze Betrachtung

Nachfolgend werden die Grundzüge des Rechnungslegungssystems erläutert.

Im Rahmen der doppelten Buchführung werden die Wertzuwächse und Ressourcenverbräuche in Form von Erträgen und Aufwendungen periodengerecht abgebildet.

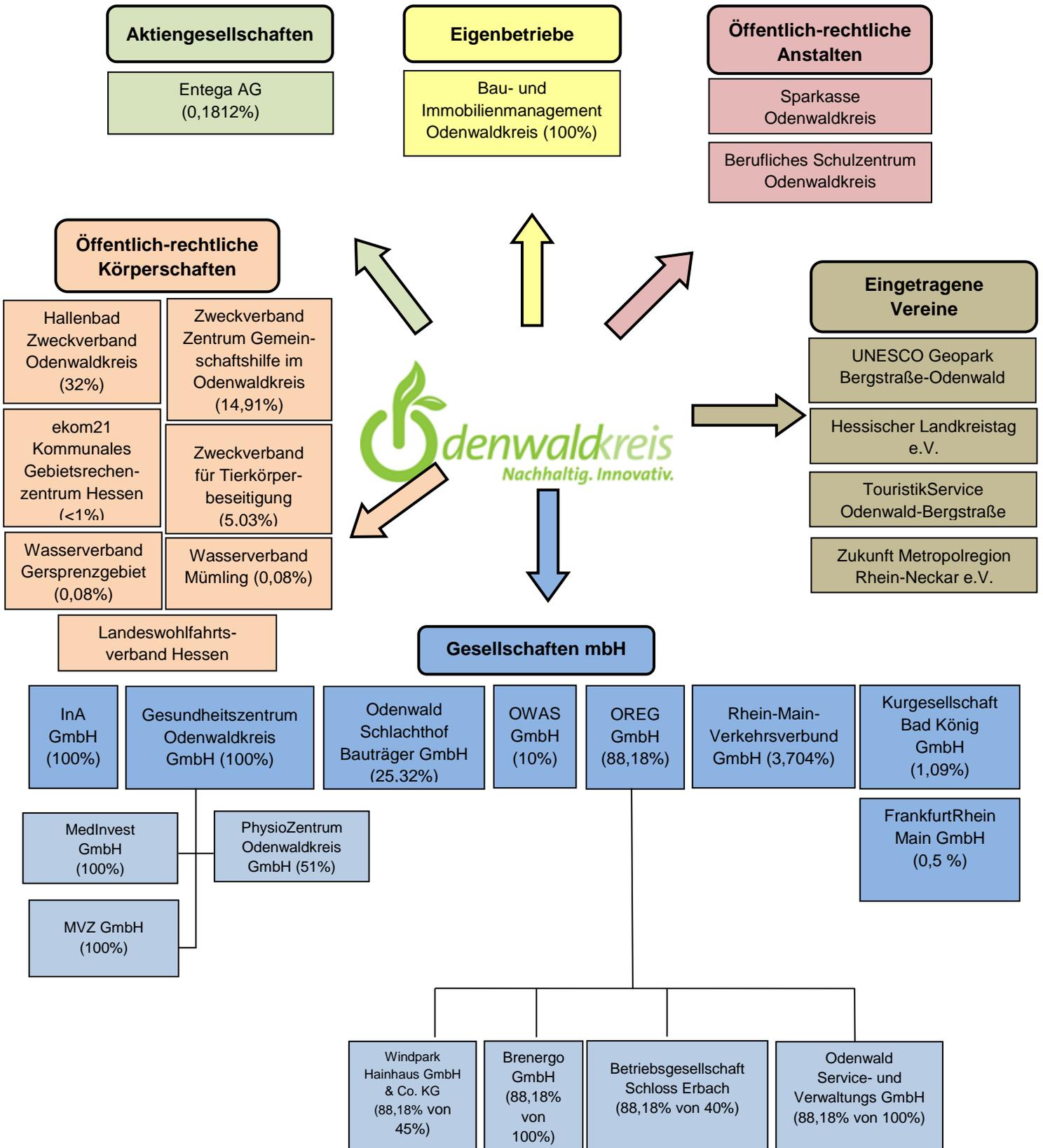
Die Bilanz (Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital) und die Gewinn- und Verlustrechnung (Kategorisierung von Erträgen und Aufwendungen und Ausweis des unternehmerischen Erfolgs als Unterschiedsbetrag) sind Instrumente der Buchführung, werden am Ende eines Wirtschaftsjahres erstellt und bilden den Jahresabschluss.

Aussagen der beiden Seiten der Bilanz	
Aktiva	Passiva
Formen des Vermögens	Herkunft, Quellen der Finanzierung
Worin investiert?	Wie wurde finanziert?
Wie wurden die Mittel eingesetzt?	Woher stammen die Mittel?

3. Beteiligungen

Beteiligungen des Odenwaldkreises

Stand 31.12.2018



Eigenbetriebe	öffentlich-rechtliche Körperschaften	öffentlich-rechtliche Anstalten	Aktiengesellschaft (AG)	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	Eingetragener Verein (e.V.)
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis (BIMO) S. 27	Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis S. 37	Sparkasse Odenwaldkreis S. 81	Entega AG Beteiligung: 0,1812 % S. 87	InA gGmbH Beteiligung: 100,00 % S. 97	Hessischer Landkreistag e.V. S. 203
	ekom21 Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen S. 45	Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis S. 85		Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH KONZERN S. 103 GmbH Beteiligung: 100,00 % S. 107	UNESCO Geopark Bergstraße-Odenwald e.V. S. 207
	Landeswohlfahrtsverband Hessen S. 51			MedInvest GmbH* Beteiligung: 100,00 % S. 117	TouristikService Odenwald-Bergstraße e.V. S. 213
	Wasserverband Gersprenzgebiet S. 53			MVZ Odenwaldkreis GmbH* Beteiligung: 100,00 % S. 121	Klinikverbund Hessen e.V. S. 217
	Wasserverband Mümling S. 59			PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH Beteiligung: 51,00 % S. 127	
	Zweckverband f. Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd S. 67			Kurgesellschaft Bad König GmbH Beteiligung: 1,09 % S. 133	
	Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis S. 71			Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG) KONZERN S. 139 GmbH Beteiligung: 88,18 % S. 145	
				Brenergo GmbH* Beteiligung: 88,18 % von 100,00 % S. 155	
				Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH* Beteiligung: 88,18 % von 40,00 % S. 161	
				Odenwald Tourismus GmbH* Beteiligung: 88,18 % von 71,4 % S. 167	
				Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH Beteiligung 88,18 % von 100,00 % S.169	
				Windpark Hainhaus GmbH & Co KG Beteiligung 88,18 % von 45,00 % S. 173	
				Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH Beteiligung: 25,23 % S. 177	
				Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH (OWAS) Beteiligung: 10,00 % S. 181	
				Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH Beteiligung: 3,704 % S. 187	
				Frankfurt Rhein Main GmbH Beteiligung 0,5 S. 195	

3.1 Eigenbetriebe

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis

**Bau- und Immobilienmanagement
Odenwaldkreis**

Helmholtzstr. 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/9520, Telefax: 06062/95229
E-Mail: info@-odenwald.de



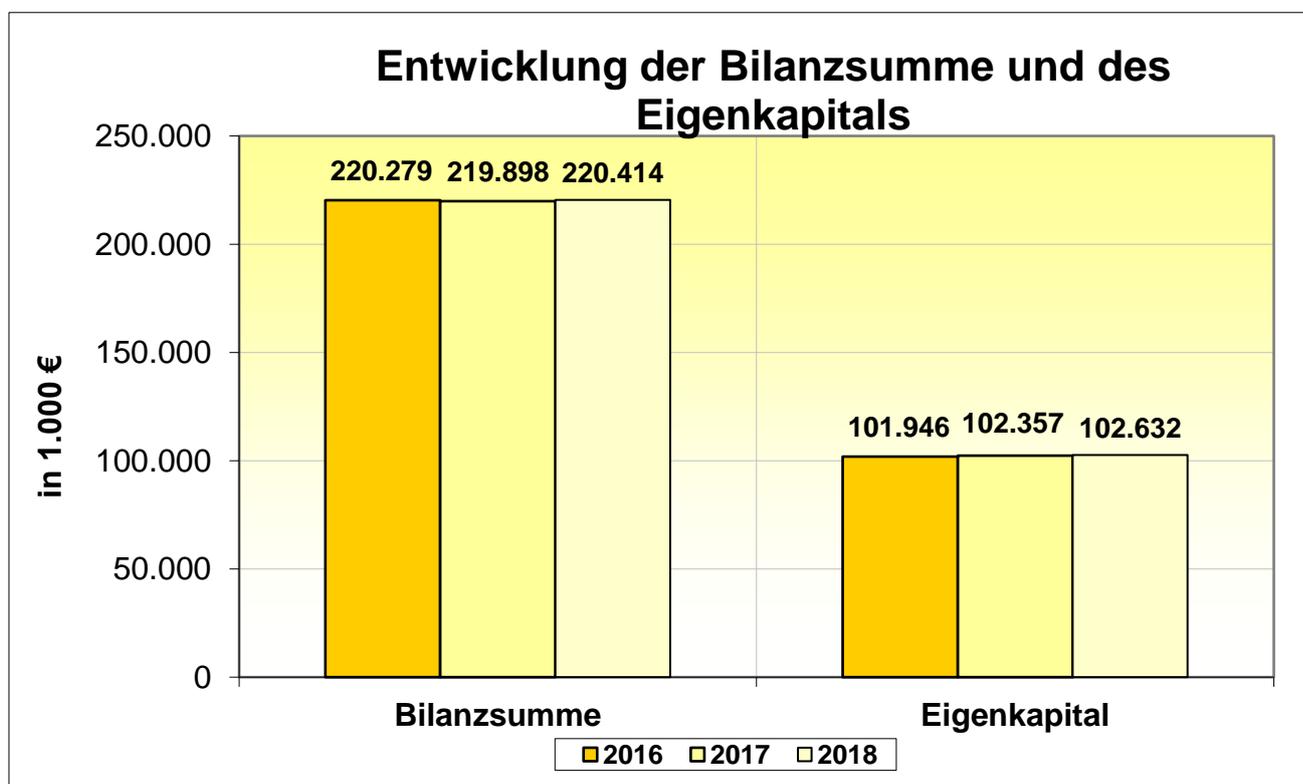
Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Eigenbetriebes ist insbesondere die Durchführung von Baumaßnahmen, das Betreiben (Verwaltung) und die Bewirtschaftung, einschließlich des Energiemanagements, die Bauunterhaltung und Planung von Gebäuden und Liegenschaften einschließlich der Kreisstraßen und ihrer Straßenausstattung des Odenwaldkreises. Weiterer Unternehmensinhalt ist das zentrale Beschaffungsmanagement sowohl für den Eigenbetrieb als auch für die gesamte Kreisverwaltung.

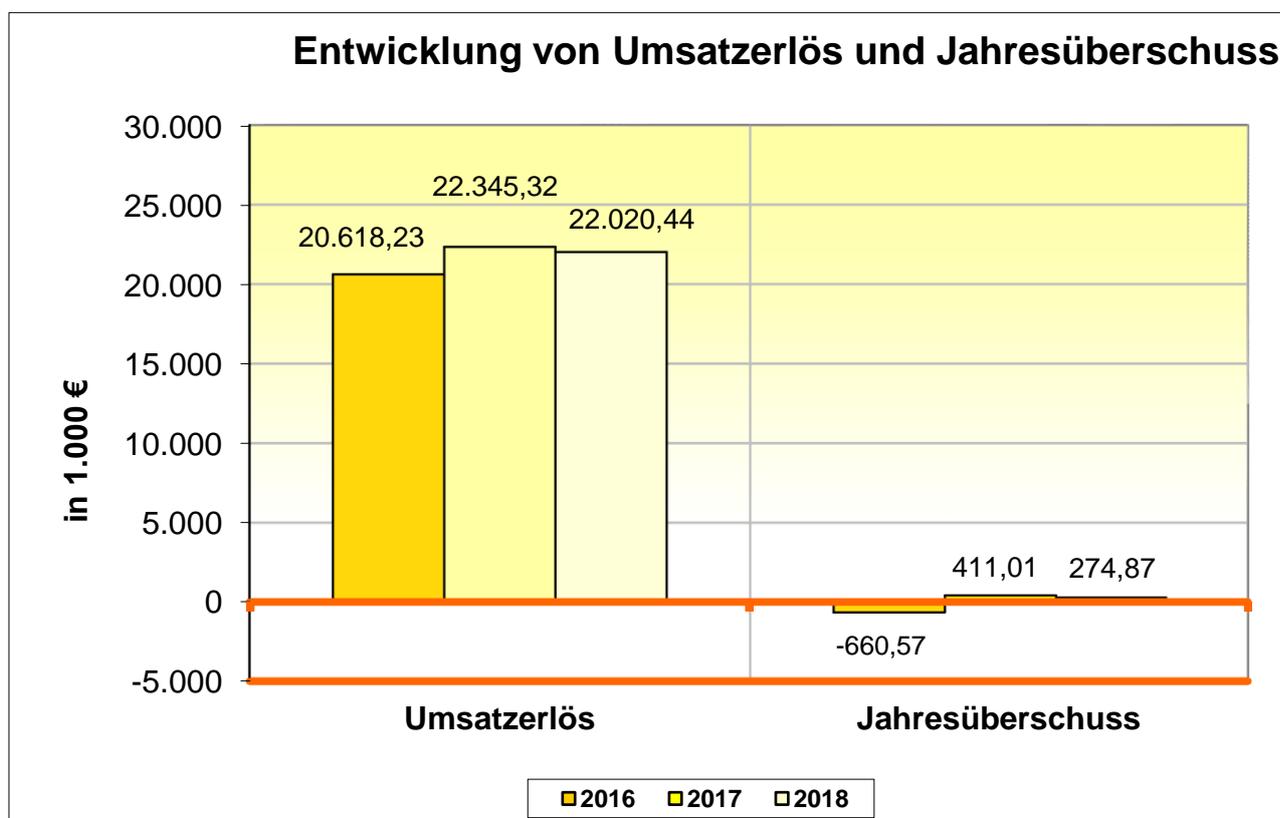
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach (Odw.)
Gründungsjahr:	2007
Stammkapital:	1.000.000,00 €
Betriebsleitung:	Oliver Grobeis, bis 31.03.2018 Rainer Zelta, ab 01.04.2018
Betriebskommission:	Frank Matiaske, bis 31.03.2018 Oliver Grobeis, ab 01.04.2018 Britta Bönsel Elisabeth Bühler-Kowarsch Harald Buschmann Sandra Funken Michael Gänsle Raoul Giebenhain Rüdiger Holschuh Ralf Kott Michael Krämer Karl-Ludwig Kunstein Dr. Michael Reuter Franz Röchner Hans-Georg Stosiek Günter Verst
Beteiligungen:	-/-
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	115.395,93	127.587,78	125.591,14
II. Sachanlagen	214.496.194,19	214.299.304,33	213.692.374,33
III. Finanzanlagen	37.500,00	37.500,00	37.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	109.176,03	116.103,52	118.133,11
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	248.864,85	183.558,77	287.045,65
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	29.266,98	0,00	1.228.145,26
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.242.230,00	5.134.079,00	4.924.730,00
Gesamt	220.278.627,98	219.898.133,40	220.412.519,49
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00
II. Rücklagen	101.606.269,98	100.945.704,22	102.761.799,61
III. Bilanzgewinn	-660.565,76	411.012,55	-1.130.212,95
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	52.192.532,30	50.116.036,17	48.383.039,11
C. Rückstellungen	3.447.132,97	2.901.141,00	3.224.754,42
D. Verbindlichkeiten	62.693.258,49	64.524.239,46	66.174.139,30
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	220.278.627,98	219.898.133,40	220.413.519,49



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	20.618.227,54	22.345.321,57	22.020.435,03
2. Eigenleistungen	171.699,41	191.346,75	220.363,13
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.096.658,34	2.315.173,03	2.437.539,74
4. Materialaufwand	-11.208.597,35	-11.642.347,68	-11.800.765,78
5. Personalaufwand	-3.371.358,86	-3.084.571,30	-3.404.351,93
6. Abschreibungen	-6.280.358,16	-6.331.589,11	-6.550.498,80
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-387.429,72	-1.141.326,39	-562.574,31
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,31	22.500,00	1,24
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.289.551,60	-2.253.211,90	-2.075.007,31
10. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
11. sonstige Steuern	-9.556,67	-10.282,42	-10.271,12
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-660.565,76	411.012,55	274.869,89
13. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00
14. Ausschüttung an den Odenwaldkreis	0,00	0,00	0,00
15. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.155.529,63	-1.816.095,39	-1.405.082,84
16. Bilanzverlust/Bilanzgewinn	-1.816.095,39	-1.405.082,84	-1.130.212,95



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Zuschuss	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	72	73	70
Personalkosten in €	3.371.358,86	3.084.571,30	3.404.351,93

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	46,28	46,55	46,56
Eigenkapitalrentabilität	-0,64	1,81	0,27
Verschuldungsgrad	64,88	65,87	67,62
Personalintensität	16,35	13,11	15,46
Anlagenintensität	97,37	97,45	96,95

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Der Eigenbetrieb hat seine satzungsgemäßen Aufgaben im Berichtsjahr wahrgenommen. Hierzu gehören die bedarfsgerechte Versorgung der Kreisverwaltung und der kreiseigenen Schulen mit Gebäuden, Räumen und den dazugehörigen Grundstücken einschließlich der mit ihrem Betrieb in engem Zusammenhang stehenden Anlagen, Ausstattungen und Dienstleistungen sowie die Versorgung des Odenwaldkreises mit Kreisstraßen und deren Ausstattung mit sämtlichen damit in Zusammenhang stehenden Managementleistungen. Zu diesem Zweck sind insbesondere die Durchführung von Baumaßnahmen, das Betreiben, die Bewirtschaftung (einschließlich des Energiemanagements), die Bauunterhaltung und die Planung von Gebäuden und Liegenschaften einschließlich der Kreisstraßen und Ihrer Straßenausstattung erforderlich.

Ebenfalls zu den Aufgaben des Eigenbetriebs zählen die zentrale Beschaffungs- und Submissionsstelle sowie das Fuhrparkmanagement als Dienstleister für die gesamte Kreisverwaltung. Gerade bei der Beschaffung entstehen Synergien durch die Bündelung der Vorgänge und der weiteren Ausprägung von Standards.

Die nach dem Landesaufnahmegesetz erforderliche Unterbringung von dem Kreis zugewiesenen Flüchtlingen dezentral in vom Eigenbetrieb angemieteten Wohnungen bindet auch in 2018 insbesondere personelle Ressourcen. Die Belegung erfolgt durch die Hauptabteilung „Arbeit und Soziale Sicherung“ des Kreises, der dem Eigenbetrieb den entstehenden Mietaufwand einschließlich der Nebenkosten im Zuge vierteljähriger Abrechnungen vollständig erstattet.

Außer den laufenden Aufgaben wurden im Rahmen des Investitionsprogramms 2018 im Schulbereich unter anderem folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Sanierung/Ersatzneubau Gebäude E, Grundschule Bad König (Fortsetzungsmaßnahme)
- Sanierung Oberzentschule Beerfelden (Fortsetzungsmaßnahme)
- Ersatzneubau des Schulschwimmbades der Ernst-Göbel-Schule (Maßnahmenbeginn) teilweise mit Mitteln aus dem Kommunalinvestitionsprogramm I
- Errichtung eines Ganztagesangebotes Stadtschule Michelstadt (Fortsetzungsmaßnahme)
- Sanierung Sporthalle Stadtschule Michelstadt (Fortsetzungsmaßnahme)
- Sanierung Campushalle B (Maßnahmenende)
- Fassaden- und Dachsanierung Theodor-Litt-Schule Michelstadt (Fortsetzungsmaßnahme) teilweise mit Mitteln aus dem Kommunalinvestitionsprogramm I
- Umgestaltung des Außengeländes im Hauptzugangsbereich der Beruflichen Schulen

Neben diesen geplanten Maßnahmen hat den Eigenbetrieb im Jahr 2018 der Großbrand des Verwaltungsgebäudes der Schule am Treppenweg getroffen. Vermutlich durch Brandstiftung kam es in der Nacht vom 27. auf den 28. November 2018 zur vollständigen Zerstörung des Dachstuhls und, durch Löschwassereinwirkung, fast des gesamten Inventars in diesem Gebäude. Die Erstellung eines Notdaches nach Abtragen der Brandschäden, die Aufrechterhaltung der Energieversorgung und die provisorische Errichtung von Klassenräumen konnte in kürzester Zeit umgesetzt werden. Glücklicherweise wurde keine Person verletzt; die Sachschäden sind durch die bestehenden Versicherungen gedeckt. Der Wiederaufbau und die vorgesehene Errichtung eines Mensengebäudes im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms II werden die Schule am Treppenweg noch mehrere Jahre begleiten.

Bei den Kreisstraßen wurden in 2018 insgesamt 1.616.382,58 € investiert; dies sind rund 490.000 € mehr als im Vorjahr. Die grundhafte Sanierung der OD Laudenu im Verlauf der K 77 bildete mit Gesamtkosten über 1 Mio. € den Schwerpunkt des Jahres. Da es sich um eine anerkannte Maßnahme im Rahmen der Verkehrsinfrastrukturförderung handelt, stehen zur Finanzierung rund 2/3 aus Landesmitteln zur Verfügung. Daneben wurde als zweite größere Straßenbauvorhaben in 2018 die K 48 von der Einmündung in die Bundesstraße 45 bis nach Etzean (Stadtteil der Stadt Oberzent) grundhaft saniert. Dafür mussten aus Eigenmitteln rd. 550.000 € aufgewendet werden. In der Regel wird jährlich nur ein Antrag auf Landesförderung, in seltenen Ausnahmefällen werden zwei positiv beschieden. Da dies aber bei einem Gesamtbestand von rd. 152 Kreisstraßen-Kilometern kaum ausreicht, werden zusätzlich zu den geförderten – wie bei der oben beschriebenen Sanierung der K 45 – meist noch weitere „kleinere“ Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, deren Finanzierung dann aus Eigenmitteln erfolgen muss.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Mieterlöse für Schulen, Verwaltungs- und sonstige Liegenschaften - Haupteinnahmequelle für den Eigenbetrieb – stiegen in 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 130.282,39 € auf insgesamt 12.867.691,94 €. Die Erlöse aus Mietnebenkosten betragen im

Berichtsjahr 5.985.992,39 €. Diesen Einnahmen stehen entsprechende Aufwendungen insbesondere für Energie und Fremdreinigung gegenüber. Die Mietnebenkosten werden an den Odenwaldkreis liegenschaftsbezogen weiterbelastet, sodass sich Veränderungen letztlich nicht beim Eigenbetrieb, sondern in der Rechnungslegung des Kreises wirtschaftlich niederschlagen. Da die Energie- und Reinigungskosten gestiegen sind, fallen die korrespondierenden Erlöse auch höher aus (+ 226.863,82 €).

Die Personalkosten liegen um rd. 320.000 € über dem Vorjahresergebnis. Grund dafür sind neben Tarifierhöhungen und Entgeltstufensteigerungen in einem nicht unerheblichen Ausmaß die Zuführungen an die Pensionsrückstellungen. Für die Berechnung der Zuführungs- und Auflösungsbeträge bedient sich der Eigenbetreiber der Versorgungskasse und eines Finanzmathematikers.

Die Abschreibungen liegen insgesamt um 218.909,69 € höher als im Vorjahr. Der Gesamtbetrag in Höhe von rd. 6,55 Mio. € ergibt sich aus den Abschreibungen des bereits vorhandenen Anlagevermögens und der Neuaktivierungen im Laufe des Geschäftsjahres.

Das Wirtschaftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresgewinn von 274.869,89 €. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus 2014, 2015, 2016 und 2017 ergibt sich ein Verlustvortrag aus Vorjahren von insgesamt 1.405.082,84 €. Mit dem Jahresgewinn in Höhe von 274.869,89 € reduziert sich dieser Betrag auf 1.130.212,95 €.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Der Eigenbetrieb wird unverändert fortgeführt werden. Neue Geschäftsfelder sind mittelfristig nicht erkennbar. Durch die Einführung neuer gesetzlicher Regelungen im Vergabewesen, insbesondere durch die Verpflichtung zur elektronischen Vergabe (E-Vergabe) wurde die Errichtung einer zentralen Vergabestelle für den Kreis und seine kreisangehörigen Kommunen thematisiert. Diese führte im Jahr 2019 zur Gründung der „Vergabestelle Odenwaldkreis“ im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit. Die zentrale Vergabe wird über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom Kreis und 11 seiner 12 kreisangehörigen Kommunen getragen. Wie erwartet ist die Vergabestelle beim Eigenbetrieb angesiedelt.

Für das Wirtschaftsjahr 2019 sind lt. Wirtschaftsplan Investitionsmaßnahmen von rd. 11,2 Mio. € vorgesehen. Der Großteil entfällt mit rd. 8,7 Mio. € auf Schulbaumaßnahmen. Schwerpunkte bilden der Abschluss der Arbeiten für den Ersatzneubau des Gebäudes E an der Grundschule Bad König, die Fortsetzung des Ersatzneubaus des Schulschwimmbades der ernst-Göbel-Schule Höchst und die Dach- und Fassadensanierung der Theodor-Litt-Schule Michelstadt. Durch den Brand des Verwaltungsgebäudes der Schule am Treppenweg Erbach wird sich der Baubeginn des Neubaus einer Aula/Mensa in jedem Falle verzögern. Das 2. Kommunalinvestitionsprogramm „KIP macht Schule“ stellt insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von 10.033.441,00 € zur Verfügung. Die ursprünglich geplanten Großprojekte „Berufliche Schulen des Odenwaldkreises – Ersatzneubau N-Bau“ und der „Ersatzneubau einer Großsporthalle an der Georg-August-Zinn Schule“ mussten wegen schwer abschätzbarer Risiken bei der Auslegung der Ausführungsrichtlinien aus dem

Maßnahmenplan herausgenommen werden. In Reichelsheim erfolgt nunmehr ersatzweise die Sanierung der bestehenden Großsporthalle und richtlinienkonform an verschiedenen Schulen Sanierungsmaßnahmen in „kleinerem“ Umfang.

Für Investitionen in die Kreisstraßen sind rd. 1,24 Mio. € eingeplant. Die aus dem Jahr 2018 zu übertragenden Mittel ergänzen die Mittelbereitstellung für das Wirtschaftsjahr 2019.

Für den Eigenbetrieb Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis besteht satzungsgemäß keine Gewinnerzielungsabsicht. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages in Höhe von 1.405.082,84 € und dem Jahresgewinn 2018 in Höhe von 274.869,89 € ergibt sich in Summe ein Verlustvortrag von 1.130.212,95 €. Ziel des Eigenbetriebs ist es, in den Folgejahren diesen Verlust durch nachhaltiges Wirtschaften mittelfristig weiter abzubauen und schließlich auszugleichen. Dies auch unter angemessener Berücksichtigung der vom Gesamtverbund Odenwaldkreis eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des Kommunalen Schutzschirmes.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung:

Durch eine regelmäßige Berichterstattung in den Sitzungen der Betriebskommission werden Tendenzen und Entwicklungen zeitnah berichtet und ggf. Gegenmaßnahmen ergriffen. Bei der Risikobewertung fließt ein, dass bei den Gebäuden grundsätzlich unvorhergesehene Schäden auftreten können, die unverzüglich behoben werden müssen (z.B. Heizungsanlagen, Dächer/Witterungseinflüsse, Schadstoffemissionen usw.). Durch präventive Prüfung und Wartung der Gebäude und Anlagen im täglichen Geschäftsbetrieb können zum Teil Schäden bereits in einem frühen Stadium erkannt und oftmals noch mit verhältnismäßig wenig Aufwand beseitigt werden. Die finanziellen Risiken von unvorhersehbaren Schadensereignissen werden weitgehend durch den vom Eigenbetrieb gewählten Versicherungsschutz abgedeckt (siehe Großbrand „Schule am Treppenweg“).

Kaum planbar sind die Auswirkungen der konjunkturellen Entwicklung auf die Kosten. Die bereits im Vorjahr erkennbare Überhitzung des Marktes und die zusätzliche Nachfrage durch die Investitionsprogramme haben die Baupreise weiter anziehen lassen. Durch höhere gesetzliche Anforderungen an den baulichen Brand- und Wärmeschutz, Arbeitsschutz und Hygiene wird die Kostensituation zusätzlich verschärft, sodass die Maßnahmenliste bei begrenzter Mittelbereitstellung stetig angepasst werden muss.

Ein Schwerpunkt bei den Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Investitionsplanes ist die Optimierung der Energieeffizienz des betroffenen Gebäudes oder Gebäudeteils. Maßnahmen zur Energieeinsparung kommen nicht direkt dem Eigenbetrieb zu Gute, vermindern jedoch über niedrige Nebenkostenabrechnungen die entsprechenden Aufwendungen des Odenwaldkreises und tragen somit zur nachhaltigen Konsolidierung des Kreishaushaltes bei.

3.2 Öffentlich – rechtliche Körperschaften

Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis

ekom21

Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KIV)

Landeswohlfahrtsverband Hessen

Wasserverband Gersprenzgebiet

Wasserverband Mümling

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis

Hallenbad Zweckverband im Odenwaldkreis



Michelstädter Str. 12
64711 Erbach
Telefon: 06061/74163, Telefax: 06061/74186
E-Mail: maul@michelstadt.de

Gegenstand des Unternehmens

Dem Verband obliegen folgende Aufgaben:
Die Errichtung und Unterhaltung eines Hallenbades einschließlich Vornahme eventuell notwendig werdender Umbauten und Erweiterungsbauten sowie der Betrieb der Anlage.

Die Anlage soll folgenden Zwecken dienen:
Den Schulen als Ausbildungsstätte für den Schwimm- und Sportunterricht, den Sportvereinen und -verbänden als Übungs- und Wettkampfstätte und der Bevölkerung zur sportlichen Betätigung und zur Gesunderhaltung. Die Anlage wird ohne Gewinnstreben betrieben (vgl. § 5 Satzung, Stand 03.04.2003).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach (Odw.)
Gründungsjahr:	1968
Mitglieder:	Odenwaldkreis (32,00 %) Stadt Erbach (28,00 %) Stadt Michelstadt (40,00 %)
Verbandsversammlung:	<u>Verbandsmitglied Odenwaldkreis:</u> Sandra Funken Michael Gänssle Eva Heldmann Rekha Krings Stephan Krieger <u>Verbandsmitglied Stadt Michelstadt:</u> Carola Ehlers Andreas Klar Tim Koch PD Dr. Andreas Untergasser Georg Walther <u>Verbandsmitglied Stadt Erbach:</u> Otto Ihrig Inge Mertinkat Bernd Pfau Jürgen Reiter

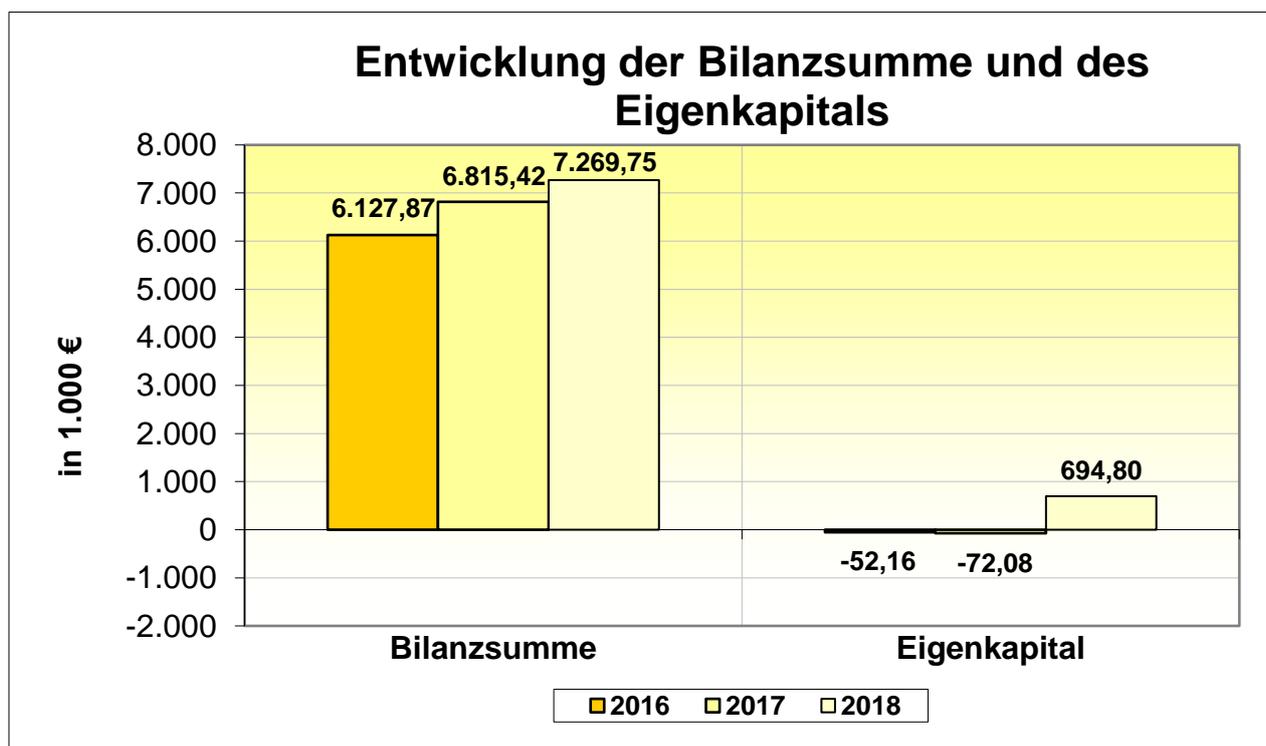
Verbandsvorstand: Stefan Kelbert (Stadt Michelstadt) Verbandsvorsitzender
Oliver Grobeis (Odenwaldkreis) stv. Verbandsvorsitzender
Harald Buschmann (Stadt Erbach) bis 21.07.2018
Dr. Peter Traub (Stadt Erbach) ab 22.07.2018

Geschäftsführung: Rolf Maul (kaufm. Geschäftsführer)
Gunnar Krannich (techn. Geschäftsführer)

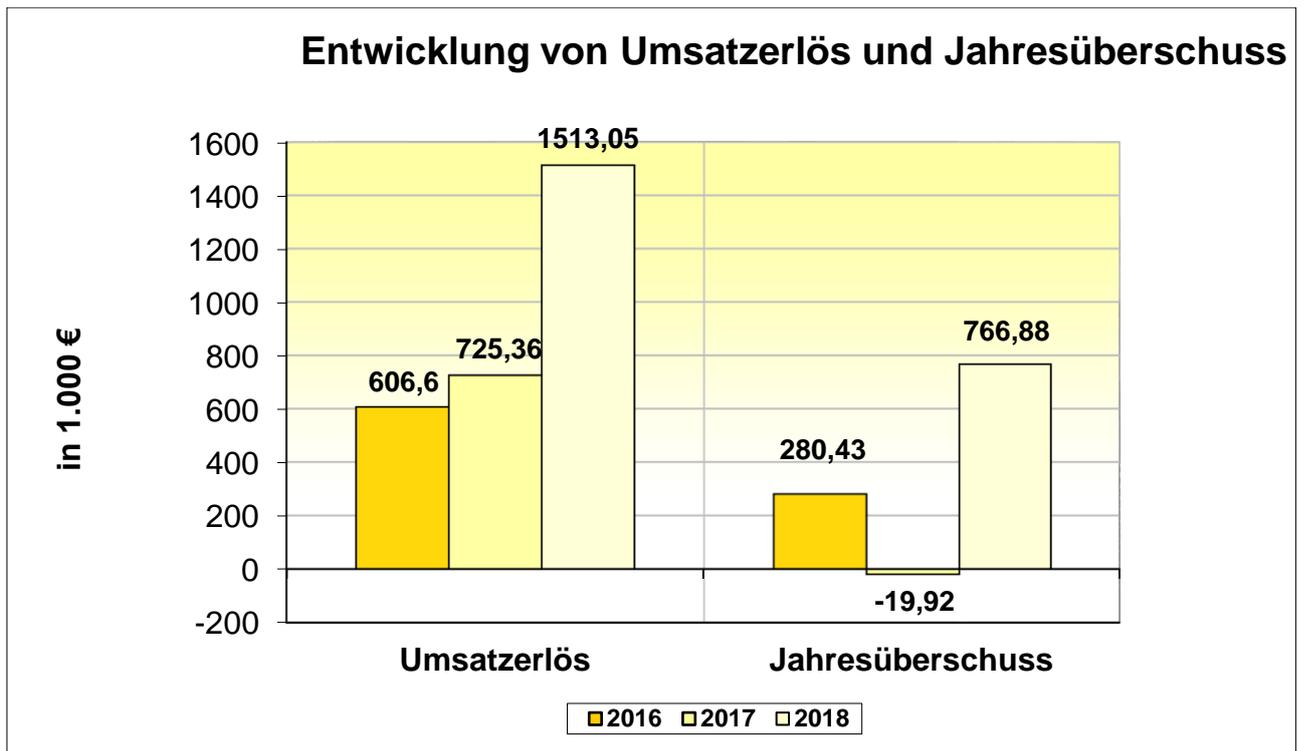
Beteiligungen: keine

Abschlussprüfer: Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016	2017	2018
	€	€	€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	5.910.677,50	6.704.969,58	6.474.963,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	160.255,43	31.488,54	791.176,99
II. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	406,64	5.014,14	3.607,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.369,31	1.871,91	0,00
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	52.156,27	72.075,04	0,00
Gesamt	6.127.865,15	6.815.419,21	7.269.747,63
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen	845.838,42	845.838,42	845.838,42
II. Bilanzgewinn/-verlust	-897.994,69	-917.913,46	-151.038,02
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	52.156,27	72.075,04	0,00
B. Sonderposten z. Finanzierung des Anlagevermögens	816.130,94	768.316,94	720.502,94
C. Rückstellungen	158.850,00	159.550,00	49.957,42
D. Verbindlichkeiten	5.151.556,24	5.887.552,27	5.804.486,87
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.327,97	0,00	0,00
Gesamt	6.127.865,15	6.815.419,21	7.269.747,63



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	606.603,36	725.361,24	1.513.051,63
2. Sonstige betriebliche Erträge	47.814,00	47.814,00	47.814,00
3. Materialaufwand	-57.076,41	-325.052,22	-313.699,72
4. Personalaufwand	-7.468,20	-6.845,85	-7.468,20
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-188.530,76	-313.598,38	-347.363,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-49.786,27	-65.696,57	-45.535,15
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-71.125,79	-81.900,99	-79.924,12
9. Ergebnis gewöhnliche Geschäftstätigkeit	280.429,93	-19.918,77	766.875,44
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
11. Jahresüberschuss/-verlust nach Verbandsumlage	280.429,93	-19.918,77	766.875,44
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.178.424,62	-897.994,69	-917.913,46
13. Bilanzgewinn/-verlust	-897.994,69	-917.913,46	-151.038,02



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Umlage zum Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis	193.920,00	195.360,00	195.360,00
Sonderumlage	0,00	0,00	12.480,00
zusammen	193.920,00	195.360,00	207.840,00

Anteil des Kreises an den Schulden	2016	2017	2018
	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.994.080,98	5.723.337,68	5.673.788,73
– davon Anteil des Kreises 32 %	1.598.105,91	1.831.468,05	1.815.612,39

Personal	zum 31.12.2016	zum 31.12.2017	zum 31.12.2018
Anzahl der Mitarbeiter	1 geringfügig Beschäftigte	1 geringfügig Beschäftigte	1 geringfügig Beschäftigte
Personalkosten in €	7.468,20	6.845,85	7.468,20

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	-0,85	-1,06	9,56
Eigenkapitalrentabilität	Auf Grund des negativen Eigenkapitals ist hier kein realistischer Wert abbildbar.		
Verschuldungsgrad	-10.181,72	-8.390,01	842,61
Personalintensität	1,23	0,94	0,49

Zusammenfassung des Lageberichtes

Geschäftsentwicklung:

Das Odenwald-Hallenbad stand nach einer über 4-jährigen Schließung mit einer erneuten Sanierung ab dem 03.03.2017 wieder für den regulären Badebetrieb, den Schulsport sowie für die Aktiven der zahlreichen Sportvereine zu den Öffnungszeiten zur Verfügung.

Das Betreibermodell mit dem eigenen Fachpersonal der Städte Michelstadt und Erbach hat sich gut bewährt und wird von den Besuchern des Hallenbades, den Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Schulsports sowie von den Vereinen positiv angenommen. Für das Jahr 2018 kann im Vergleich zum Vorjahr (Rumpfsaison) ein positives Fazit für den Besuch gezogen werden.

Die neuen technischen Anlagen der Badewassertechnik sorgen zuverlässig für einen reibungslosen Badebetrieb.

Im Jahr 2017 wurden bereits mehr als 20 Gewerke fertig gestellt, schlussgerechnet und das Bad in Betrieb genommen. Insgesamt wurden im Jahr 2018 mit den Übergaben der Schlussrechnungen weitere Gewerke in Höhe von 226.949,00 € (Vorjahr: 1.140.289,11 €) ausbezahlt. Die Gesamtinvestitionssumme der erneuten Hallenbadsanierung beläuft sich damit auf 4.353.959,41 €. Noch nicht alle Gewerke sowie die Baunebenkosten sind schlussgerechnet. Alle Maßnahmen werden sich innerhalb des Wirtschaftsplanes 2018 mit den insgesamt bewilligten Investitionsmitteln von 4,4 Mio. € bewegen.

Umsatzentwicklung:

Mehr als 70 % der erwirtschafteten Erträge sind durch Verträge fixiert und unterliegen keinen Schwankungen. Hierzu gehören die Verbandsumlage und die vom Odenwaldkreis als Schulträger zu zahlende Jahrespauschale. Wesentliche Erträge, welche von Jahr zu Jahr variieren, sind Benutzungsgebühren, die Erlöse von Gruppen und Vereinen und die Einspeisevergütung aus der Photovoltaikanlage.

Die Besucherzahlen entwickelten sich wie folgt:

Im Berichtsjahr wurden für die vorgenannten Zeiträume insgesamt 47.443 Besucher (Vorjahr: Rumpfsaison 2017 36.225 Besucher) gezählt.

Diese Zahl teilt sich auf die verschiedenen Besuchergruppen wie folgt auf:

Erwachsene 42,74 %, Jugendliche 12,77 %, Schulen 29,37 % und Vereine 15,12 %.

Finanzlage:

Über das Jahr 2018 war die Liquidität gewährleistet. Im Wirtschaftsplan 2018 war eine Kreditaufnahme in Höhe von 400.000,00 € (Vorjahr: 100.000,00 €) vorgesehen. In Bezug auf die Einnahmen durch Verpachtung der Sauna und der Cafeteria ergaben sich für das Jahr 2018, analog wie im Vorjahr, keine Erträge.

Die Verbandsumlage wurde im Jahr 2018, wie im Vorjahr, auf 610.500,00 € festgesetzt. Mit einem Grundsatzbeschluss vom 19.12.2016 hat die Verbandsversammlung die Erhebung einer Sonderumlage bei den Verbandsmitgliedern zur Verlustabdeckung der Sonderabgänge durch Abbruch im Anlagevermögen in Höhe von 780.000,00 € aus dem Jahresabschluss 2015 gefasst. Die Sonderumlage wird über 20 Jahre verteilt. Die Gremien der Verbandsmitglieder haben zur Erhebung der Sonderumlage jeweils ihre Zustimmung erteilt. Die Sonderumlage verteilt sich entsprechend § 13 der Verbandssatzung nun wie folgt:

		insgesamt	pro Jahr
Odenwaldkreis	32 % =	249.600,00 €	12.480,00 €
Kreisstadt Erbach	28 % =	218.400,00 €	10.920,00 €
Stadt Michelstadt	40 % =	312.000,00 €	15.600,00 €
insgesamt		780.000,00 €	39.000,00 €

Risikobericht:

Anhängige Verfahren beim Landgericht Darmstadt betreffen mit einem Streitwert von 1.279.062,00 € sowie 91.800,00 € Mängel aus der Sanierung. Mit Blick auf den zurückliegenden Verhandlungsverlauf bleibt es derzeit schwer einschätzbar, ob in 2020 ein Abschluss der Klageverfahren zu erwarten ist. Weiter bleibt der Ausgang der Verfahren offen. Selbst bei juristischem Erfolg müssen die hieraus folgenden Forderungen sowohl vom Haftpflichtversicherer als auch vom Beklagten beglichen werden. Planerhaftpflichtversicherungen decken üblicherweise nur Haftpflichtschäden von insgesamt ca. 500.000,00 € ab.

Ein weiteres Verfahren wird derzeit vorbereitet und eingeleitet (Kündigung durch das Elektrounternehmen). Hier wird es um Schäden aus erneuter Bauvergabe und aus gestörtem Bauablauf infolge unzulässiger Kündigung des Auftragnehmers in Höhe von ca. 100.000,00 € gehen.

Es wird hierzu festgehalten, dass für den Hallenbadzweckverband finanzielle Risiken hinsichtlich der laufenden Prozesskosten bestehen. Insbesondere die Überschreitung der vertraglich vereinbarten Haftungssumme von 500.000,00 € ist kritisch zu sehen. Führt dies doch dazu, dass der Verband einen Teil der Mängelbeseitigung selbst zu tragen hat.

Planabweichungen werden kurzfristig erkannt und werden regelmäßig untersucht. Liquiditätskontrollen und die Kreditüberwachung erfolgen durch die Geschäftsführung. Ein Risikofrüherkennungssystem existiert derzeit nicht und ist für das Jahr 2019 nicht erforderlich.

Schlussbetrachtung:

Die erneute Hallenbadsanierung ist baulich abgeschlossen, trotz einiger besonderer Umstände beim Bauen im Bestand im kontrollierten Prozess. Mit den Wirtschaftsplänen 2015 bis 2018 wurden bisher für die Sanierung des Hallenbades insgesamt 4,4 Mio. € bereitgestellt.

Das Hallenbad wurde nachhaltig für die nächsten Jahrzehnte ertüchtigt und es wurde so wieder den Schulen, Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht und dies wird auch eine positive Wirkung in der Region mit sich bringen.

In 2019 werden die restlichen Bereiche der Cafeteria im Hallenbad (Küche und Lagerraum) baulich und technisch fertig gestellt. Für die Verpachtung der Cafeteria an einen Pächter ab dem Jahr 2020 ist geplant, als Betreiber in die technische Ausstattung der Küche zu investieren. Ab 2020 wäre es dann möglich, die Cafeteria an einen Betreiber zu verpachten und so die Qualität des Bades weiter zu steigern.

**ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen
Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gießen**

Standort Gießen
Carlo-Mierendorff-Straße 11
35398 Gießen
Telefon: 0641/9830-0
Telefax: 0641/98302020
E-Mail: KIV@KIV.de



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Körperschaft ekom 21 Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen ist die Bereitstellung von informations- und kommunikationstechnischen Anlagen und die Sicherstellung von landeseinheitlichen und rechenzentrumsspezifischen Verfahren sowie Programmentwicklungen und -prüfungen.

Die ekom 21 hat bei Bedarf allgemeine und anwenderspezifische Schulungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik durchzuführen.

Die Verbandsversammlungen haben in Ihrer Sitzung am 11. und 13. Dezember 2007 den Zusammenschluss der Körperschaften KIV in Hessen und KGRZ Kassel zur Körperschaft ekom 12 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen - Körperschaft des öffentlichen Rechts – beschlossen. Die Körperschaft ist damit seit 01.01.2008 Rechtsnachfolgerin

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz: Gießen

Gründungsjahr: 1996

Stammkapital: 11.600.000,00 €

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter eines jeden Mitgliedes (495 Mitglieder) der ekom21 – KGRZ Hessen. Sie werden von den Vertretungskörperschaften der Mitglieder gewählt bzw. von den zuständigen Gremien benannt.

Bürgermeister a.D. Harald Plünnecke, Waldeck-Frankenberg
(Vorsitzender),

Stadtrat Jan Schneider, Frankfurt am Main (Stellvertreter)

Bürgermeister Werner Schuchmann, Ober-Ramstadt
(Stellvertreter)

Verbandsvorstand:

Dem Verbandsvorstand gehörten im Jahr 2018 an:

Bürgermeister Gerhard Schultheiß, Nidderau (Vorsitzender)
Bürgermeister Hartmut Linnekugel, Volkmarsen (stellv. Vorsitzender)

Bürgermeister Horst Burghardt, Friedrichsdorf
Gertrud Gerlach, ekom21 – KGRZ Hessen
Dr. Joachim Benedix, Amtsleiter, Kassel
Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis
Bürgermeister Christian Klein, Battenberg
Bürgermeister Ulrich Künz, Kirtorf
Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke, RP Kassel
Landrat Manfred Michel, LK Limburg-Weilburg
Karl-Heinz Müller, ekom21 KGRZ Hessen
Bürgermeister Rafael Reißer, Darmstadt
Bürgermeister Andreas Siebert, Niestetal
Kreisbeigeordneter Oswin Veith, MdB, Wetteraukreis
Friedrich Wagner, ekom21 – KGRZ Hessen

Finanzausschuss:

Die Verbandsversammlung hat einen Finanzausschuss gebildet, dem folgende Mitglieder angehören:

Geschäftsführender Direktor Karl-Christian Schelzke, Hess. Städte- und Gemeindebund (Vorsitzender),

Geschäftsführender Direktor Matthias Drexelius, Hessischer Landkreistag (stellv. Vorsitzender),

Geschäftsführender Direktor Stephan Gieseler, Hessischer Städtetag (stellv. Vorsitzender)

Bürgermeister Wolfgang Gottlieb, Birstein
Bürgermeister Lars Burkhard Steinz, Heuchelheim
Bürgermeister Stefan Gensler, Schenklengsfeld (bis 30.04.2018)
Bürgermeister Michael Aufenanger, Ahnatal (ab 21.06.2018)
Karl-Helmut Tepel, Korbach
Kreisbeigeordneter Roland Seel, Hochtaunuskreis
Landrat Christian Engelhardt, Bergstraße
Verwaltungsdirektor Udo Umbach, Kassel
Kreisbeigeordnete Ingrid Friedrich, Limburg-Weilburg
Kreisbeigeordneter Dr. Philipp Rottwilm, Schwalm-Eder-Kreis
Kreisbeigeordneter Harald Plünnecke, Waldeck-Frankenberg
Bürgermeister Eric Engels, Fränkisch Crumbach
Bürgermeister Roland Esch, Aßlar

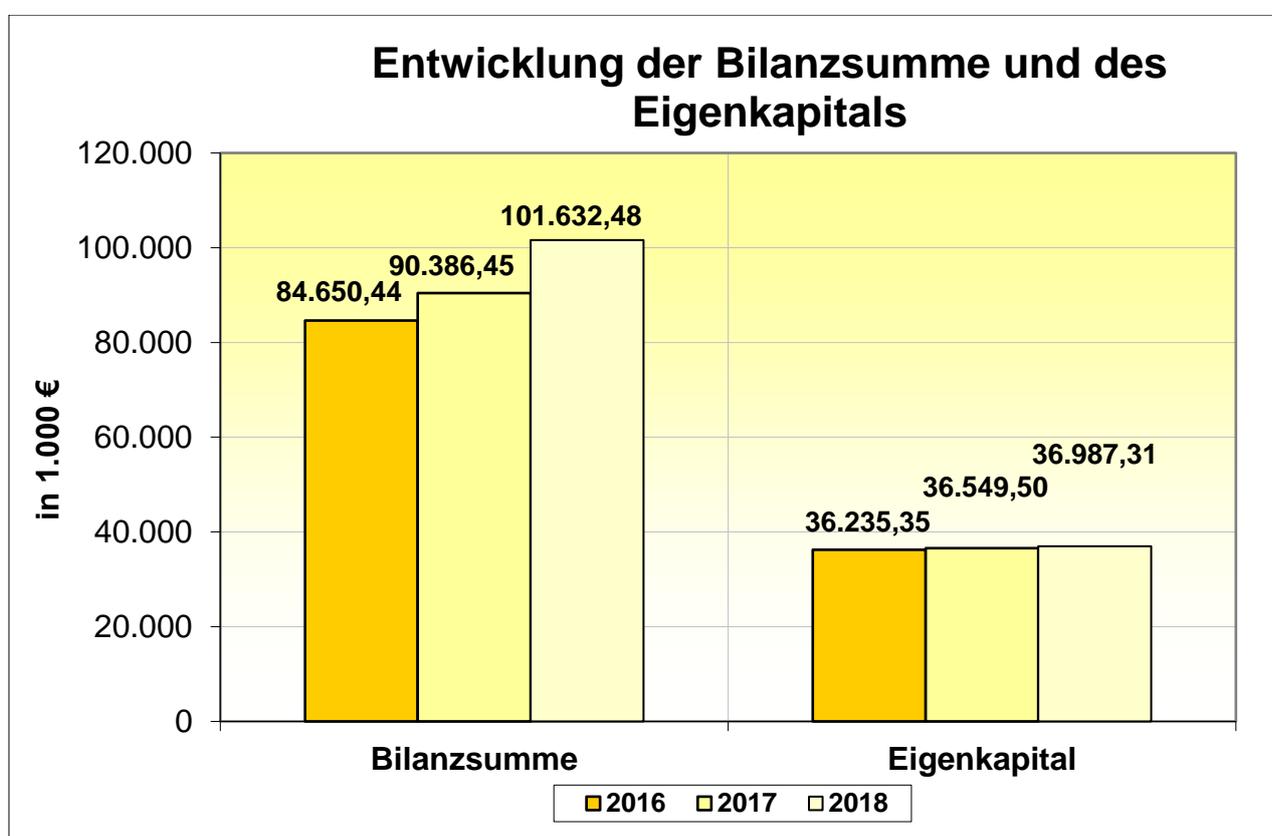
Fachbereichsleiter IT Joachim Fröhlich, Darmstadt
Bürgermeister Björn Brede, Frankenau
Bürgermeister Andreas Nickel, Großalmerode (bis 10.06.2018)
Bürgermeister Manfred Ludewig, Vellmar (ab 06.12.2018)
Bürgermeister Frank Börner, Gudensberg
Erster Stadtrat Uwe Hajdu, Heusenstamm
Magistratsdirektor Thomas Krüger, Mörfelden Walldorf
Bürgermeister Werner Schuchmann, Ober-Ramstadt
Bürgermeister Jürgen Hoffmann, Rodgau
Bürgermeister Steffen Wernard, Usingen

Geschäftsführung: Bertram Huke / Ulrich Künkel

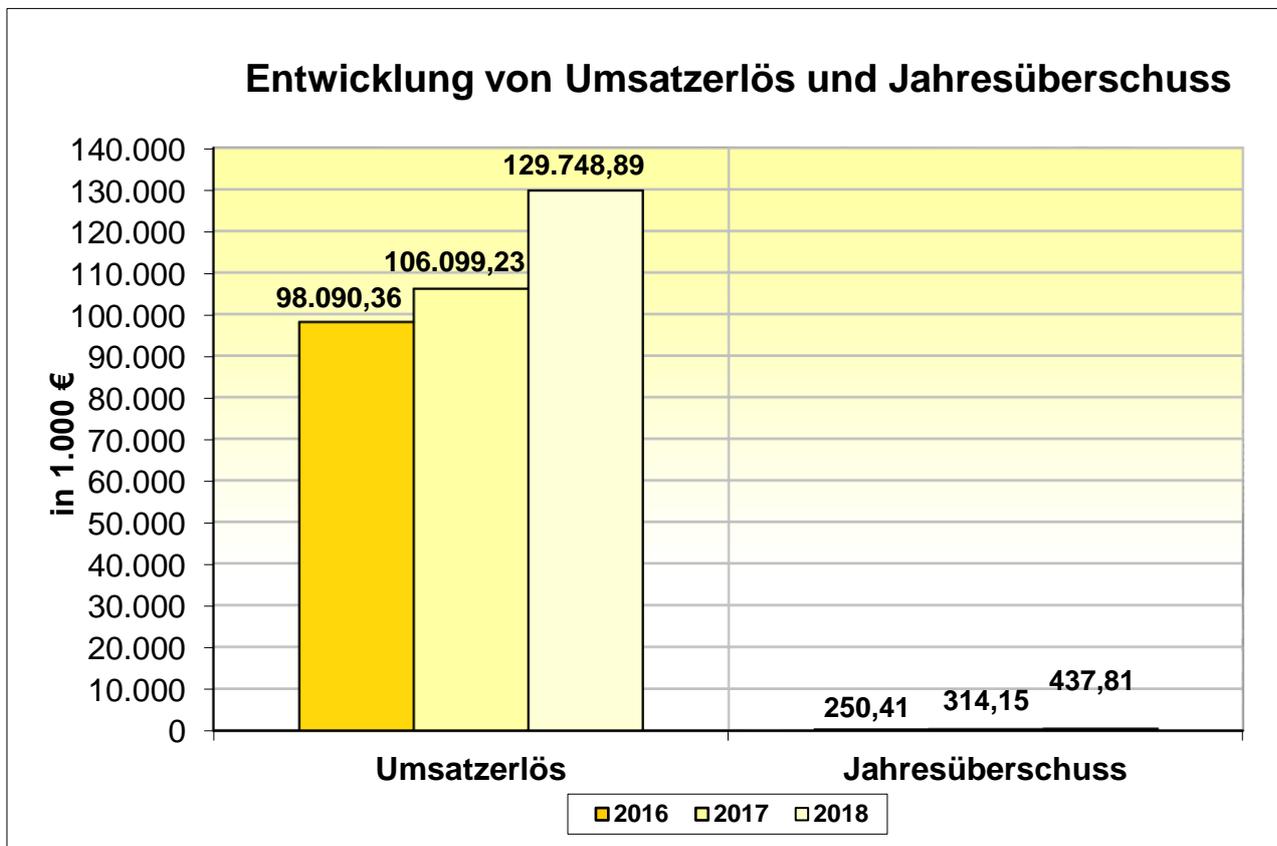
Beteiligungen: ekom21 GmbH (100,00 %)
KIV Thüringen (48,83 %)
KOPIT eG (25,00%)

Abschlussprüfer: AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.102.879,02	6.093.862,77	7.357.029,00
II. Sachanlagen	10.302.357,18	10.570.955,82	10.983.450,09
III. Finanzanlagen	2.985.064,93	2.977.458,59	3.078.005,84
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	706.129,64	1.720.862,14	6.207.580,24
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.325.487,31	12.806.167,88	16.724.071,79
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinst.	53.941.450,77	54.576.585,66	55.589.207,56
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.287.075,20	1.640.552,95	1.802.140,01
gesamt	84.650.444,05	90.386.445,81	101.632.484,53
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.600.000,00	11.600.000,00	11.600.000,00
II. Rücklagen	24.790.403,53	24.790.403,53	24.790.403,53
III. Gewinn-/Verlustvortrag	405.461,66	155.053,23	159.098,85
IV. Jahresgewinn	250.408,43	314.152,08	437.810,00
B. Rückstellungen	35.710.811,62	38.784.943,70	43.794.129,44
C. Verbindlichkeiten	12.700.432,00	15.046.625,79	20.849.474,01
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.850,13	5.373,94	1.568,70
gesamt	84.650.444,05	90.386.445,81	101.632.484,53



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	98.090.358,37	106.099.227,25	129.748.894,26
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.086.384,64	5.110.624,76	5.032.114,66
3. Materialaufwand	-52.340.954,42	-58.904.530,62	-78.705.336,35
4. Personalaufwand	-36.654.897,23	39.222.558,29	43.037.710,40
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-3.610.248,15	3.623.962,44	3.801.533,08
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.981.329,28	8.857.026,47	8.388.123,96
7. Erträge aus Beteiligungen	24.757,77	40.423,76	25.886,79
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Finanzanlagevermögens	968,93	827,76	830,51
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	702.273,44	749.135,50	640.901,84
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.026.868,12	-1.061.547,47	-1.051.260,46
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	290.445,95	330.381,53	464.663,81
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	
13. Steuern vom Einkommen und v. Ertrag	-5.488,13	-1.510,74	-7.718,10
14. Sonstige Steuern	-34.549,39	-14.718,71	-19.135,71
15. Jahresüberschuss	250.408,43	314.152,08	437.810,00



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Anteil des Odenwaldkreises an der Verbandsumlage	0,00	0,00	0,00

Mit der Verbandsumlage für das Jahr 2009 ist die versicherungstechnische Lösung der Beamtenversorgung der ekom21/KGRZ in Hessen ausfinanziert.

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	434,30	434,51	470,66
Personalkosten in €	36.654.897,23	39.222.558,29	43.037.710,40

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	42,81	40,44	35,80
Eigenkapitalrentabilität	0,70	0,87	1,19

Auf eine Zusammenfassung des Lageberichtes wird an dieser Stelle verzichtet, da die Beteiligung des Odenwaldkreises an der ekom 21 deutlich unter 1 % liegt.

**Landeswohlfahrtsverband Hessen
- Der Kommunalverband der hessischen
Kreise und kreisfreien Städte**

Ständeplatz 6-10
34117 Kassel
Telefax: 0561/1004-0, Telefax: 0561/1004-2595
E-Mail: info@lwv-hessen.de



Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben des Landeswohlfahrtsverbandes:

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) ist als Kommunalverband höherer Ordnung Träger sozialer Aufgaben von überörtlicher Bedeutung, die ihm durch Gesetz übertragen sind oder die er durch Beschluss der Verbandsversammlung übernommen hat. Er wirkt auf einen sozialen Ausgleich und auf eine gleichmäßige Versorgung aller hessischen Einwohner mit sozialen Einrichtungen und Diensten hin (vgl. § 1 der Hauptsatzung, Stand 29.03.2017).

Für kranke und behinderte Menschen plant und finanziert der Landeswohlfahrtsverband Maßnahmen, sozialpolitische Projekte und Programme (z.B. betreutes Wohnen). Der LWV ist der größte Krankenhausträger in Hessen. Hierzu gehören insbesondere eine Vielzahl von Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie, Tageskliniken und Institutsambulanzen im Bereich der Gemeindepsychiatrie für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Er hat damit maßgeblich Anteil an der Gestaltung der sozialen Infrastruktur Hessens.

Die Aufgaben des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen sind ihm durch Gesetz zugewiesen. Er ist heute überörtlicher Sozialhilfeträger, Aufgabenträger der Schwerbehindertenhilfe (Fachbereich Behinderte Menschen im Beruf / Integrationsamt), überörtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge (Hauptfürsorgestelle) sowie Alleingesellschafter der Vitos GmbH als Träger der psychiatrischen Kliniken, Sonderschulen für sinnesgeschädigte Kinder, Heimen und weiteren Einrichtungen.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz: Kassel

Gründungsjahr: 1953

Mitglieder: die Kreise und kreisfreien Städte in Hessen

Verbandsversammlung:

Präsident:	Friedel Kopp
Vizepräsident:	Jürgen Banzer
Vizepräsident:	Bardo Bayer
Vizepräsident:	Heinrich Eckert
Vizepräsident:	Stefan Reuß
Vizepräsident:	Heinz Schmidt
Vizepräsidentin:	Bettina Schreiber
Vizepräsident:	Henry Thiele

68 weitere Mitglieder der Verbandsversammlung

Verwaltungsausschuss:

Hauptamtliche Mitglieder:

Vorsitz: Susanne Selbert, Landesdirektorin (seit 01.05.2018)

Erster Beigeordneter Dr. Andreas Jürgens

Hauptamtlicher Beigeordneter Dieter Schütz

sowie 14 ehrenamtliche Mitglieder

Beteiligungen:

die meisten seiner Einrichtungen führt der LWV als Alleingesellschafter der Vitos GmbH als gemeinnützige GmbHs

Haushaltswirtschaftliche Eckdaten	2016	2017	2018 (vorläufiges Ergebnis)
	€	€	€
Bilanzsumme	878.806.662,90	928.728.643,47	981.368.887,59
Jahresergebnis vor Ergebnisverwendung	-2.181.289,24	6.748.166,79	35.765.408,99
Gesamterträge	1.864.772.536,83	1.975.325.264,29	2.056.639.097,55
Gesamtaufwendungen	-1.866.953.826,07	1.969.193.080,14	2.024.324.039,76
Finanzzuweisung des Landes Hessen	128.000.000,00	135.000.000,00	140.000.000,00
Verbandsumlage	1.245.908.371,00	1.317.773.419,00	1.376.605.486,00

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
Umlage des Kreises in €	15.554.401,00	16.176.636,00	17.548.948,00
Hebesatz	11,103 %	11,053 %	10,946 %

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen Zentralverwaltung	899	965	1.021
Personalkosten Zentralverwaltung in Mio. €	71,0	73,3	78,6

Wasserverband Gersprenzgebiet

Landratsamt Odenwaldkreis
Michelstädter Str. 12
64711 Erbach

Geschäftsstelle:
Haus der Energie
Helmholtzstraße 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/70288
E-Mail: m.sottong@wv-muemling-gersprenz.de



Gegenstand des Unternehmens

Der Verband hat folgende Aufgaben:

1. Der Verband hat insbesondere die Aufgabe, den Ausbau einschließlich naturnahem Rückbau und Unterhaltung der Verbandsgewässer zu betreiben
2. Sowie geeignete Hochwasserschutzanlagen zu bauen und zu betreiben.

Der Verband kann darüber hinaus auch weitere wasserwirtschaftliche Maßnahmen übernehmen, soweit sie Aufgaben nach dem WVG sein können (vgl. § 3 Satzung, Stand 04.02.1997).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach (Odw.)
Gründungsjahr:	1970
Mitglieder:	Odenwaldkreis Landkreis Darmstadt-Dieburg Stadt Babenhausen Stadt Dieburg Stadt Groß-Biebrau Stadt Groß-Umstadt Stadt Lindenfels Stadt Ober-Ramstadt Stadt Reinheim Gemeinde Brensbach Gemeinde Eppertshausen Gemeinde Fischbachtal Gemeinde Fränkisch Crumbach Gemeinde Fürth/Odw. Gemeinde Groß-Zimmern Gemeinde Mainhausen Gemeinde Modautal Gemeinde Münster Gemeinde Otzberg

Gemeinde Reichelsheim (Odw.)
Gemeinde Roßdorf
Gemeinde Rödermark
Gemeinde Schaafheim

Verbandsversammlung: Die Versammlung hat folgende Mitglieder mit insgesamt 100 Stimmen:

- Städte und Gemeinden des Oberen Gersprenzgebietes
- Städte und Gemeinden des Unteren Gersprenzgebietes
- Städte und Gemeinden des Groß-Umstädter-Gebietes
- Städte und Gemeinden des Erbsenbachgebietes
- Landkreis Darmstadt Dieburg
- Odenwaldkreis

Der Odenwaldkreis hat 11 Stimmen. Die restlichen Mitglieder insgesamt 89 Stimmen.

Verbandsvorstand:

Kreisbeigeordneter Dr. Michael Reuter
(Stellvertreter: Torsten-Tankmar Hopp)

Margrit Herbst
(Stellvertreter: Axel Goldbach)

Bürgermeister Stefan Lopinsky
(Stellvertreter: Bürgermeister Karl Hartmann)

Bürgermeister Joachim Knoke
(Stellvertreter: Bürgermeister Frank Haus)

Bürgermeister Gerald Frank
(Stellvertreter: Bürgermeister Joachim Ruppert)

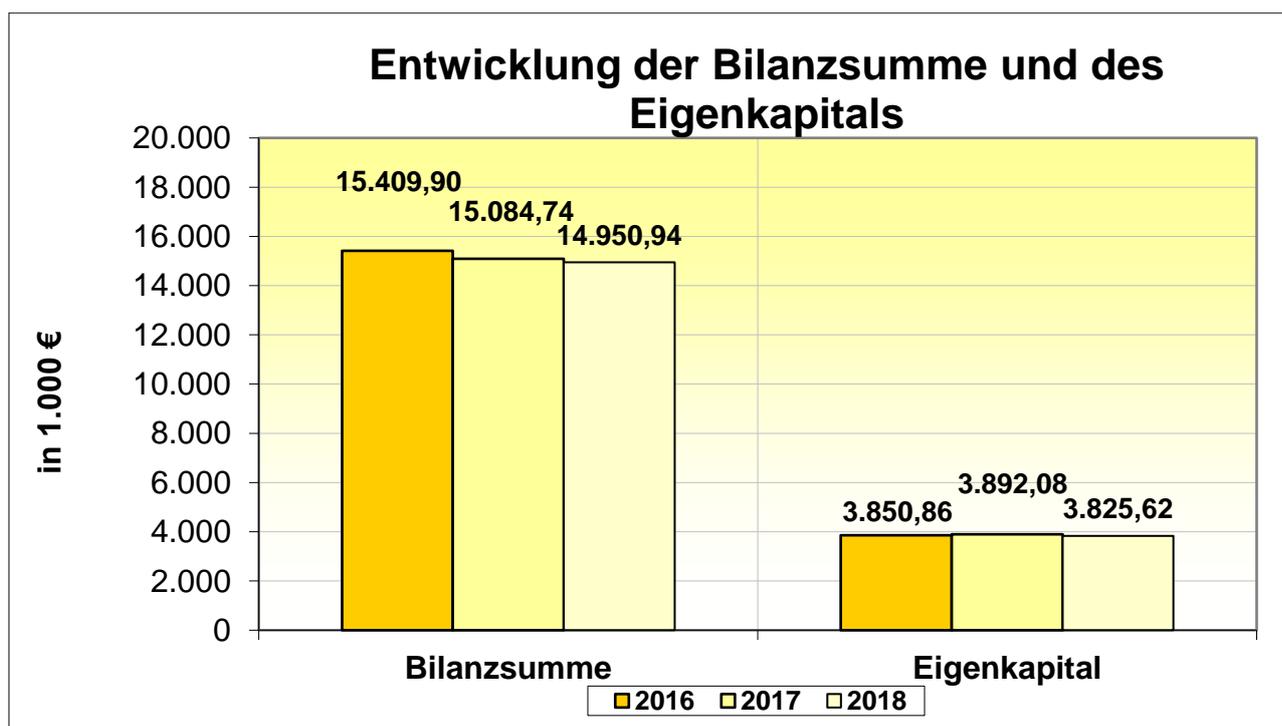
Bürgermeister Achim Grimm
(Stellvertreter: Bürgermeisterin Christel Sprößler)

Geschäftsführung: Matthias Sottong

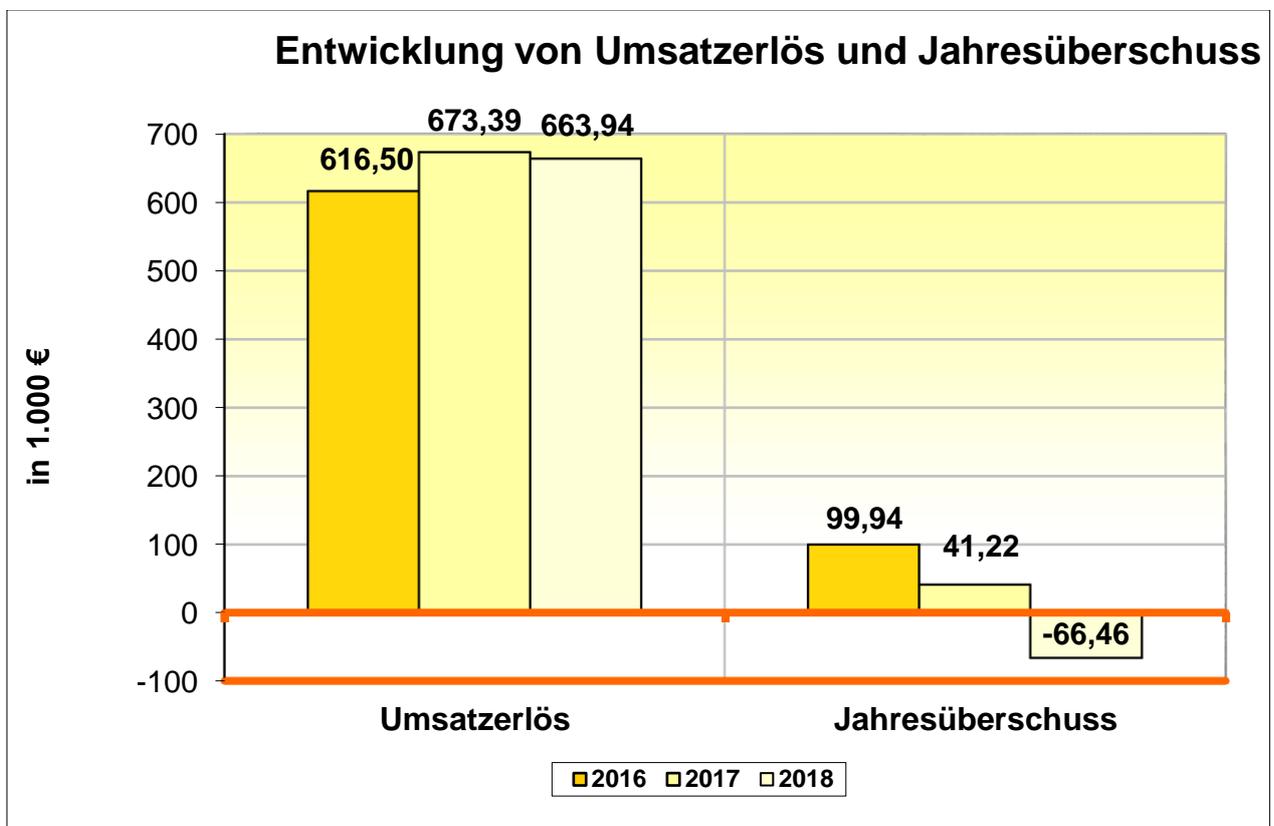
Beteiligungen: Keine

Abschlussprüfer: Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.501,40	5.353,40	4.796,40
II. Sachanlagen	15.040.096,96	14.918.718,87	14.851.042,17
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	71.769,07	58.081,35	95.100,87
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	296.533,10	102.584,76	0,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	15.409.900,53	15.084.738,38	14.950.939,44
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	0,00	0,00	0,00
II. Rücklagen	3.236.404,52	3.236.404,52	3.236.404,52
III. Gewinnvortrag	514.509,54	614.453,86	655.677,62
IV. Jahresgewinn/-verlust	99.944,32	41.223,76	-66.464,90
B. Empfangene Ertragszuschüsse	10.629.379,58	10.488.296,82	10.301.467,20
C. Rückstellungen	8.784,22	6.832,00	17.701,39
D. Verbindlichkeiten	913.878,35	691.027,42	800.153,61
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7.000,00	6.500,00	6.000,00
gesamt	15.409.900,53	15.084.738,38	14.950.939,44



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	616.494,25	673.389,58	663.940,84
2. Sonstige betriebliche Erträge	282.665,24	202.892,76	389.937,65
3. Materialaufwand	0,00	-100.555,42	-73.459,77
4. Personalaufwand	-91.371,89	-94.109,41	-105.263,50
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-293.390,88	-304.912,41	-438.947,73
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-407.154,99	-328.851,60	-496.739,29
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7,50	2,00	0,50
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7.289,47	-6.616,30	-5.918,16
9. Sonstige Steuern	-15,44	-15,44	-15,44
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	99.944,32	41.223,76	-66.464,90



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Beitrag an den Wasserverband Gersprenzgebiet	511,00	511,00	511,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	1	1	1
Personalkosten in €	91.371,89	94.109,41	105.263,50

Auf die Darstellung von Kennzahlen wird aufgrund der geringen Beteiligungsquote verzichtet.

Zusammenfassung des Lageberichtes

Geschäftsentwicklung:

Die Planungen zur Schaffung von Hochwasserschutzanlagen wurden weiter vorangetrieben. Auch wurde die Umsetzung der Europäischen Wasserschutzrichtlinie weiterverfolgt.

Am 12.01.2012 hat der Verband für den Retentionsraum Herrensee/Fischbachtal den Genehmigungsbescheid erhalten. Darauf folgend wurde ein entsprechender Finanzierungsantrag gestellt.

Am 15.08.2013 wurde von Seiten des Landes Hessen ein Finanzierungsbescheid übergeben. Das Land Hessen fördert die Maßnahme mit einem Zuschuss von ca. 3,1 Mio €. Weiterhin hat sich die Stadt Groß-Bieberau mit ca. 4,3 % zur Erfüllung von Ausgleichsaufgaben für eigene Planungen an den Gesamtkosten beteiligt.

In 2014 begannen die Baumaßnahmen zum Retentionsraum Herrensee/Fischbachtal. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 4,9 Mio. € stellt dieses die größte Baumaßnahme der letzten Jahre dar.

Der Wasserverband Gersprenzgebiet hat bisher rd. 1.155.000 € an Eigenmitteln aufgebracht. Hierzu war neben einer Kreditaufnahme in Höhe von 418.000 € die Erhöhung der Umlagen erforderlich. Bis zum Abschluss des Projektes belaufen sich die aufgewendeten Eigenmittel in der Summe auf rd. 1.161.000€.

In 2018 wurden die letzten baulichen Maßnahmen mit der Installation von 5 Grundwassermessstellen abgeschlossen

Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen konnte aufgrund von Auflagen der Naturschutzbehörden noch nicht begonnen werden. Hier musste ein Landschaftsplaner, zur Klärung und Abstimmung der Anforderungen und Zusammenstellung verschiedener Unterlagen, beauftragt werden.

Die Planung und Konkretisierung von Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplanung des Landes Hessen wurde in Auftrag gegeben. In 2014 erfolgte die abschließende Bearbeitung.

Unabhängig von dieser Untersuchung wurden folgende Projekte, die die gesetzlich verankerten Ziele verfolgen, weiterbetrieben:

1. Durchgängigkeit an der Gersprenz, Konfurter Mühle, Babenhausen (Baubeginn 2017)
2. Strukturverbesserung an der Gersprenz im Bereich Brensbach, Fortführung von strukturverbessernden Maßnahmen und der Beseitigung von Wanderhindernissen.
3. Verlegung des Wembaches mit Renaturierung (Baubeginn 2017)

Die Finanzierung der oben aufgeführten Maßnahmen wird über Zuschüsse des Landes Hessen, sowie einen Eigenanteil des Wasserverbandes bereitgestellt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Der Wasserverband Gersprenzgebiet erzielte im Geschäftsjahr Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erlöse in Höhe von 1.053.878,49 €. Der Verband ist umlagefinanziert. Die Verbandsumlage belief sich auf 609.000,00 €. Nach Abzug von Personalaufwendungen in Höhe von 105.263,50 €, der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen in Höhe von 1.009.146,79 € und der Zinsen und Steuern in Höhe von 5.918,16 € ergibt sich ein Jahresverlust in Höhe von 66.464,90 €.

Die Personalkosten des administrativen Bereiches werden hälftig vom Wasserverband Mümling getragen

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

In den nächsten Jahren wird im Bereich der Gewässerunterhaltung ein Schwerpunkt auf der Umsetzung der EU WRRL liegen. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen werden vom Land Hessen gefördert.

Auch die klassische Gewässerunterhaltung (Mäharbeiten zur Freihaltung des Gewässerprofils in den Ortslagen, Gehölzpflege, Verkehrssicherung etc.) wird gemäß hessischem Wassergesetz an den Gewässern II. Ordnung qualifiziert vom Land Hessen gefördert. Die Umsetzung dieser Arbeiten ist notwendig, um Überschwemmungen sowie Sach- und Personenschäden zu verhindern.

Der Umbau der Wehranlage bei Harreshausen sowie des Wehres oberhalb der Konfurter Mühle bei Babenhausen, sind als größere Projekte zur Umsetzung der EU-WRRL zu nennen. An der Konfurter Mühle erfolgt ein Umbau der Wehranlage zum Ohlebach hin über die Stadt Babenhausen in 2016. In einem weiteren Schritt wurde, nach Abschluss dieser Arbeiten die Durchgängigkeit der Gersprenz durch den Wasserverband Gersprenzgebiet hergestellt. Der Abschluss dieses Projektes erfolgt nach Umsetzung von Restarbeiten in 2019.

Weiterhin ist die Umsetzung von weiteren Hochwasserschutzanlagen geplant. Diese dienen dem Schutz der Kommunen im Gersprenzgebiet, aber auch im weiteren Sinne der Entlastung des Rhein-Main-Gebietes. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels, werden diese Anlagen benötigt, um den wirtschaftlichen Schaden der zu erwartenden Hochwasserereignisse zu minimieren.

Für die kommenden zwei Jahre ist vorgesehen, weitere Hochwasserschutzanlage zur Baureife zu führen. Für den Bau eines Retentionsraumes bei Groß-Umstadt wurde eine Genehmigung beantragt. Der Schwerpunkt der baulichen Tätigkeit wird im nächsten Jahr auf der Umsetzung der EU-WRRL liegen.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Wie bereits im letzten Jahr berichtet, ist der Wasserverband Gersprenzgebiet mit verschiedenen Projekten, sowohl den Hochwasserschutz als auch die Umsetzung der EU-WRRL betreffend, in „Planungsvorlage“ getreten. Hierdurch kann er schnell und flexibel auf sich ergebende Finanzierungsmöglichkeiten reagieren.

Sollte sich die finanzielle Belastung aufgrund sinkender Förderquoten oder einer Richtungsänderung in der Umsetzungsstrategie ergeben, könnten die getätigten Investitionen in Planungsleistungen erst mittel- bis langfristig über Landesmittel ihre Refinanzierung finden.

Wasserverband Mümling

Landratsamt Odenwaldkreis
Michelstädter Str. 12
64711 Erbach

Geschäftsstelle:
Haus der Energie
Helmholtzstr. 1
64711 Erbach

Telefon: 06062/70288

E-Mail: m.sottong@wv-muemling-gersprenz.de



Gegenstand des Unternehmens

Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandgesetz – WVG) vom 12. Februar 1991 und somit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Wasserverband Mümling wurde in 1970 gegründet und übernimmt für die Satzung und Beitragsschlüssel definierten Gewässer die öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen der Gewässerunterhaltung und des Hochwasserschutzes.

Schwerpunkt der Verbandarbeit sind die naturnahe Gestaltung der Gewässer, speziell Gewässer zu renaturieren sowie der Bau und Betrieb von geeigneten Hochwasserschutzeinrichtungen.

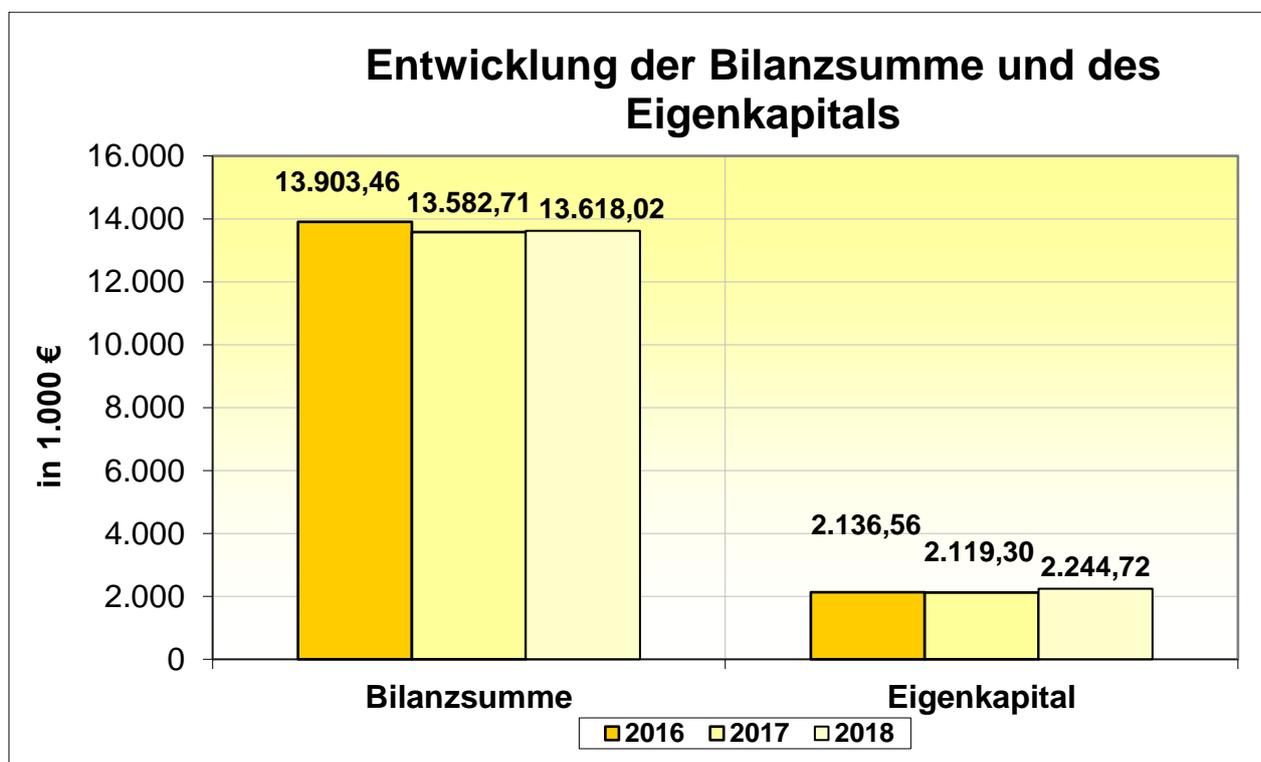
Der Verband kann darüber hinaus auch weitere wasserwirtschaftliche Maßnahmen übernehmen, soweit sie Aufgaben nach dem WVG sein können (*vgl. § 3 Satzung, Stand 19.06.1997*).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

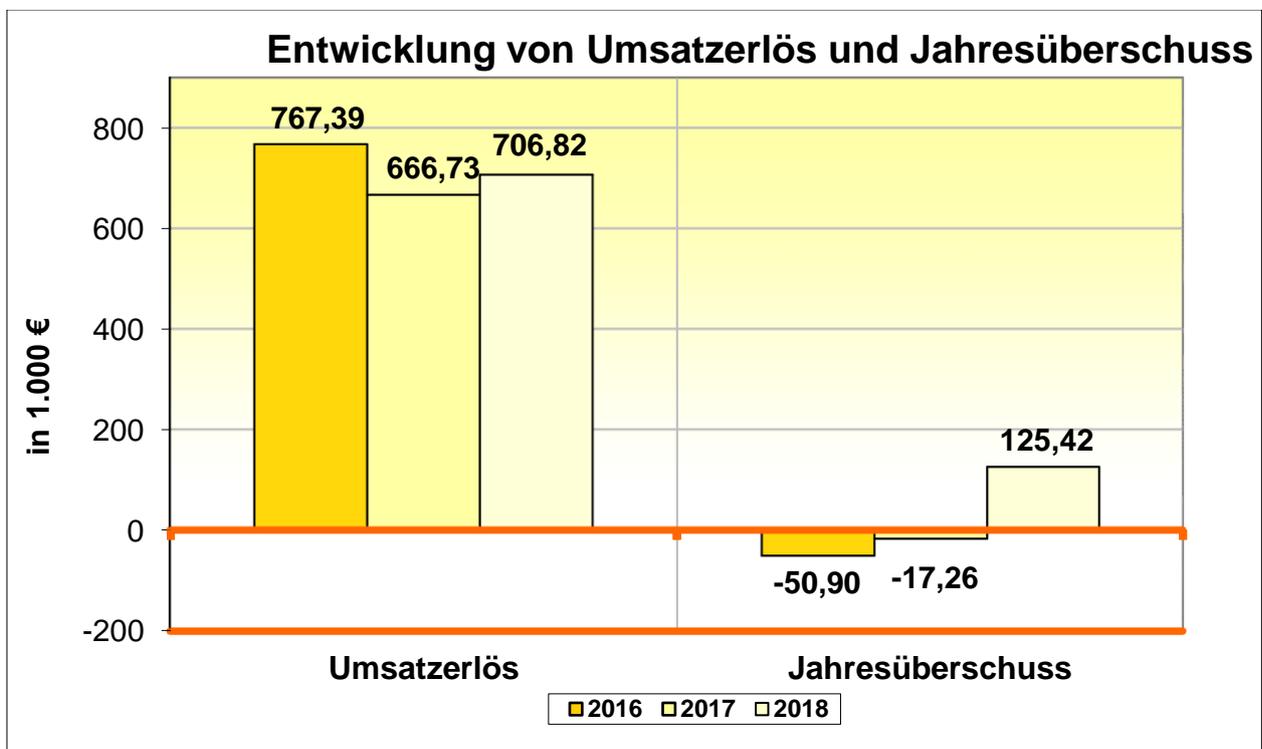
Sitz:	Erbach (Odw.)
Gründungsjahr:	1970
Mitglieder:	Odenwaldkreis Kreisstadt Erbach Stadt Bad König Stadt Breuberg Stadt Michelstadt Stadt Oberzent Gemeinde Brombachtal Gemeinde Höchst i. Odw. Gemeinde Lützelbach Gemeinde Mossautal

Verbandsversammlung:	Die Verbandsmitglieder haben insgesamt 74 Stimmen, wobei jedes Mitglied mindestens 3 Stimmen erhält. Der Odenwaldkreis hat 13 Stimmen. Die restlichen Mitglieder insgesamt 61 Stimmen.
Verbandsvorstand:	<p>Kreisbeigeordneter Dr. Michael Reuter (Stellvertreter: 1. Kreisbeigeordneter Oliver Grobeis)</p> <p>Bürgermeister Christian Kehrer (Stellvertreter: 1. Stadtrat Gerhard Rebscher)</p> <p>Bürgermeister Dietmar Bareis (Stellvertreter: 1. Beigeordneter Harald Eisenhauer)</p> <p>Bürgermeister Harald Buschmann bis 11.06.2018</p> <p>Bürgermeister Dr. Peter Traub ab 12.06.2018 (Stellvertreter: 1. Stadtrat Erwin Gies)</p> <p>Bürgermeister Stephan Kelbert (Stellvertreter: 1. Stadträtin Klementine Dingeldein)</p> <p>Bürgermeister Willi Kredel (Stellvertreter: 1. Beigeordneter Horst Kaffenberger)</p> <p>Bürgermeister Uwe Veith bis 31.10.2018</p> <p>Bürgermeister Axel Muhn ab 01.11.2018 (Stellvertreter: 1. Stadtrat Oliver Vogt)</p> <p>Bürgermeister Horst Bitsch (Stellvertreter: 1. Beigeordneter Karl-Heinz Amos)</p> <p>Bürgermeister Jörg Springer (Stellvertreter: 1. Stadtrat Werner Seibert)</p> <p>Bürgermeister Uwe Olt (Stellvertreter: 1. Beigeordneter Bernd Fügen)</p>
Geschäftsführung:	Matthias Sottong
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Consult + Concept GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,00	2,00	2,00
II. Sachanlagen	13.308.171,31	13.108.136,94	13.277.824,03
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	123.787,78	125.186,74	168.516,71
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	471.501,20	349.389,13	172.037,53
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	13.903.463,29	13.582.714,81	13.618.023,70
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen	1.883.667,54	1.883.667,54	1.883.667,54
II. Bilanzgewinn	252.891,51	235.629,16	361.052,15
B. Empfangene Ertragszuschüsse	11.381.744,78	11.161.209,78	11.146.841,78
A. Rückstellungen	44.171,81	13.266,27	19.739,50
B. Verbindlichkeiten	303.291,65	258.506,06	183.545,73
C. Rechnungsabgrenzungsposten	37.696,00	30.436,00	23.177,00
gesamt	13.903.463,29	13.582.714,81	13.618.023,70



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	767.385,89	666.729,32	706.815,26
2. Sonstige betriebliche Erträge	321.492,62	388.242,65	477.987,20
3. Materialaufwand	-99.168,06	-69.491,54	-75.008,71
4. Personalaufwand	-341.952,32	-336.744,46	-326.074,45
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-294.697,84	-289.152,94	-287.857,75
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-401.948,03	-375.064,17	-368.991,75
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	120,00	20,93	16,08
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.408,82	-1.075,00	-735,43
9. Sonstige Steuern	-719,71	-727,14	-727,46
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-50.896,27	-17.262,35	125.422,99
11. Gewinnvortrag	303.787,78	252.891,51	235.629,16
12. Bilanzgewinn	252.891,51	235.629,16	361.052,15



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Beitrag an den Wasserverband Mümling	511,00	511,00	511,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	5	5	6
Personalkosten in €	341.952,32	336.744,46	326.074,45

Auf die Darstellung von Kennzahlen wird aufgrund der geringen Beteiligungsquote verzichtet.

Zusammenfassung des Lageberichtes

Geschäftsentwicklung:

Die verschiedenen Planungen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes wurden weiter betrieben. Um für die beiden am weitesten fortgeschrittenen Projekte die Grundstücksfragen zu regeln, wurde das Amt für Bodenmanagement hinzugezogen. Von diesem werden die für die Bodenordnung notwendigen Schritte abgearbeitet.

Für die Plangenehmigung für den Retentionsraum Schönnen erhielt der Wasserverband bereits im Mai 2013. Der erforderliche Grunderwerb wird seit Dezember 2012 durch das Amt für Bodenmanagement, im Zuge eines Flurbereinigungsverfahrens, begleitet. Im Vorfeld konnte der Wasserverband bereits Grundstücke im Nahbereich erwerben, die in das Verfahren eingebracht wurden. Mit Datum vom 24.04.2017 wurde seitens des Wasserverbands ein Finanzierungsantrag beim Land Hessen gestellt, dieser wurde am 21.11.2017 positiv beschieden. Im ersten Quartal 2018 wurden weiterführende Planungsaufträge erteilt, am 28.05.2019 der erste Auftrag von Bauleistungen vergeben. Die Projektsumme beläuft sich auf rund 5.410.000 €. Seitens des Landes Hessen wurde ein Zuschuss von rund 4.030.000 € bewilligt. Der Eigenanteil beläuft sich somit auf ca. 1.380.000 €.

Im Bereich der Vertieften Überprüfung wurden weitere Arbeiten ausgeführt. In 2013 fand die Befahrung und Reinigung nahezu aller Brunnen und Drainagen statt. Im Bereich der Brunnen wurden zum Teil Beschädigungen festgestellt. Aufgrund von starker Kalksinterbildung in einzelnen Drainagen, konnten die Arbeiten nicht abgeschlossen werden. Über einen Nachtrag wurde die Reinigung dieser Drainagen mit Spezialgeräten beauftragt, diese Arbeiten wurden 2015 ausgeführt. Weiterhin wurden Angebote für Kontrollen in den Bereichen Stahlwasserbau, Ingenieurgeologie und zur Überarbeitung des Talsperrenbuches eingeholt. In 2014 wurde ein entsprechender Finanzierungsantrag gestellt. Dieser wurde zunächst mit dem Hinweis, dass nicht alle im Antrag zusammengefassten Arbeiten förderfähig seien, abgelehnt. Die Anträge wurden näher erläutert und erneut gestellt, daraufhin ergingen positive Bescheide. Die Arbeiten wurden noch in 2014 beauftragt. 2015 erfolgte bzw. begann die Ausführung.

Von Seiten der Aufsichtsbehörde wurden weitere zu erbringende Untersuchungen gefordert:

- Seismologisches Gutachten zur Erdbebensicherheit der Anlage
- Gutachten zur Bausubstanz / Betonzustand
- Gutachten zur geodätischen Vermessung
- Geotechnische Untersuchung von Hebungen und Verschiebungen
- Gutachten zu den elektrotechnischen Komponenten
- Untersuchung der Grundablässe
- Kontrolle der Asphaltabdichtung

Das Land Hessen forderte den Wasserverband über das RP-Darmstadt auf, einen gebündelten Antrag - wie bereits 2014 gestellt - einzureichen. Mit Datum vom 15.03.2016

wurde dieser an das RP-Darmstadt gesandt. Am 20.12.2016 erhielt der Wasserverband den Finanzierungsbescheid für die noch offenen Untersuchungen im Zuge der Vertieften Überprüfung. Bei einem geschätzten Aufwand von 165.500 € gewährt das Land Hessen einen Zuschuss in Höhe von 120.550 €

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Der Wasserverband Mümling erzielte im Geschäftsjahr 2018 Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 1.184.802,46 €. Nach Abzug der Personalaufwendungen von 326.074,45 € und den betrieblichen Aufwendungen und Abschreibungen von 656.852,20 € sowie den Materialkosten von 75.008,71 € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 125.422,99 €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 2.244.719,69 €. Der Wasserverband Mümling hat Verbindlichkeiten in Höhe von 183.545,73 €. Die Bilanzsumme betrug insgesamt 13.618.023,70 €.

Die Personalkosten des administrativen Bereiches werden hälftig vom Wasserverband Gersprenzgebiet getragen.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

In den nächsten Jahren wird im Bereich der Gewässerunterhaltung ein Schwerpunkt auf der Umsetzung der EU-WRRL liegen. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen werden vom Land Hessen gefördert. Die Höhe der Förderung für zukünftige Anträge ist zurzeit unklar. Für das Einzugsgebiet Mümling werden die Gesamtkosten der notwendigen Arbeiten auf ca. 15 Mio € geschätzt.

Hierin sind die Kosten alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele der EU-WRRL und somit auch solche, die von Wasserkraftanlagenbetreibern zu erbringen sind, beinhaltet. Erfahrungen aus den bisher umgesetzten Projekten deuten darauf hin, dass die Kostenschätzungen einen eher zu geringen Betrag ausweisen.

Gemäß der geltenden Förderrichtlinie, werden Zuschüsse beginnend 2020 jährlich um 5 % gekürzt. Maßgeblich ist das Datum der Antragstellung bzw. des Eingangs bei der zuständigen Wasserbehörde. Der Wasserverband stellt daher zurzeit alle umsetzbaren Maßnahmen zusammen und wird bis Ende 2019 die entsprechenden Finanzierungsanträge einreichen. Der Zeitraum, in dem die Umsetzung vorgesehen ist, endet hierbei 2027.

Auch ist die Umsetzung von weiteren Hochwasserschutzeinrichtungen geplant. Diese dienen dem Schutz der Kommunen an der Mümling, aber auch im weiteren Sinne der Entlastung des Rhein-Main-Einzugsgebietes. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels werden diese Anlagen benötigt, um den wirtschaftlichen Schaden, der zu erwartenden Hochwasserereignisse zu minimieren.

Es werden weiterhin alternative Finanzierungsmodelle - insbesondere für die Projekte der EU-WRRL- gesucht. Beispiele hierfür sind die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen am Gewässer, die über die Vorgaben der Richtlinie erfüllt werden.

Durch die laufende Vertiefte Überprüfung wird der Erfolgsplan belastet.

Auch wird der Unterhaltungsaufwand an den bestehenden Anlagen steigen. Dies zum einen, da die größte Anlage bereits seit 1985 in Betrieb ist und zum anderen, da neue Anlagen hinzukommen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung:

Wie bereits in den letzten Jahren berichtet, ist der Wasserband Mümling mit verschiedenen Projekten, sowohl den Hochwasserschutz als auch die Umsetzung der EU-WRRL betreffend, in „Planungsvorlage“ getreten. Hierdurch kann er schnell und flexibel auf sich ergebende Finanzierungsmöglichkeiten reagieren.

Sollte sich die finanzielle Belastung aufgrund sinkender Förderquoten oder einer Richtungsänderung in der Umsetzungsstrategie ergeben, könnten die getätigten Investitionen in Planungsleistungen erst mittel- bis langfristig über Landesmittel ihre Refinanzierung finden.

Zurzeit werden die Maßnahmen, die der Umsetzung der EU-WRRL dienen, mit Landeszuschüssen von bis zu 80% gefördert. In FFH-Gebieten (Mümling oberhalb Michelstadt sowie verschiedenen Nebengewässern in diesem Bereich) werden die Maßnahmen vollfinanziert.

Für 2017 ist eine neue Förderrichtlinie in Kraft getreten. In dieser wird die Förderquote zunächst auf bis zu 95% angehoben. Dies jedoch nur bis 2019, ab diesem Zeitpunkt soll der Zuschuss in 5%-Schritten reduziert werden.

Aufgrund der langen Bearbeitungsphasen, der genehmigungspflichtigen Maßnahmen (z.B. Umbau von Wehranlagen), ist es unwahrscheinlich, dass bisher noch nicht geplante Projekte noch bis 2019 genehmigt werden und bezüglich der Finanzierung beschieden werden. Hier haben die Wasserverbände über den Landesverband der Wasser- und Bodenverbände versucht Einfluss auf die Gestaltung der Förderrichtlinie zu nehmen.

Am 31.05.2013 hat der Wasserverband Mümling den Genehmigungsbescheid für den Bau und Betrieb des Retentionsraumes Schönnen erhalten. Die Kosten des Gesamtprojektes werden auf rund 4,5 Mio. € geschätzt. Bei einer 70%igen Landesfinanzierung wären vom Wasserverband Mümling 1,35 Mio. € als Eigenanteil in der Ausführungsphase von 3 bis 4 Jahren aufzubringen. Somit sind zwischen 2017 und 2021 300.000 € p.a. bis 400.000 € p.a. über Umlageerhöhungen, Einsparungen bei anderen Projekten und Krediten aufzubringen.

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Gräfstr. 5
64646 Heppenheim
Telefon: 06252/155771, Telefax: 06252/155435
E-Mail: info@kreis-bergstrasse.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Verband wurde am 01.07.1994 gegründet. Sitz des Verbandes ist Lampertheim im Kreis Bergstraße. Das Einzugsgebiet erstreckt sich über drei Bundesländer, auf der Grundlage eigens hierfür erlassener Gesetze und abgeschlossener Staatsverträge.

Nach der Satzung übernimmt der Verband für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgaben der Tierkörperbeseitigung nach den jeweils geltenden Gesetzen und bedient sich hierfür eines privaten Unternehmens. Für die Zeit vom 01.04.2011 bis zum 31.12.2018 hatte die Fa. A. Fischer die Beseitigungspflicht übertragen bekommen.

Mit Bescheid des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 09.11.2018 und des Regierungspräsidiums Gießen vom 08.11.2018 wurde die Übertragung der Beseitigungspflicht für den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2028, somit für zehn Jahre, auf die Fa. SecAnim Südwest GmbH übertragen. Damit hat der Verband für die Dauer dieser Beleihung keine operativen nach außen wirkenden Aufgaben.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Lampertheim (Bergstraße)
Gründungsjahr:	1994
Mitglieder:	Landkreis Aschaffenburg (3,37%) Landkreis Bergstraße (5,14%) Landkreis Darmstadt-Dieburg (5,60%) Landkreis Groß-Gerau (5,06%) Hochtaunuskreis (4,50%) Landkreis Limburg-Weilburg (3,33%) Main-Kinzig-Kreis (7,94%) Main-Taunus-Kreis (4,48%) Odenwaldkreis (1,88%) Landkreis Offenbach (6,65%) Rheingau-Taunus-Kreis (3,55%) Rhein-Neckar-Kreis (10,42%) Wetteraukreis (5,79%) Stadt Aschaffenburg (1,33%) Stadt Darmstadt (2,94%) Stadt Frankfurt am Main (13,88%) Stadt Mannheim (6,43%) Stadt Offenbach am Main (2,34%) Stadt Wiesbaden (5,36%)

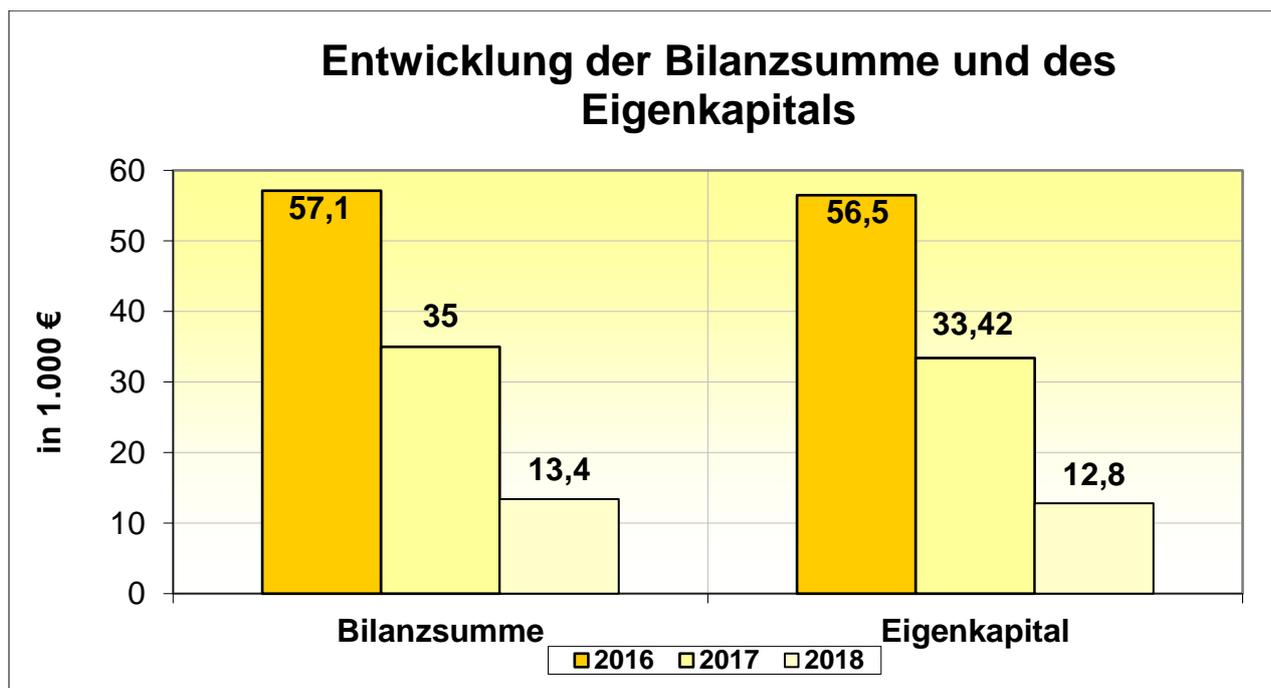
Verbandsversammlung: Vorsitzender Gerhard Weber, Wetterau-Kreis
Stellv. Vorsitzender Frank Sürmann, Kreis Bergstraße

Verbandsvorstand: Vorsitzende Diana Stolz, Kreis Bergstraße
Stellv. Vorsitzender Oliver Grobeis Odenwaldkreis
Mitglied Christel Fleischmann, Landkreis Darmstadt-Dieburg

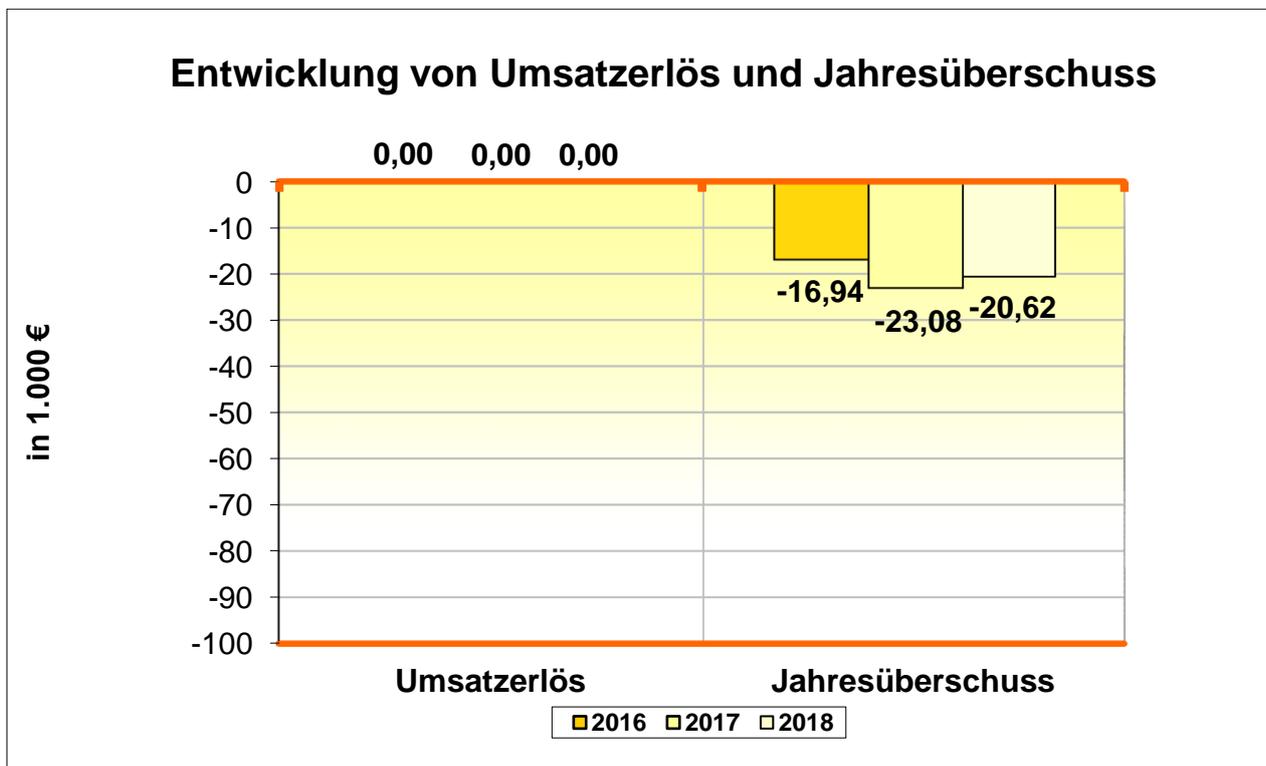
Geschäftsführung: Hilbert Bocksnick, Kreis Bergstraße

Abschlussprüfer: Revisionsamt des Kreises Bergstraße

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	57.104,10	34.998,94	13.403,02
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	57.104,10	34.998,94	13.403,02
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Nettoposition	191.221,59	191.221,59	191.221,59
II. Ergebnisse aus Vorjahren	-117.776,89	-134.717,49	-157.777,87
III. Jahresfehlbetrag	-16.940,60	-23.079,69	-20.621,39
B. Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
C. Verbindlichkeiten	600,00	1.574,53	600,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	57.104,10	34.998,94	13.403,02



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	0,00	0,00	0,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.426,68	0,00	0,00
3. Materialaufwand	-22.367,28	-23.079,69	-20.621,39
4. Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-16.940,60	-23.079,69	-20.621,39



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Höhe der Umlage insgesamt	0,00	0,00	0,00
Anteil des Kreises	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Der Zweckverband hat keine eigenen Bediensteten. Die Geschäftsführung wird durch Bedienstete des Kreises Bergstraße wahrgenommen.			

Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis



Elsa-Brandström-Str. 13
64711 Erbach
Telefon: 06062/9408-0, Telefax: 06062:9408-18
E-Mail: fbst@pz-odw.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband hat die Aufgabe, im Verbandsgebiet ohne Ansehen der Person, insbesondere der Religionszugehörigkeit, im Zusammenwirken mit Eltern behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder in den ersten Lebensjahren bis zum Schuleintritt heilpädagogische und auch medizinische Hilfe zu gewähren. Diese Aufgabe wird insbesondere verwirklicht durch die Unterhaltung und den Betrieb einer interdisziplinären Frühförderung, die den Betroffenen als offenen Anlaufstelle umfassende Information, Förderung und Beratung einschließlich alltagsunterstützender Zusammenarbeit auf der Grundlage der bestehenden Gesetze anbietet.

Weiterhin werden hilfe- und pflegebedürftige Personen und deren Angehörige beraten. Darüber hinaus wird hilfsbedürftigen Menschen (i. S. d. § 53 Abgabenordnung) Hilfe und Unterstützung geleistet. Dies wird insbesondere verwirklicht durch

- die Beschaffung von Mitteln durch Spendensammlungen und Einwerbung von Fördergeldern
- die Förderung konkreter Projekte auf den Gebieten der Kinder-, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe
- die Entwicklung von neuen Konzepten, welche die Versorgungsqualität in Einrichtungen der Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe oder das Angebot solcher Einrichtungen im Interesse von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen verbessert.

Die Verbandsmitglieder stellen die zur Durchführung der Aufgaben erforderlichen Grundstücke und etwa vorhandene Einrichtungen nach Maßgabe gesondert abzuschließender Verträge dem Zweckverband zur Verfügung.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	64711 Erbach
Gründungsjahr:	1974
Mitglieder:	Odenwaldkreis (14,91 %) Stadt Bad König Gemeinde Brensbach Gemeinde Brombachtal Kreisstadt Erbach Gemeinde Fränkisch-Crumbach

Gemeinde Höchst i. Odw.
Gemeinde Lützelbach
Stadt Michelstadt
Gemeinde Mossautal
Stadt Oberzent
Gemeinde Reichelsheim (Odw.)
DRK-Kreisverband Odenwaldkreis e.V.
Katholisches Dekanat Erbach
Dekanat Erbach der Evangelischen Kirche in Hessen/Nassau
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH

Verbandsversammlung: Die Versammlung besteht aus je drei Vertretern/ Vertreterinnen der kommunalen Verbandsmitglieder, je drei Vertretern/ Vertreterinnen des Ev. Dekanats Odenwald und je einem/r Vertreter/ Vertreterin der übrigen Verbandsmitglieder. Der Odenwaldkreis hat je angefangene 20.000 Einwohner, die Städte und Gemeinden je angefangene 5.000 Einwohner, das Ev. Dekanat Odenwald und das Kath. Dekanat Erbach für je angefangene 20.000 Einwohner im Gebiet des Odenwaldkreises vertretene Gemeindemitglieder eine Stimme. Den übrigen Kirchen steht je angefangene 5.000 im Verband vertreten Mitglieder im Kreis eine Stimme zu, die Organisationen freier Wohlfahrtspflege haben je eine Stimme.

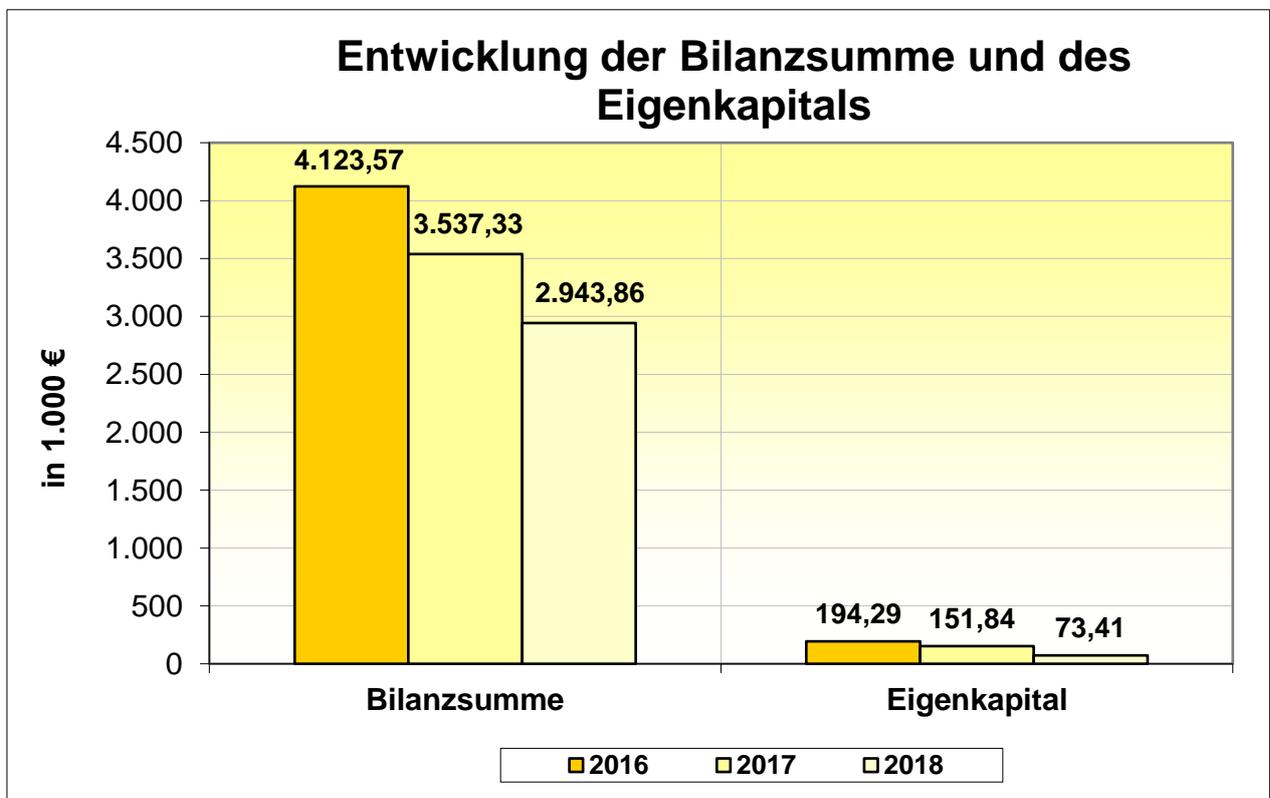
Verbandsvorstand: Landrat Frank Matiaske (Vorsitzender)
Dekan Dr. Karl-Heinz Schell, Evangelisches Dekanat
Dekan Dr. Karl Heinz Drobner, Katholisches Dekanat
Bürgermeister Willi Kredel, Brombachtal
Bürgermeister Stephan Kelbert, Michelstadt
Bürgermeister Stefan Lopinsky, Reichelsheim
Bürgermeister Dietmar Bareis, Mossautal
Bürgermeister Rainer Müller, Brensbach

Geschäftsführung: Michael Vetter (Geschäftsführer)
Werner Wacker (stellv. Geschäftsführer)

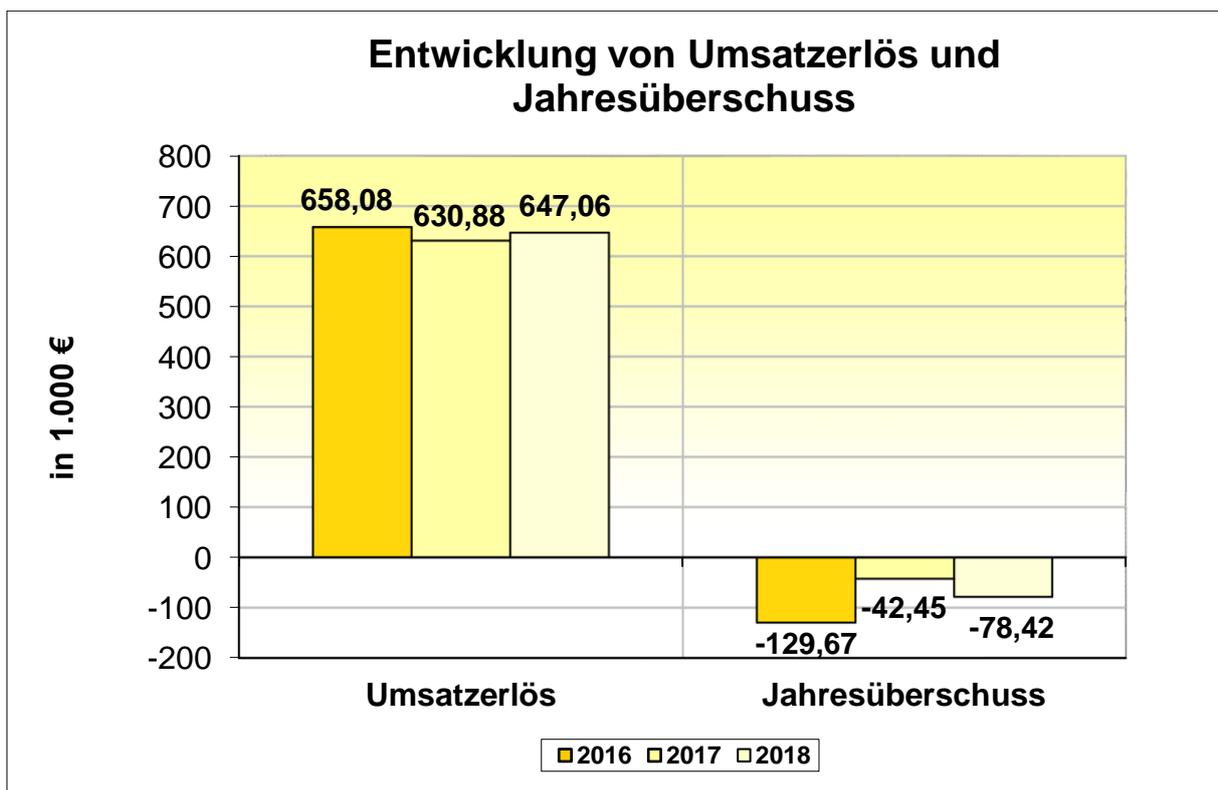
Beteiligungen: keine

Abschlussprüfer: Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	18.097,91	9.974,33	9.099,63
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.102.552,96	3.165.433,71	2.910.044,27
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.922,34	361.919,15	24.713,36
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	4.123.573,21	3.537.327,19	2.943.857,26
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen	194.293,24	151.838,81	73.414,79
B. Sonderposten	0,00	0,00	0,00
C. Rückstellungen	50.945,89	43.163,04	44.056,78
D. Verbindlichkeiten	3.878.334,08	3.342.325,34	2.826.385,69
gesamt	4.123.573,21	3.537.327,19	2.943.857,26



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	658.084,20	630.877,83	647.064,14
2. Sonstige betriebliche Erträge davon	3.253,76	1.100,00	16.600,00
3. Materialaufwand	-104.186,64	-108.090,60	-112.579,16
4. Personalaufwand	-517.054,95	-464.098,43	-496.944,52
5. Abschreibungen	-8.602,90	-8.616,57	-6.559,33
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-161.436,19	-89.841,07	-77.924,75
7. Erträge aus Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.423,77	5.731,94	6.603,19
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-12.150,44	-9.517,53	-6.858,24
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-129.669,39	-42.454,43	-36.595,67
11. Jahresgewinn/ Jahresverlust	-129.669,39	-42.454,43	-78.424,02
12. Entnahme aus der Gewinnrücklagen	129.669,39	42.454,43	78.424,02
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00
14. Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
Zuschuss für Frühförderung	431.350,00	448.709,04	453.5550,00
Umlage zum Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe	3.030,00	3.030,00	3.030,00

Im Zuschuss für Frühförderung sind Fördermittel in Höhe von ca. 138 T€ durch das Land Hessen und den LWV, die zuvor direkt an die Maßnahmenträger geleistet wurden enthalten.

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Mitarbeiter	11	12	11
Personalkosten in €	517.054,95	464.098,43	496.944,52

Zusammenfassung des Lageberichts

Der Umsatz für logopädische Behandlungen bei der Frühberatungsstelle belief sich im Jahr 2018 auf 34.469,37 €. Die Zuwendungen des Odenwaldkreises zur Finanzierung der Frühberatungsstelle betragen im gleichen Jahr 453.550,00 €. Ein Teil dieser Zuwendungen werden dem Odenwaldkreis durch den Landeswohlfahrtsverband Hessen erstattet.

Im Jahr 2018 wurden in der Frühberatungsstelle 4,15 Stellen Mitarbeiter mit einer pädagogischen Qualifikation und eine Vollzeitbeschäftigte mit einer therapeutischen Qualifikation beschäftigt. Im Jahr 2018 sind in der Frühberatungsstelle 134 Kinder (85 Jungen und 49 Mädchen) neu angemeldet und davon 21 Familien in der „Offenen Anlaufstelle“ beraten worden. 79 Kinder wurden in die regelmäßige Frühförderung, nach dem Erstgespräch, aufgenommen. Im Berichtszeitraum 2018 wurden insgesamt 264 Kinder betreut. Zum Stichtag 31.12.2018 verblieben noch 163 Kinder in der Frühberatungsstelle. Davon 50 Mädchen und 113 Jungen. 34 Kinder warten auf einen Förderplatz. Im Berichtszeitraum 2018 lagen 155 interdisziplinär abgestimmte Förder- und Behandlungspläne vor, davon 77 erstmalig erstellte und 78 fortgeschriebene Förder- und Behandlungspläne.

Die Anmeldezahlen 2018 sind im Vergleich zu 2017 konstant geblieben und bestätigen unseren Eindruck, dass die Schwierigkeiten, die Familien in der heutigen Zeit zu bewältigen haben, immer komplexer werden. Es zeichnet sich eine vermehrte Anmeldung von Kindern mit der Diagnose frühkindlicher Autismus ab und von Kindern, die zu früh zur Welt kamen. Sechs Familien meldeten ihre Zwillingsskinder in der Frühberatungsstelle an. Gehäuft sind Anmeldungen von Kindern mit Herzerkrankungen. Über die Vorlaufkurse in den Schulen wurden einige Kinder erst kurz vor der Einschulung in der Frühförderstelle angemeldet. Bei den Familien mit Migrationshintergrund sind den sprachlichen Hürden oft Grenzen gesetzt. Es fehlt an Dolmetschern. Wie schon 2017 zeigt sich auch dieses Jahr eine hohe Dringlichkeit in der Begleitung und Förderung der Kinder und ihren Familien. Hier gilt es, die Bedingungen für jedes einzelne Kind und seine Familie auszuloten und gemeinsam mit allen am Förderprozess Beteiligten zu überlegen, das Kind und die Familie möglichst zeitnah zu versorgen. Je früher die Erziehungsberechtigten ihr Kinder bei uns anmelden, umso deutlicher ist zu beobachten, wie durch Förderung die Entwicklung positiv verlaufen kann. Eine Verschiebung von akuten zu chronischen Erkrankungen und von somatischen zu psychischen Störungen ist weiterhin erkennbar.

Prävention und frühe Förderung unterstützen eine gesunde und stabile Entwicklung von Kindern im Kleinkind- und Vorschulalter. Somit vermindern sich Folgekosten. Wie in den Vorjahren verlangen die veränderten Lebensräume der Kinder und Lebensbedingungen der Familien für die Mitarbeiterinnen der Frühberatungsstelle ein flexibles Einstellen auf die neuen Gegebenheiten und gesellschaftlichen Veränderungen, die in den zurückliegenden Jahren massiv auf die Familien einwirkten. Die ganztägige Berufstätigkeit beider Eltern

erschwert die mobile Frühförderung im häuslichen Umfeld und erlaubt es ihnen nicht, ihr Kinder zur Förderung und Therapie in die Frühförderstelle zu bringen. Somit fand eine Verlagerung der Förderung in die Kindertageseinrichtungen (Kita) vor Ort statt, um Kinder auch weiterhin optimal zu fördern. Hier beobachten wir im vergangenen Jahr, dass es schwieriger wird, die Bewegungsräume in der Kita vor Ort zu nutzen wegen Eigenbedarf.

Das Zeitfenster für Genehmigungen von Integrationsmaßnahmen in den Kitas entspricht oft nicht der Dringlichkeit. Vorgaben zur Bearbeitung und Bewilligung von Maßnahmen können nicht zeitnah bewältigt werden, es gibt sehr lange Wartezeiten in den sozialpädiatrischen Zentren, deren Diagnostik für die medizinische Einschätzung miteinbezogen werden muss. Oft ist es für Familien schwierig, diese Einrichtungen, die außerhalb des Odenwaldkreises liegen, zu erreichen. Im Jahr 2018 wurden 59 Integrationsmaßnahmen in den Kitas des Odenwaldkreises durch die Kolleginnen der Frühberatungsstelle im Rahmen der Prozessbegleitung unterstützt. Wir beobachten weiterhin eine Tendenz, dass es Kinder mit ausgeprägten Verhaltensweisen sehr schwer haben einen Platz in der Kita zu erhalten und wenn sie diese besuchen, ihn zu behalten, aufgrund der zu großen Gruppen und zu wenig Personal. Im Krippen- und Kindertagesstättenbereich können Kinder mit Integration aufgrund eingeschränkter Ressourcen der Einrichtungen nur zu bestimmten Zeiten die Kita besuchen. Die Kita droht mit Ausschluss, falls keine Integrationsmaßnahme zustande kommt oder dies aufgrund Personalmangels nicht starten kann. Aufgrund von Krankheit und Unterbesetzung folgt in einigen Fällen 2018 eine Vertretung durch die Integrationskraft. Die Erfüllung der Rahmenvereinbarung wird durch das Kinderförderungsgesetz (KIFöG) schwieriger.

Die Heilpädagogische Fachberatung der Frühförderstelle übernimmt nach Bewilligung und Start einer Integrationsmaßnahme das gesamte Prozessmanagement. Inklusion kann nur gelingen durch eine optimale Vernetzung und intensive Zusammenarbeit zwischen den Eltern, Frühförderung, Kinderärzten, Kita, Schule, Sozial- und Gesundheitsamt. Es darf zu keiner Verschlechterung der Rahmenbedingungen kommen. In einigen Städten und Gemeinden herrscht, wie auch 2017 ein Mangel an Krippen- und Kindergartenplätzen. Kinder mit sozusagen „doppeltem Rechtsanspruch“ (Kita-Platz und Integrationsbedarf) können daher nicht zeitnah aufgenommen werden. Weiterhin zeigt sich durch die gesetzlichen Veränderungen zur inklusiven Beschulung ein erhöhter und umfassender Bedarf der Beratung im Übergang Frühförderung, Kita und Schule. Die Zahlen der inklusiven zu beschulenden Kinder steigen. Seit Einführung der Inklusion vor neun Jahren ist ein Spagat der Lehrkräfte zwischen vielen Anforderungen und wenig Ressourcen zu beobachten. Inklusion in der Lehrerausbildung ist noch kein Thema.

Eine intensive Kooperation mit allgemeinem sozialen Dienst und Sozialpädagogischer Familienhilfe des Jugendamtes bei Odenwaldkreis hat sich über die Jahre hinweg etabliert und muss weiter intensiviert werden. Hier ist die komplementäre Aufgabenteilung wichtig. Die Mitarbeiterinnen der Frühberatungsstelle ist vorrangig für die entwicklungsdiagnostischen Fragestellungen und kindorientierte Entwicklungsförderung verantwortlich sowie für beziehungs- und entwicklungsorientierte Begleitung und Unterstützung der Eltern-Kind-Interaktion. Übernahme von Aufgaben, die der Sozialpädagogischen Familienhilfe zugeordnet sind, können von den Mitarbeiterinnen der Frühberatungsstelle nicht geleistet werden. Gerade bei Familien mit besonderen Herausforderungen ist eine gute Kooperation

und Kommunikation mit Jugendamt und Sozialamt des Odenwaldkreises notwendig und unerlässlich.

Vermögensübertragungen auf der Grundlage und Fortsetzung der Beschlussfassungen der Verbandsversammlung vom 12. Dezember 2008 mit Bezug auf die Vermögensübertragungen vom Zweckverband auf die Pflegestiftung Odenwald wurden im Jahr 2018 in Höhe von 70.000,00 € vorgenommen. Für die folgenden Jahre sind solche Übertragungen weiter angedacht. Zum 31. Dezember 2018 betragen die Gewinnrücklagen 73.414,79 €.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Finanzierung der Frühberatungsstelle ist in einem Zuwendungsvertrag vom 01.09.2008 geregelt, der die Finanzierung langfristig sichert.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus Sicht des Zweckverbandes nicht gegeben.

3.3 Öffentlich-rechtliche Anstalten

Sparkasse Odenwaldkreis in Erbach/ Odenwald

Berufliche Schule Odenwaldkreis

Sparkasse Odenwaldkreis in Erbach/Odenwaldkreis

Martin-Luther-Str. 53/55
64711 Erbach
Telefon: 06062/500, Telefax: 06062/62259
E-Mail: mail@sparkasse-odenwaldkreis.de



Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben.

Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe dieser Satzung.

Die Sparkasse arbeitet mit den Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen.

Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes (vgl. § 2 Satzung, Stand 19.07.2005).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

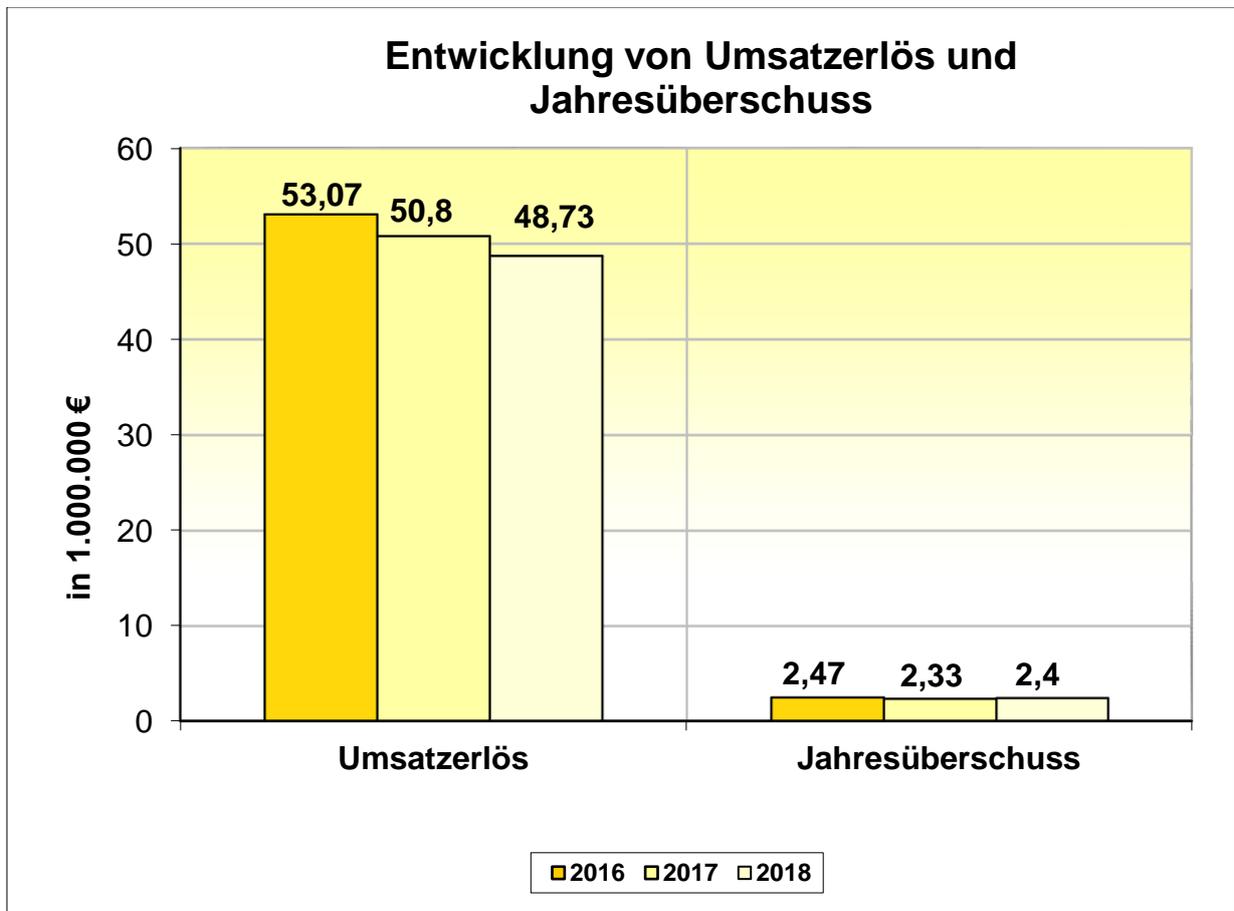
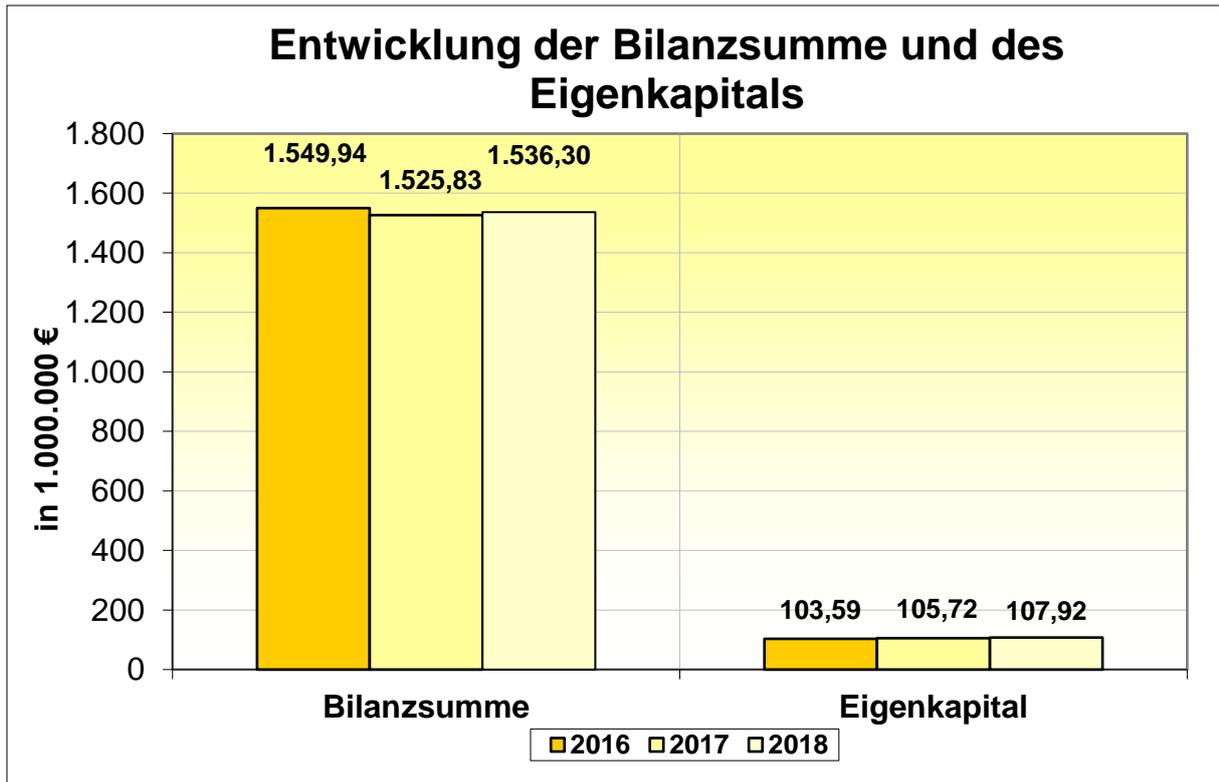
Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	1846
Träger:	Odenwaldkreis
Verwaltungsrat:	Frank Matiaske, Landrat (Vorsitzender) Oliver Grobeis, (1. Stellv. Vorsitzender)
Mitglieder:	Michael Gänsle (2. Stellv. Vorsitzender) Harald Buschmann Roland Flick Daniel Fornoff Holger Göbel Rüdiger Holschuh Ludwig Jung Uwe Olt Thomas Promny Stefan Rehse Ingeborg Schweda-Spreitzer Astrid Sontheimer Elke Weilacher Karl-Reinhard Wissmüller

Vorstand: Karlheinz Ihrig (Vorstandsvorsitzender)
Uwe Klauer (Stellv. Vorstandsvorsitzender)

Beteiligungen: keine

Abschlussprüfer: Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes
Hessen-Thüringen

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
1. Barreserve	19.743.353,88	21.883.185,38	28.254.143,92
2. Schuldtitel öffentl. Stellen und Wechsel die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bank zugelassen sind	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute	64.994.625,12	37.821.458,38	58.079.339,00
4. Forderungen an Kunden	1.063.021.297,94	1.078.110.921,54	1.073.337.167,77
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	171.291.374,35	158.245.135,79	144.336.940,69
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	201.938.391,43	201.932.334,92	203.478.220,48
7. Beteiligungen	10.356.437,45	10.356.441,77	10.353.285,99
8. Treuhandvermögen	625.626,25	520.299,39	383.111,19
9. Immaterielle Anlagewerte	50.283,00	24.803,00	25.291,00
10. Sachanlagen	17.557.972,22	16.722.112,76	16.092.331,07
11. Sonstige Vermögensgegenstände	213.148,57	116.515,11	1.869.613,79
12. Rechnungsabgrenzungsposten	148.178,76	98.895,40	89.839,67
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	2.280,37	2.865,42	3.911,15
Gesamt	1.549.942.969,34	1.525.834.968,86	1.536.303.195,72
Passiva			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	261.120.903,13	194.382.677,48	148.532.202,49
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.082.872.305,80	1.120.378.263,34	1.169.022.245,00
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	13.806.512,22	15.806.626,65	18.307.666,67
4. Treuhandverbindlichkeiten	625.626,25	520.299,39	383.111,19
5. Sonstige Verbindlichkeiten	668.356,89	964.864,64	685.298,61
6. Rechnungsabgrenzungsposten	298.785,23	222.151,46	274.881,49
7. Rückstellungen	16.957.060,97	15.837.707,66	16.176.253,42
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00
9. Fonds für allg. Bankrisiken	70.000.000,00	72.000.000,00	75.000.000,00
10. Eigenkapital	103.593.418,85	105.722.378,24	107.921.536,85
gesamt	1.549.942.969,34	1.525.834.968,86	1.536.303.195,72



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Zinserträge	37.841.698,53	34.261.636,24	32.245.773,71
2. Zinsaufwendungen	-8.814.163,48	-7.637.054,11	-6.393.679,54
3. Laufende Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen	4.460.131,26	4.409.940,23	4.081.804,65
4. Provisionserträge	9.477.867,92	10.280.263,28	10.811.354,85
5. Provisionsaufwendungen	-720.638,43	-849.349,24	-856.144,56
6. Nettoertrag (Vorjahre Nettoaufwand) aus Finanzgeschäften	0,00	0,00	0,00
7. Sonstige betriebliche Erträge	1.288.657,40	1.844.640,35	1.587.407,01
8. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00	0,00
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-26.861.478,24	-26.074.603,52	26.088.905,59
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagenwerte und Sachanlagen	-1.276.541,75	-1.342.784,60	-1.367.148,42
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.882.543,92	-1.447.669,57	-1.625.049,49
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zur Rückstellungen im Kreditgeschäft	-663.002,96	-4.366.379,69	-3.914.443,47
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und best. Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00	0,00
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-316.008,68	0,00	-183.628,28
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen	0,00	64.093,33	0,00
16. Zuführungen Fonds für allg. Bankrisiken	-5.000.000,00	-2.000.000,00	-3.000.000,00
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	6.533.977,65	7.142.732,70	5.297.340,87
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.011.375,05	-4.760.886,40	-2.845.637,28
19. Sonstige Steuern	-48.321,69	-52.886,91	-52.544,98
20. Jahresüberschuss	2.474.280,91	2.328.959,39	2.399.158,61

Auswirkungen auf den Kreishaushalt in €	2016	2017	2018€
Einnahme (<i>Ausschüttung aus Bilanzgewinn netto</i>)	168.350,00	168.350,00	168.350,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Mitarbeiter	376	359	345
Personalkosten in €	19.336.242,92	19.402.320,93	19.168.000,09

Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts
Erbacher Str. 50
64720 Michelstadt
Telefon: 06061/951 0, Telefax: 06061/951 191
E-Mail: sekretariat@bso-michelstadt.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Anstalt erfüllt den staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag nach dem Hessischen Schulgesetz in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren nimmt die Anstalt als Bestandteil des regionalen HESSENCAMPUS Odenwaldkreis insbesondere Aufgaben im Bereich der Fort- und Weiterbildung nach Maßgabe des Hessischen Schulgesetzes und des Hessischen Weiterbildungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung wahr, wenn die Aufgaben mit den Zielen der Schule vereinbar sind und ihre Finanzierung gesichert ist.

Die Anstalt verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Anstalt ist die Förderung von Erziehung, Volks- und Berufsbildung.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Michelstadt
Gründungsjahr:	01.01.2014
Träger:	Odenwaldkreis
Verwaltungsrat:	Oliver Grobeis, (Vorsitzender)
Mitglieder:	Franz Röchner Harald Buschmann Georg Raab Raoul Giebenhain Hannelore Kabel Renate Vierhaus Alfred Emde Clemens Kolle
Vorstand:	Wilfried Schulz (Vorstandsvorsitzender) Bernd Saufhaus (Stellv. Vorstandsvorsitzender)
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	keinen

3.4 Aktiengesellschaften

Entega AG

HEAG Südhessische Energie AG (HSE)

Frankfurter Str. 100
64293 Darmstadt
Telefon: 06151/7010, Telefax: 06151/7014444
E-Mail: info@hse.ag



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Entsorgung einschließlich des Baus, Betriebs und der sonstigen Nutzung von Erzeugungsanlagen aller Art einschließlich Heizwerken, von Transportsystemen für Energie, Wasser und Abwasser, die Planung, Baureifmachung, Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten und Grundstücken in allen Rechts- und Nutzungsformen sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesen Bereichen (*vgl. § 2 Satzung*).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Darmstadt
Gründungsjahr:	2003
Stammkapital:	146.278.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 5151
Aktionäre:	HEAG Holding AG 93,26 % Streubesitz Landkreise, Städte und Gemeinden 4,99 % darin enthalten Odenwaldkreis mit 0,1812 % Sonstige 1,75 %
Vorstand:	Dr. Marie-Luise Wolff Albrecht Förster Andreas Niedermaier
Aufsichtsrat	Jochen Partsch (Vorsitzender) Ralf Noller (stellv. Vorsitzender) Rafael F. Reißer (stellv. Vorsitzender) Manfred Angerer (stellv. Vorsitzender) Ludwig Achenbach (bis 05.07.2018) Professor Dr. Klaus-Michael Ahrend Hanno Benz (bis 05.07.2018) Michael Congdon Hildegard Förster-Heldmann Axel Gerland Heinz Gläser Dirk Hanke (bis 05.07.2018) Thomas Heinz

Sibylle Kalkhof (ab 05.07.2018)
 Heinrich Kiendl
 Claudia Lehrian
 Professor Dr. Lothar Petry
 Moritz Röder (ab 05.07.2018)
 Klaus Peter Schellhaas
 Ralf Storck
 Helge Thomas
 Santi Umberti
 Paul Wandrey (ab 05.07.2018)

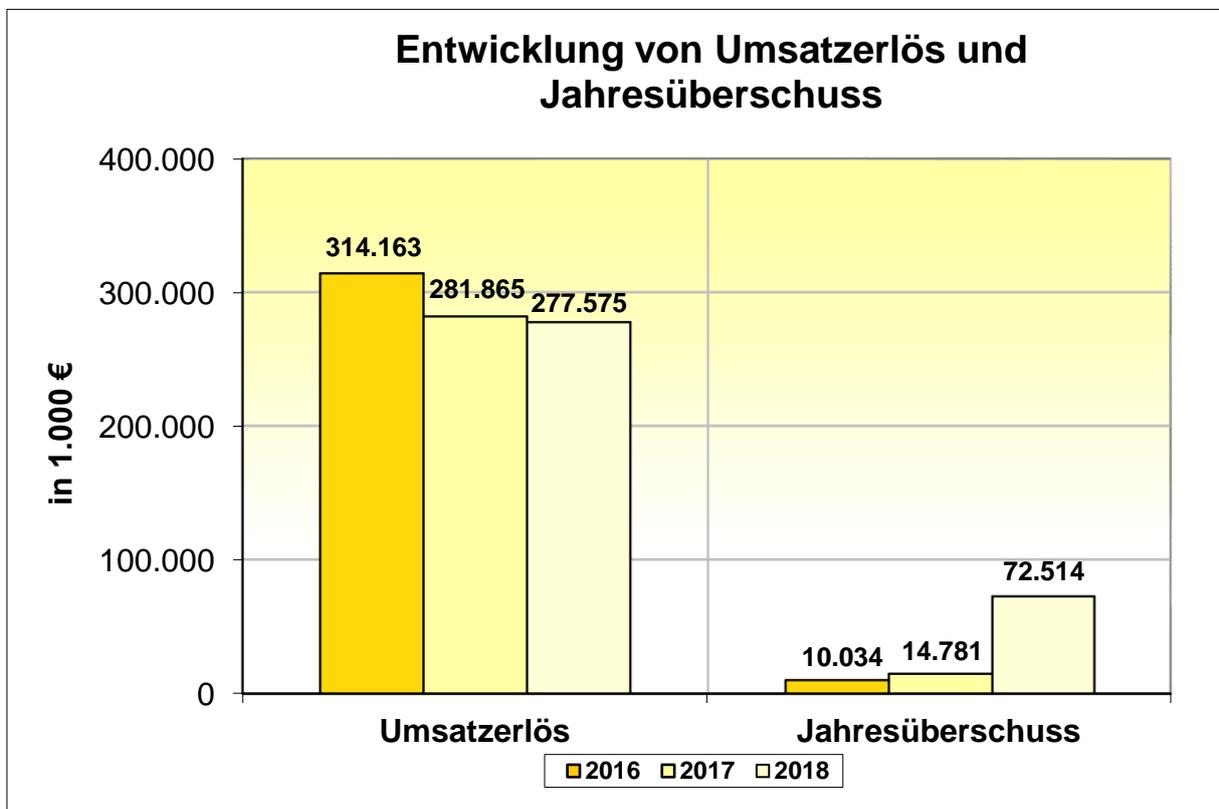
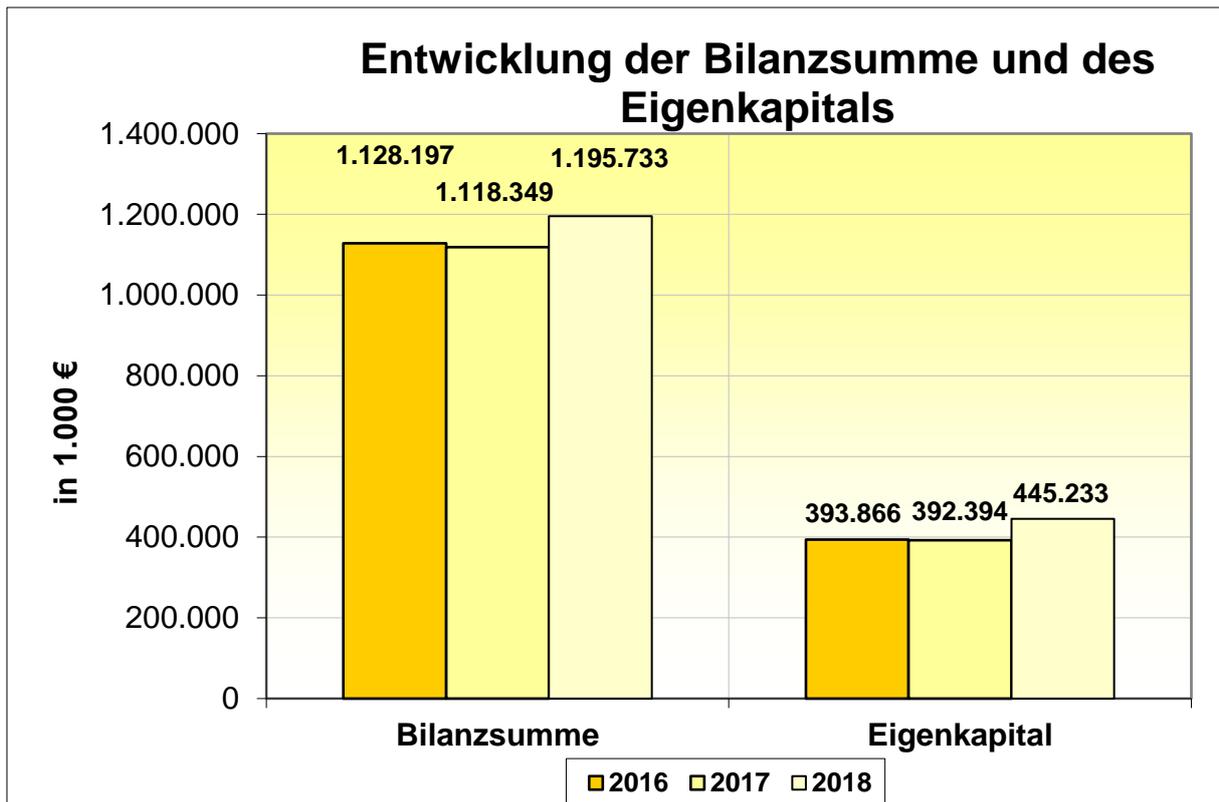
Beirat: Die Landräte und Bürgermeister aus dem Netzgebiet
 der ENTEGA Netz AG

Beteiligungen:	Anteile:
citiworks AG, Darmstadt	100,00 %
Count + Care GmbH & Co KG, Mainz	74,90 %
Count + Care Verwaltungs-GmbH, Mainz	74,90 %
e-netz Südhessen GmbH & Co. KG, Darmstadt	100,00 %
e-netz Südhessen Verwaltungs-GmbH, Darmstadt	100,00 %
Effizienz: Klasse GmbH	49,00 %
ENTEGA Abwasserreinigung GmbH & Co.KG, Darmstadt	100,00 %
ENTEGA Abwasserreinigung Verwaltungs-GmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEGA Gebäudetechnik GmbH & Co. KG, Darmstadt	100,00 %
ENTEGA Gebäudetechnik Verwaltungs-GmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEGA Medianet GmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEGA NATURpur Institut gGmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEGA Netz AG, Darmstadt	100,00 %
ENTEGA Regenerativ GmbH, Darmstadt	100,00 %
ENTEGA STEAG Wärme GmbH, Darmstadt	49,00 %
ENTEGA Wasserversorgung Biblis GmbH, Biblis	74,90 %
Global Tech I Offshore Wind GmbH, Hamburg	24,90 %
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	27,27 %
Hessenwasser GmbH & Co.KG, Groß-Gerau	27,27 %
HSE Beteiligungs-GmbH Darmstadt	100,00 %
Industriekraftwerk Breuberg GmbH, Höchst	74,00 %
MW-Mayer GmbH, Darmstadt	95,00 %
NATURpur Institut für Klima- und Umweltschutz gGmbH i. L., Darmstadt	100,00 %
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	18,87 %
OWAS Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH, Erbach	29,00 %
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH, Frankfurt a. M.	25,10 %
Luxstream GmbH, Darmstadt	25,10 %

Abschlussprüfer

Deloitte & Touche GmbH
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 T€	2017 T€	2018 T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	85	66	45
II. Sachanlagen	124.119	128.830	132.286
III. Finanzanlagen	753.910	763.186	781.492
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	8.263	9.046	9.971
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	206.659	200.010	185.597
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	33.655	16.731	85.886
C. Rechnungsabgrenzungsposten	514	480	456
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	992	0	0
gesamt	1.128.197	1.118.349	1.195.733
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	146.278	146.278	146.278
II. Kapitalrücklage	105.336	105.336	105.336
III. Gewinnrücklage	44.110	44.110	44.110
IV. Bilanzergebnis	98.142	96.670	149.509
B. Empfangene Ertragszuschüsse	15.371	15.577	15.268
C. Sonderposten	308	388	393
D. Rückstellungen	270.663	271.759	216.872
E. Verbindlichkeiten	447.581	438.037	517.884
F. Rechnungsabgrenzungsposten	408	194	83
G. Passive latente Steuern	0	0	0
gesamt	1.128.197	1.118.349	1.195.733



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 T€	2017 T€	2018 T€
1. Umsatzerlöse	314.163	281.865	277.575
2. Verminderung (-) / Erhöhung (+) des Bestandes an unfertigen Leistungen	358	11	-1.551
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	5	19	250
4. Sonstige betriebliche Erträge	14.030	35.239	128.862
5. Materialaufwand	-299.880	-259.131	-227.745
6. Personalaufwand	-34.485	-44.076	-57.226
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-8.596	-8.902	-9.274
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-35.056	-42.331	-41.084
9. Erträge aus Beteiligungen	8.865	8.600	12.880
10. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	67.636	52.780	43.991
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	16.456	16.606	15.646
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.242	3.485	4.499
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-16.709	-4.035	-33.974
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-20.570	-21.618	-24.483
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.459	18.512	88.366
17. Außerordentlicher Aufwand/Erträge	0	0	0
18. Steuern von Einkommen und Ertrag	817	-3.750	15.785
19. Sonstige Steuern	-242	19	-67
20. Jahresüberschuss	10.034	14.781	72.514
21. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	88.108	81.889	76.995
22. Bilanzgewinn	98.142	96.670	149.509

Entega AG

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
Einnahme			
Dividende für 155.000 Stückaktien	29.450,00	35.650,00	79.050,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	462	458	472
Personalkosten in T€	34.485	44.076	57.226

Auf die Darstellung von Kennzahlen sowie eines Lageberichtes wird aufgrund der geringen Beteiligungsquote verzichtet.

3.5 Gesellschaften mit beschränkter Haftung

InA GmbH – gemeinnützige Gesellschaft für Integration in Arbeit

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH

MedInvest GmbH

Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH

PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

Kurgesellschaft Bad König GmbH

Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG)

Brenergo – Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH

Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH

Odenwald Tourismus GmbH

Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH

Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG

Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH

Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH (OWAS)

Rhein-Main-Verkehrsbund GmbH

FrankfurtRheinMain GmbH

InA gGmbH – gemeinnützige Gesellschaft für Integration in Arbeit

Michelstädter Str. 12
64711 Erbach
Telefon: 06062/70-489, Telefax: 06062/70-1555
E-Mail: s.eberle@ina-odw.de



Gegenstand des Unternehmens

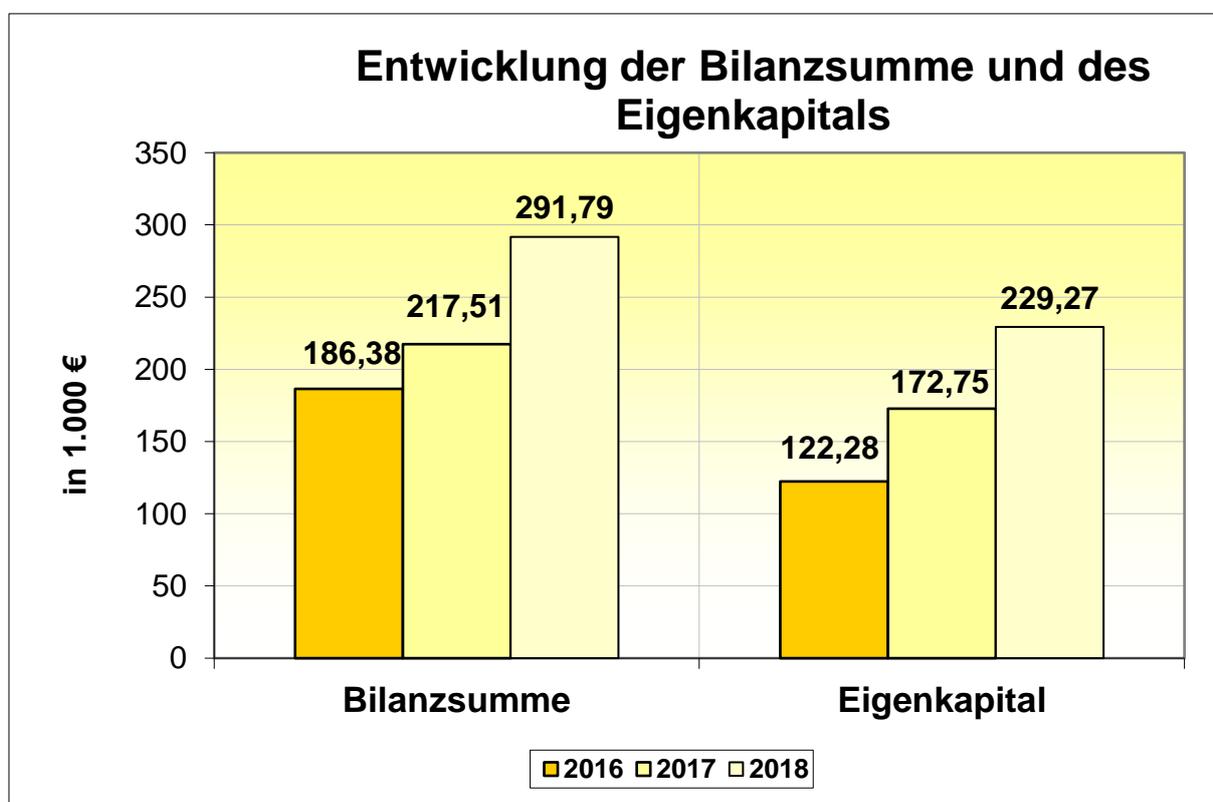
Gegenstand des Unternehmens ist die Integration von Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden, insbesondere der durch den Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende zugewiesenen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den ersten Arbeitsmarkt. Der Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen Struktur des Odenwaldkreises durch allgemeine und berufsbezogene Volksbildung für den zuvor genannten Personenkreis. Die Gemeinnützigkeit ist insbesondere darin zu sehen, dass für diese Personen eine Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben erfolgen soll.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabeordnung.

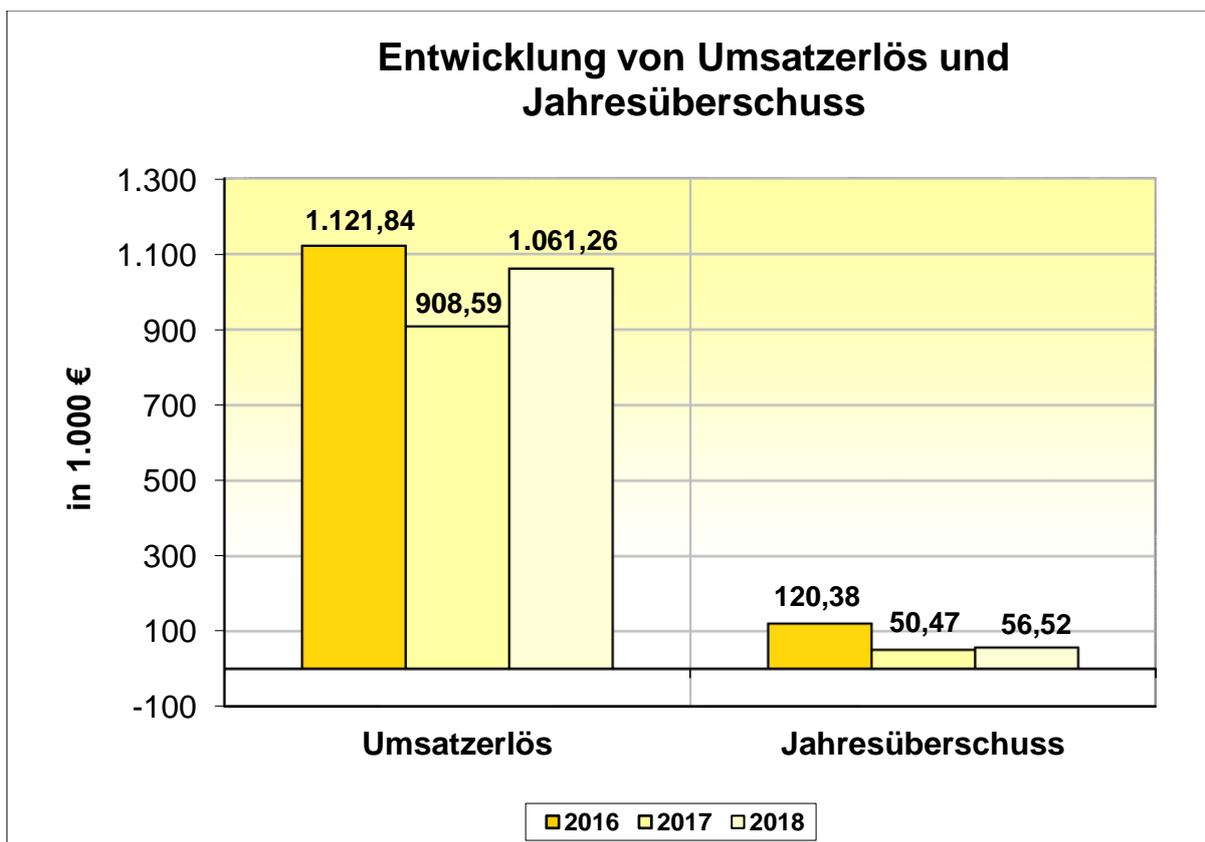
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	64711 Erbach, Michelstädter Str.12
Gründungsjahr:	2006
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 85502
Gesellschafter:	Odenwaldkreis ab 01.01.2012
Geschäftsführung:	Sandra Schnellbacher Mirko Liebig
Aufsichtsrat:	Frank Matiaske (Vorsitzender) Michael Vetter (stellv. Vorsitzender) Dr. Michael Reuter Andreas Funken Christa Weihrauch Harald Buschmann Monika Schmauß
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	SWS Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,00	3,00	3,00
II. Sachanlagen	315,00	137,00	4,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	12.399,52	11.629,22	4.585,35
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	172.052,36	201.642,69	287.196,99
III. Rechnungsabgrenzungsposten	1.607,10	4.100,44	0,00
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
gesamt	186.376,98	217.512,35	291.789,34
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Rücklagen	97.280,03	147.751,99	204.272,81
III. Bilanzgewinn/-verlust	0,00	0,00	0,00
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
B. Rückstellungen	18.940,67	32.202,67	33.598,41
C. Verbindlichkeiten	15.825,64	12.557,69	28.918,12
D. Rechnungsabgrenzungsposten	29.330,64	0,00	0,00
gesamt	186.376,98	217.512,35	291.789,34



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	1.121.839,63	908.585,72	1.061.261,97
2. Betriebliche Erträge	30.145,32	32.401,89	36.840,50
3. Materialaufwand	-64.468,58	-66.372,50	-108.006,48
4. Personalaufwand	-926.602,21	-744.575,13	-861.991,97
5. Abschreibungen	-956,84	-178,00	-133,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-39.508,86	-79.326,54	-71.390,77
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,10	10,52	14,57
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Sonstige Steuern	-70,00	-74,00	-74,00
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	120.384,56	50.471,96	56.520,82
11. Verlustvortrag	-23.104,53	0,00	0,00
12. Einstellung in Rücklagen	-97.280,03	-50.471,96	-56.520,82
13. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Zuschuss des Odenwaldkreises	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen (Stammpersonal) Ø	17	21	24,65
Personalkosten in € (incl. Maßnahmenteilnehmer)	926.602,21	744.575,13	861.991,97

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	65,61	79,42	78,57
Eigenkapitalrentabilität	6.351,17	41,28	32,72
Verschuldungsgrad	28,43	25,91	27,27
Personalintensität	82,60	81,95	81,22

Laut Satzung der Gesellschaft erfolgt die Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats ehrenamtlich. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf § 123 a Abs. 2 S.4 HGO in Verbindung mit § 286 Abs. 4 HGB nicht aufgeführt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Der Odenwaldkreis zählt zu den strukturschwachen, ländlichen und dünn besiedelten Regionen Hessens. Er ist Teil der Großregion Rhein-Main-Neckar, die zu den wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland und Europa gehört. Mit den Landkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau, sowie die Stadt Darmstadt bildet der Odenwaldkreis den südhessischen Wirtschaftsraum. Mit rund 155 Einwohnern je Quadratkilometer ist er – mit einer Bevölkerung von 96.711 Personen (Stand vom 30.06.2018) – eine der am dünnsten besiedelten Regionen in Südhessen. Eine geringere Dichte liegt nur noch in Nordhessen vor. Eng an das Rhein-Main-Gebiet angebunden, bietet der Odenwaldkreis für den stetig steigenden Bedarf an (hoch-) qualifizierten Fach- und Führungskräften einen attraktiven Wohnort auf 623,97km² Fläche, verteilt auf 12 Städte und Gemeinden. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Zielgruppe befindet sich allerdings eher in den städtischen Regionen um Darmstadt und Frankfurt am Main. Der Odenwaldkreis ist kein Hochschulstandort und hat keine Anbindung an eine Bundesautobahn. Mit einer einzigen Bahnstrecke in Nord-Süd-Richtung ist die Mobilität eines der größten Probleme und Herausforderungen für den Odenwaldkreis.

Der Arbeitsmarkt des Odenwaldkreises ist geprägt von überwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen. Technische und wissensintensive Dienstleistungsunternehmen sind unterrepräsentiert. Ein zentraler Standortnachteil des

ländlich geprägten Odenwaldkreises ist die zum Teil unzureichende Verkehrsinfrastruktur, insbesondere abseits der zentralen Bahnstrecke in Nord-Süd-Richtung.

Im Jahr 2018 hat sich die Quote der Arbeitslosigkeit nach einem saisonbedingten Hoch von 4,9 % im Februar 2018 kontinuierlich positiv weiterentwickelt. Die niedrigste Quote im betrachteten Zeitraum lag im November 2018 bei 4,0 %. Saisonbedingt ist die Arbeitslosenquote zum Jahresende wieder leicht auf 4,2 % angestiegen. Bei der Betrachtung der Rechtskreise SGB II und SGB III im Vergleich ist festzustellen, dass diese sich oft gegenläufig entwickelt haben. Im Jahresdurchschnitt lag die Quote der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II bei 2,7 % und im Rechtskreis SGB III bei 1,6 %. Der Gesamtdurchschnitt lag bei 4,4 %.

Seit dem 01.01.2012 ist der Odenwaldkreis alleiniger Anteiliger der InA gGmbH-Integration in Arbeit. Gegenstand des Unternehmens ist gem. § 2 der Satzung die Integration von Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern und Arbeitsuchenden, insbesondere der durch den Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende zugewiesenen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, in den ersten Arbeitsmarkt. Der Zweck der Gesellschaft ist außerdem die Verbesserung der sozialen Struktur des Odenwaldkreises durch allgemeine und berufsbezogene Volksbildung für den vorgenannten Personenkreis. Die Gemeinnützigkeit des Unternehmens begründet sich insbesondere darauf, dass für diese Personen eine Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben erfolgen soll.

Die InA gGmbH verfügt über die unbefristete Erlaubnis der Arbeitnehmerüberlassung gemäß § 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, erteilt am 29.10.2006 von der Bundesagentur für Arbeit / Regionaldirektion Hessen – Frankfurt/Main, unbefristet ab dem 11.10.2009.

Im Rahmen einer Dienstvereinbarung, gem. § 17 SGB II, unterstützt die InA gGmbH das Kommunale Job-Center bei dessen Aufgabenwahrnehmung. Bei der InA gGmbH sind das Maßnahmenmanagement (Maßnahmenplanung, Vorbereitung und Begleitung von Vergabeverfahren, Maßnahmenabwicklung), die Koordinierungsstelle für die Zusatzjobs (externe Arbeitsgelegenheiten), die Öffentlichkeitsarbeit für Arbeitsmarktdienstleistungen SGB II, sowie der Arbeitsgeber- und Personalservice angesiedelt.

Geschäftsentwicklung:

Im Wirtschaftsjahr 2018 erzielte die InA gGmbH Umsatzerlöse in Höhe von 1.061.261,97 € (Vorjahr 908.585,72 €). Dies entspricht einer Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 151.676,25 € bzw. Steigerung um 16,8 %. Das Jahresergebnis der InA gGmbH ist mit einem Betrag in Höhe von 56.520,82 € als positiv zu beurteilen (Vorjahr 50.471,96 €). Das Ergebnis liegt oberhalb des Planansatzes des Wirtschaftsplans für das Jahr 2018, der ursprünglich – unter Berücksichtigung von Rückstellungen im Umfang von 23.731,76 € – ein Jahresergebnis in Höhe von 0,00 € prognostizierte. Die Abweichungen zur Prognose des Wirtschaftsplans beruhen überwiegend auf Erlösen aus dem Geschäftsbereich Team „Maßnahmen“ sowie geringeren Personalkosten aufgrund von Personalfuktuation. 2018 konnte darüber hinaus die abschließende Abwicklung von letzten Aufträgen zur Umsetzung

des für das Wirtschaftsjahr 2016 geplanten eigenen Corporate Designs für die InA gGmbH umgesetzt werden.

Die Gesellschaft war während des gesamten Jahres in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung:

Das Geschäftsfeld der Arbeitnehmerüberlassung finanziert sich seit 01.01.2012 alleine aus den dort erzielten Erlösen, in Verbindung mit Erstattungen der Krankenkassen aufgrund der sog. U1/U2 Regelung, da die InA gGmbH noch als Kleinunternehmen anzusehen ist.

Das Geschäftsfeld birgt viele Chancen, aber auch Risiken für die finanzielle Entwicklung der InA gGmbH, da hier ausschließlich Kunden aus dem Rechtskreis der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) beschäftigt werden, die dem Arbeitgeber- und Personalservice vom Kommunalen Job-Center zugewiesen werden. Da dieser Kundenstamm nahezu regelhaft keine Facharbeiter umfasst, sondern üblicherweise langzeitarbeitslose Personen, die oft über keinen Schul- oder Berufsabschluss verfügen, ist deren Integration in den Arbeitsmarkt oft schwierig und gelingt manchmal auch erst nach wiederholten Versuchen.

Mit dem 2015 neu gegründeten Team „Maßnahmen“ betätigt sich die InA gGmbH auch auf dem Geschäftsfeld der Durchführung von Eingliederungsmaßnahmen. Dabei hat die neu geschaffene Stellung als Maßnahmenträger zur Durchführung von Eingliederungsmaßnahmen (im Rahmen des § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III) für die InA gGmbH betriebswirtschaftlich eine solide Grundlage zur Weiterentwicklung ihrer positiven Ertragslage geschaffen, welche auch dazu geeignet ist, das durch die Arbeitnehmerüberlassung bestehende Risiko auszugleichen. Der neue Geschäftsbereich hat sich stetig weiterentwickelt und stellt mittlerweile die hauptsächliche Entwicklungsmöglichkeit des Unternehmens dar. Durch regelmäßige – zuvor sorgfältig kalkulierte – Einnahmen wurde die Basis dafür geschaffen, die Finanzlage der InA gGmbH mittelfristig auf solide Füße zu stellen.

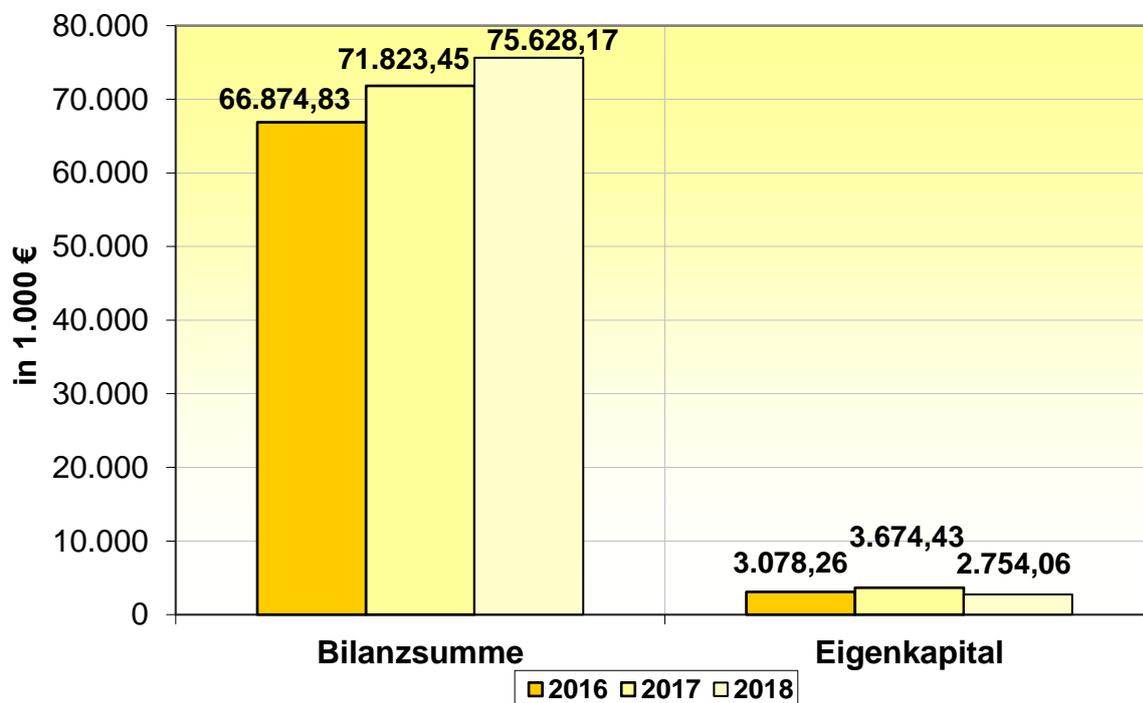
**Gesundheitszentrum Odenwaldkreis
GmbH Konzernbilanz**



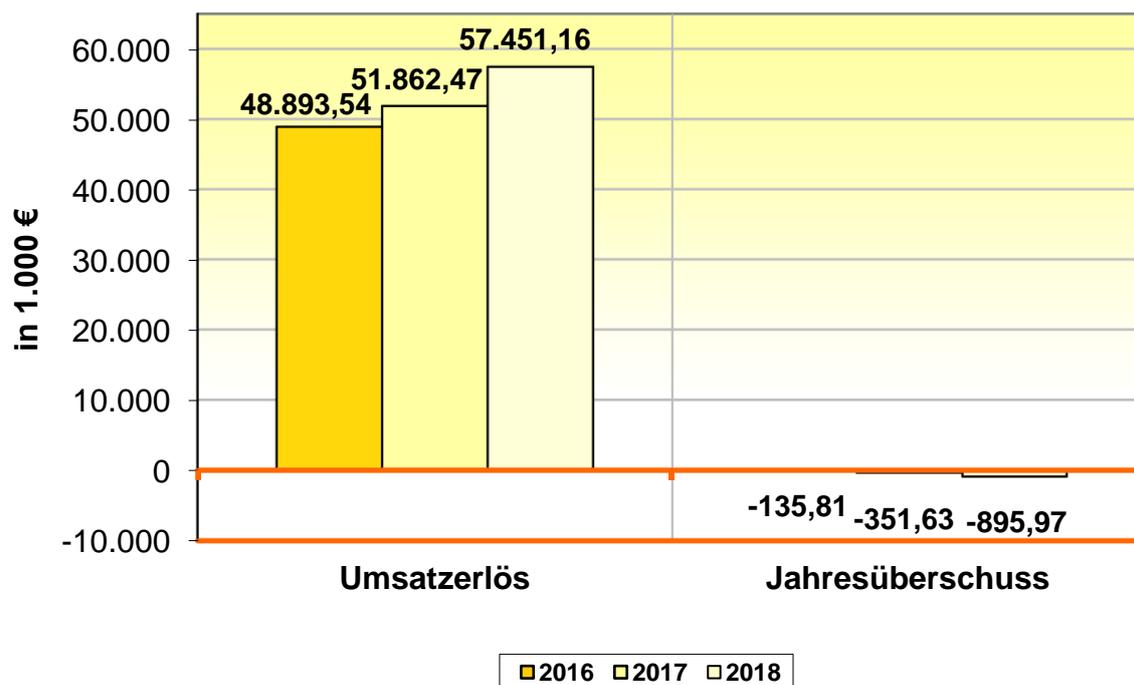
Albert-Schweitzer –Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/790, Telefax: 06062/792301
E-Mail: info@gz-odw.de

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	399.559,18	415.973,58	373.033,04
II. Sachanlagen	50.252.820,76	53.013.727,36	51.700.604,97
III. Finanzanlagen	74.9500,00	74.950,00	74.950,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	895.380,88	1.033.321,16	1.052.443,49
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.814.931,12	13.949.065,61	14.979.574,97
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	521.891,85	1.450.093,37	6.366.580,54
C. Ausgleichsposten nach dem KHG (Darlehensmittelförderung)	1.226.951,33	1.137.362,08	1.030.131,08
D. Rechnungsabgrenzungsposten	47.523,26	64.919,11	50.855,06
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	62.318,00	40.000,00	0,00
Gesamt	66.296.326,38	71.179.412,27	75.628.173,11
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.050.000,00	5.050.000,00	5.050.000,00
II. Kapitalrücklage	3.530.008,48	4.432.068,96	4.407.666,96
III. Freie Rücklagen	152.921,88	152.921,88	152.921,88
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.654.665,62	-5.960.556,27	-6.856.524,37
B. Sonderposten zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	34.455.663,27	32.142.853,62	29.555.470,13
C. Rückstellungen	1.808.950,00	2.108.950,00	2.199.458,00
D. Verbindlichkeiten	26.894.840,84	33.231.395,75	41.115.529,47
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	55.806,00	18.603,00	0,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten	2.801,53	3.175,33	3.651,04
Gesamt	66.874.829,03	71.823.451,44	75.628.173,11

Entwicklung der Bilanzsumme und des Eigenkapitals



Entwicklung von Umsatzerlös und Jahresüberschuss



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	48.893.535,19	51.862.469,27	57.451.159,55
2. Erhöhung (+) und Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	96.921,28	127.554,83	-17.349,63
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	95.401,93	99.906,73	95.733,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	283.035,93	101.392,98	193.354,98
5. Personalaufwand	-28.280.819,85	-30.802.425,02	-35.831.110,24
6. Materialaufwand	-16.699.626,82	-15.053.888,35	-19.319.306,32
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.013.659,13	1.094.988,45	1.209.281,51
8. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	86.011,00	86.011,00	43.005,00
9. Erträge aus der Auflösung des Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach Dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.372.046,28	3.883.852,20	3.840.319,32
10. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-902.400,79	-971.941,27	-1.037.796,14
11. Aufwendungen aus der Zuführung zu Ausgleichsposten Darlehensförderung	-74.214,68	-89.589,25	-107.231,00
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-267.241,49	-281.886,08	-277.806,84
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-3.833.381,02	-4.103.880,82	-4.069.472,27
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.271.652,98	-5.594.349,60	-2.304.020,81
15. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	40.800,00
16. Zinsen und ähnliche Erträge	3.963,51	1.467,57	3.322,98
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-603.832,74	-667.976,77	-792.528,19
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-88.596,12	-335.294,13	-879.645,10
19. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	-46.623,73	-16.338,85	-13.241,67
20. Sonstige Steuern	-588,04	-0,00	-3.081,33
21. Jahresüberschuss	-135.807,89	-351.632,98	-895.968,10
22. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.518.857,73	-5.654.665,62	-5.960.556,27
23. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.654.665,62	-5.960.556,27	-6.856.524,37

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Zuschuss an das Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH	234.433,54	318.263,35	397.566,22

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften*					
2016		2017		2018	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
32.211.090,19	23.429.398,27	34.711.090,19	25.176.420,04	34.711.090,19	24.514.433,62

* einschließlich Kassenkredite

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	539,19	611,76	660,20
Personalkosten in €	28.280.819,85	30.802.425,02	35.831.110,24

Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates beträgt im Berichtsjahr 6 T€. Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	5,1	5,6	4,0
Eigenkapitalrentabilität	-1,6	-7,7	-9,9
Verschuldungsgrad	331,9	370,1	454,2
Personalintensität	68,0	69,9	73,9

**Gesundheitszentrum Odenwaldkreis
GmbH**

Albert-Schweitzer –Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/790, Telefax: 06062/792301
E-Mail: info@gz-odw.de



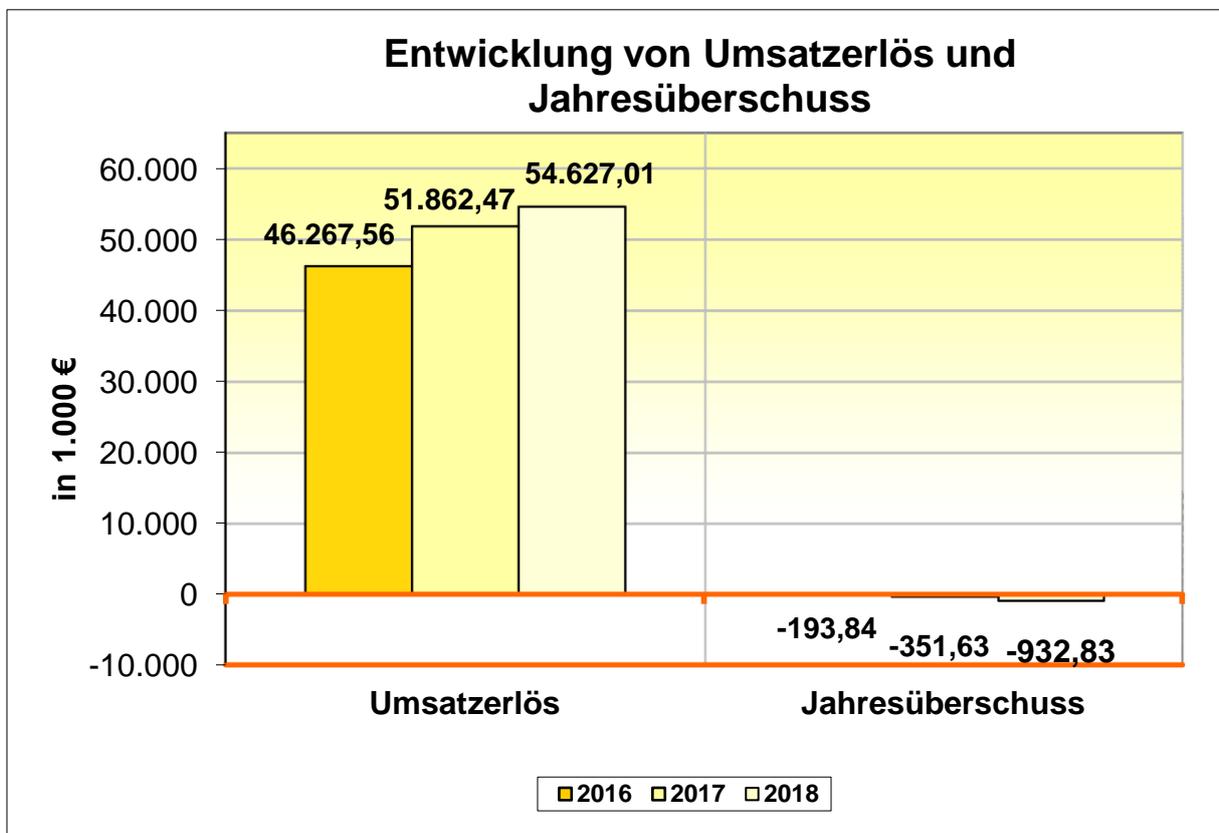
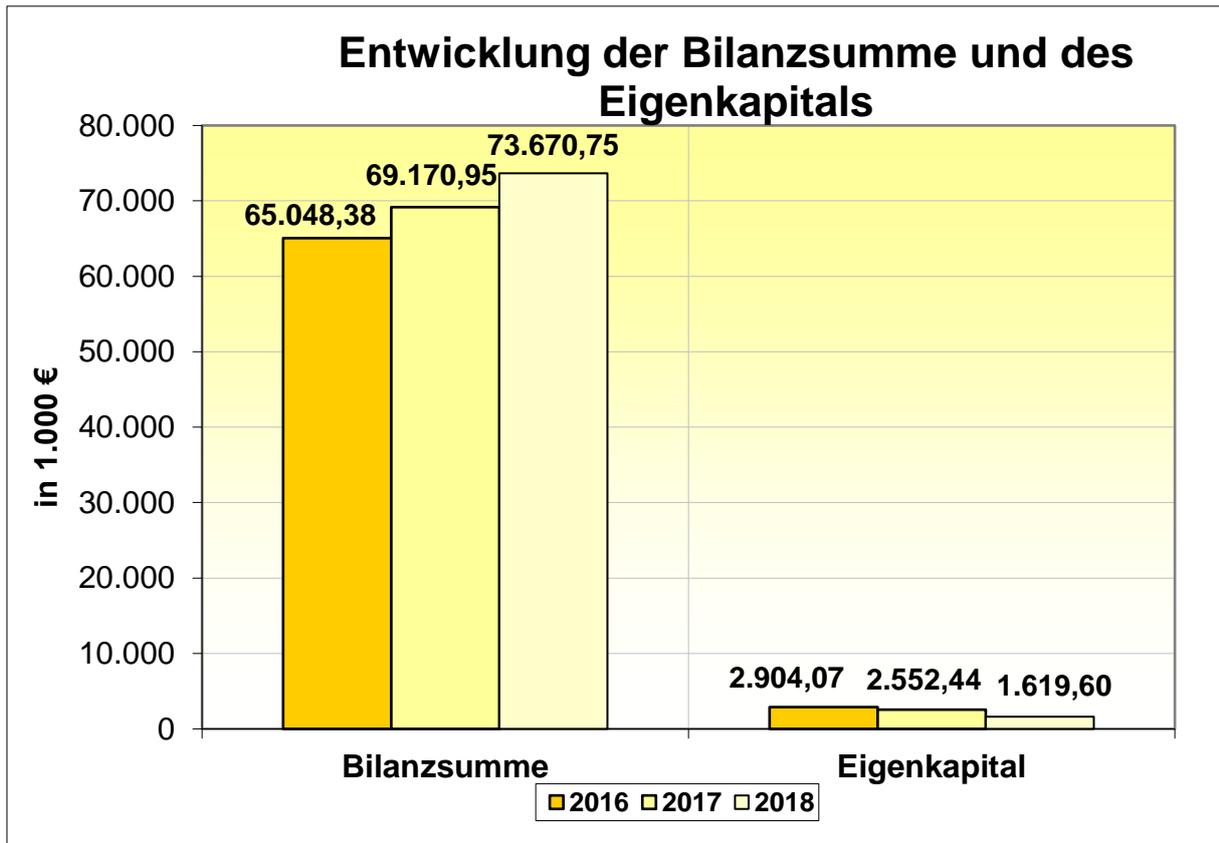
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses in Erbach durch Erbringung insbesondere von stationären, ambulanten und integrierten Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Hessen sowie eines gegebenenfalls mit den Krankenkassen vereinbarten Versorgungsauftrages einschließlich der dazugehörigen Ausbildungsstätte „Krankenpflegeschule“ sowie Nebeneinrichtungen als Krankenhausträger, ferner der Betrieb der Alteneinrichtungen des Odenwaldkreises .

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2001
Stammkapital:	5.035.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Michelstadt, HRB 71456
Gesellschafter:	Odenwaldkreis (Anteil: 100,00 %)
Geschäftsführung:	Andreas Schwab
Aufsichtsrat:	Frank Matiaske (Vorsitzender) Oliver Grobeis (stellv. Vorsitzender, beratende Stimme) Harald Buschmann Karlheinz Ihrig Thomas Klinger Dr. med. Erika Ober Michael Vetter Dr. med. Alwin Weber
Beteiligungen:	MedInvest GmbH (100,00 %; 25.000,00 €) PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH (51,00 %; 12.750,00 €) Medizinisches Versorgungszentrum am GZO GmbH (100,00 %, 25.000,00 €)
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	399.556,18	415.970,58	373.030,00
II. Sachanlagen	46.718.297,12	49.624.681,72	48.466.186,33
III. Finanzanlagen	74.950,00	74.950,00	74.950,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	895.380,88	1.033.321,16	1.052.443,49
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.879.663,60	14.048.179,96	14.983.712,96
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	394.873,20	333.895,95	5.217.362,70
C. Ausgleichsposten nach dem KHG (Ausgleichs- und Darlehensmittelförderung)	3.575.815,06	3.535.033,81	3.452.204,81
D. Rechnungsabgrenzungsposten	47.523,26	64.919,11	50.855,06
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	62.318,00	40.000,00	0,00
Gesamt	65.048.337,30	69.170.952,29	73.670.745,35
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.035.000,00	5.035.000,00	5.035.000,00
II. Kapitalrücklage	3.650.079,20	3.650.079,20	3.650.079,20
III. Freie Rücklagen	105.600,00	105.600,00	105.600,00
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.886.611,14	-6.238.244,12	-7.171.078,10
B. Sonderposten zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	34.455.637,58	32.142.827,93	29.555.444,44
C. Rückstellungen	1.651.350,00	1.954.900,00	2.052.258,00
D. Verbindlichkeiten	25.981.515,66	32.502.186,28	40.443.441,81
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	55.806,00	18.603,00	0,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	65.048.377,30	69.170.952,29	73.670.745,35



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	46.267.558,23	51.862.469,27	54.627.007,18
2. Erhöhung (+) und Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	96.921,28	127.554,83	-17.349,63
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	95.401,93	99.906,73	95.733,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	202.339,28	101.392,98	99.228,27
5. Personalaufwand	-26.673.907,08	-30.802.425,02	-33.953.754,96
6. Materialaufwand	-13.378.558,76	-15.053.888,35	-15.563.404,45
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.013.659,13	1.094.988,45	1.209.281,51
8. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	86.011,00	86.011,00	43.005,00
9. Erträge aus der Auflösung des Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.372.046,28	3.883.852,20	3.840.319,32
10. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-902.400,79	-971.941,27	-1.037.796,14
11. Aufwendungen aus der Zuführung zu Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	-74.214,68	-89.589,25	-107.231,00
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-267.241,49	-281.886,08	-277.806,84
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-3.672.072,34	-4.103.880,82	-3.913.733,99
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.738.932,34	-5.594.349,60	-5.228.501,66
15.=Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	40.800,00
15. Zinsen und ähnliche Erträge	3.916,01	1.467,57	3.319,02
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-577.156,09	-667.976,77	-775.625,61
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-146.630,43	-335.294,13	-916.510,98
18. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	-47.211,77	-16.338,85	-16.323,00
20. Jahresüberschuss	-193.842,20	-351.632,98	-932.833,98
21. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.518.857,73	-5.886.611,14	-6.238.244,12
22. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-5.886.611,14	-6.238.244,12	-7.171.078,10

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Zuschuss an das Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH	234.433,54	318.263,35	397.566,22

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften*					
2016		2017		2018	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
32.211.090,19	23.429.398,27	34.711.090,19	25.176.420,04	34.711.090,19	24.514.433,62

* einschließlich Kassenkredite

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	376,63	425,41	450,13
Personalkosten in €	26.673.907,08	30.802.425,02	33.953.754,96

Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates beträgt im Berichtsjahr 6 T€. Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	4,64	5,16	3,64
Eigenkapitalrentabilität	-1,56	-7,69	-9,93
Verschuldungsgrad	932,47	961,79	533,17
Personalintensität	57,84	59,58	62,37

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsentwicklung:

Die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH (GZO GmbH) ist eine gemeinnützige Gesellschaft des Odenwaldkreises und betreibt das Kreiskrankenhaus Erbach und die Alteneinrichtungen des Odenwaldkreises.

Das Kreiskrankenhaus Erbach ist in den nach § 6 Abs. 1 KHG i.V. mit § 17 ff. HKHG 2012 aufgestellten Krankenhausplan des Landes Hessen aufgenommen und als Notfallstandort ausgewiesen. Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 60 Ausbildungsplätzen für den Beruf Gesundheits- und Krankenpfleger/in angegliedert.

Die Alteneinrichtungen des Odenwaldkreises umfassen das Alten- und Pflegeheim Erbach und die Altenpflegeschule. Das Alten- und Pflegeheim verfügt über folgende Kapazitäten:

- 80 vollstationäre Plätze
- 8 Plätze für Kurzzeitpflege
- 6 Plätze für Tagespflege.

Die Altenpflegeschule hält derzeit 50 Ausbildungsplätze vor.

Tochtergesellschaften der GZO GmbH sind mit 100%-iger Beteiligung die MedInvest GmbH und die Medizinisches Versorgungszentrum am Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH sowie mit 51%-iger Beteiligung die PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH.

Am Ende des Berichtsjahres waren bei der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH und ihren Tochtergesellschaften rund 1.000 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Die GZO GmbH schließt das Berichtsjahr mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -895.968,10 € ab. Davon entfällt auf das Krankenhaus ein Fehlbetrag in Höhe von -932.833,98 € und auf die Alteneinrichtung ein Überschuss in Höhe von +36.865,88 €. Damit hat sich das Jahresergebnis um 590 T€ gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Die Budgetverhandlungen im DRG-Bereich konnten mit den zuständigen Sozialleistungsträgern für die Jahre 2017 und 2018 in Form von Protokollnotizen weitestgehend geeinigt werden. Die Umsetzung dieser Protokollnotizen in genehmigungsfähige Vereinbarungen ist noch nicht abgeschlossen. Die DRG-Leistungen für 2018 liegen – vor abschließenden MDK-Prüfungen – leicht unter dem Niveau der DRG-Leistungszahlen des Jahres 2017.

Im Kreiskrankenhaus Erbach wurden nach Bundespflegesatzverordnung (BPfIV) im Jahr 2018 insgesamt 12.787 stationäre Fälle (Vorjahr 12.598) mit 76.541 Pflgetagen (Vorjahr: 77.494) behandelt. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Verweildauer von 6,0 Tagen (Vorjahr: 6,2 Tagen). Die Geburtenzahl konnte auf 521 Geburten gesteigert werden (Vorjahr: 513).

Im Psychiatrie-Bereich wurden im Jahr 2018 stationär 872 Fälle mit 15.245 Pflgetagen und teilstationär 163 Fälle mit 4.265 Pflgetagen behandelt.

In den Alteneinrichtungen des Odenwaldkreises lag mit 31.329 Pflgetagen die Belegung im Jahr 2018 unter dem Niveau des Vorjahres (= 31.762 Pflgetage). Der Auslastungsgrad im Jahr 2018 lag bei 95,1 % (Vorjahr: 98,9 %).

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH erzielte im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 57.451.159,55 €. Der Personalaufwand betrug 35.831.110,24 € und der Materialaufwand 19.319.306,32 €. Die GuV weist einen Jahresfehlbetrag von -895.968,10 € aus.

Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug 2.754.064,47 €. Die GZO GmbH hat Verbindlichkeiten in Höhe von 41.115.529,47 €. Die Bilanzsumme betrug insgesamt 75.628.173,11 €.

Die Investitionen in das Anlagevermögen belaufen sich im Geschäftsjahr auf 2.713 T€. Davon entfallen 135 T€ auf immaterielle Vermögensgegenstände und 2.578 T€ auf Sachanlagen.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Am 9. November 2018 ist das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) im Deutschen Bundestag beschlossen worden. Mit dem Gesetz sollen spürbare Verbesserungen im Alltag der Pflegekräfte durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege u.a. durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Jede zusätzliche oder aufgestockte Pflegestelle am Krankenhausbett wird ab 2019 vollständig finanziert. Ebenso werden Tarifsteigerungen für Pflegenden im Krankenhaus vollständig refinanziert.
- Die Vergütungen von Auszubildenden in der Gesundheits- und Krankenpflege sowie Krankenpflegehilfe im ersten Ausbildungsjahr werden ab 2019 vollständig von den Kostenträgern refinanziert.
- Es werden sog. Pflegepersonaluntergrenzen eingeführt, die strikte Vorgaben zur Personalbesetzung mit Pflegemitarbeitenden in definierten Pflegebereichen machen und die bei Nichtbeachtung massive wirtschaftliche Sanktionen nach sich ziehen. Diese Pflegepersonaluntergrenzen werden weiterentwickelt und sollen mittelfristig auf alle Fachabteilungen ausgeweitet werden.
- Ab 2020 erfolgt die Finanzierung der Kosten des einzelnen Krankenhauses für die Pflege am Bett durch ein eigenes Pflegebudget. Dies soll sicherstellen, dass die in den Krankenhäusern anfallenden Personalkosten vollständig von den Kostenträgern finanziert werden. Mit dieser Ausgliederung der Pflegekosten wird das bisherige DRG-Abrechnungssystem deutlich verändert.

Im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Strafbarkeit der Korruption im Gesundheitswesen (§§ 299a, b StGB) wurden alle bestehenden Kooperationsarztverträge unter Einhaltung einer Medizinrechtsanwaltskanzlei überprüft und wo erforderlich angepasst. Dennoch sind die Auslegungen immer noch nicht gefestigt. Die Vertragsinhalte wurden und werden in regelmäßigen Abständen an die rechtliche Entwicklung angepasst. Die Vertragsverhandlungen bieten auch die Chance, die bestehenden Regelungen einheitlich und transparent zu gestalten und damit diese für die Zukunft abzusichern.

Bauliche Entwicklung

Sanierung Bettenhaus:

Die Gesamtkosten für diese Maßnahme belaufen sich auf insgesamt 31,336 Mio. €. Die Finanzierung für die Maßnahme ist wie folgt geplant:

- | | |
|---|-----------|
| 1) Eigenanteil Gesellschafter Odenwaldkreis über Kommunales Investitionsprogramm (KIP): | T€ 7.000 |
| 2) GZO GmbH –Kommunales Investitionsprogramm (KIP): | T€ 8.000 |
| 3) Förderdarlehen WI-Bank: | T€ 16.336 |

Zu 1)

Von der Gesamtmaßnahme soll der Instandhaltungsanteil in Höhe von 7.000 T€ durch das KIP (Kommunales Investitionsprogramm des Landes Hessen) vom Odenwaldkreises abgedeckt werden.

Die Darlehenstilgung erfolgt direkt durch den Odenwaldkreis, eine Belastung der Ergebnisse der GZO GmbH entsteht nicht. Die Kostenberechnung beinhaltet die Fassadensanierung mit Austausch der Fenster (außer der Südseite, dort wurden die Fenster bereits ausgetauscht), die Dachsanierung sowie der Austausch der Heizungsanlage einschließlich Blockheizkraftwerk.

Zu 2)

Aus dem KIP steht der GZO GmbH ein Darlehensbetrag in Höhe von 8.000 T€ zur Verfügung, den die GZO GmbH zu 1/3 tilgen muss. Für das Darlehen besteht Zinsfreiheit für die ersten 10 Jahre.

Der Schuldendienst des Darlehens soll über die Baupauschale finanziert werden.

Zu 3)

Das landesverbürgte Förderdarlehen der WI-Bank hat eine Laufzeit von 25 Jahren und ist ratierlich zu tilgen. Im Juli 2017 ist das Zinsfixing für das Darlehen erfolgt. Die Auszahlung des Darlehensbetrages fließt im Juli 2018. Auch dieses Darlehen wird über die Baupauschale finanziert. Wie bereits erwähnt, erhalten wir erst ab dem Jahr 2022 die volle Baupauschale. Aus diesem Grund haben wir die Aussetzung der Tilgungsraten bis einschließlich 2021 vereinbart.

Sollten während der Bauphase unvorhergesehene Kosten auftreten, ist unbedingt eine Unterstützung des Odenwaldkreises erforderlich.

Anbau C

Im Rahmen der Generalsanierung des Bettenhauses wird dieses nahezu vollständig entkernt und in den Rohbauzustand zurückversetzt.

Um die Patientenversorgung auch während der Generalsanierung zu gewährleisten, wird auf dem Parkplatz vor dem Funktionsgebäude in gerader Reihe des Anbaus A (Ärztehaus) und Anbaus B (Erweiterung Funktionstrakt) ein Anbau C neu entstehen. Der Anbau C wird analog zum Ärztehaus von einem Investor gebaut. Die GZO GmbH wird dieses Gebäude langfristig anmieten und ein Ankaufsrecht nach Ablauf der Mietzeit wird vereinbart.

Ausblick und voraussichtlichen Entwicklung:

Für das Jahr 2019 wird nach der ursprünglichen Wirtschaftsplanung vom November 2018 mit einem Fehlbetrag in Höhe von -750 T€ gerechnet.

Dies hätte eine Reduzierung des Eigenkapitals zum 31.12.2019 auf 2.004 T€ zur Folge.

Es ist nicht auszuschließen, dass von uns nicht beeinflussbare Vorgaben, z.B. durch Gesetz- oder Tarifregelungen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation haben.

Die Generalsanierung des Bettenhauses wird in 2019 beginnen, was Risiken hinsichtlich der Leistungsmenge, aber auch hinsichtlich der Akzeptanz des Hauses bei der Bevölkerung für die Zeit des Umbaus haben könnte.

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass über die DRG-Erlöse die Abschreibungen und Zinsen für eigenfinanzierte Investitionen nicht refinanziert werden, kann die Unterstützung des Alleingeschafters Odenwaldkreis auch in Zukunft erforderlich werden, was beispielsweise durch eine weitere Erhöhung des Eigenkapitals erfolgen könnte.

MedInvest GmbH

Albert-Schweitzer-Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/79-2003, Telefax: 06062/79-2301

MedInvest GmbH

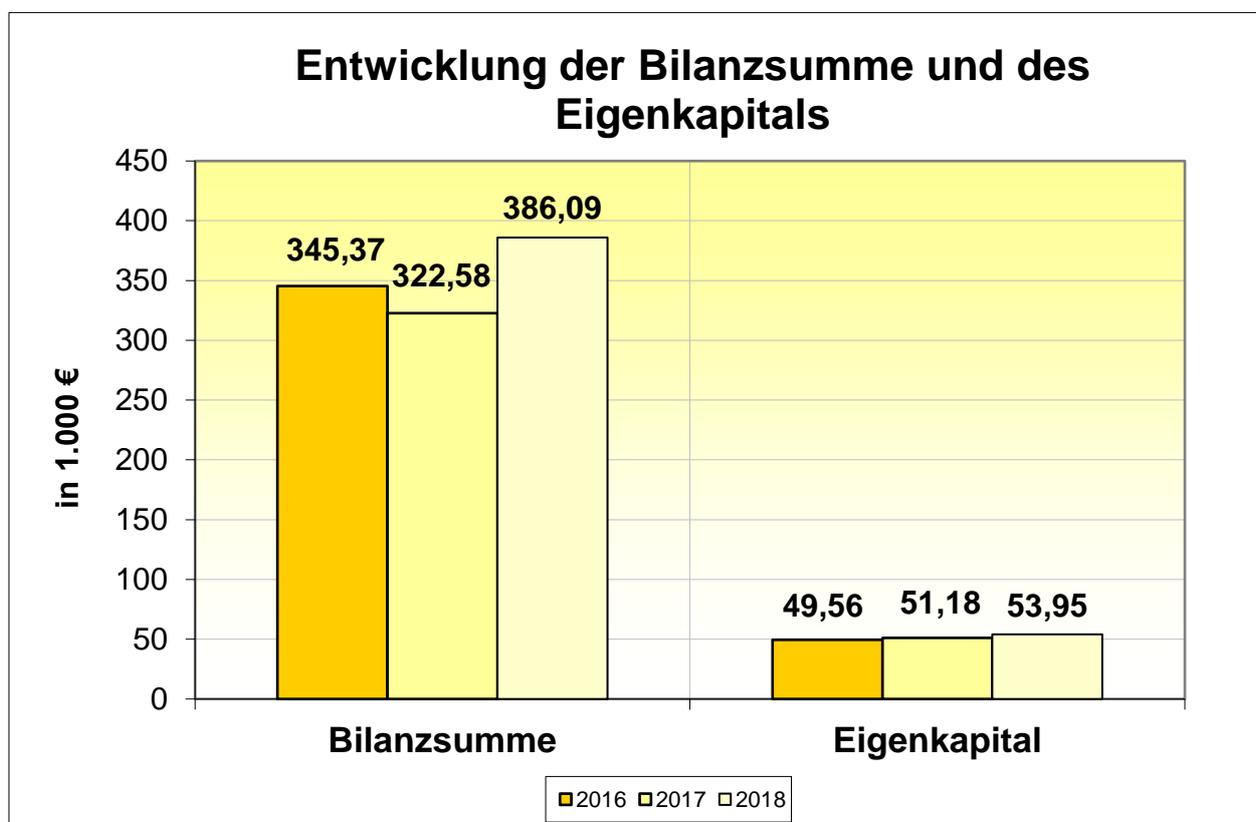
Gegenstand des Unternehmens

Die MedInvest GmbH erbringt Dienstleistungen jeder Art, überwiegend gegenüber der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, insbesondere der Reinigungsdienste, der Verpflegung der hauswirtschaftlichen und technischen Dienste sowie Leistungen im Zusammenhang mit medizinisch-technischen Maßnahmen der Personalverwaltung, EDV und Rechnungswesen.

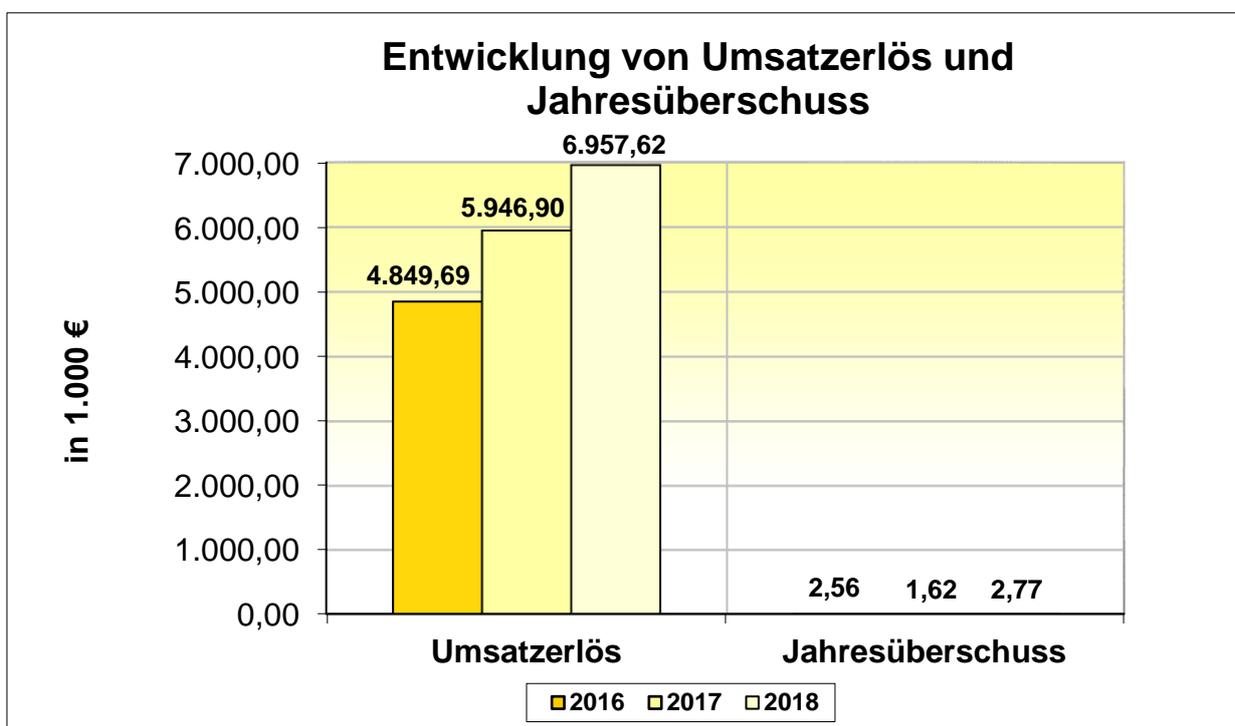
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2006
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 71699
Gesellschafter:	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH (Anteil: 100,00 %)
Geschäftsführung:	Andreas Schwab Joachim Kunkel
Aufsichtsrat:	Frank Matiaske (Vorsitzender) Oliver Grobeis (stellv. Vorsitzender - beratende Stimme) Harald Buschmann Karlheinz Ihrig Thomas Klinger Dr. med. Erika Ober Michael Vetter Dr. med. Alwin Weber
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen	3.941,00	15.485,00	12.054,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	2.200,12	2.757,30
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.902,70	7.170,98	6.245,23
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	335.530,25	297.720,42	365.030,51
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	345.373,95	322.576,52	386.087,04
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	24.556,96	26.180,63	28.949,71
B. Rückstellungen	85.100,00	103.000,00	124.000,00
C. Verbindlichkeiten	210.716,99	168.395,89	208.137,33
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	345.373,95	322.576,52	386.087,04



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	4.849.686,77	5.946.902,21	6.957.620,16
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
3. Personalaufwand	-4.592.778,42	-5.559.144,35	-6.556.668,50
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-253.567,49	-384.785,20	-396.848,71
5. Zinsen und ähnliche Erträge	2,67	-8,65	1,01
6. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-778,65	-1.340,34	-1.334,88
7. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	2.564,88	1.623,67	2.769,08
8. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	21.992,08	24.556,96	26.180,63
9. Bilanzverlust / Bilanzgewinn	24.556,96	26.180,63	28.949,71



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
Zuschuss an die MedInvest GmbH	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	122,67	143,79	166,75
Personalkosten in €	4.592.778,42	5.559.144,35	6.556.668,50

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	14,35	15,87	13,97
Eigenkapitalrentabilität	5,46	3,28	5,41
Verschuldungsgrad	596,92	530,27	615,64
Personalintensität	94,70	93,48	94,24

Der Gesamtbetrag der Aufwandentschädigung für den Aufsichtsrat im Berichtsjahr betrug 2 T€. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf § 123 a Abs. 2 S.4 HGO in Verbindung mit § 286 Abs. 4 HGB nicht aufgeführt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsentwicklung:

Im Geschäftsjahr 2018 konnten Erlöse in Höhe von insgesamt 6.958 T€ (Vorjahr: 5.947 T€) erzielt werden. Die Steigerung der Umsatzerlöse ist hauptsächlich auf die Ausweitung der Dienstleitungen an die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH zurückzuführen. Demgegenüber betrugen die Personalkosten 6.557 T€ (Vorjahr: 5.559 T€), die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 376 T€ und die Abschreibungen 3 T€.

Insgesamt wurde im Jahr 2018 ein Jahresüberschuss in Höhe von 2.769,08 € (Vorjahr: 1.623,67 €) erzielt.

Im Durchschnitt waren 166,75 Vollkräfte (Vorjahr 143,79 Vollkräfte) beschäftigt. Die Personalaufwendungen beinhalten die Tarifsteigerungen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Das Anlagevermögen der Gesellschaft beträgt 12 T€ (Vorjahr: 15 T€) und das Umlaufvermögen 374 T€ (Vorjahr: 307 T€).

Die Entwicklung der MedInvest GmbH nimmt im Geschäftsjahr 2018 den geplanten Verlauf. Die im Gesellschaftervertrag festgelegten Zwecke werden durchgeführt. Das Wachstum des Unternehmens ist überwiegend auf die Fluktuation in Kreiskrankenhaus, dem Kreisaltenheim und dem MVZ beschränkt.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung:

Die MedInvest GmbH und ihre Alleingesellschafterin Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH werden als Gemeinschaftsbetrieb geführt.

Veränderungen für das Jahr 2019 ergeben sich durch die Fluktuation im Kreiskrankenhaus, Kreisaltenheim und dem MZV. In der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2019 wird mit einer weiteren Steigerung der Dienstleistungen gerechnet. Für die unteren Gehaltsgruppen der Betriebsvereinbarung Vergütung in der MedInvest wurden ab dem 01.01.2019 neue Stundensätze festgelegt. Dies führt ebenfalls zu steigenden Kosten der Dienstleistungen für Krankenhaus, Alteneinrichtungen und MVZ. Der Hauptumsatz der MedInvest GmbH wird durch Dienstleitungen an die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH generiert. Dadurch ist eine große wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen den Unternehmen gegeben.

**Medizinisches Versorgungszentrum am
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis
GmbH**

Albert-Schweitzer-Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/79-2003
Telefax: 06062/79-2301



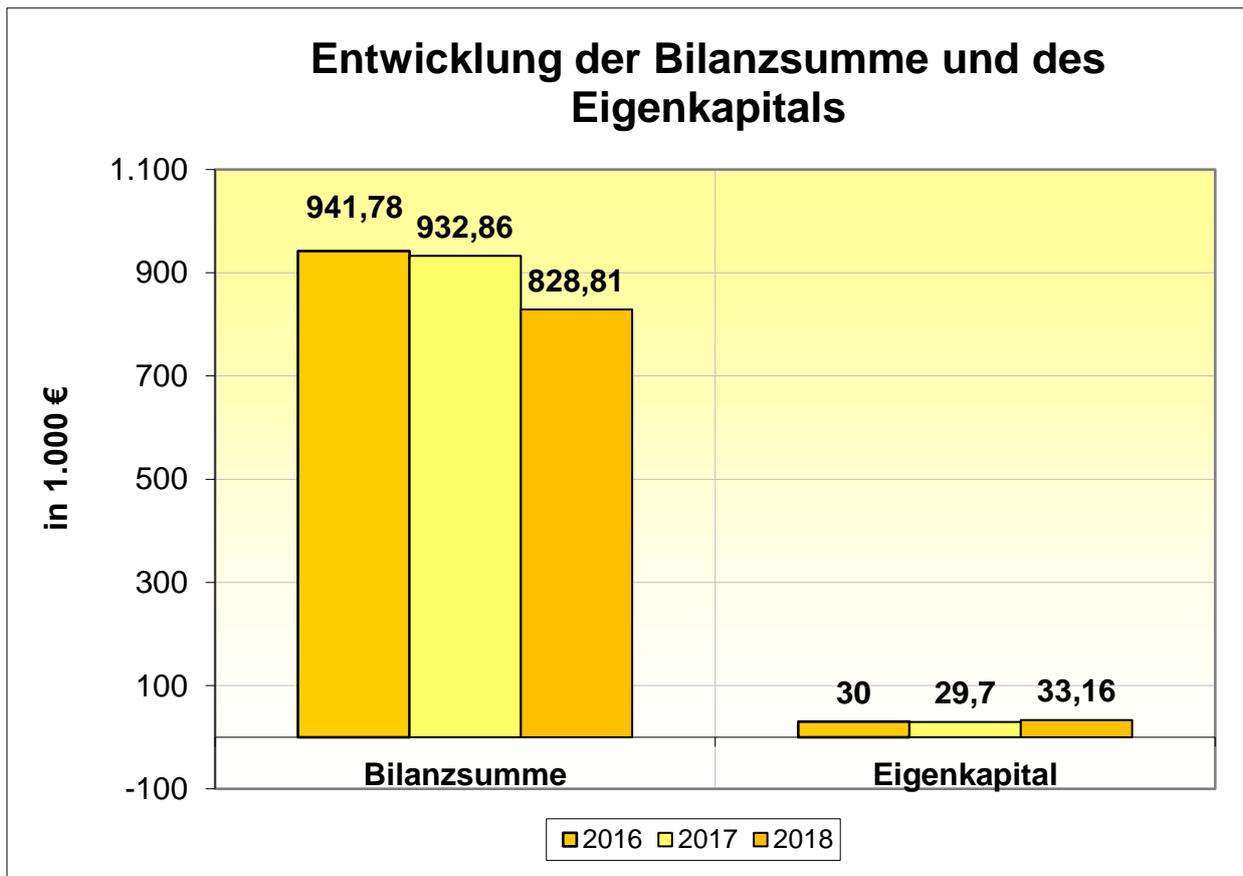
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne von § 95 SGB V als fachübergreifend ärztlich geleitete Einrichtung, insbesondere zur Sicherstellung der vertragsärztlichen ambulanten Versorgung sowie der Ausübung der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten unter Berücksichtigung des ärztlichen Berufsrechtes, vertragsärztliche Vorschriften und des Grundsatzes der freien Arztwahl.

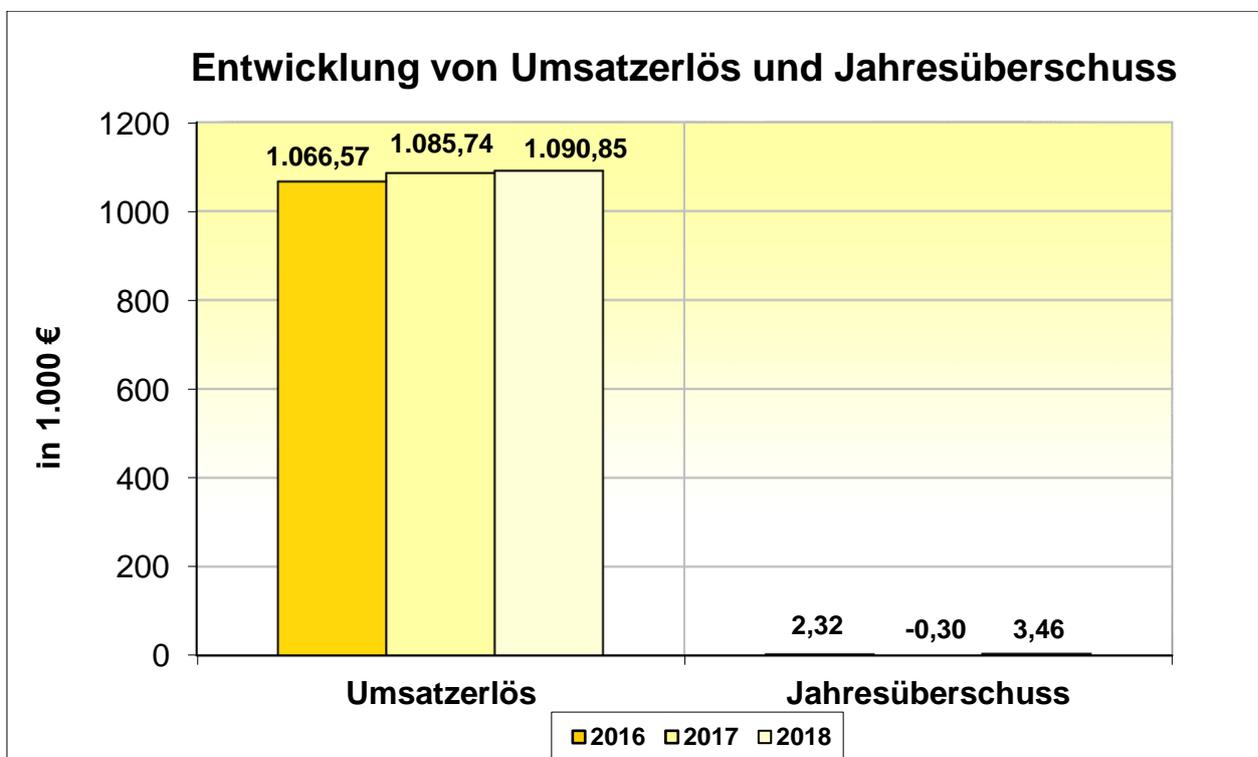
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2009
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 87554
Gesellschafter:	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH (Anteil: 100,00 %)
Geschäftsführung:	Andreas Schwab
Aufsichtsrat:	Frank Matiaske (Vorsitzender) Oliver Grobeis (stellv. Vorsitzender, beratende Stimme) Harald Buschmann Karlheinz Ihrig Thomas Klinger Dr. med. Erika Ober Michael Vetter Dr. med. Alwin Weber
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	354.229,12	342.003,08	329.182,04
II. Sachanlagen	260.257,54	236.953,98	223.825,91
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	273.593,41	267.464,22	149.970,87
II. Kassenbestand,	53.560,00	86.204,92	125.700,76
C. Rechnungsabgrenzungsposten	135,00	235,00	135,00
Gesamt	941.775,07	932.861,20	828.814,58
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.004,09	4.699,36	8.160,86
B. Rückstellungen	23.136,00	33.181,00	36.994,00
C. Verbindlichkeiten	888.634,98	869.980,84	758.659,72
Gesamt	941.775,07	932.861,20	828.814,58



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	1.066.573,25	1.085.744,12	1.090.854,26
2. Sonstige betriebliche Erträge	13.637,90	18.417,30	24.231,03
3. Personalaufwand	-775.121,68	-790.276,35	-778.413,35
4. Abschreibungen	-38.968,76	-41.010,74	-41.438,52
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-260.128,41	-267.455,83	-287.428,20
6. Zinsen und ähnliche Erträge	586	0	0
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.261,51	-2.560,04	-4.181,00
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-3163,19	-162,72
9. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	2.316,79	-304,73	3.461,50
10. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.687,30	5.004,09	4.699,36
11. Bilanzverlust / Bilanzgewinn	5.004,09	4.699,36	8.160,86



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
Zuschuss an die MVZ GmbH	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	11,59	11,66	10,82
Personalkosten in €	775.121,68	790.276,35	778.413,35

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	3,19	3,18	4,00
Eigenkapitalrentabilität	8,37	-1,02	11,66
Verschuldungsgrad	3.038,82	3.041,01	2.399,38
Personalintensität	72,67	72,79	71,36

Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat im Berichtsjahr beträgt 2 T€. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf §123 a Abs. 2 HGO nicht aufgeführt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsentwicklung:

Neben drei chirurgischen Kassenarztsitzen werden ein internistischer und ein halber gynäkologischer Kassenarztsitz betrieben.

Die Besetzung der zwei chirurgischen Kassenarztsitze im Haupt-MVZ in Erbach war im Jahr 2018 durch die Chirurgin Frau Elke Kürner-Ensinger mit 1,00 sowie mit jeweils 0,25 Sitzen durch die Oberärzte Deck, Laun, Stutzer und Vierheller gewährleistet.

Ab dem 01.07.2013 ist im Rahmen einer Zweigpraxis, ein dritter chirurgischer Sitz in Höchst im Odenwald eingeflossen. Die Zweigpraxis führt einen BG-Sitz. Dieser kassenärztliche Sitz sowie die D-Ärztliche Zulassung ist von Herrn Dr. med. Rashid Eboe besetzt.

Der internistische Kassenarztsitz wird von den Gastroenterologen Herr Dr. Frank Sackmann und Herr Eckard Bund eingenommen. Entsprechend der Vereinbarung mit der niedergelassenen Ärzteschaft hat die internistische Tätigkeit nur die Gastroenterologie zum Gegenstand. Somit ist das Leistungsspektrum spezialisiert.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Finanz- und Vermögenslage des MVZ am Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH ist durch ein Gesellschafterdarlehen der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH in Höhe von 720 T€ (Vorjahr: 831 T€) gestützt. Das Anlagevermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag 553 T€ (Vorjahr: 579 T€). Im Vergleich zu den Vorjahren konnten Fallzahlen und Regelleistungsvolumen im MVZ Erbach weiter gesteigert werden.

Aufgrund der limitierten endoskopischen Untersuchungskapazitäten im GZO ist das Regelleistungsvolumen/Qualitätsgebundene Zusatzvolumina über die etablierten Sitze trotz hoher Patientennachfrage derzeit nicht weiter steigerbar. Für die entsprechenden Abrechnungsgenehmigungen ist ein Gastroenterologe qualifiziert.

Die stationäre Belegung der chirurgischen Abteilungen konnte insbesondere durch den Effekt der Indikationssprechstunden weiterhin positiv beeinflusst werden, da das MVZ auch als prä- und poststationärer Versorger fungiert. Wesentliches Kriterium ist jedoch, dass den Patienten gleichzeitig die komplette Versorgungskette ortsnahe zur Verfügung gestellt werden kann.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die in der Planungsphase gewünschten Synergieeffekte zwischen MVZ und Krankenhaus realisieren sich in der Praxis. Die Patienten können entsprechend der Diagnose und Indikation zielgerichtet und ohne größere Verzögerung der adäquaten Versorgungsform zugeführt werden.

Die von der Bevölkerung bestehende, grundsätzliche Nachfrage nach Sprechstunden wird jedoch insgesamt nicht ausreichend angeboten.

Eine Ausweitung des MVZ, auch auf andere fachärztliche Gebiete, in Kooperation mit dem Krankenhaus, wäre für die regionale Versorgung notwendig. Diese orientiert sich jedoch an der Bedarfsberechnung der KV Hessen.

Wirtschaftliches Ziel für das Jahr 2019 ist es weiterhin, die hohe Nachfrage nach chirurgischen, gastroenterologischen und gynäkologischen Leistungen aufzufangen und das Vertrauen der Bevölkerung in gute, souveräne ärztliche Behandlung zu stärken.

Ferner sollen die idealen Kooperationsmöglichkeiten mit der stationären Behandlung und den sonstigen ambulant tätigen Fachärzten weiter ausgebaut werden.

Interne Effizienzsteigerungen auf personellem und ablauftechnischem Gebiet sowie das Angebot von ergänzenden Diagnose- und Behandlungsmaßnahmen, die nicht im vertragsärztlichen Leistungskatalog enthalten sind, sollen realisiert werden.

Das übergeordnete wirtschaftliche Ziel der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH soll, durch die Vorleistung des MVZ, über stationäre Fallzahlsteigerung ebenfalls weiter positiv beeinflusst werden. Die Betreuung der Zweigpraxis und des Gynäkologensitzes sollen dies begünstigen bzw. absichern.

Aufgrund der höheren Fallzahlen und der weiter stetig steigenden Nachfrage müssen Organisation und ärztliche Besetzung adäquat angepasst werden.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Zukünftige wirtschaftliche Risiken für das MVZ sind hauptsächlich durch restriktive Vergütungsanpassungen seitens der Kassenärztlichen Vereinigung und massiven Rückgängen der Patientenzahlen gegeben. Beides ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Ferner ist eine potentielle Abwanderung der vollzeitbeschäftigten Fachärzte und die daraus resultierende Problematik der Rekrutierung von Ärzten als Risiko zu bewerten.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die in der Planungsphase gewünschten Synergieeffekte zwischen MVZ und Krankenhaus, realisieren sich in der Praxis. Die Patienten können entsprechend der Diagnose und Indikation zielgerichtet und ohne Verzögerung der adäquaten Versorgungsform zugeführt werden.

Die von der Bevölkerung bestehende, grundsätzliche Nachfrage nach Sprechstunden wird jedoch insgesamt nicht ausreichend angeboten.

Eine Ausweitung des MVZ, auch auf andere fachärztliche Gebiete, in Kooperation mit dem Krankenhaus, wäre für die regionale Versorgung notwendig. Diese orientiert sich jedoch an der Bedarfsberechnung der KV Hessen.

Wirtschaftliches Ziel für das Jahr 2017 ist es weiterhin, die hohe Nachfrage nach chirurgischen, gastroenterologischen und gynäkologischen Leistungen aufzufangen und das Vertrauen der Bevölkerung in gute, souveräne ärztliche Behandlung zu stärken.

Ferner sollen die idealen Kooperationsmöglichkeiten mit der stationären Behandlung und den sonstigen ambulant tätigen Fachärzten weiter ausgebaut werden.

Interne Effizienzsteigerungen auf personellem und ablauftechnischem Gebiet sowie das Angebot von ergänzenden Diagnose- und Behandlungsmaßnahmen, die nicht im vertragsärztlichen Leistungskatalog enthalten sind, sollen realisiert werden.

Das übergeordnete wirtschaftliche Ziel der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH soll durch die Vorleistung des MVZ über stationäre Fallzahlsteigerung ebenfalls weiter positiv beeinflusst werden. Die Betreibung der Zweigpraxis und des Gynäkologensitzes sollen dies begünstigen bzw. absichern.

Aufgrund der höheren Fallzahlen und der weiter stetig steigenden Nachfrage müssen Organisation und ärztliche Besetzung adäquat angepasst werden.

Zukünftige wirtschaftliche Risiken für das MVZ sind hauptsächlich durch restriktive Vergütungsanpassungen seitens der Kassenärztlichen Vereinigung und massiven Rückgängen der Patientenzahlen gegeben. Beides ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Ferner ist eine potentielle Abwanderung der vollzeitbeschäftigten Fachärzte als Risiko zu bewerten.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Die Geschäftsführung hat bis zum Berichtszeitpunkt keine unternehmerischen Entscheidungen getroffen, die wirtschaftliche Risiken hinsichtlich der Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage darstellen.

PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

Albert-Schweitzer-Str. 10-20
64711 Erbach
Telefon: 06062/79-4200, Telefax: 06062/79-4201
E-Mail: info@physio-odenwald.de



Gegenstand des Unternehmens

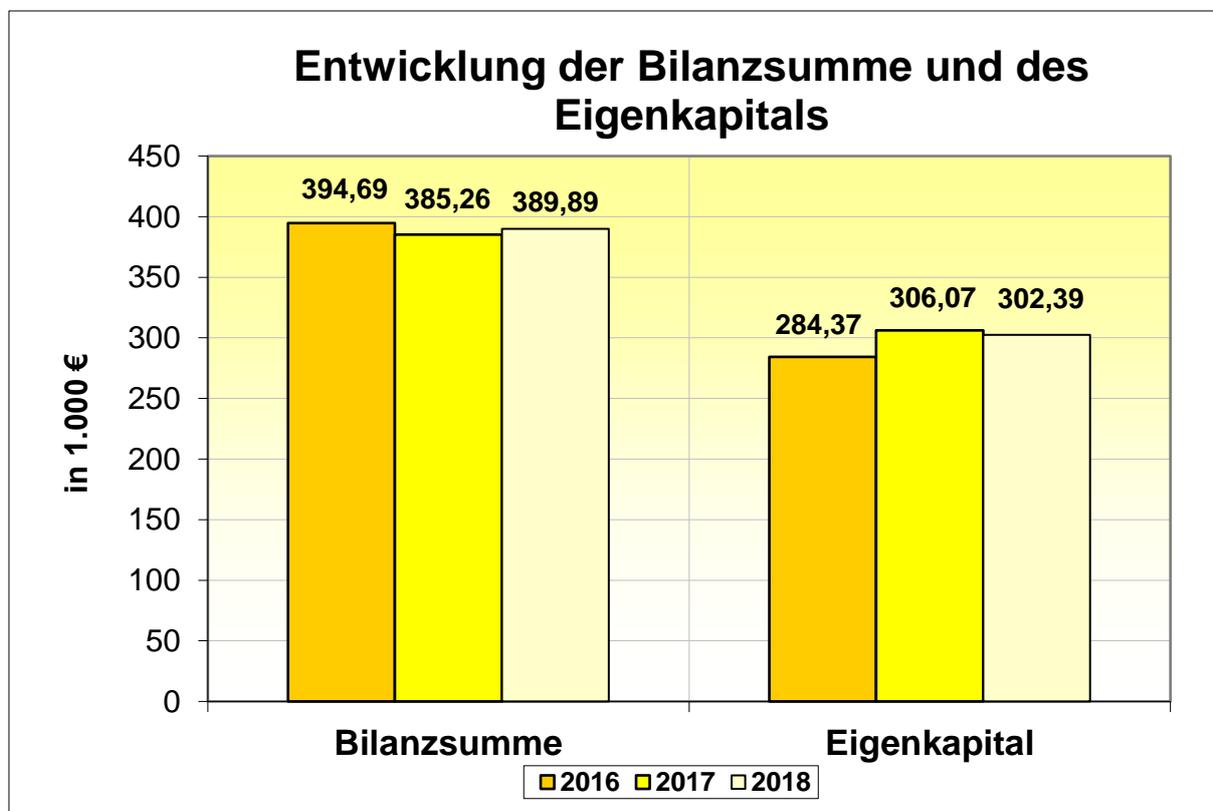
Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von ambulanten physiotherapeutischen und ergotherapeutischen Leistungen jeder Art in Zusammenarbeit mit dem Kreiskrankenhaus Erbach und für Dritte mit den Schwerpunkten Bewegungstherapie und Maßnahmen der physikalischen Therapie, insbesondere jedoch der medizinischen Trainingstherapie.

Als Einheit des Olympiastützpunktes des Landes Hessen erbringt die PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH Sportphysiotherapie gegenüber deutschen Spitzensportlern.

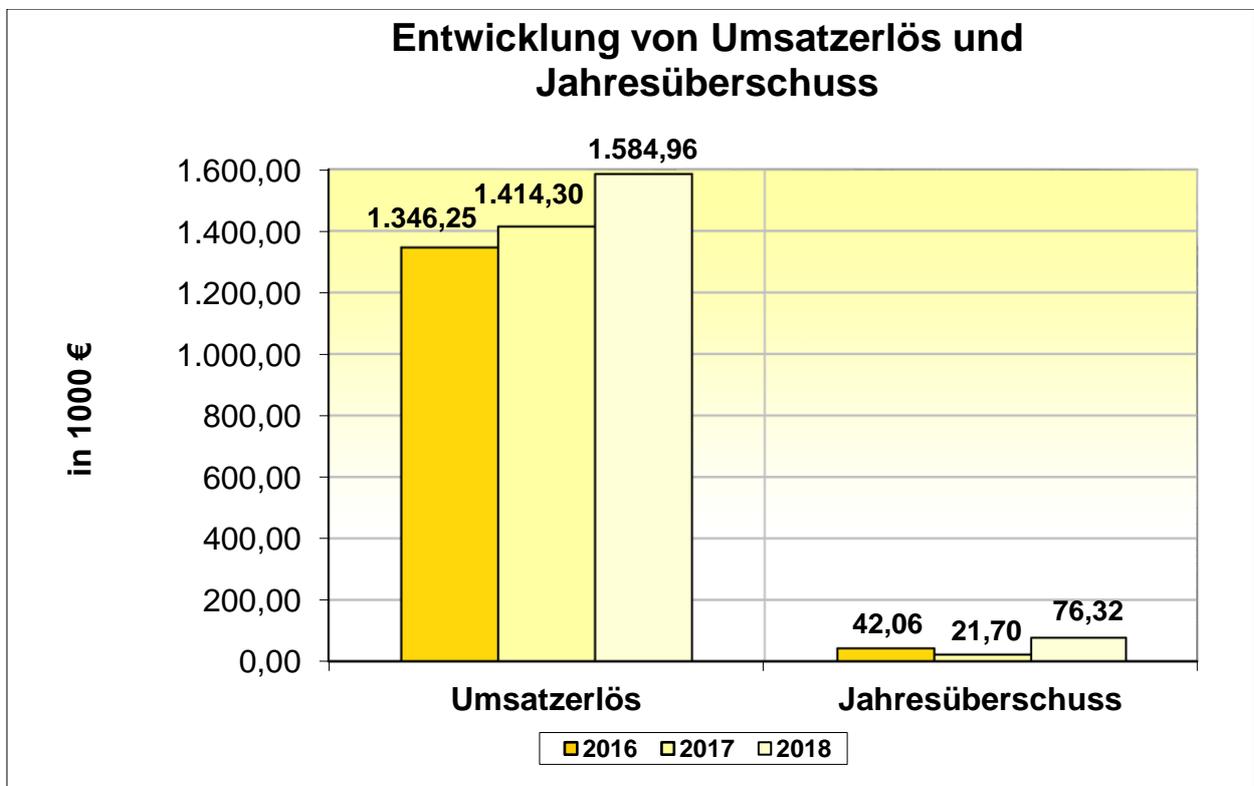
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2006
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Michelstadt, HRB 71679
Gesellschafter:	Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH (Anteil: 51,00 %) Norbert Müller (Anteil: 49,00%)
Geschäftsführung:	Christiane Karnovsky Norbert Müller
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	41.007,92	30.866,81	25.707,78
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	140.018,94	180.910,25	148.152,54
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	212.465,02	173.485,12	216.033,83
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.195,00	0,00	0,00
gesamt	394.686,88	385.262,18	389.894,15
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Gewinn-/ Verlustvortrag	217.316,25	259.373,33	201.072,51
III. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	42.057,08	21.699,18	76.316,52
B. Rückstellungen	68.494,00	60.650,00	72.121,36
C. Verbindlichkeiten	41.819,55	18.539,67	15.383,76
D. Passive Latente Steuern	0,00	0	
gesamt	394.686,88	385.262,18	389.894,15



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	1.346.249,25	1.414.296,20	1.584.962,41
2. Sonstige betriebliche Erträge	12.120,41	10.842,43	13.450,75
3. Personalaufwand	-1.065.831,34	-1.169.817,96	-1.261.299,71
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-12.344,87	-10.141,11	-6.644,02
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-220.559,37	-204.752,66	-214.125,66
6. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
7. Ergebnis gewöhnliche Geschäftstätigkeit	59.634,08	40.426,90	116.343,77
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-17.577,00	-18.727,72	-40.027,25
9. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	42.057,08	21.699,18	76.316,52



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
Zuschuss an das PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	28,3	30,9	32,5
Personalkosten in €	1.065.831,34	1.169.817,96	1.261.299,71

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	72,05	79,45	77,56
Eigenkapitalrentabilität	17,36	7,63	33,76
Verschuldungsgrad	38,79	25,87	28,94
Personalintensität	79,17	75,36	79,58

Laut Satzung der Gesellschaft erfolgt die Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats ehrenamtlich. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf §123 a Abs. 2 HGO nicht aufgeführt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsverlauf:

Die PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH wurde mit der notariellen Protokollierung der Satzung am 24.02.2006 und der Handelregistereintragung zum 16.03.2006 rechtswirksam gegründet.

Gesellschafter sind laut Gesellschaftsvertrag zu 51% die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH sowie zu 49% der leitende Physiotherapeut Herr Norbert Müller.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von ambulanter Physiotherapie einschließlich zugelassener Zertifikatleistungen. Daneben erbringt die PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH physio- und ergotherapeutische Auftragsleistungen für den Teilbetrieb Kreiskrankenhaus der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH sowie für den Reha-Sportverein Erbach e.V..

Die Kooperationsverträge vom 27.02.2006 sowie der Nachtragsvereinbarungen 1. - 7. regeln die Modalitäten der operativen und formalen Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH und Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach ambulanter Physiotherapie konnte bei kontinuierlicher Erhöhung der Mitarbeiterzahl, das Leistungsspektrum um „Erweiterte Ambulante Physiotherapie“ (EAP), T-RENA, Präventivkurse und private Individualbehandlungen sowie Betriebssport erweitert werden. Die Abgabeberechtigung nach § 124 SGB V erweiterte sich inhaltlich.

An sieben Wochentagen werden ganzjährig Leistungen in den Bereichen Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie für die Stroke Unite der GZO GmbH erbracht. Durch die Inbetriebnahme der Psychiatrie im Kreiskrankenhaus Erbach zum 01. April 2017 werden

Leistungen der Bewegungstherapie auf diesem speziellen Gebiet von der PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH erbracht. Der Fokus dieser Behandlung zielt u. a. auf Sport und Bewegung.

Als Einheit des Olympiastützpunktes des Landes Hessen erbringt die PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH Sportphysiotherapie gegenüber deutschen Spitzensportlern.

Das Unternehmen fördert und investiert kontinuierlich in eine bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildung. Die Zusatzqualifikation der Mitarbeiter hat höchste Priorität und soll dem Kunden/Patient eindeutig als Nutzen zukommen.

Im Jahr 2018 erfolgte gem. Gesellschafterbeschluss eine Gewinnausschüttung in Höhe von 80 T€.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Im Geschäftsjahr 2018 konnten im Bereich der ambulanten Physiotherapie Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 1.585 T€ (Vorjahr: 1.414 T€) erzielt werden, während sich die Erlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen an die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH auf 218 T€ (Vorjahr: 208 T€) beliefen. Die Gesamtleitung beträgt nunmehr 1.598 T€ (Vorjahr: 1.425 T€).

Die Finanz- und Vermögenslage der PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH ist solide. Die Höhe der sonstigen Rückstellungen – die hauptsächlich Urlaubs- und Überstundenrückstellungen beinhaltet – beträgt 49 T€ (Vorjahr: 42 T€). Die Verbindlichkeiten betragen 15 T€ (Vorjahr: 19 T€) und beinhalten hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer.

Insgesamt hat sich die Gesellschaft entsprechend den Erwartungen entwickelt.

Risiken der Voraussichtlichen Entwicklung:

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2019 ist gut. Die Nachfrage nach Behandlungen ist weiter stetig steigend. Die medizinischen Trainingsgeräte sollen erneuert werden.

Die bestehenden Zulassungen sollen auf die gesetzlichen Anforderungen der Zukunft angepasst und erweitert werden.

Kurgesellschaft Bad König GmbH

Elisabethenstr. 13
64734 Bad König

Telefon: 06063/57850, Telefax: 06063/578560

E-Mail: kurgesellschaft@badkoenig.de



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Führung, der Betrieb, die Verwaltung, die Beratung und das Management von Gesundheits-, Fremdenverkehrs-, Veranstaltungs- und anderen dem öffentlichen Zwecken dienenden Einrichtungen. Außerdem übernimmt die Kurgesellschaft Bad König GmbH alle für die Anerkennung der Stadt Bad König als Heilbad notwendigen Aufgaben, gemäß den Begriffsbestimmungen des Deutschen Heilbäderverbands. Die Gesellschaft übernimmt zusätzlich die Tourismusförderung der Stadt Bad König sowie die Durchführung kultureller und sonstiger Veranstaltungen.

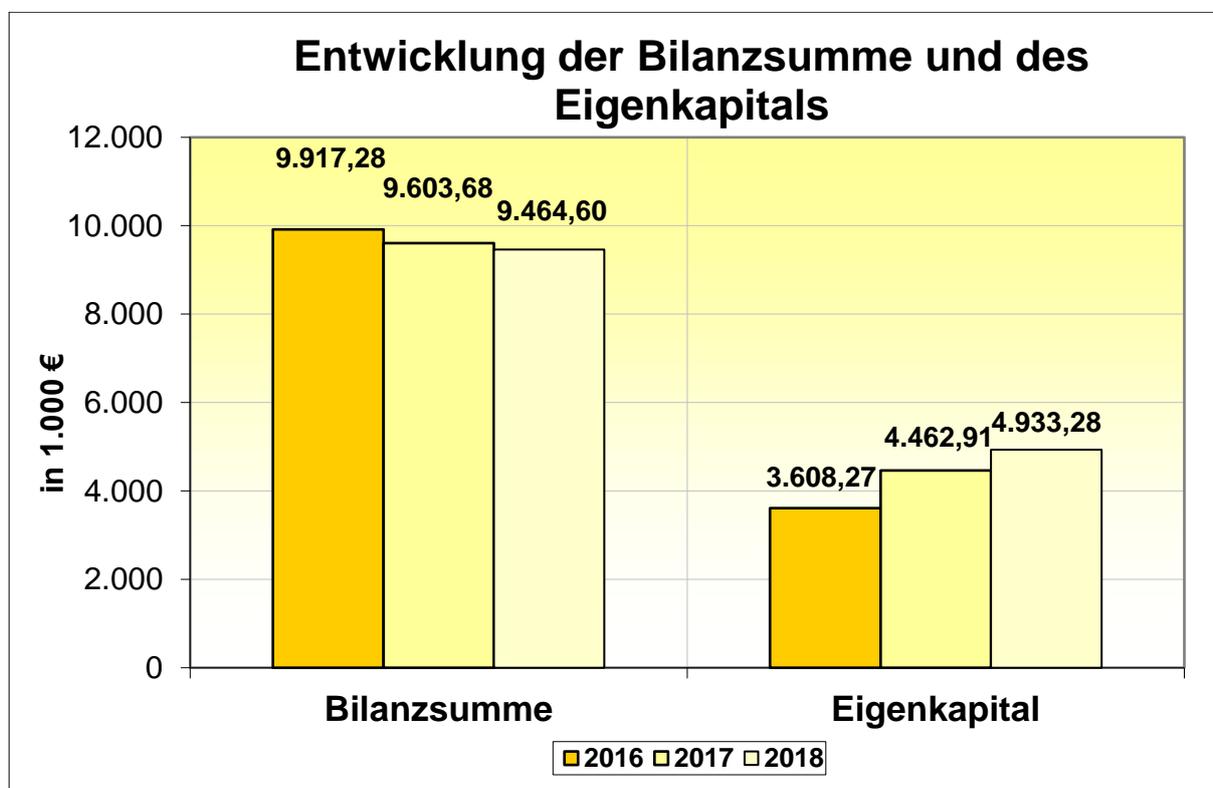
Die Kurgesellschaft Bad König GmbH ist verantwortlich für die Odenwald-Therme. Die Therme besteht aus einem Thermalbad mit Außenbereich, Saunalandschaft, Meersalzgrotte und drei Thermenrestaurants. Außerdem betreibt die Kurgesellschaft ein Kurzentrum mit Therapie- und Präventionsbereich.

Des Weiteren betreibt die Kurgesellschaft im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages das Veranstaltungszentrum Wandelhalle. Die Gesellschaft organisiert hier Veranstaltungen und ist für das Catering und die Vermietung der Halle für Familienfeiern und Tagungen zuständig

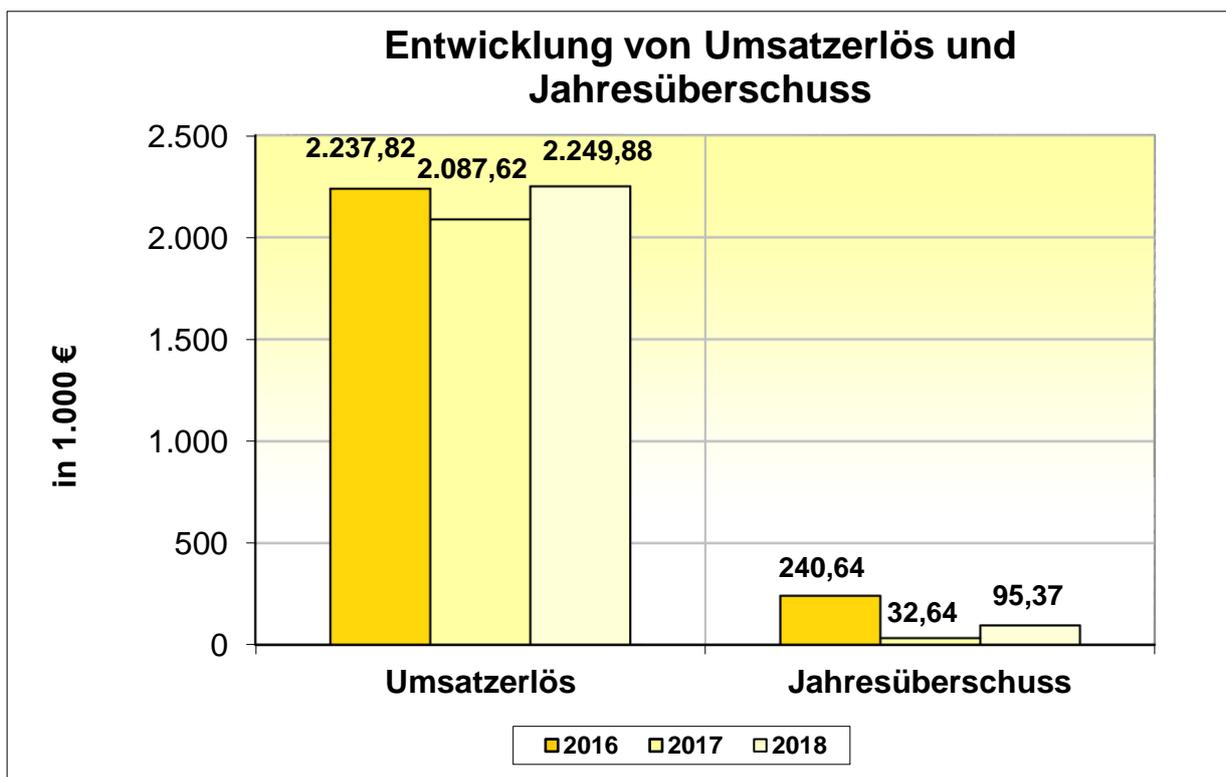
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Bad König
Gründungsjahr:	1952
Stammkapital:	1.648.788,49 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 70037
Gesellschafter:	insg. 220 Gesellschafter, darunter: Stadt Bad König (97,99 %, 1.615.631,21 €) Odenwaldkreis (1,09 %; 17.895,22 €)
Geschäftsführung:	Werner Eger
Verwaltungsrat:	Uwe Veith (Vorsitzender) Oliver Vogt (stellv. Vorsitzender im Vertretungsfall) Frank Matiaske Dr. Jochen Melchior Beate Beerbohm Willi Jäckel Willi Reichert Rainer Hofmann Steffen Ulrich Stefan Schmitt (Belegschaftsvertretung) Matthias Hofmann (bis 21.05.2018) Klaus-Dieter Horn (ab 22.05.2018) Adriano Antonelli (bis 04.02.2018) Bernhard Geist (ab 28.08.2018)
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	SWS Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00	2,00	2,00
II. Sachanlagen	9.630.583,57	9.285.929,57	8.952.784,57
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	23.935,40	17.658,77	21.310,08
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	63.592,05	85.433,19	115.075,70
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	199.169,53	214.658,63	375.431,54
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	9.917.282,55	9.603.682,16	9.464.603,89
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.648.788,49	1.648.788,49	1.648.788,49
II. Kapitalrücklage	2.702.000,00	3.524.000,00	3.899.000,00
III. Bilanzverlust	-742.516,88	-709.878,32	-614.508,58
B. Sonderposten für öffentlichen Baukostenzuschuss	108.287,59	90.903,67	73.519,75
C. Rückstellungen	86.904,79	125.930,26	182.577,56
D. Verbindlichkeiten	6.112.433,76	4.922.553,26	4.273.603,87
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.384,80	1.384,80	1.622,80
Gesamt	9.917.282,55	9.603.682,16	9.464.603,89



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	2.237.815,94	2.087.615,42	2.249.880,08
2. Sonstige betriebliche Erträge	212.210,14	207.571,50	223.282,48
3. Materialaufwand	-122.470,18	-110.445,82	-173.400,73
4. Personalaufwand	-1.043.349,00	-1.045.773,40	-1.175.093,95
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenst. + Sachanlagen	-345.405,16	-358.903,15	-363.331,19
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.165.949,37	-1.145.183,08	-1.211.525,54
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,27	4,14	4,14
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-284.415,27	-251.237,70	-223.872,39
9. Steuern von Einkommen und Ertrag	-894,85	-661,07	-649,88
10. Sonstige Steuern	-26.923,28	-26.923,28	-26.923,28
11. Erträge aus Verlustübernahme	780.011,40	676.575,00	797.000,00
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	240.636,64	32.638,56	95.369,74
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-983.153,52	-742.516,88	-709.878,32
14. Bilanzverlust	-742.516,88	-709.878,32	-614.508,58



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
-	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	25,62	25,66	31,27
Personalkosten in €	1.043.349,00	1.045.773,40	1.175.093,95

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	36,38	46,47	52,12
Eigenkapitalrentabilität	7,15	0,74	1,97
Verschuldungsgrad	171,81	113,12	90,33
Personalintensität	46,62	50,09	52,23

Berücksichtigend § 123 a Abs. 1 HGO sind Lageberichte nur für solche Beteiligungen aufgenommen worden, an denen der Odenwaldkreis mindestens über den fünften Anteil besitzt. Diese kurze Übersicht wurde nur der Vollständigkeit halber aufgeführt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Geschäftsentwicklung:

Die Besucherzahlen in der Odenwald-Therme lagen in 2018 mit 166.691 Besuchern um 6.843 Besucher niedriger als im Vorjahr. Die geplanten Besucherzahlen von 173.000 wurden daher im Jahr 2018 knapp verfehlt.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde unter Berücksichtigung von Verlustausgleichszahlungen der Stadt Bad König von insgesamt 797 T€ ein Jahresüberschuss von 95 T€ (Vorjahr 33 T€) erwirtschaftet.

Der vom Verwaltungsrat am 04.12.2017 beschlossene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2018 weist ein negatives Ergebnis, vor Berücksichtigung der Verlustausweisungen, von -797 T€ aus.

Aufgrund der positiven Ergebnisse aus dem Jahr 2017 und 2018 müssen im Wirtschaftsjahr 2019 33 T€ als Überzahlung aus dem Jahr 2017 und 95 T€ aus dem Jahr 2018 an die Stadt Bad König zurückbezahlt werden.

Im Geschäftsjahr 2018 ist eine weitere Zuzahlung in das Eigenkapital (Kapitalrücklage) von 375 T€ gemäß dem angepassten Wirtschaftsplan für 2018 erfolgt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Im Wirtschaftsplan 2018 war ein Jahresfehlbetrag vor Verlustzuweisungen von -797 T€ geplant, tatsächlich wurde ein Jahresfehlbetrag vor Verlustzuweisungen in 2018 -702 T€ erwirtschaftet. Dies ist eine Verbesserung um 95 T€ (= + 11,9 %). Die für 2018 erwarteten geplanten Gesamterlöse von insgesamt 2.288 T€ sind mit 2.473 T€ um 185 T€ überschritten worden (+ 8,1 %). Der geplante Aufwand hat sich von insgesamt 3.085 T€ auf tatsächlich 3.175 T€ erhöht (+ 90 T€ = + 2,9 %).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 jederzeit gegeben. Vermindert hat sich der Sonderposten für den öffentlichen Baukostenzuschuss um die planmäßige Auflösung von 17 T€ auf 74 T€. Der Bilanzverlust zum 31.12.2018 hat sich durch den Jahresüberschuss von 95 T€ von 710 T€ in 2017 auf 615 T€ vermindert.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Im Wirtschaftsplan 2019 sind 2.632.000 € als Erlöse und 3.312.000 € als Kosten geplant. Es wird ein Verlust von 680 T€ aus der operativen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gemäß dem am 04.02.2019 beschlossenen Wirtschaftsplan erwartet.

Die Besucherzahlen in der Odenwald-Therme sind stark abhängig vom Witterungsverlauf. Der Planansatz im Wirtschaftsplan 2019 erfolgte unter der Annahme eines durchschnittlichen Witterungsverlaufes. Aufgrund der bisher anhaltenden durchwachsenen Wetterlage ist im Thermenbereich eine positive Geschäftsentwicklung für das Jahr 2019 zu erwarten. Bislang können nach Einschätzung der Geschäftsleitung die im Wirtschaftsplan vorgegebenen Ziele erreicht werden.

Bemerkenswert ist, dass die Gästezahlen im Thermalbad steigen und in der Sauna eher rückläufig sind. Grund hierfür ist aus Sicht der Geschäftsleitung ein zu geringes Servicelevel im Gastronomie- und Zeremoniebereich (zu wenig Aufgüsse etc.). Eine Erhöhung des Servicelevels ist aber aus personaltechnischen und betriebswirtschaftlichen Gründen nicht ohne weiteres möglich. Bei der Meersalzgrotte ist eine Umsatzsteigerung (ca. 6.000 €) und bei den Wellnesspauschalen ist ein Umsatzrückgang (ca. 5.000 €) zu verzeichnen. Dies liegt an einem Kombiangebot für die Meersalzgrotte und den Wellnessbereich.

Im Bereich der Gastronomie Odenwald-Therme sind die Umsatzzahlen um ca. 17.000 € höher als erwartet. Dem stehen allerdings auch ca. 37.000 € höhere Ausgaben für Personal und Material entgegen. Das Delta von ca. 20.000 € (Stand Mai 2019) resultiert aus einem höheren Servicelevel im Bereich Service. Insgesamt hat die Gastronomie Odenwald-Therme bislang mit 16.328 € ein positives Ergebnis. Der Bereich wurde im Juli 2018 in die Eigenregie übernommen und muss daher noch weiterentwickelt werden.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Die Odenwald-Therme im Thermalheilbad Bad König ist die einzige Therme in der Region Odenwald. Sie wird von heilkräftigem Thermalwasser aus 300 Meter Tiefe gespeist und bietet alle Voraussetzungen für eine aktive Gesundheitsprävention und Erholung. Dieses Alleinstellungsmerkmal stellt für die Therme aber auch für die Stadt Bad König und den Odenwaldkreis die Chance einer tragenden Rolle für den Tourismus und den Gesundheitssektor im Odenwald dar.

Der Thermen- und Freizeitbadmarkt hat sich in den vergangenen Jahren erheblich weiterentwickelt. Es entstehen neue Thermen und Freizeitbäder mit immer höherem

technischem Standard. Außerdem werden die Angebots- und Serviceleistungen der Bäder erheblich verbessert, was dazu führt, dass sich auch die älteren Bäder laufend weiterentwickeln müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es ist festzustellen, dass die Odenwald-Therme in den letzten Jahren immer weniger Erträge erwirtschaftet hat. Das liegt an der zuvor genannten Marktentwicklung und an den fehlenden finanziellen Mitteln zur Weiterentwicklung bzw. Nachattraktivierung der Therme. Die im Jahr 2018 eingeführten Serviceverbesserungen in der Sauna und die neue Infrarot Lounge kommen bei den Gästen sehr gut an. Es sind aber im Rahmen des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses weitere Nachattraktivierungen und Serviceverbesserungen notwendig.

Ein weiterer Bedarf besteht im Bereich der Personalentwicklung. Sowohl in der Therapie als auch im Bereich der Badeaufsicht und der Sauna müssen die Mitarbeiter durch Fortbildungsveranstaltungen geschult werden, damit das Unternehmen den Marktanforderungen gerecht wird. Außerdem muss geprüft werden ob aufgrund des Fachkräftemangels und der hohen Nachfrage im Segment Wellness das Produktportfolio erweitert werden kann.

Regelmäßig werden monatliche und vierteljährliche Wasserkontrollen der Heilquellen durchgeführt. Die im Besitz der Stadt befindlichen Quellen „Odenwald-Therme und Gustavbrunnen“ werden zurzeit untersucht. Um die Quellen instand zu halten und einer drohenden Aberkennung der Odenwald-Therme-Quelle als Heilquelle durch das Regierungspräsidium Darmstadt vorzubeugen, ist eine Quellensanierung dringend geboten.

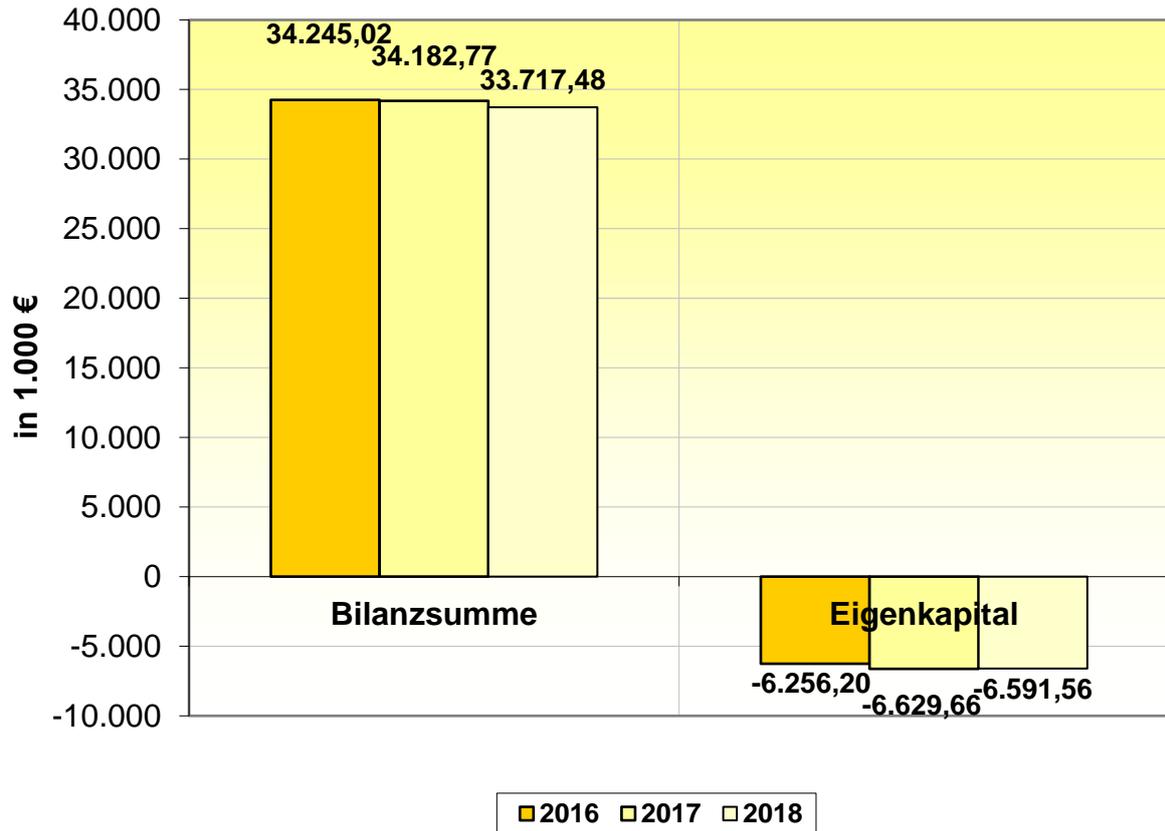
Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH
(OREG) Konzernbilanz



2018

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	141.973,50	116.392,00	81.466,50
II. Sachanlagen	24.120.000,78	22.681.873,28	21.119.970,14
III. Finanzanlagen	10.100,00	10.100,00	10.000,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	19.545,63	12.819,68	2.981,04
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	324.453,59	752.603,78	536.243,94
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.280.501,40	3.902.212,32	5.323.097,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten	92.244,27	77.108,33	52.159,76
D. Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	6.256.198,81	6.629.656,14	6.591.556,48
Gesamt	34.245.017,98	34.182.765,53	33.717.475,20
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	281.210,53	281.270,00	281.270,00
II. Kapitalrücklage	25.000,00	25.000,00	25.000,00
III. Andere Gewinnrücklagen	692.400,17	692.400,17	692.400,17
IV. Bilanzgewinn/-verlust	-6.796.500,07	-7.098.266,87	-7.067.253,16
V. Kapital Minderheitsgesellschafter	-458.309,44	-530.059,44	-522.973,48
VI. Nicht durch EK gedeckter Fehlbetr.	6.256.198,81	6.629.656,14	6.591.556,48
B. Rückstellungen	110.135,63	179.635,70	236.769,79
C. Verbindlichkeiten	34.051.341,70	33.939.623,32	33.449.725,50
D. Rechnungsabgrenzungsposten	83.540,65	63.506,51	30.979,91
Gesamt	34.254.017,98	34.182.765,53	33.717.475,20

Entwicklung der Bilanzsumme und des Eigenkapitals



Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG)

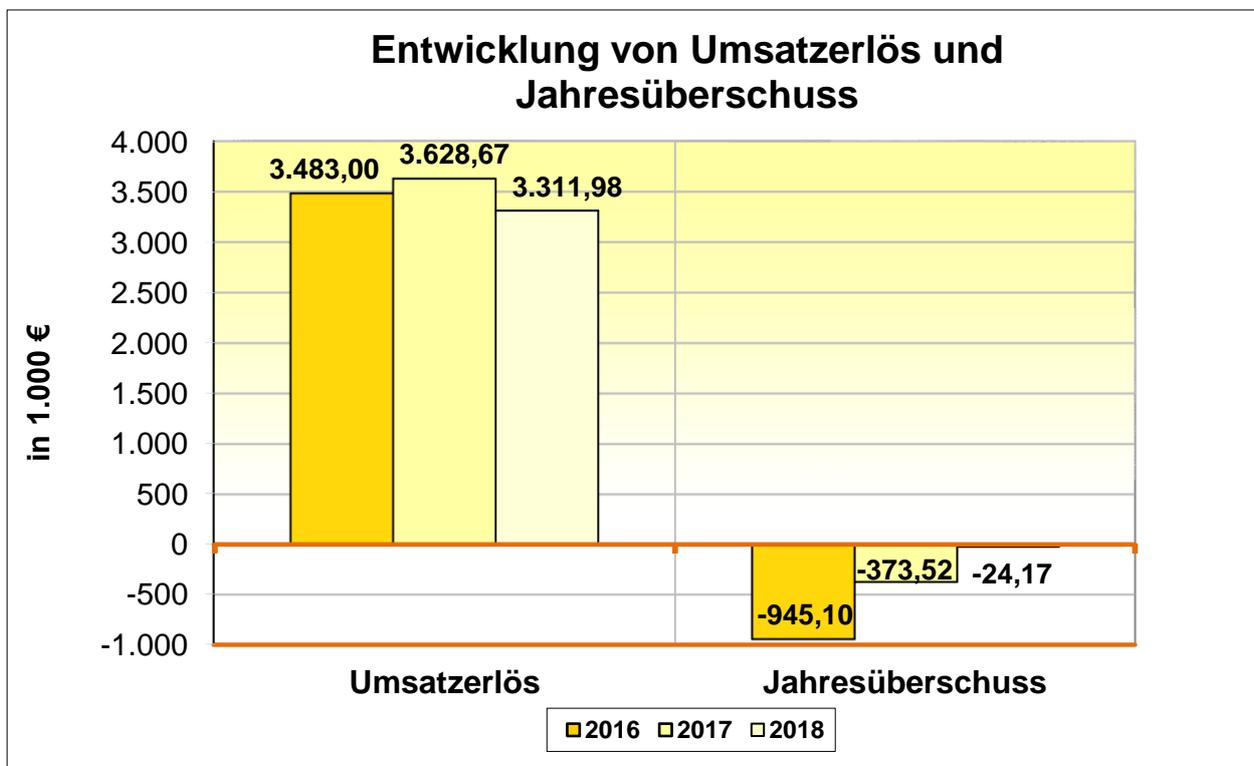
konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 2018

A k t i v a	OREG		Breitengro		Windpark		OSVG		Summen-Bilanz		Kapitalkonsolidierung		Schuldenkonsolidierung		Sonstige Konsolidierungsschritte		Konzernbilanz	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagevermögen																		
Inmaterielle Vermögensgegenstände	81.429,50		37,00						81.466,50									81.466,50
Software, Nutzungsrechte	3.753.864,28				2.986.666,00				3.753.864,28									3.753.864,28
Sachanlagen	115.406,50		14.120.277,00						17.106.683,00									17.106.683,00
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	38.100,36		105.656,00						143.756,36									143.756,36
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	100.000,00								100.000,00									100.000,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	14.500,00								14.500,00									14.500,00
Finanzanlagen																		0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	4.103.300,64		14.225.970,00		2.986.666,00		0,00		21.315.936,64									21.315.936,64
Beteiligungen	2.981,04								2.981,04									2.981,04
Umlaufvermögen																		415.894,48
Vorräte	196.551,22		146.032,94		72.401,49		908,83		415.894,48									415.894,48
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	729.354,67		110,00				796,56		729.354,67					729.354,67				729.354,67
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	119.442,90								120.349,46									120.349,46
Sonstige Vermögensgegenstände	4.185.285,17		773.056,08		284.563,27		100.194,04		5.323.097,37									5.323.097,37
Flüssige Mittel	5.233.613,00		919.189,03		336.962,76		101.892,43		6.581.677,02									6.581.677,02
Rechnungsabgrenzungsposten																		52.159,73
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	23.006,63		26.528,19		2.524,94				52.159,73									52.159,73
	9.369.922,27		23.224.607,98		4.229.284,06		101.899,43		36.916.693,74									36.916.693,74

P a s s i v a

Eigenkapital																		
Gezeichnetes Kapital/Kapitalanteile	281.270,00		75.000,00		10.000,00		25.000,00		391.270,00									391.270,00
Kapitalrücklage	25.000,00								25.000,00									25.000,00
Gewinnrücklagen	692.400,17		-7.583.888,01		-931.935,62		8.571,60		-7.492.642,93									-7.492.642,93
Bilanzergebnis/Gewinn- bzw. Verlustvortrag	977.327,66		-544.021,98		18.925,28		16.754,13		-24.168,90									-24.168,90
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	406.262,67		8.052.909,99		903.010,36		49.325,73		8.955.920,35									8.955.920,35
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter			0,00		0,00				0,00									0,00
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	2.382.280,90		0,00		0,00				2.431.586,63									2.431.586,63
Rückstellungen																		3.357,23
Steuerrückstellungen	210.553,56		6.250,00		3.850,00		12.759,00		233.412,56									233.412,56
Sonstige Rückstellungen	210.553,56		6.250,00		3.850,00		16.116,23		236.769,79									236.769,79
Verbindlichkeiten																		27.393.110,50
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.566.859,16		20.657.695,17		3.186.256,17		971,75		27.393.110,50									27.393.110,50
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	219.557,09		178,81		11.141,99				231.648,54									231.648,54
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00		244.398,91		1.029.724,90		31.230,96		1.060.955,79									1.060.955,79
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.949.711,65		2.315.785,09		16.291,20		4.254,76		5.248.765,46									5.248.765,46
Sonstige Verbindlichkeiten	6.736.127,90		23.218.357,98		4.225.414,06		36.457,47		34.216.357,41									34.216.357,41
Rechnungsabgrenzungsposten																		30.979,91
	9.369.922,27		23.224.607,98		4.229.284,06		101.899,43		36.916.693,74									36.916.693,74
																		2.866.519,57
																		2.866.519,57
																		33.717.475,20

Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	3.483.000,43	3.628.669,28	3.311.983,01
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.680.085,09	2.661.861,36	2.485.464,68
3. Materialaufwand	-447.711,24	-417.818,77	-198.786,63
4. Personalaufwand	-2.312.638,34	-2.026.715,65	-1.915.096,08
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-1.680.553,11	-1.681.023,67	-1.629.342,90
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.748.812,16	-1.682.837,44	-1.327.727,93
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	757,06	15.432,66	19.233,20
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-889.981,06	-842.233,63	-737.073,65
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-203,15	-395,67	-2.960,26
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-916.056,48	-345.061,53	5.693,44
11. sonstige Steuern	-29.041,81	-28.455,33	-29.860,34
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-945.098,29	-373.516,86	-24.166,90



Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG)

konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2018

	OREG		Brennerei		Windpark		OSVG		Stimmen-GuV		Aufwands- und Ertragskonsolidierung		Sonstige Konsolidierungsschritte		Konzern-GuV	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Umsatzerlöse	1.497.413,92		1.243.627,30	570.941,79	296.025,72	3.608.008,73										3.311.983,01
Sonstige betriebliche Erträge	2.366.305,58		5.590,95	32.897,15	1.758,18	2.485.464,68					296.025,72					2.485.464,68
	3.863.719,50		1.249.218,25	603.838,94	297.783,90	6.014.560,59										5.797.447,69
Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	21.055,54					21.055,54										21.055,54
Belegene Leistungen	176.877,44					177.731,09										177.731,09
Löhne und Gehälter	1.315.012,45					1.505.637,05										1.505.637,05
Soziale Abgaben	363.396,46					46.062,57										409.459,03
Abschreibungen	183.743,12		1.125.599,78	320.000,00		1.629.342,90										1.629.342,90
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.231.923,20		159.891,40	190.711,48	41.227,57	1.623.753,65					296.025,72					1.327.727,93
	3.291.703,21		1.285.491,18	510.711,48	279.068,39	5.366.979,26										5.070.953,54
Betriebsergebnis	572.011,29		-36.272,93	93.127,46	18.715,51	647.581,33										728.494,15
Erträge aus anderen Wertpapieren						0,00										0,00
Erträge/Verluste aus Beteiligungen						0,00										0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.497,57			26,80		11.524,37						7.708,83				19.233,20
Abschreibungen auf Finanzanlagen	147.386,59		507.749,23	74.229,00		729.364,82										0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-135.883,02		-507.749,23	-74.202,20		-717.840,45						7.708,83				737.073,65
Finanzergebnis					0,00											-777.840,45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-0,94			2.960,26										2.960,26
Sonstige Steuern	29.860,34					29.860,34										29.860,34
Jahresfehlbetrag / -überschuss	406.262,87		-544.021,98	18.325,26	15.754,13	-103.079,72						303.734,55			0,00	-24.166,90

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Zuweisung OREG mbH für die Aufgabenerfüllung auf Basis des Gesellschaftervertrages	1.586.481,00	1.437.000,00	1.437.000,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen (vollzeitäquivalent)	40,0	33,6	35,3
Personalkosten in €	2.312.638,34	2.026.715,65	1.915.096,08

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	18,27	19,39	19,55
Eigenkapitalrentabilität	94,64	37,40	2,42
Verschuldungsgrad	589,21	559,37	555,10
Personalintensität	66,40	55,85	57,82

Im Berichtsjahr wurden keine Aufwandsentschädigungen an die Überwachungsorgane gezahlt. Die Bezüge der Geschäftsleitung der Gesellschaft beliefen sich im Berichtsjahr auf 271 T€.

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften					
2016		2017		2018	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
6.400.000,00	5.876.869,31	6.400.000,00	5.804.769,03	6.400.000,00	5.729.861,22

**Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH
(OREG) Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung und
Regionalentwicklung**

Marktplatz 1
64711 Erbach

Telefon: 06062/94330, Telefax: 06062/943317
E-Mail: odenwald@oreg.de



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialstruktur im Odenwaldkreis. Hierzu gehören:

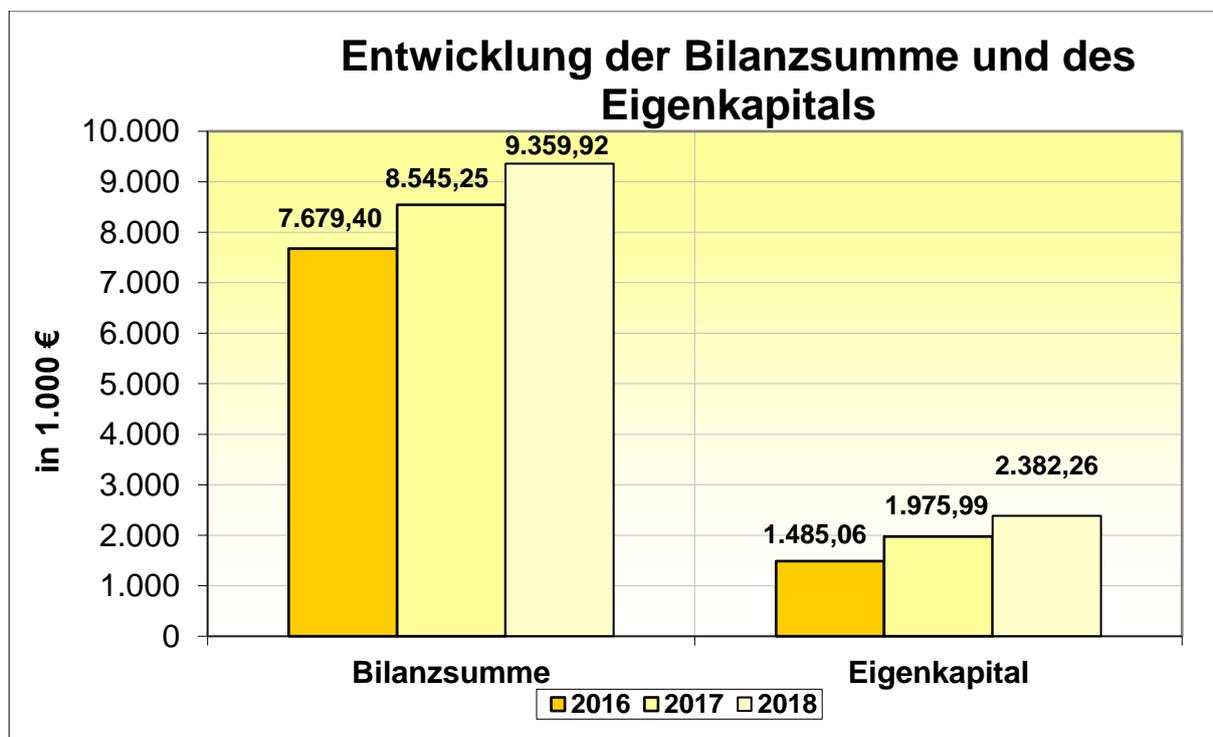
- die Durchführung von Maßnahmen zur direkten und indirekten Wirtschaftsförderung
- der Betrieb der mit dem Odenwaldkreis verbundenen Einrichtungen und Nebenbetriebe
- Wahrnehmung von Aufgaben als Aufgabenträgerorganisation nach dem Hessischen ÖPNV-Gesetz, Dienstleistungen des Mobilitätsmanagements und zur Verbundintegration sowie technische Dienstleistungen bei Fahrgastinformation und Vertrieb für Verkehrsunternehmen und für Dritte. Die OREG mbH ist kein Verkehrsunternehmen im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes
- die nachhaltige Erzeugung, Speicherung, Verteilung und Nutzung von Energien (insbesondere Photovoltaik und Windkraft)
- die Entwicklung alternativer Kommunalfinanzierungen ohne genehmigungspflichtige Tätigkeiten nach §§ 34c GewO und 32 KWG
- die Initiativen der beruflichen Qualifizierung, der Aus- und Weiterbildung
- Dienstleistungen für Beteiligungen oder im Interesse des Odenwaldkreises inklusive der Bereitstellung notwendiger Personalressourcen
- der Ausbau der Kommunikationsnetzwerke und des Breitbandnetzes
- die Förderung des Tourismus.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Regionalentwicklung im Odenwald und seinen Gemeinden, mit dem Ziel der ökonomischen und ökologischen Weiterentwicklung der heimischen Wirtschaft unter Beachtung ihrer Umweltverträglichkeit (*vgl. § 2 Gesellschaftsvertrag, Stand 14.10.2011*).

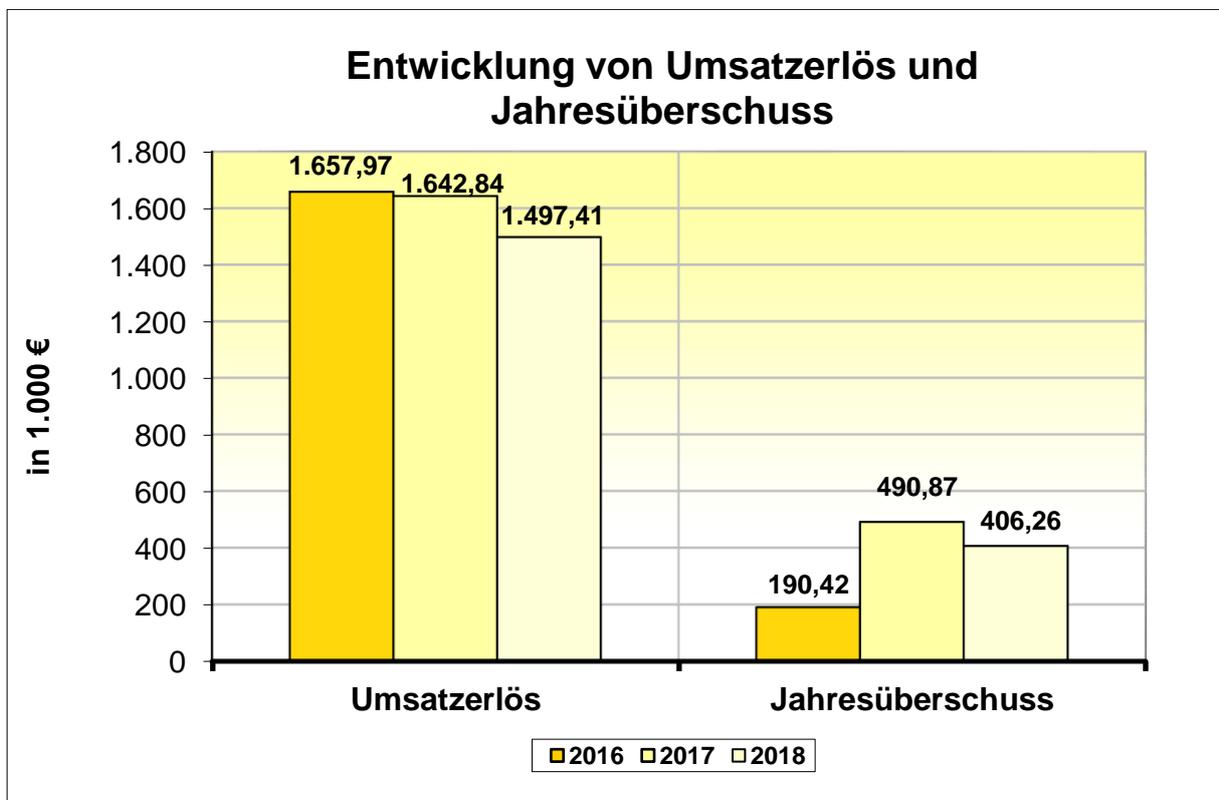
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	1995
Stammkapital:	281.270,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 71041
Gesellschafter ab 01.01.2013	Odenwaldkreis (Anteil 88,2%) Volksbank Odenwald eG (4,5%) Sparkasse Odenwald (7,3%)
Geschäftsführung:	Marius Schwabe Detlef Kuhn (Vertretung)
Aufsichtsrat:	Andreas Funken (Aufsichtsratsvorsitzender) Rüdiger Holschuh (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender) Rudolf Burjanko Eric Engels Gerhard Horlacher Karlheinz Ihrig Stephan Kelbert Ralf Magerkurth Dr. Michael Reuter Jürgen Walther Michael Weimar Christa Weyrauch
Beteiligungen:	Brenergo GmbH (100,00 %; 75.000,00 €) Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH (40,00 %; 10.000,00 €) OSVG OdenwaldService- Verwaltungs GmbH (100 %; 25.000,00 €) Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG (45%; 4.500,00 €)
Abschlussprüfer:	BRV AG, Frankfurt/Main Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	97.077,50	116.305,00	81.429,50
II. Sachanlagen	4.091.774,78	3.953.979,28	3.907.371,14
III. Finanzanlagen	139.500,00	139.500,00	114.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.594,64	3.443,51	2.981,04
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	722.154,32	1.074.600,51	1.045.348,79
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.573.662,52	3.216.662,33	4.185.285,17
C. Rechnungsabgrenzungsposten	51.636,58	40.762,60	23.006,63
Gesamt	7.679.400,34	8.545.253,23	9.359.922,27
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	281.210,53	281.270,00	281.270,00
II. Kapitalrücklage	25.000,00	25.000,00	25.000,00
III. Andere Gewinnrücklagen	692.400,17	692.400,17	692.400,17
IV. Bilanzgewinn	486.454,22	977.327,86	1.383.590,73
B. Rückstellungen	69.884,60	149.786,24	210.553,56
C. Verbindlichkeiten	6.061.910,17	6.373.962,45	6.736.127,90
D. Rechnungsabgrenzungsposten	62.540,65	45.506,51	30.979,91
Gesamt	7.679.400,34	8.545.253,23	9.359.922,27



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	1.657.972,17	1.642.842,16	1.497.413,92
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.156.422,00	2.216.830,29	2.366.305,58
3. Materialaufwand	-247.314,97	- 186.995,70	-197.632,98
4. Personalaufwand	-1.970.128,58	- 1.696.696,88	-1.678.408,91
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-206.973,14	- 205.531,07	-183.743,12
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.016.520,85	- 1.083.489,10	-1.231.923,20
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.794,07	7.708,83	11.497,57
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	-0,94
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-187.442,77	- 175.754,86	-147.386,59
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	188.807,93	518.913,67	436.123,21
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-28.690,81	- 28.040,03	-29.860,34
11. Verschmelzungsgewinn	30.301,03	0,00	0,00
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	190.418,15	490.873,64	406.262,87
13. Gewinnvortrag	296.036,07	486.454,22	977.327,86
15. Bilanzgewinn/-verlust	486.454,22	977.327,86	1.383.590,73



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Zuweisung OREG mbH für die Aufgabenerfüllung auf Basis des Gesellschaftervertrages	1.442.981,00	1.357.000,00	1.357.000,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen (vollzeitäquivalent)	32	30	29
Personalkosten in €	1.970.128,58	1.696.696,88	1.678.408,91

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	19,34	23,12	25,45
Eigenkapitalrentabilität	48,71	33,05	20,56
Verschuldungsgrad	412,90	330,15	291,60
Personalintensität	118,83	103,28	112,09

Im Berichtsjahr wurden keine Aufwandsentschädigungen an die Überwachungsorgane gezahlt. Die Bezüge der Geschäftsführung der Gesellschaft beliefen sich im Berichtsjahr auf 271 T€.

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften					
2016		2017		2018	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
2.100.000,00	1.576.869,31	2.100.000,00	1.504.769,03	2.100.000,00	1.429.861,22

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Odenwald-Regional Gesellschaft (OREG) mbH, mit Sitz in Erbach im Odenwald wurde im Jahr 1994 gegründet. Ihre Gesellschafter sind der Landkreis Odenwald, der den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt, die Sparkasse Odenwaldkreis und die Volksbank Odenwald eG. Die Geschäftsführung bilden Rechtsanwalt Marius Schwabe und Herr Diplom Verwaltungswirt Detlef Kuhn als sein Stellvertreter. Die Geschäftstätigkeit der OREG mbH werden maßgeblich durch den Mehrheitsgesellschafter – den Odenwaldkreis (88,18 %), bestimmt. Der Odenwaldkreis leistet zur Finanzierung Aufgaben der OREG mbH einen jährlichen Zuschuss aus dem Kreishaushalt.

Die Geschäftsentwicklung:

Geschäftsbereich Nahverkehr

Als lokale Aufgabenträgerorganisation nach § 6 Hess. ÖPNV-G obliegt der OREG die Planung und Organisation des öffentlichen Personennachverkehrs im Odenwaldkreis. Darüber hinaus ist sie vom Kreis beliehener Hoheitsträger für Maßnahmen der Schülerbeförderung nach § 161 HSchG. Neben hoheitlichen Aufgaben und Aufgaben des Regiemangements erbringt die OREG ein weites Spektrum von Dienstleistungen aus dem Verkehrs-Service-Vertrag, deren einheitliche und betreiberübergreifende Wahrnehmung aus Gründen der Verkehrsintegration geboten ist, wie z.B. die Bereitstellung von Vertriebs- und Informationssystemen, das Mobilitätsmanagement, die Gewährleistung einer einheitlichen Haltestelleninfrastruktur oder das Betriebsstörungenmanagement.

Zur Erfüllung der Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 17 Personalstellen vorgehalten. Der Budgetplan (einschließlich Projekte) hatte einen Umfang von ca. 1,7 Mio. €. Das nach Rechnungsabschluss entstandene Defizit von 909.478 € wird im Rahmen der vom Odenwaldkreis gemäß § 11 Hess. ÖPNV-G überstellten Mittel zur ÖPNV-Finanzierung gedeckt.

Als ÖPNV-Aufgabenträger stellt der Odenwaldkreis gemäß § 8 Abs. 3 PBefG und § 14 Hess. ÖPNV-G einen Nahverkehrsplan auf und schreibt diesen in einem Turnus von etwa 5 Jahren regelmäßig fort. Die Vorbereitung dazu erfolgte durch die OREG als ÖPNV-Aufgabenträgerorganisation in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro IGDB, Dreieich. Die Arbeiten begannen bereits im Jahre 2016 und fanden ihren Abschluss mit der Veröffentlichung der Neufassung des Nahverkehrsplans im Herbst 2018.

Als herausragende Aufgabe stand im abgelaufenen Geschäftsjahr die europaweite Ausschreibung des gesamten lokalen Busverkehrs auf der Agenda, nachdem alle Konzessionen zum Fahrplanwechsel 2019/20 auslaufen. Die Ausschreibung erfolgte auf der Grundlage der Standards des Nahverkehrsplans zur Bedienungs- und Beförderungsqualität, die in die Leistungsbeschreibungen zu überführen waren. Die Wahl des Vergabeverfahrens wurde dabei verpflichtend durch EU-Verordnung und das nationale Kartellvergaberecht vorgegeben.

Nach Start des Projektes „Garantiert mobil!“ im September 2017 stand das abgelaufene Geschäftsjahr ganz im Zeichen der Konsolidierung, d.h. der Behebung technischer Fehler und Plausibilitäten im Buchungssystem und den Mobile-Apps sowie der Fortentwicklung. Im ersten Halbjahr konnte eine weitgehende technische Stabilität erreicht werden, dennoch führt die Abhängigkeit von externen Systemen immer wieder zu Problemen, dass z.B. der Ticketserver nicht erreichbar ist oder ein HandyTicket nicht heruntergeladen werden kann. Insgesamt hatten sich zum abgelaufenen Geschäftsjahr 520 Kunden im Buchungsportal registriert, 344 davon als Fahrgast und 176 als Fahrtanbieter. Insgesamt wurden 4.100 Fahrtbuchungen vorgenommen. 3.833 Buchungen entfielen auf den fahrplangebundenen RufBus.

Geschäftsbereich Wirtschaftsförderung

Wenn 2018 ein Thema die Unternehmen im Odenwaldkreis bewegte, dann war es die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Etwa 90 % der Unternehmen im Odenwaldkreis haben Probleme, freie Stellen zeitnah mit entsprechend qualifizierten Kräften zu besetzen. Besonders hoch ist der Druck in den technischen Berufen sowie in der Gesundheitswirtschaft. Mit der im Februar 2018 gelaufenen OBIT, der Vergabe des Hermann-Braun-Gedächtnispreises und der Vorstellung zukunftsorientierter Berufe im Rahmen eines Infoabends (in Kooperation mit dem Beruflichen Schulzentrum Odenwaldkreis, dem Arbeitgeberverband Südhessen e.V. und dem Staatlichen Schulamt für den Landkreis Bergstraße und Odenwaldkreis) versuchte der Wirtschafts-Service, mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen, um so die Fachkräfteversorgung vor Ort zu unterstützen.

Weiterhin haben im ersten Quartal 2018 – trotz positiver Konjunktur – die Sanierungs- und Krisenfälle zugenommen. Ein Grund hierfür war das fortgeschrittene Alter vieler Unternehmensinhaber bei gleichzeitigem Fehlen einer Nachfolgelösung. Die frühzeitige Sensibilisierung von Unternehmen auf das Thema „Nachfolge“ und das Anbieten von konkreten Hilfestellungen hierzu wird auch weiterhin ein Schwerpunktthema des Wirtschafts-Service und des Mentorennetzwerks Odenwaldreis (www.wirtschaftsmentoren.de) sein.

Im Berichtsjahr wurden durch den Wirtschafts-Service insgesamt 119 neue Existenzgründungsvorhaben betreut, von denen rund 20 realisiert wurden. In den anderen Fällen ist noch keine finale Entscheidung getroffen worden oder das Gründungsvorhaben wurde vorerst nicht weiterverfolgt.

In Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Bergstraße wird seit 2009 die gemeinsame Gründungsoffensive organisiert. Die Förderung für dieses Kooperationsprojekt, das vom Land Hessen aus dem EFRE-Fonds für die Jahre 2009 bis 2017 mit insgesamt 680.000 € bezuschusst wurde. Der Zuwendungsbescheid für die Jahre 2018/2019 liegt zwischenzeitlich über eine Fördersumme von weiteren 200.000 € vor.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Gründungsoffensive ist eine Verbesserung der Informationsmöglichkeiten für Gründungsinteressierte. Perspektivisch will der Wirtschafts-Service seine Angebote im Online-Bereich verstärken und Fachwissen rund um das Thema Gründung über die neue OREG-Homepage zugänglich machen (z.B. über Experten-Videos). Im Jahr 2018 wurden vier Einstiegseminare für Gründer/innen mit rund 60 Teilnehmern durchgeführt. Sie dienen der Verbesserung der Information vor der Gründung.

Das Jahr 2018 war hinsichtlich Standortanfragen sehr ruhig. Über die Frankfurt-Rhein-Main GmbH (FRM) gingen lediglich 12 Gesuche (darunter mehrere Logistikstandorte mit zum Teil gesuchten 400.000 m² Fläche) ein, für die im Odenwaldkreis keine geeigneten Flächen nachgewiesen werden können. Zum Flächengesuch eines Rechenzentrumsbetreibers mit 15.000 m² Flächenbedarf wurde im dritten Quartal 2018 das Hainhaus an die FRM gemeldet. Der Investor hat sich allerdings nicht für diesen Standort entscheiden können, da das Hainhaus in zu großer Entfernung zum DE-CIX Internetknoten Frankfurt steht und die damit einhergehende Latenzzeit zu hoch ist.

Um die Ansiedlung von Investoren im Odenwaldkreis weiter zu forcieren, ist der Odenwaldkreis zum 01.01.2018 dem Verein Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar beigetreten.

Projekt Hainhaus – „Park für grüne Technologie“

Die Liegenschaft Munitionsdepot Hainhaus liegt in der Gemarkung Breitenbrunn der Gemeinde Lützelbach und hat eine Größe von 73,8 ha. Aktuell befinden sich 120 ehemalige Militärbunker aus Beton mit einem Lagervolumen von ca. 50.000 m³. Die OREG hat dieses Areal im September 2007 vom Land Hessen (Landesbetrieb Hessen-Forst) erworben.

Zielsetzung des Projektes ist die gemeinsame Produkt- und Dienstleistungspräsentation regionaler Firmen aus den Bereichen

- Nutzung regenerativer Energien
 - Nutzung nachwachsender Rohstoffe
 - Effiziente Energieverwertung
 - Vermarktung und Beratung der Bevölkerung durch die Unternehmen
- sowie Ansiedlung von Kompetenzträgern aus dem Odenwaldkreis und anderen Regionen
- Aufbau von Produktionen und Dienstleitungen aus den Bereichen stofflicher- und energetischer Biomassen
 - Integration dieser Firmen in den regionalen Wertschöpfungskreislauf
 - Knotenpunkt für Forschungsaktivitäten und Wissenstransfer durch Vernetzung regionaler, nationaler und internationaler Institutionen
 - Forschung und Lehre am Standort

Das Projekt Hainhaus wird zurzeit wie folgt genutzt:

- Lagerung in den vorhandenen Bunkern; Firma Pirelli
- Freiflächen zur Nutzung von Photovoltaikanlagen; Firma Hainhaus GbR
- Freifläche zur Verarbeitung von Wurzelstöcken; Firma Schwinn
- Freifläche zur Nutzung einer Windkraftanlage; Windpark Bad König
- Die „Munitionshalle“ als Lagerhalle – seit Januar 2016; Firma Ticco GmbH
- Der Schwerlastparkplatz als Lagerplatz; Firma Monheimer
- Der Schotterplatz als Holzlagerplatz; Firma Hausdesigner GmbH
- Lagerung von Destillaten; Firma St. Kilian

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Finanzlage der OREG wird durch den direkten Zuschuss des Odenwaldkreises maßgeblich bestimmt. Die Liquidität war durch die Zuschüsse im Jahr 2018 sichergestellt. Der Bestand an flüssigen Mitteln zu Beginn des Geschäftsjahres betrug 3.217 T€ und erhöhte sich am Ende des Geschäftsjahres auf 4.185 T€. Die Geschäftsführung der OREG rechnet nicht mit Liquiditätsengpässen in den kommenden zwei Jahren.

Das Geschäftsjahr 2018 weist einen Jahresüberschuss von 406 T€ aus. Dieses Ergebnis resultiert aus sparsamer Mittelverwendung, reduzierten Aufwendungen im Personalbereich, sowie Einnahmeerhöhungen (u.a. bei Mietverträgen). Die Postimmobilie wird derzeit durch den Odenwaldkreis und die Postbank angemietet. Das ehemalige Munitionsdepot hat als Hauptmieter die Firma Pirelli Deutschland GmbH. Die Rettungswachen werden durch den Odenwaldkreis angemietet.

Entwicklungsbeeinträchtigte bzw. bestandgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt. Jedoch ist anzumerken, dass die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der Liquidität weiterhin auf Zuschüsse angewiesen ist.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die OREG mbH ist über die Grenzen des Landkreises hinaus bekannt. Sie hat sich in den Bereichen ÖPNV, Breitband und regenerativer Energien bereits Anerkennung im Form von Auszeichnungen durch das Land Hessen einen Namen erarbeitet. Auch die Beitritte zur Metropolregion Rhein-Main-Neckar (ZRMN) und zur FrankfurtRheinMain GmbH helfen dabei, den Odenwaldkreis besser zu positionieren und für den Standort zu werben. Die Vermarktung des ehemaligen Munitionsdepots Hainhaus wird für die künftige Entwicklung eine tragende Rolle spielen.

Die Planung für das nächste Geschäftsjahr geht von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Risiken sieht die Geschäftsführung derzeit in der Nichtverlängerung des Mietvertrages für die Bunker auf dem Gelände des Hainhauses nach 2020. Ein erster Nachmieter konnte bereits gewonnen werden. Hier wird eine langfristige Zusammenarbeit angestrebt. Die Geschäftsführung sieht weiteres Entwicklungspotential der OREG durch die Konzentration auf die Kernkompetenzen - der Regionalentwicklung im Odenwaldkreis.

**Brenergo
Gesellschaft für Breitband sowie
regenerativer Energien mbH**



Marktplatz 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/943380, Telefax: 06062/943388
E-Mail: info@brenergo.de

Gegenstand des Unternehmens

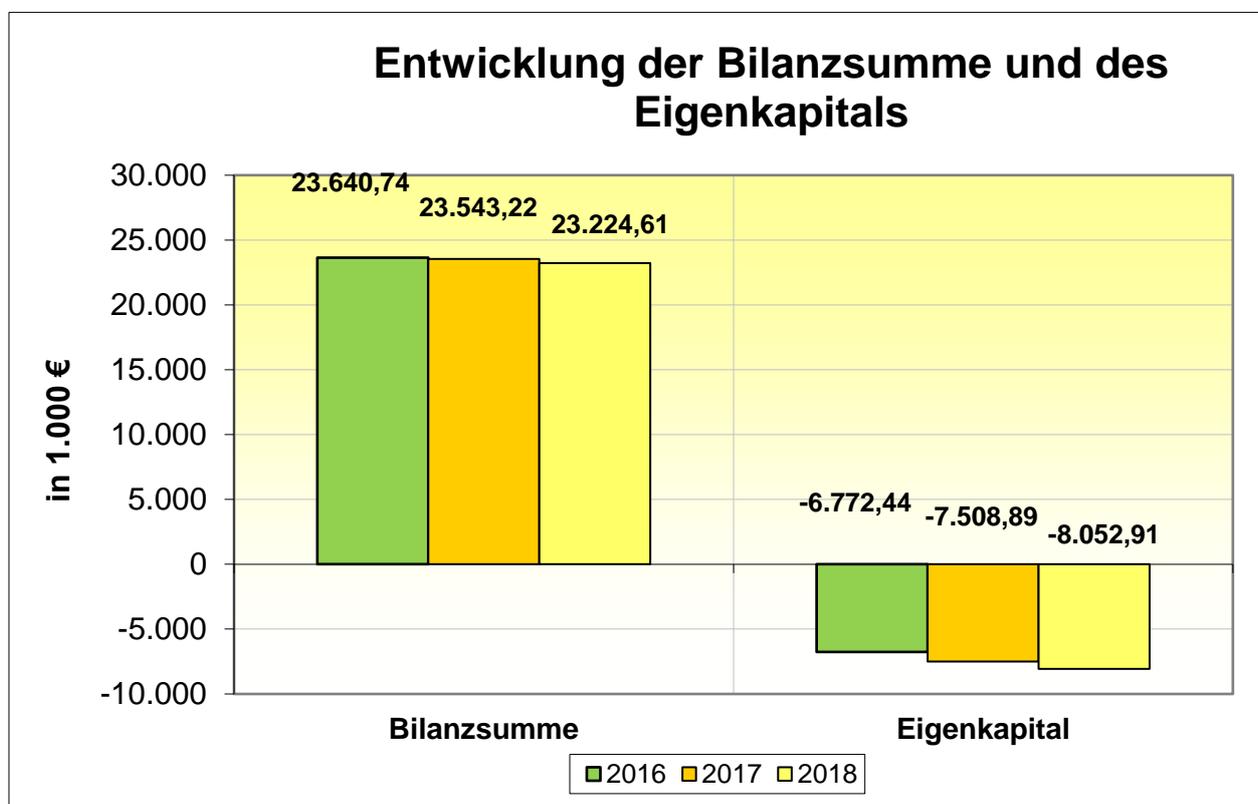
(1) Gegenstand der Gesellschaft ist gemäß § 2 des Gesellschaftervertrages zum einen die Strukturierung, Planung, Finanzierung und der Betrieb eines Breitbandkabelnetzes im Odenwaldkreis und in anderen Gebieten, einschließlich aller dazugehörigen Dienstleitungen. Gegenstand des Unternehmens ist zum anderen die Förderung, Gewinnung, Nutzung und Verkauf regenerativer Energien.

(2) Die Gesellschaft darf gleichartige oder ähnliche Unternehmungen errichten, erwerben, sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen. Sie ist auch zur Errichtung von Zweigniederlassungen befugt.
(vgl. § 3 Gesellschaftsvertrag, Stand 27.09.2005).

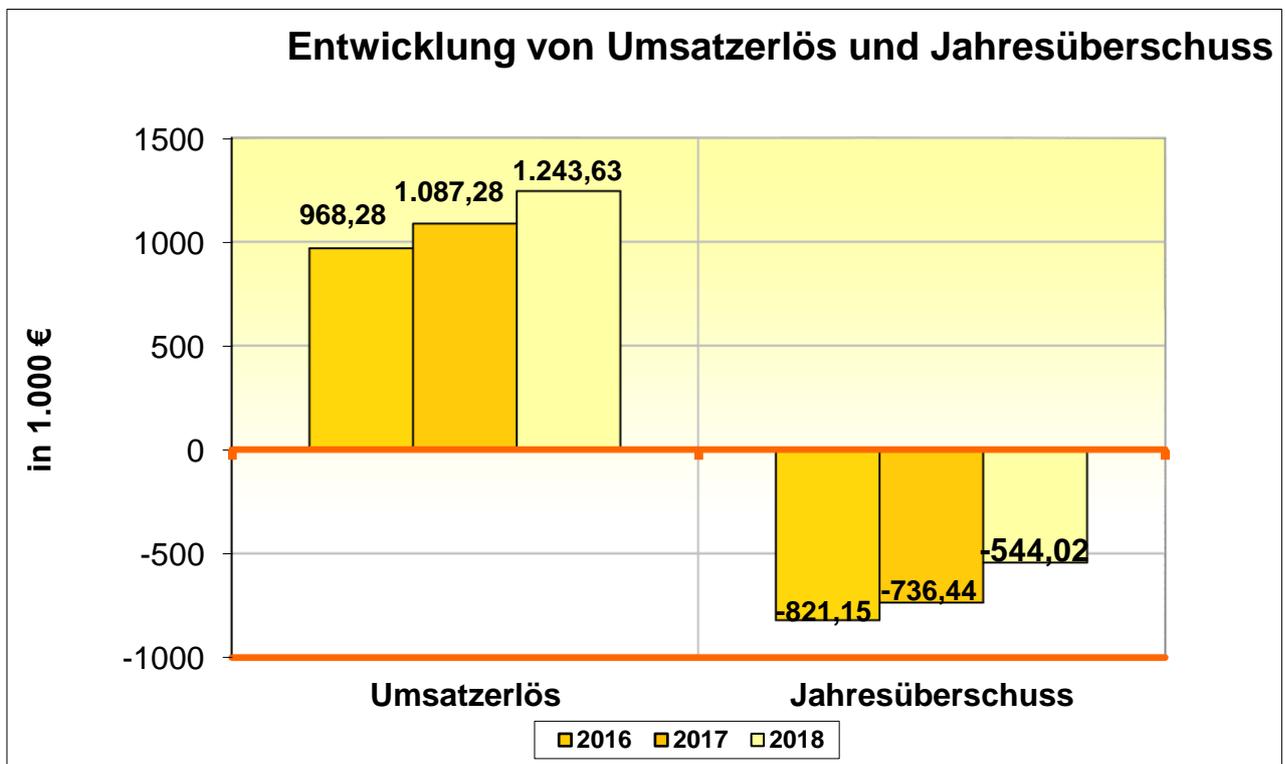
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2005
Stammkapital:	75.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 71663
Gesellschafter:	OREG (Anteil: 100,00 %; 75.000,00 €)
Geschäftsführung:	Detlef Kuhn
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	BRV AG, Frankfurt/Main Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	16.367.763,00	15.348.230,00	14.225.970,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	79.370,40	256.796,48	146.142,94
II. Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	387.045,54	398.982,32	773.056,89
C. Rechnungsabgrenzungsposten	34.112,85	30.319,15	26.528,16
D. Nicht d. Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.772.443,30	7.508.888,01	8.052.909,99
gesamt	23.640.735,09	23.543.215,96	23.224.607,98
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	75.000,00	75.000,00	75.000,00
II. Verlustvortrag	-6.026.289,92	-6.847.443,30	-7.583.888,01
III. Jahresfehlbetrag	-821.153,38	-736.444,71	-544.021,98
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.772.443,30	7.508.888,01	8.052.909,99
B. Rückstellungen	14.250,00	10.450,00	6.250,00
C. Verbindlichkeiten	23.626.485,09	23.532.765,96	23.218.357,98
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	23.640.735,09	23.543.215,96	23.224.607,98



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
Umsatzerlöse	968.275,53	1.087.284,33	1.243.627,30
Sonstige betriebliche Erträge	99,27	3.977,64	5.590,95
Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
Abschreibungen	-1.125.189,00	-1.125.189,00	-1.125.599,78
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-149.140,16	-192.125,45	-159.891,40
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19,54	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-515.218,56	-510.392,23	-507.749,23
Ergebnis der gewöhnlichen	-821.153,38	-736.444,71	-544.021,80
Steuern	0,00	0,00	-0,18
Jahresfehlbetrag	-821.153,38	-736.444,71	-544.021,98
Gewinn-/Verlustvortrag	-6.026.289,92	-6.847.443,30	-7.583.888,01
Bilanzverlust	-6.847.443,30	-7.583.888,01	-8.127.909,99



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
Auswirkungen auf den Kreishaushalt	0,00	0,00	0,00

Personal	2016 €	2017 €	2018 €
Anzahl der Stellen	0	0	0
Personalkosten in €	0,00	0,00	0,00

Die Geschäftsführung erfolgt ohne Vergütung. Im Berichtsjahr wurden keine Aufwandsentschädigungen an die Überwachungsorgane gezahlt.

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	-28,65	-31,89	-34,67
Eigenkapitalrentabilität	13,80	10,87	7,25
Verschuldungsgrad	-349,07	-313,54	-288,40
Personalintensität	0,00	0,00	0,00

Durch den Kreis übernommene Bürgschaften					
2016		2017		2018	
Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres	Ursprungskapital	Restschuld am Ende des Jahres
€	€	€	€	€	€
4.300.000,00	4.300.000,00	4.300.000,00	4.300.000,00	4.300.000,00	4.300.000,00

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Die Photovoltaikanlagen der Brenergo GmbH konnten in 2018 durchschnittliche Einspeiseerträge erzielen.

An folgenden Liegenschaften unterhält die Brenergo GmbH Photovoltaikanlagen:

- Carl-Weyprecht-Schule in Bad König
- Gymnasium Michelstadt / Sporthalle
- Schule am Sportpark Erbach / Neubau
- Rettungswache Erbach
- TLS Michelstadt
- Berufsschule Michelstadt / Werkstatt
- Turnhalle Hainstadt
- Schwimmbad Reichelsheim
- AWO Kindergarten Kirchbrombach
- Hainhaus I
- Hainhaus II
- Oberzentschule Beerfelden

Breitband

Seit Fertigstellung des letzten Teilabschnittes Erbach/Mossautal in 2012 besitzt die Brenergo GmbH ein flächendeckendes Breitbandnetz im Odenwaldkreis. Verpachtet wird das Netz an den Carrier ENTEGA MediaNet GmbH. Mit ihr wurde gemeinsam ein Werbe- und Marketingkonzept entwickelt, die den Privat- und Geschäftskundenbereich für das

Breitbandprojekt nach Zielgruppen definiert und entsprechende Maßnahmen aufzeigt. Nach der entsprechenden Konzeption wurde ein detaillierter Ablauf- und Kommunikationsplan erarbeitet, der die Markteinführung der Angebotspalette der die ENTEGA MediaNet GmbH als neuer, zuverlässiger Telekommunikationsanbieter im Odenwaldkreis visuell und kommunikativ darstellt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Der Bilanzverlust vom Vorjahr in Höhe von 7.583 T€ hat sich um den Verlust im laufenden Geschäftsjahr in Höhe von 544 T€ erhöht. Es entstand ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag zum 31.12.2018 in Höhe von 8.052 T€.

Durch die Entfristung des Überschuldungsbegriffs und die positive Fortführungsprognose der Gesellschaft aufgrund der erwarteten Entwicklung künftiger Jahresergebnisse ergeben sich aus der bilanziellen Überschuldung keine weiteren gesellschaftsrechtlichen Folgen. Eine insolvenzrelevante Überschuldung der Gesellschaft liegt deshalb nicht vor, weil von der Fortführung der Gesellschaft aufgrund auskömmlicher Liquidität und positiver Ertragsaussichten für die Folgejahre durch Vereinbarungen mit Geschäftspartnern, wie den finanzierenden Instituten sowie der ENTEGA MediaNet GmbH, ausgegangen wird.

Die Finanzlage der Brenergo GmbH wird durch den Erlös aus den Einspeisevergütungen für die Photovoltaikanlagen und den Erlös aus der Verpachtung des Breitbandnetzes maßgeblich bestimmt. Der Bestand an flüssigen Mitteln betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 399 T€ und erhöhte sich bis zum Ende des Geschäftsjahres auf 773 T€. Die Liquidität wird durch die neue Finanzstruktur sichergestellt.

Die Einspeisevergütungen für die Photovoltaikanlagen lagen im Jahr 2018 mit 28,5 T€ über den Vergütungen des Vorjahres. Die Erlöse aus dem Netzbetrieb lagen um 128,9 T€ über dem Vorjahr. Bei nahezu gleichen Abschreibungen verringern sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 32 T€ und die Zinsen und Geldbeschaffungskosten um 3 T€.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Gemäß dem, im Rahmen des Finanzierungskonzeptes, vereinbarten Businessplan wurden per 31.12.2018 10.003 private und 60 gewerbliche Anschlüsse budgetiert, die Ist-Zahlen betragen am 31.12.2018 11.799 private und 82 gewerbliche Anschlussverträge. Bis zum 28. Februar 2019 wirkten sich 11.707 Verträge für private und 84 für gewerbliche Anschlüsse in der Liquidität aus. Für 2019 gesamt sind 11.624 private und 70 gewerbliche Anschlüsse im Finanzierungskonzept geplant.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Die Nachfrage nach „schnellen Internetverbindungen“ sieht die Gesellschaft als Chance für eine Zunahme der Kundenzahlen und dadurch eine positive Entwicklung auf die Vermögens- und Ertragslage, insbesondere die Nachfrage nach hochbitratigen Breitbandinfrastrukturen wie z.B.:

- zunehmende Verbreitung datenintensiver Videoanwendungen
- Zunahme von Cloud-Diensten erfordern leistungsfähigen Upload
- Zunahme datenintensiver Online-Dienste
- Hochgeschwindigkeitsnetze sichern die Zukunftsfähigkeit strukturschwacher Regionen

Im Dezember 2016 hat die Gesellschaft gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eine verbindliche Erklärung zum Vectoring-II-Ausbau im sogenannten Nahbereich der Hauptverteiler abgegeben. Dadurch wird in diesem Bereich ab dem Jahr 2019 ebenfalls eine steigende Nachfrage nach 100 Mbit/s-Anschlüssen erwartet.

Durch die neue Finanzierungsstruktur, die auf relativ niedrigen Anschlusszahlen basiert, und die damit verbundene Sicherung der Liquidität bis 2023 ist die Fortführung des Unternehmens gesichert.

Im Finanzplan der Gesellschaft wird durch die Schaffung der Infrastruktur für den Vectoring-II-Ausbau im Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von 720,7 T€ gerechnet.

Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH

Marktplatz 7
64711 Erbach
Telefon: 06062/809360 Telefax: 06062/8093615
E-Mail: info@schloss-erbach.de



Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch den Betrieb des Schlosses Erbach einschließlich der Gräflichen Sammlungen und des Deutschen Elfenbeinmuseums. Zum Betrieb zählen die Vermittlung und Bewahrung der Gräflichen Sammlungen Schloss Erbach und des Deutschen Elfenbeinmuseums, kulturelle Veranstaltungen und museumspädagogische Arbeit. Ferner zählen hierzu die Sicherstellung der Öffnungszeiten und des unmittelbaren Zugangs zu den Museumsräumen, die Organisation und Durchführung von Führungen und die Vermittlung der Bestände und ihrer Geschichte gegenüber unterschiedlichen Besuchergruppen.

Die wesentlichen finanziellen Erträge werden durch den Museumsbetrieb und durch den Museumsladen erwirtschaftet. Daraus ergeben sich die funktionalen Schwerpunkte des Marketings und des Personaleinsatzes.

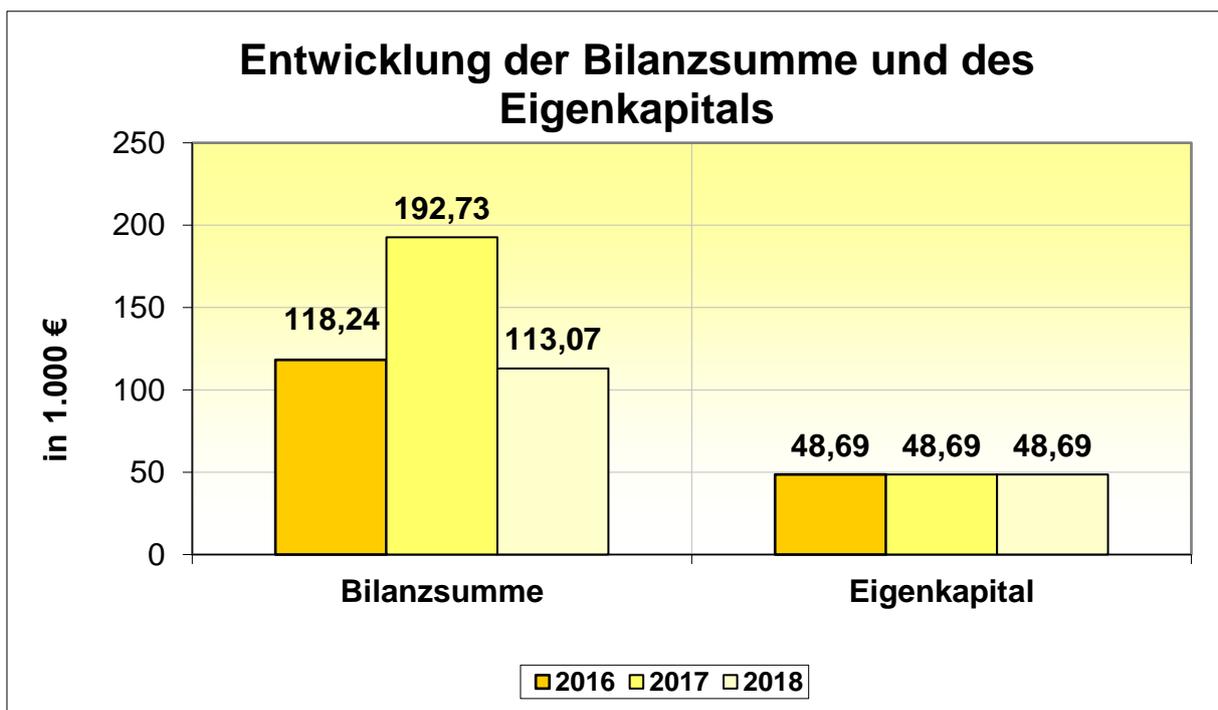
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2006
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 71675
Gesellschafter:	OREG (Anteil: 40,00 %; 10.000,00 €) Stadt Erbach (Anteil: 40,00 %; 10.000,00 €) Land Hessen (Anteil: 20,00 %; 5.000,00 €)
Geschäftsführung:	Edda Behringer, Tauberbischofsheim
Aufsichtsrat:	Patrik Burghardt (Vorsitzender) Harald Buschmann (stellv. Vorsitzender bis 28.11.18) Erwin Giess Frank Matiaske Marius Schwabe Dr. Peter Traub (stellv. Vorsitzender ab 28.11.18) Marianne Willems

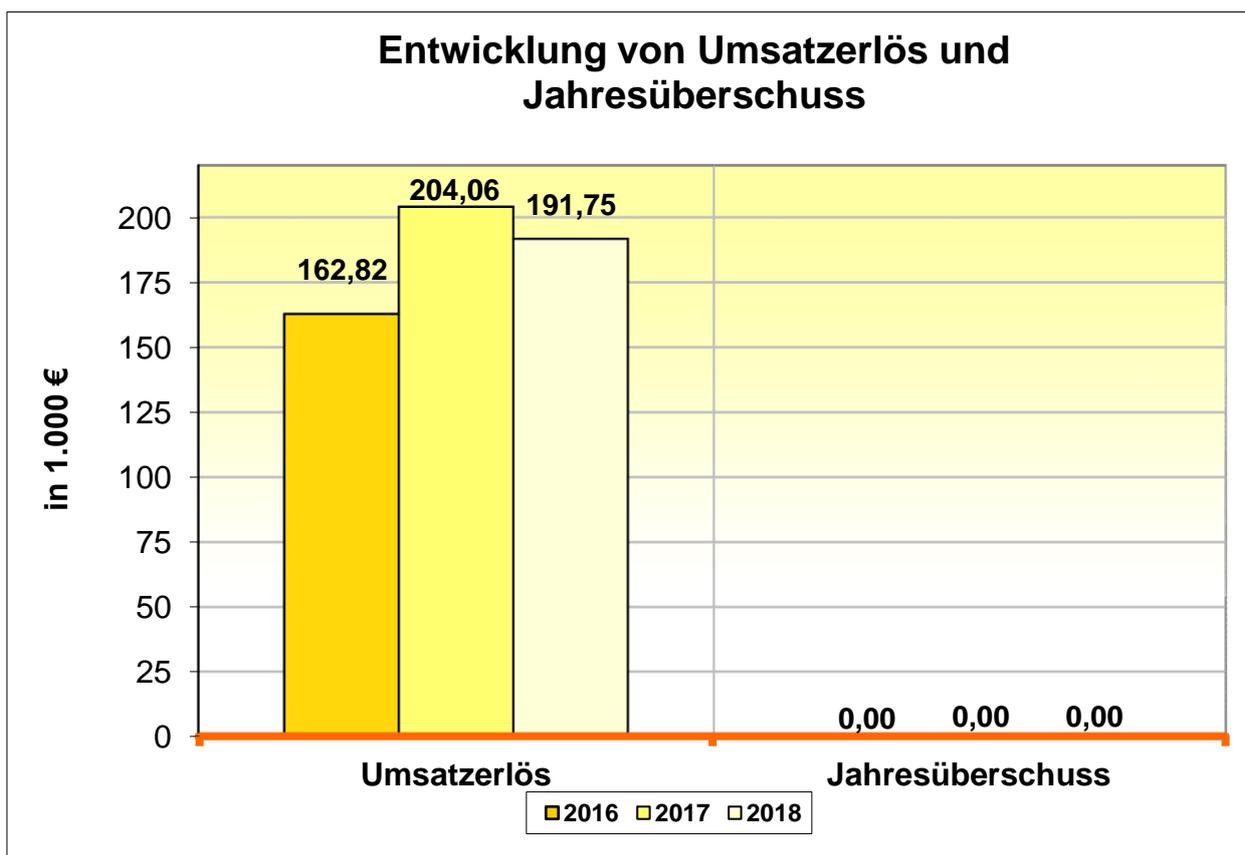
Beteiligungen: keine

Abschlussprüfer: Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
BRV AG

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	277,00	3,00	3,00
II. Sachanlagen	14.744,00	14.795,00	10.863,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	32.940,17	36.405,81	37.224,55
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.207,11	17.227,84	4.393,68
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	57.151,84	121.732,73	59.344,66
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.922,20	2.567,42	1.245,36
Gesamt	118.242,32	192.731,80	113.074,25
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	23.687,51	23.687,51	23.687,51
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	0,00	0,00	0,00
B. Rückstellungen	36.551,53	44.073,51	52.273,41
C. Verbindlichkeiten	33.003,28	99.970,78	12.113,33
Gesamt	118.242,32	192.731,80	113.074,25



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	162.821,43	204.060,63	191.751,94
2. Sonstige betriebliche Erträge	329.179,15	420.974,30	426.388,84
3. Materialaufwand	-54.157,66	-55.070,08	-58.728,30
4. Personalaufwand	-263.927,30	-384.260,13	-360.436,54
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-8.218,42	-7.054,56	-5.865,09
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-165.706,49	-178.655,16	-193.115,85
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9,29	5,00	5,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00
10. sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00
11. Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
12. Verlustvortrag	-172.595,02	0,00	0,00
13. Entnahme aus Kapitalrücklage	172.595,02	0,00	0,00
14. Bilanzgewinn/-verlust	0,00	0,00	0,00



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Auswirkungen auf den Kreishaushalt	0,00	0,00	0,00

Personal	2015	2017	2018
Anzahl der Beschäftigten	22,00	25,00	24,00
Personalkosten in €	263.927,30	384.260,13	360.436,54

Kennzahl	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	41,18	25,26	43,06
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,00	0,00
Verschuldungsgrad	142,86	295,85	132,24
Personalintensität	162,10	188,31	187,97

Bezüglich der Angabe der Geschäftsführerbezüge wird die Schutzklausel gem. § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten keine Vergütung von der Gesellschaft.

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Entgegen den Erwartungen war die Anzahl der Besucher im zweiten Jahr seit Übernahme des Deutschen Elfenbeinmuseums unter das Dach von Schloss Erbach rückläufig und liegt mit 18.636 Besuchern um 3.371 Besucher niedriger als im Vorjahr. Analog dazu sind die Einnahmen aus Tickets um 14.475 € auf 98.667 € gesunken. Dies entspricht einem Minus von 12,8 %. Parallel zu den Besucherzahlen ist der Umsatz im Museumsladen um 6.545 € (entspricht 12,5 %) auf 45.649 € gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Weiterhin angestiegen sind die Teilnehmer an Themenführungen. Das Plus von 939 Besuchern (3.320 Besucher insgesamt, plus 41,2 %) führte zu Mehreinnahmen von 3.002 € (22.237 € insgesamt, plus 15,6 %).

Die Eintrittspreise blieben gegenüber 2017 unverändert.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme beträgt 113.074,25 € nach 192.731,80 € im Vorjahr. Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr abschreibungsbedingt um 3.932,00 € gesunken.

Die Gesellschaft finanziert sich durch die Erträge aus den Führungen, den Verkäufen aus dem Museumsladen und den Zuschüssen der Gesellschafter. Die Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Erlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Der Materialaufwand für Führungen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Der Personalaufwand ist um 23.823,59 € auf 360.436,54 € deutlich gesunken. Die Abschreibungen haben sich um 1.189,47 € vermindert.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Auch wenn die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten von den beiden Museen und dem Schöllerbacher Altar von den Besuchern sehr gut angenommen werden, waren die Besucherzahlen im Geschäftsjahr 2018 rückläufig. Es ist davon auszugehen, dass die Besucherzahlen im Geschäftsjahr 2019 sich auf dem gleichen Niveau wie 2018 bewegen werden. Die Einnahmen aus Vermietungen werden unter dem Ergebnis des Vorjahres liegen, da der Erbach-Michelstädter Theatersommer 2019 in Michelstadt gastiert.

Aufgrund der angespannten finanziellen Situation finden 2019 keine Konzerte im Schloss Erbach statt. Die Vorträge wurden auf drei reduziert (Jahresthema: Jagd). Im gleichen Umfang wie in den Vorjahren werden auch 2019 die Themenführungen (sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche) angeboten. Der Internationale Museumstag umfasst vor allem ein attraktives Angebot für Familien und die Standplätze am 3. Antiktag im Schloss Erbach sind größtenteils ausgebucht.

Der von der Geschäftsleitung vorgelegte Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 weist eine massive Reduzierung der Mittel für Werbung und PR aus, berücksichtigt keine Gehaltsanpassungen für die Mitarbeiter, keine Honorarerhöhungen für das externe Führungspersonal und verzichtet auf Investitionen. Dringend notwendig ist die Ertüchtigung der Kommunikationstechnik, deren nicht einwandfreies Funktionieren bereits massive negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit hat. Die nicht ausreichende Personalstärke bei den eigenen Mitarbeitern wird zu einem weiteren Anstieg der Überstunden führen. Die Geschäftsleitung sieht hinsichtlich der dauerhaft hohen Arbeitsbelastung Risiken für die Gesundheit der Mitarbeiter und damit verbunden negative Auswirkungen auf die Arbeitsqualität.

Um diesem negativen Trend entgegen zu wirken, ist eine den tatsächlichen Gegebenheiten angepasste Erhöhung der Zuschüsse der Gesellschafter dringend notwendig.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Risiken liegen aber hauptsächlich in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Negative Impulse aus dieser Richtung haben entsprechende Auswirkungen auf die Besucherzahlen und somit auf die Einnahmen der Betriebsgesellschaft.

Um entsprechende Risiken schnell zu erfassen und zeitnah gegensteuern zu können, erfolgt eine monatliche Darstellung der Besucher- und Umsatzzahlen und eine ständige Kontrolle der Liquidität.

Odenwald Tourismus GmbH

Marktplatz 1
64720 Michelstadt
Telefon: 06061/9659710, Telefax: 06061/9659720
E-Mail: tourismus@odenwald.de



Nachrichtlich

In der Gesellschafterversammlung der Odenwald Tourismus GmbH am 28.11.2018 wurde eine Neufassung des Gesellschaftervertrages beschlossen.

Die Eintragung der Neufassung des Gesellschaftervertrages der Odenwald Tourismus GmbH beim Registergericht Darmstadt ist am 26.02.2019 erfolgt.

Damit ist der TouristikService Odenwald-Bergstraße e.V. rückwirkend zum 01.01.2018 alleiniger Gesellschafter der Odenwald Tourismus GmbH.

Der Odenwaldkreis ist weiterhin im Rahmen seiner Vereinsmitgliedschaft im TouristikService Odenwald-Bergstraße e.V. in den Gremien der Odenwald Tourismus GmbH vertreten.

Da rückwirkend zum 01.01.2018 keine Gesellschafteranteile zu Gunsten des Odenwaldkreises mehr an der Odenwald Tourismus GmbH bestehen erfolgt keine Beschreibung der Geschäftstätigkeit.

Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH

Marktplatz 1
64711 Erbach
Telefon: 06062/94330, Telefax: 06062/943317
E-Mail: odenwald@oreg.de



Gegenstand des Unternehmens

Die Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH (bis 24. Mai 2018: OWV Odenwald Windenergie Verwaltungs GmbH), Erbach, wurde mit dem Gesellschaftervertrag vom 08. Dezember 2011 mit Nachtrag vom 24. Mai 2018 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen beim Amtsgericht Darmstadt unter HRB 90964. Die Gesellschaft ist gemäß § 267 a HGB eine Kleinstkapitalgesellschaft.

Die Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH –kurz OSV GmbH- ist eine Tochtergesellschaft der Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH (Anteilsbesitz: 100 %). Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Unternehmen, die den Betrieb von Windkraftanlagen im Odenwaldkreis zum Gegenstand haben.

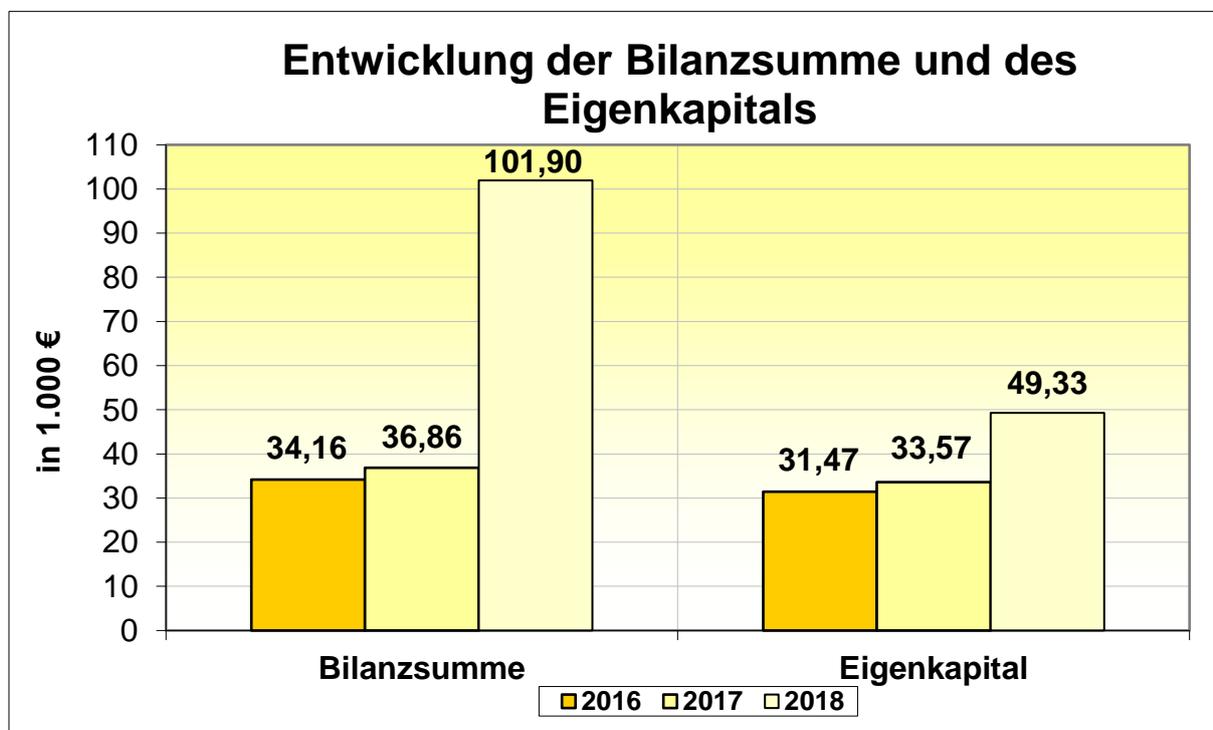
Die Gesellschaft übernimmt insbesondere die Verwaltung, Geschäftsführung und Vertretung als persönlich haftende Gesellschaft der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG. Ebenso erbringt sie Serviceleistungen für OREG mbH und Brenergo GmbH (z.B. Buchhaltung, IT, Mobiberater, WISE).

Der Gesellschaft ist jede Betätigung gestattet, die geeignet ist, mittelbar oder unmittelbar den Zweck des Unternehmens zu fördern. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und andere branchengleiche oder branchenähnliche Unternehmen erwerben, pachten oder sich an solche Unternehmen im Gebiet des Odenwaldkreises beteiligen (vgl. Satzung v. 08.12.2011).

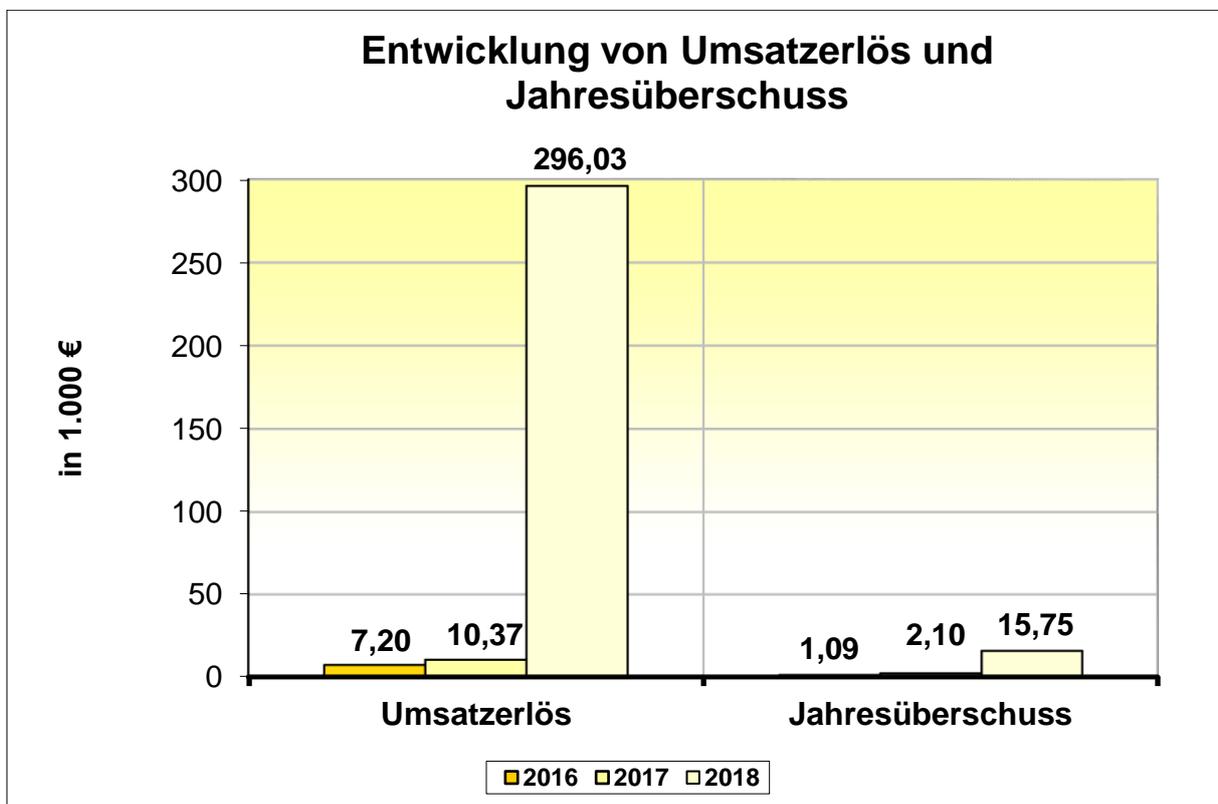
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	2018
Stammkapital:	25.000,00 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 90964
Gesellschafter:	Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG) 100 %
Geschäftsführung:	Detlef Kuhn Marius Schwabe
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	BRV AG, Frankfurt/Main Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II.a Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00	908,83
II.b Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	796,56	796,56
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	34.161,50	36.064,07	100.194,04
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	34.161,50	36.860,63	101.899,43
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00
III. Bilanzverlust/Bilanzgewinn	6.467,23	8.571,60	24.325,73
B. Rückstellungen	2.303,83	2.749,46	16.116,23
C. Verbindlichkeiten	390,44	539,57	36.457,47
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	34.161,50	36.860,63	101.899,43



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	7.200,00	10.369,38	296.025,72
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	1.758,18
3. Materialaufwand	0,00	0,00	-1.153,65
4. Personalaufwand	0,00	0,00	-236.687,17
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	0,00	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.411,10	-7.869,38	-41.227,57
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Erträge aus Beteiligungen	2.500,00	0,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.288,90	2.500,00	18.715,51
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-203,83	-395,63	-2.961,38
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.085,07	2.104,37	15.754,13



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	0	0	6,3
Personalkosten in €	0,00	0,00	236.687,17

Die Geschäftsführer erhalten keine Vergütung von der Gesellschaft.

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	77,45	73,89	39,08
Eigenkapitalrentabilität	3,57	6,69	46,93
Verschuldungsgrad	8,56	9,80	106,58
Personalintensität	0,00	0,00	79,95

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Mit Einzahlung der Stammeinlage und mit Eintragung ins Handelsregister übernahm die Gesellschaft die Geschäftsführung der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG. Die OSV GmbH hat nach Kauf einer Windkraftanlage in der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG die Überwachung der Windkraftanlage, die Einhaltung der Liquiditätsplanung und die laufenden Buchhaltungsarbeiten übernommen. Die OSV GmbH berichtet an die Kommanditisten der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme beträgt für das laufende Kalenderjahr 102 T€. Die Finanzanlage der OSV GmbH wird durch die Erlöse aus der Geschäftsführung bestimmt und somit ist die Liquidität sichergestellt. Die Liquidität betrug am Jahresende 100 T€. Die Gesellschaft war im gesamten Berichtszeitraum in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Erträge bestehen aus den Leistungen für die Geschäftsführung sowie die Haftungsprämie in Höhe von 2,5 T€ und aus Personalgestellung 294 T€, insgesamt 296 T€. Die Aufwendungen betreffen überwiegend Personalkosten in Höhe von 237 T€ und Fremdleistungen der OREG in Höhe von 32 T€ sowie Rechts- und Beratungskosten (3 T€) und Abschluss- und Prüfungskosten (2 T€).

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die Geschäftsführung der Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH erwartet auf Grund der Entwicklung des Geschäftsjahres 2018 ein ausgeglichenes Ergebnis für die Jahre 2019 und 2020. Dies ist auch bei der Erweiterung des Geschäftszweckes auf Serviceerbringungen und Verwaltungsleistungen so vorgesehen.

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Entwicklungs- bzw. bestandgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft. Im Rahmen einer organisatorischen Neuordnung des Unternehmens der OREG und ihrer Tochtergesellschaften können ggf. neue und erweiterte Aufgaben auf die Gesellschaft zukommen, die die Möglichkeit geben, das Service- und Verwaltungsportfolio der Gesellschaft sinnvoll zu ergänzen.

Windpark Hainhaus GmbH Co. KG

Solarallee 29, 64750 Lützelbach
Telefon: 06066/9699792, Telefax: 06062/943322
E-Mail: odenwald@oreg.de



Gegenstand des Unternehmens

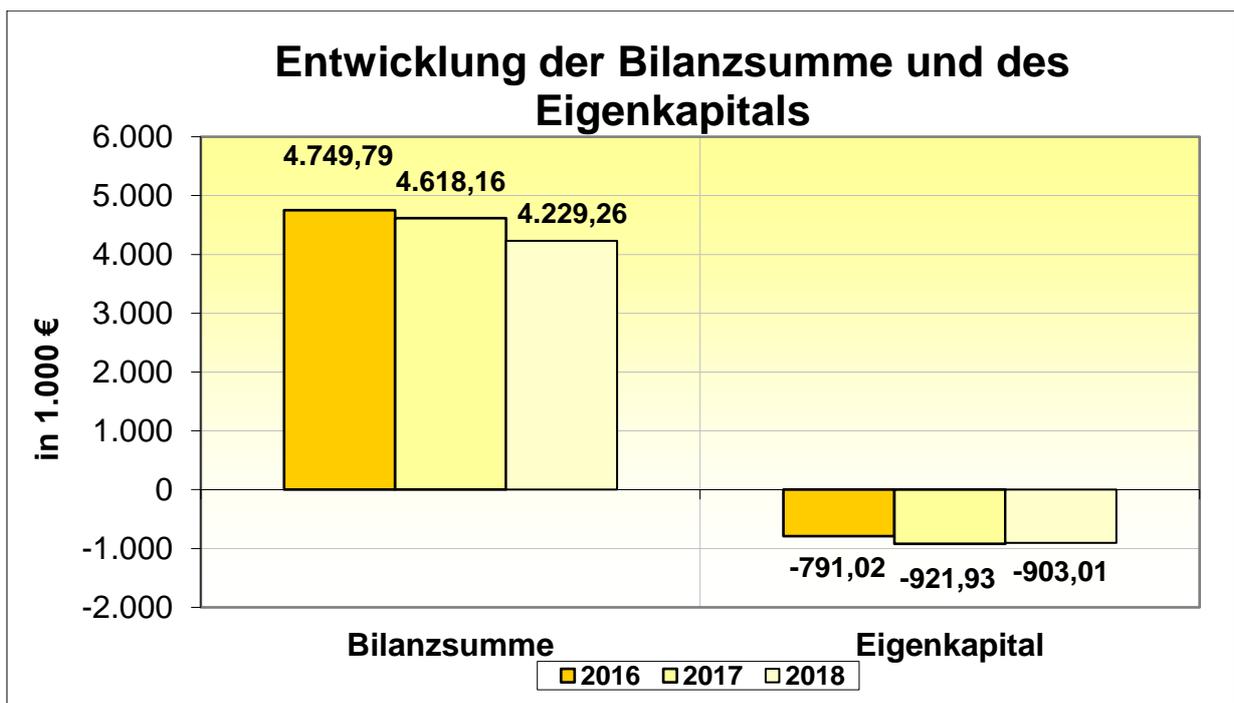
Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und der Verkauf regenerativer Energien in Form von Strom, erzeugt durch Windkraftanlagen auf dem unter „Hainhaus“ bekannten Areal.

Die Gesellschaft kann sich an Gesellschaften, die grundsätzlich einem gleichartigen Unternehmenszweck aufweisen, beteiligen.

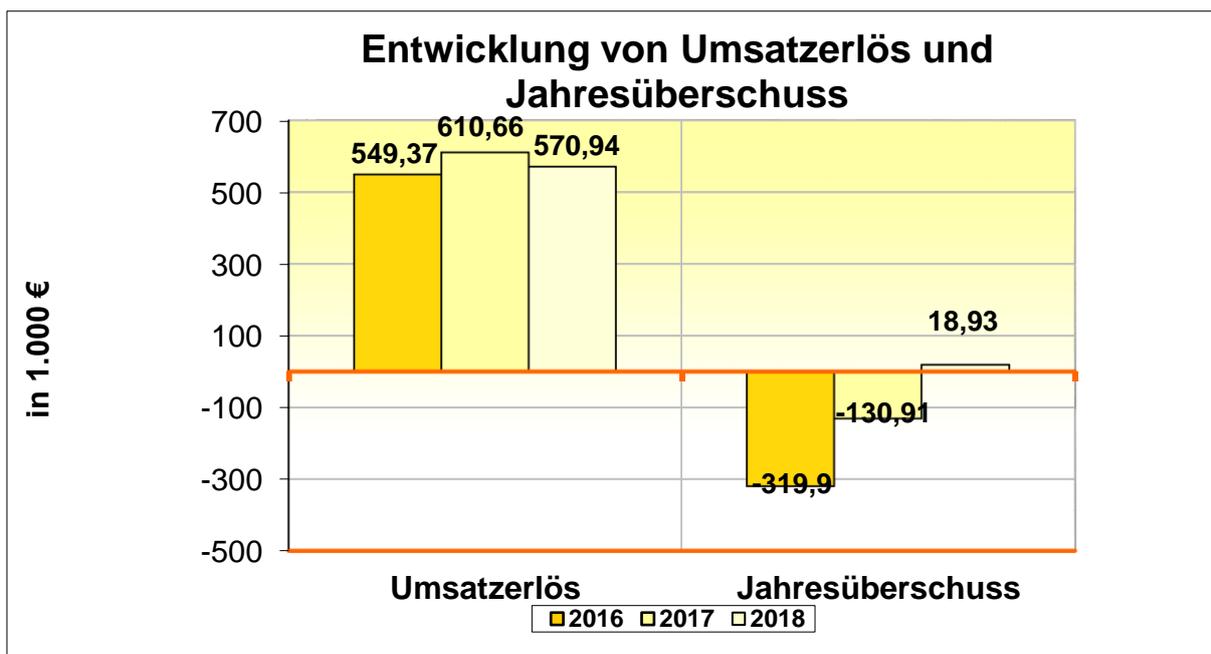
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Lützelbach	
Gründungsjahr:	2012	
Haftkapital:	10.000,00 €	
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt, HRB 84688	
Gesellschafter:	Odenwald Service- und Verwaltungs GmbH persönlich haftend ohne Komplementäreinlage	
Kommanditisten	Gemeinde Lützelbach	45 % Hafteinlage 4.500,00 €
	Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH	45 % Hafteinlage 4.500,00 €
	Energiegenossenschaft Odenwald e.G.	10 % Hafteinlage 1.000,00 €
Geschäftsführung:	Detlef Kuhn	
Abschlussprüfer:	BRV AG, Frankfurt/Main Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	3.626.666,00	3.306.666,00	2.986.666,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	47.304,44	143.838,84	72.401,49
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	282.067,08	243.003,89	264.561,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.731,14	2.731,14	2.624,94
D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Fehlbetrag	791.019,19	921.925,00	903.010,36
Gesamt	4.749.787,85	4.618.164,87	4.229.264,06
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Haftkapital	10.000,00	10.000,00	10.000,00
II. Bilanzverlust	-801.019,19	-801.019,19	931.935,62
III. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Fehlbetrag	791.019,19	921.925,00	903.010,36
B. Rückstellungen	12.914,00	3.850,00	3.850,00
C. Verbindlichkeiten	4.736.873,85	4.614.314,87	4.225.414,06
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	4.749.787,85	4.618.164,87	4.229.264,06



Gewinn- und Verlustrechnung	2016	2017	2018
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	549.374,07	610.659,08	570.941,79
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	408,55	32.897,15
3. Materialaufwand	0,00	0,00	0,00
4. Personalaufwand	0,00	0,00	0,00
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-320.000,00	-320.000,00	-320.000,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-362.015,68	-275.300,46	-190.711,48
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	13,50	26,80
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-187.262,78	-146.686,48	-74.229,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-319.904,39	-130.905,81	18.925,26
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-319.904,39	-130.905,81	18.925,26
12. Verlustvortrag	-481.114,80	-801.019,19	-931.925,00
13. Bilanzverlust	-801.019,19	-931.925,00	-912.999,74



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	0	0	0
Personalkosten in €	0,00	0,00	0,00

Der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	-16,65	-19,96	-21,35
Eigenkapitalrentabilität	67,90	16,55	-2,05
Verschuldungsgrad	-600,46	-500,93	-468,36
Personalintensität *	0,0	0,0	0,0

* Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter beschäftigt

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Am 01. Mai 2012 wurde eine Windkraftanlage auf dem Areal „Hainhaus“ wie geplant erworben. Es handelt sich um eine Vestas Windkraftanlage Typ V112 mit einer Nabenhöhe von 119 m und einer Nennleistung von 3.000 KW. Der erzeugte Strom wird laut Vertrag über die VNB Rhein Main Neckar, jetzt e-netz Südhessen GmbH & Co. KG, in das vorhandene Netz eingespeist. Ab 01. April 2016 hat die Gesellschaft zusätzlich einen Vertrag mit der reg-ina eG zur Direktvermarktung abgeschlossen. Die eingespeisten Werte liegen für das Kalenderjahr über den Erwartungen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme beträgt für das laufende Kalenderjahr 4.229 T€. Für die Windkraftanlage wurden zum Jahresende Abschreibungen von 2.987 T€ ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestanden zum Stichtag in Höhe von 72 T€ aus Einspeisevergütungen gegen e-netz Südhessen GmbH & Co. KG und reg-ina eG. Die Finanzierung ist durch Bankdarlehen gesichert. Diese haben eine Restlaufzeit von 15 Jahren. Die Liquidität der Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG wird durch die Einspeiseerträge in das Netz der e-netz Südhessen GmbH & Co. KG bestimmt und somit weitestgehend sichergestellt. Um die Liquidität zu stabilisieren, hat die Gesellschaft mit den finanzierenden Banken eine Umfinanzierung der bestehenden Darlehen zum 30.12.2016 vereinbart. Die Liquidität betrug am Jahresende 265 T€. Die Gesellschaft war dadurch im gesamten Berichtszeitraum in der Lage, Ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Durch die Einspeisevergütung der erzeugten Energie wurden Umsatzerlöse von 547 T€ generiert. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Das Geschäftsjahr 2018 endet mit einem Jahresüberschuss von 19 T€.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Laut Businessplan werden ab 2019 bei einem durchschnittlichen jährlichen Windaufkommen von ca. 5.800 MWh Überschüsse erwartet. Der Cashflow aus der Einspeisevergütung und der bestehenden Kreditfinanzierung wird durchgängig positiv sein.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung:

Risiken bestehen darin, dass sich das Windaufkommen in der Region abweichend der vorgenommenen Windmessuntersuchungen entwickelt.

Für die Investitionsfinanzierung besteht eine Zinsbindung bis zum 30.04.2022. Zu diesem Zeitpunkt ergibt sich nach der bestehenden Finanzierung eine voraussichtliche Restschuld von ca. 2.057,6 T€. Zinsrisiken werden daher nicht gesehen.

Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH

Ochsenwiesenweg 2
64395 Brensbach
Telefon: 0 62 55 / 14 05

Odenwald Schlachthof
Bauträger GmbH



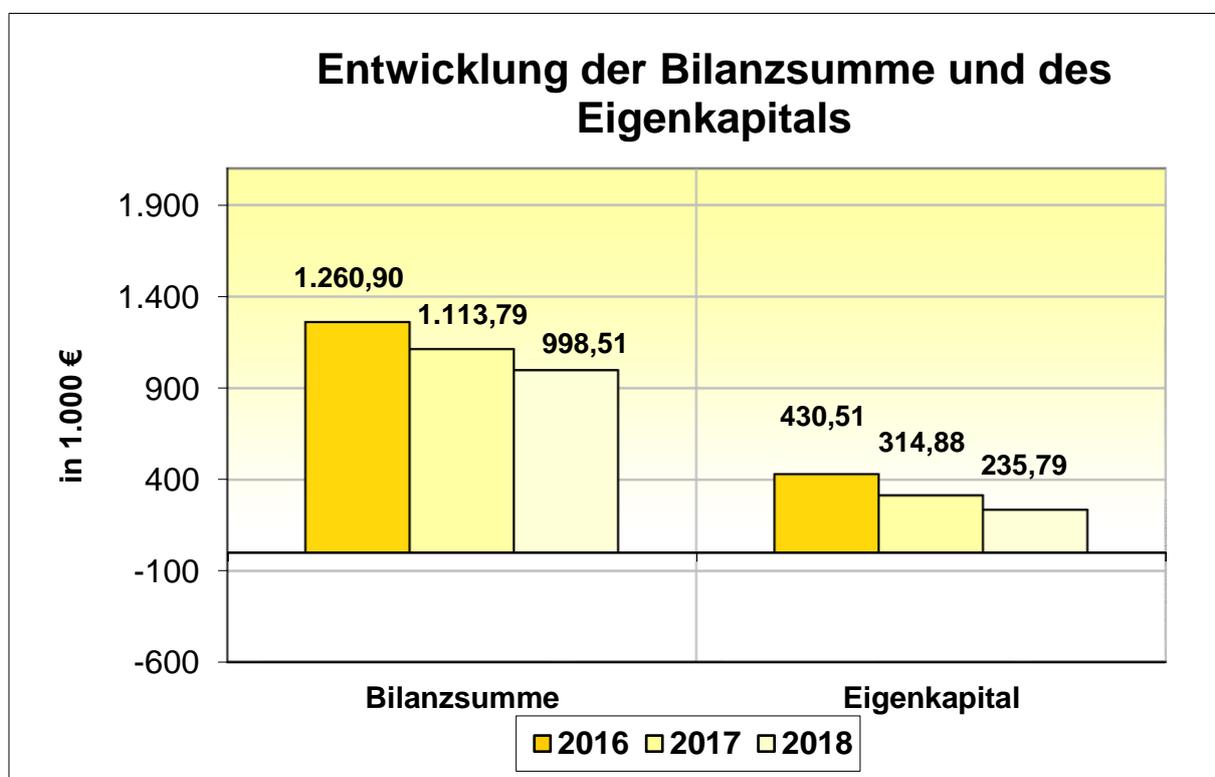
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung und die Verpachtung eines Schlachthofes in Brensbach und die damit verbundenen Nebengeschäfte (vgl. § 2 Satzung, Stand 24.01.1995).

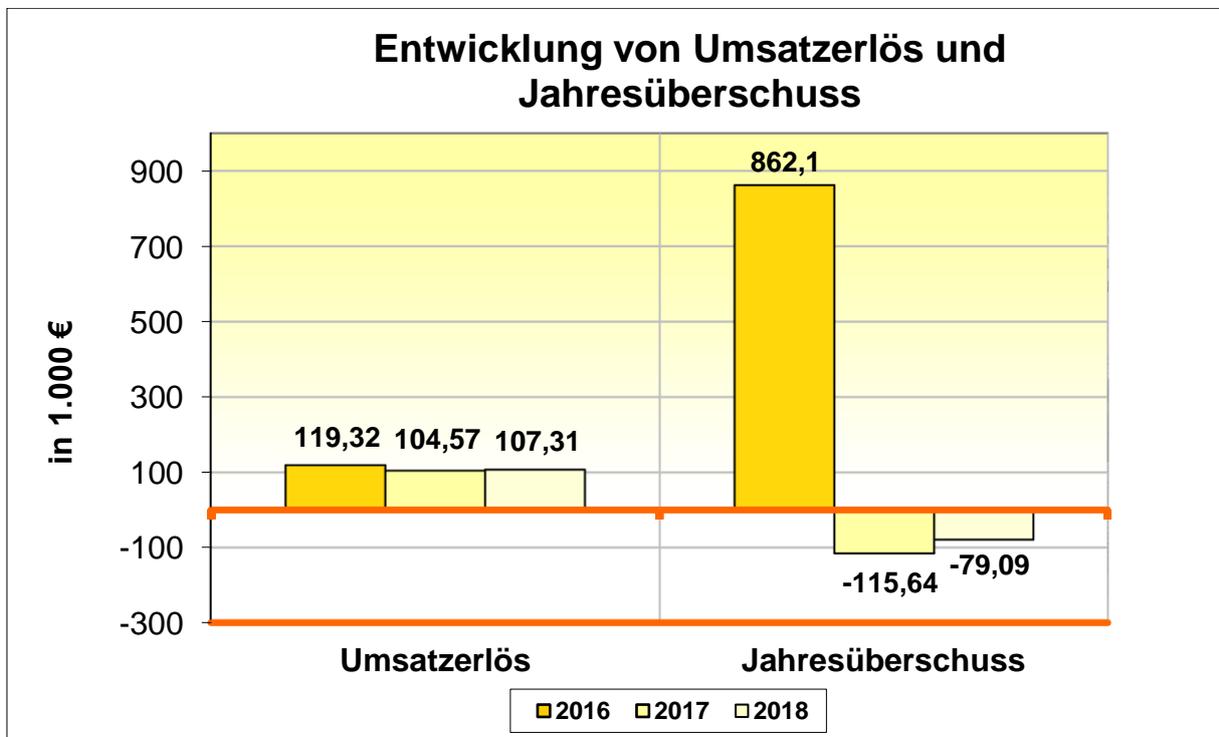
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Brensbach
Gründungsjahr:	1995
Gezeichnetes Kapital:	1.009.801,52 €
Handelsregister:	Amtsgericht Michelstadt, HRB 1066
Gesellschafter:	Odenwaldkreis (284.451,12 €). Darin enthalten der Anteil des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Treuhandvertrag vom 22.11.1995, Anteil in Höhe von 142.225,56 €) den der Odenwaldkreis treuhändisch verwaltet. Neben dem Odenwaldkreis sind 10 weitere Kommunen und 40 privatrechtliche Gesellschaften oder Privatpersonen Gesellschafter der Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH.
Geschäftsführung:	Uwe Rüttiger
Aufsichtsrat:	nicht vorhanden
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	LBH-Steuerberatungsgesellschaft mbH Niederlassung Groß-Umstadt

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	1.159.524,51	1.019.304,51	885.799,51
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	89.303,44	84.855,70	92.029,35
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	12.074,78	9.626,02	20.679,77
gesamt	1.260.902,73	1.113.786,23	998.508,63
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.009.801,52	1.009.801,52	1.009.801,52
II. Eigene Anteile	-65.992,66	-65.992,66	-65.992,66
III. Gewinnrücklagen	52.291,57	52.291,57	52.291,57
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-1.427.689,08	-565.585,60	-681.223,99
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	862.103,48	-115.638,39	-79.088,84
B. Rückstellungen	5.597,00	4.597,00	0,00
C. Verbindlichkeiten	824.790,90	794.312,79	762.721,03
gesamt	1.260.902,73	1.113.786,23	998.508,63



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	119.317,40	104.572,33	107.313,66
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.000.052,53	0,00	2.000,00
3. Materialaufwand	-17.838,61	-23.749,69	-14.557,93
Rohergebnis	1.101.531,32	80.822,64	94.755,73
4. Personalaufwand	-6.276,64	-6.460,28	-7.307,87
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-140.220,00	-140.220,00	-140.263,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-22.230,11	-31.212,04	-7.916,29
Betriebsergebnis	932.804,57	-97.069,68	-60.731,43
7. Zinsen und ähnliche Erträge	43,45	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-61.967,24	-14.387,41	-14.350,33
Finanzergebnis	-61.923,79	-14.387,41	-14.350,33
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	870.880,78	-111.457,09	-75.081,76
9. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-4.596,00	0,00	0,00
11. Sonstige Steuern	-4.181,30	-4.181,30	-4.007,08
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	862.103,48	-115.638,39	-79.088,84



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
-	0,00	0,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	1	1	1
Personalkosten in €	6.276,64	6.460,28	7.307,87

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	34,14	28,27	23,61
Eigenkapitalrentabilität	-199,75	-26,86	-25,12
Verschuldungsgrad	192,88	253,72	323,48
Personalintensität	5,26	6,18	6,81

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Vergütung der Geschäftsführung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf § 123 a Abs. 2 S.4 HGO in Verbindung mit § 286 Abs. 4 HGB nicht aufgeführt.

Nachrichtlich

Ein Lagebericht wird von der Gesellschaft nicht erstellt.

**OWAS Odenwälder Wasser- und
Abwasser-Service GmbH**

Werner-von-Siemens-Str. 33
64711 Erbach
Telefon: 06062/63310, Telefax: 06062/63224
E-Mail: owas.de@gmx.de



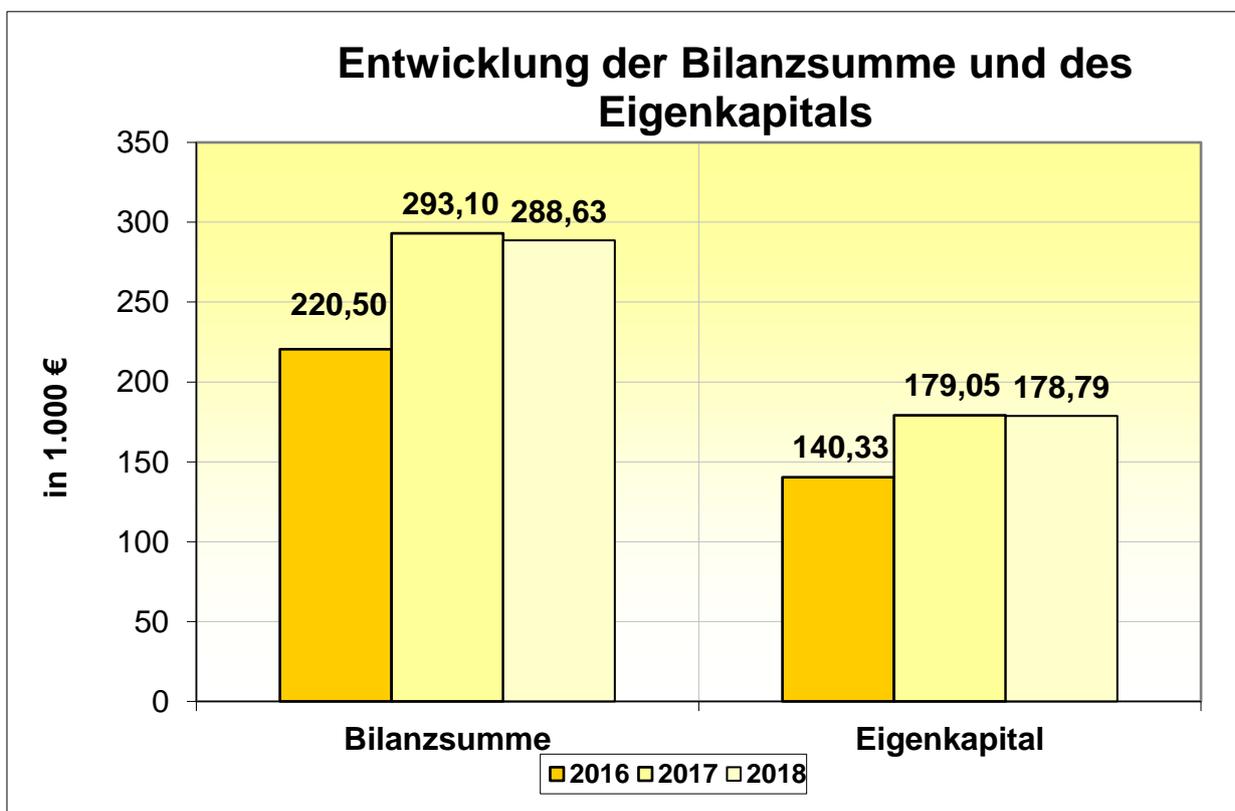
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 3 des Gesellschaftervertrages die Erbringung von Laborleistungen im Umweltbereich, die Durchführung von Kontrollen entsprechend der Eigenkontrollverordnung und der Einleiterkontrolle und die Übernahme von Dienstleistungen des kommunalen Umweltschutzes.

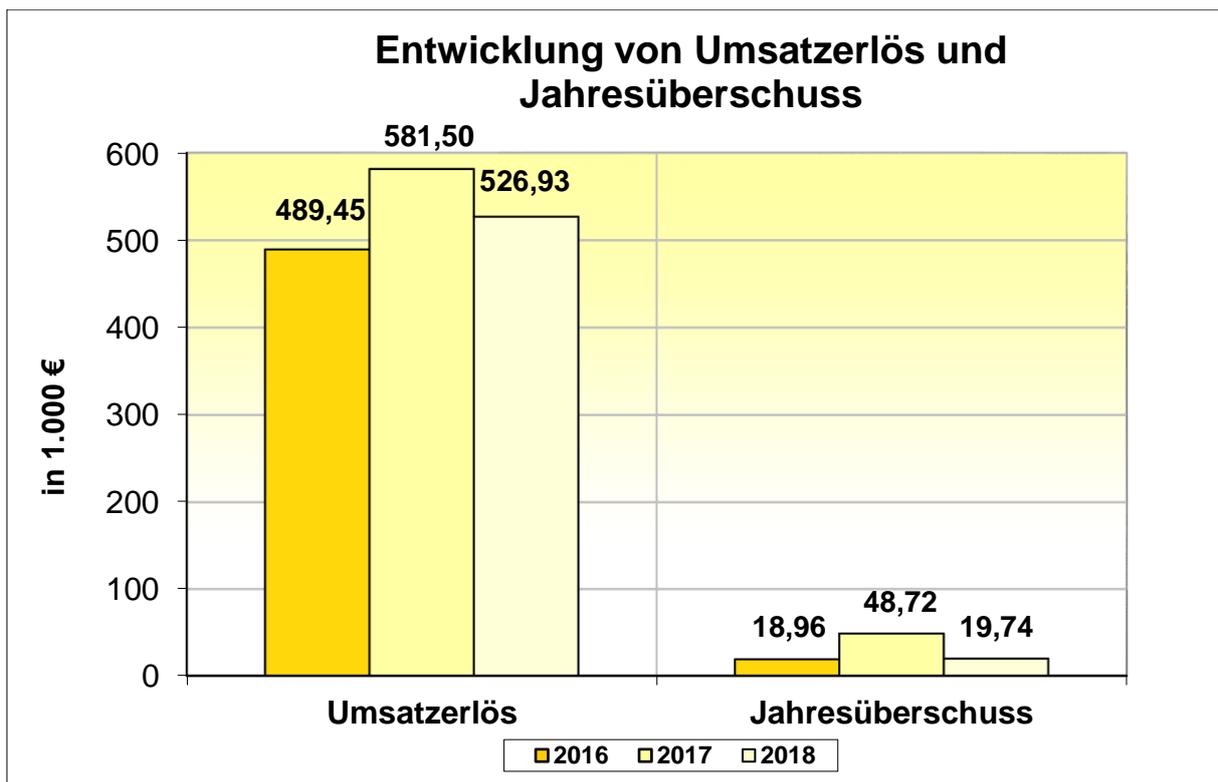
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	1994
Stammkapital:	25.564,59 €
Handelsregister:	Registergericht Darmstadt, HRB 70993
Gesellschafter:	Odenwaldkreis (Anteil: 10 %; 2.556,46 €) Abwasserverband Bad König (Anteil: 10 %; 2.556,46 €) Abwasserverband Obere Gersprenz (Anteil: 10 %; 2.556,46 €) Abwasserverband Mittlere Mümling, Michelstadt (Anteil: 15 %; 3.834,70 €) Abwasserverband Unterzent-Untere Mümling, Breuberg (Anteil: 10 %; 2.556,46 €) ENTEKA AG Darmstadt (Anteil: 29 %; 7.413,70 €) Stadtwerke Michelstadt (Anteil: 16 %; 4.090,34 €)
Geschäftsführung:	Frau Dipl. Ing. Barbara Croissant Herr Sean Allen Brent
Aufsichtsrat:	nicht vorhanden
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Diplom Kaufmann Jürgen E. Mühlhäuser Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.604,00	1.869,00	3.210,00
II. Sachanlagen	17.837,00	11.195,00	5.402,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	92,50	73,00	21,45
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	92.719,73	125.779,36	96.265,23
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	104.018,00	154.059,55	183.604,73
C. Rechnungsabgrenzungsposten	227,96	127,96	131,00
gesamt	220.499,19	293.103,87	288.634,41
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
II. Gewinnrücklage	64.000,00	70.000,00	70.000,00
III. Gewinnvortrag	0,00	0,00	0,00
IV. Bilanzgewinn	50.765,11	83.481,37	83.225,78
B. Rückstellungen	58.339,22	39.110,14	44.660,99
C. Verbindlichkeiten	21.830,27	74.947,77	65.183,05
gesamt	220.499,19	293.103,87	288.634,41



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Umsatzerlöse	489.449,21	581.496,23	526.927,66
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.489,19	2.477,13	2.345,34
3. Materialaufwand	-232.534,60	-267.644,22	-235.596,83
4. Personalaufwand	-181.387,72	-191.571,96	-205.542,62
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-10.255,78	-12.341,54	-9.372,10
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-39.815,84	-42.912,83	-50.460,26
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	135,25	116,98	30,01
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.079,71	69.619,79	28.330,97
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-7.908,17	-20.697,53	-8.381,56
11. Sonstige Steuern	-213,00	-206,00	-205,23
12. Jahresüberschuss	18.958,54	48.716,26	19.744,41
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	31.806,57	34.765,11	63.481,37
14. Bilanzgewinn	50.765,11	83.481,37	83.225,78



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
Dividende Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH	1.000,00	2.000,00	1.000,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Mitarbeiter	2 Vollzeit 2 Teilzeit	2 Vollzeit 2 Teilzeit 1 geringfügig	2 Vollzeit 2 Teilzeit 1 geringfügig
Personalkosten in €	181.387,72	191.571,96	205.542,62

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	63,64	61,09	61,94
Eigenkapitalrentabilität	15,62	37,38	12,41
Verschuldungsgrad	57,13	63,70	61,44
Personalintensität	37,06	32,94	39,01

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Vergütung der Geschäftsführung der Gesellschaft werden in diesem Beteiligungsbericht mit Verweis auf § 123 a Abs. 2 S.4 HGO in Verbindung mit § 286 Abs. 4 HGB nicht aufgeführt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 konnten wir unsere stabile Position auf dem Markt für Beratungs- und Labordienstleistungen im Odenwaldkreis und darüber hinaus behaupten. Hierbei haben wir von einer hohen Kundenbindung profitiert. Dies wird in besonderem Maße deutlich durch die Entwicklung im Geschäftsbereich Gewässerschutzbeauftragter (GSB) und die regelmäßige Nachfrage von Analytikleistungen durch Stammkunden. Es zeigt sich, dass wir als zuverlässiger und kompetenter Partner weiterhin akzeptiert und geschätzt sind.

Es bestehen mit insgesamt 22 Kommunen und Abwasserverbänden Verträge über die Bestellung zum Gewässerschutzbeauftragten (davon 14 Auftraggeber außerhalb des Odenwaldkreises). Für 16 öffentliche Trinkwasserversorger (davon 2 außerhalb des Odenwaldkreises) haben wir Laborleistungen erbracht. Diese decken den gesamten Prozess der Trinkwasseraufbereitung und Trinkwasserbereitstellung von der Rohwassergewinnung, über die einzelnen Aufbereitungsstufen bis hin zur Entnahmestelle beim Verbraucher ab. Für Seniorenheime, Kindergärten und für gewerbliche Vermietungen werden systemische Legionellenuntersuchungen, diverse weitere Trinkwasseruntersuchungen und Hygienekontrollen durchgeführt. Die Odenwald-Therme in Bad-König, die kreiseigenen Schulbäder, alle Freibäder im Odenwaldkreis und zwei im Landkreis Bergstraße sowie diverse private Bäder werden durch uns analytisch betreut. Für fünf Abwasserreinigungsanlagen (Oberzent-Sensbachtal, Odenwald-Schlachthof, Sickerwasserreinigungsanlage des MZVO, MEDIAN-Klinik, Sandbach und Bio-Wert, Brensbach) erbringen wir regelmäßig die Eigenkontrollanalytik. Weiterhin bestand Nachfrage nach Analytikleistungen für Klärschlämme, Böden und Substrate. Für den Abwasserverband Obere Gersprenz erfolgt die kaufmännische Geschäftsführung durch OWAS.

Die jeweiligen Analytikleistungen erbringen wir in Kooperation mit akkreditierten Laboren. Wir sind in deren QM-System eingebunden und müssen durch regelmäßige Schulungen und internen wie externen Audits unsere Kompetenz nachweisen.

Insbesondere die Bewertung der Untersuchungsergebnisse und die Beratung hinsichtlich der technischen und normativen Belange bei der Aufbereitung von Trink- und Badewasser sowie die große Flexibilität in der Leistungserstellung sind für unsere Kunden von Bedeutung.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Im Geschäftsjahr 2018 lag die Gesamtleistung mit 526.927,66 € um 54.568,57 € niedriger als im Vorjahr (581.496,23 €). Dies ist im Wesentlichen auf den Umsatzrückgang in den Geschäftsbereichen Trink- und Rohwasseranalytik sowie Abwasseranalytik zurückzuführen. Zu beachten ist jedoch, dass das in 2017 gegenüber den Vorjahren unter Trink- und Rohwasseranalytik erzielte Umsatzplus aus einmalig nach TrinkwV durchzuführenden Radioaktivitätsuntersuchungen resultiert. Wobei ein Überhang noch in 2018 abzarbeiten war. Rechnet man diesen Überhang heraus so ergibt sich ein Umsatz im Geschäftsbereich Trink- und Rohwasseranalytik leicht über dem Niveau des Jahres 2016. Der Rückgang des Umsatzes im Geschäftsbereich Abwasser ist zu einer Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen und zum anderen der Betriebsschließung der Vibracoustic Germany GmbH (ehemals Trelleborg) am Standort Breuberg geschuldet. Nach Änderungen der Eigenkontrollverordnung des Landes Hessen (EKVO Hessen) ist zur analytischen Betreuung von Kleinkläranlagen eine Zertifizierung nach DWA zwingend Voraussetzung. Den Aufwand, insbesondere für die materielle Ausstattung, zur Erlangung einer Zertifizierung und deren Wiederholung in regelmäßigen Abständen haben wir in Relation zum bestehenden Umsatz als zu hoch angesehen und daher entschieden zukünftig keine Kleinkläranlagen mehr zu betreuen.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote ist mit 61,9 % weiterhin auf einem hohen Niveau und gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Umsatzrendite lag bei 3,7 %. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Cashflow von 54,5 T€ erwirtschaftet. Im Berichtsjahr wurde eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 233,7 T€ erbracht.

Aussage der Geschäftsführung: Wir schätzen die Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft als gut ein. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt geordnet. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklungen liegen über unseren Erwartungen. Wir sind bestrebt Forderungen innerhalb des Zahlungsziels zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten, wenn möglich unter Abzug von Skonto, fristgerecht zu begleichen. Zur Finanzierung der Gesellschaft existieren keine Darlehensverpflichtungen. Sämtliche Verbindlichkeiten sind durch liquide Mittel gedeckt. Die Liquidität war stets gewährleistet.

Ausblick sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung:

Der Bereich der Umweltanalytik ist fest in einem Rahmen aus Normen und Gesetzen eingebunden. Wir bewegen uns hier in sogenannten gesetzlich geregelten Bereich. Auf

Grund der technologischen Entwicklung und einer starken Sensibilisierung der Verbraucher („Null-Rückstands-Mentalität“) werden die für uns geltenden Vorgaben in immer schnelleren Zyklen angepasst. Es ist absehbar, dass die Revision der EG Trinkwasserrichtlinie bereits in den kommenden Jahren zur umfassenden Novelle der „gerade erst geänderten“ TrinkwV führen wird. Wir verstehen die Ausweitung der Regulierung, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtigen Umsatzeinbußen in Bereich der Trinkwasseranalytik, als Chance zur Stärkung unserer Beratungsdienstleistung. Dies vor allem in Verbindung mit der voranschreitenden Digitalisierung. Moderne Datenbanksysteme erlauben heute schon eine Datenverwaltung und Datenverarbeitung in effizienter Weise und erleichtern die interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Projektabwicklung. Wir rechnen damit, dass ab 2022 für alle Trinkwasserversorger, in Anlehnung an das von der WHO entwickelte Konzept des Water-Safety-Plans (WSP), die Gefahrenbewertung der Wasserkörper und Risikobewertung des gesamten Prozesses der Trinkwasserversorgung - von der Aufbereitung bis hin zur Bereitstellung – verpflichtend wird. Für unser oft als „Lebensmittel Nr. 1“ bezeichnetes Trinkwasser werden dann die gleichen Maßstäbe anzusetzen sein wie sie heute schon in der Lebensmittelbranche gelten. Hierbei ist die Analytik nur noch als Teil der Validierung des Herstellungsprozesses zu sehen. Von Bedeutung werden die Gegebenheiten in den Trinkwassereinzugsgebieten, die verwendeten Materialien und die Anwendung der einschlägigen Normen sein.

Wir haben uns in 2018 entschlossen mit der Einführung der Cloud basierten Kooperationsplattform GW-Manager ein geeignetes Tool zur Hand zu haben, welches die notwendige Konnektivität gewährleistet um uns und unseren Kunden in effizienter Weise die Probenahmeplanung und die Prüfung der Analyseergebnisse auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu ermöglichen. Innerhalb des Systems können die Daten zugriffsgesteuert intern wie extern zur Verfügung gestellt werden. Alle Akteure haben die gleiche Informationsbasis. Doppelarbeiten und Fehler, die insbesondere dann entstehen, wenn aus analogen Systemen Daten in digitale Systeme übertragen werden (Medienbruch), werden weitestgehend vermieden. Durch die Nutzung dieser Technologie ist es erstens möglich insbesondere Routineabläufe zu automatisieren und dadurch Prozesse effizienter zu gestalten. Zweitens werden vorhandene Daten mit intelligenter Statistik zu echten Informationen aufbereitet, um die Basis für zukünftige Entscheidungen zu legen. Es wird echtes Wissen generiert. Mit überschaubarem Mitteleinsatz entsteht so Konnektivität als Basis für ein „digitales Ökosystem“, welches für alle Anwender einen echten Mehrwert bietet. Die Entscheidung zu dieser Softwarelösung basiert hierbei auf Erfahrungen die wir bei der Betreuung zweier Trinkwasserversorger in Bereich der Bergstraße gemacht haben und ist der Tatsache geschuldet, dass die im südhessischen Raum tätigen Labore bereits mit diesem System arbeiten.

In einem weiteren Schritt werden wir in den kommenden Jahren verstärkt in Fortbildungsmaßnahmen investieren, um die Trinkwasserversorger beim Risikobewertungsprozess mit fundiertem Wissen begleiten zu können.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5
65719 Hofheim am Taunus
Telefon: 06192/294-0, Telefon: 06192/294-900
E-Mail: rmv@rmv.de



Gegenstand des Unternehmens

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH obliegt die Aufgabe der Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern und dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge im ÖPNV gewährleistet. Als Grundlage der Geschäftstätigkeit der RMV GmbH dienen der Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit den übrigen Verträgen des Verbundvertragswerkes (Grundvertrag, öffentlich-rechtlicher Vertrag, Kooperationsvertrag und Einnahmenaufteilungsvertrag sowie die Verkehrsserviceverträge).

Zum Zweck der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des ÖPNV sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt sie im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

Koordination und Organisation Regionaler Schienen- und Buspersonennahverkehrs (SPNV + BPNV); Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards; Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen; Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit; Fahrgastinformationen; Vertriebssystem; Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen; integriertes Plandatensystem.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

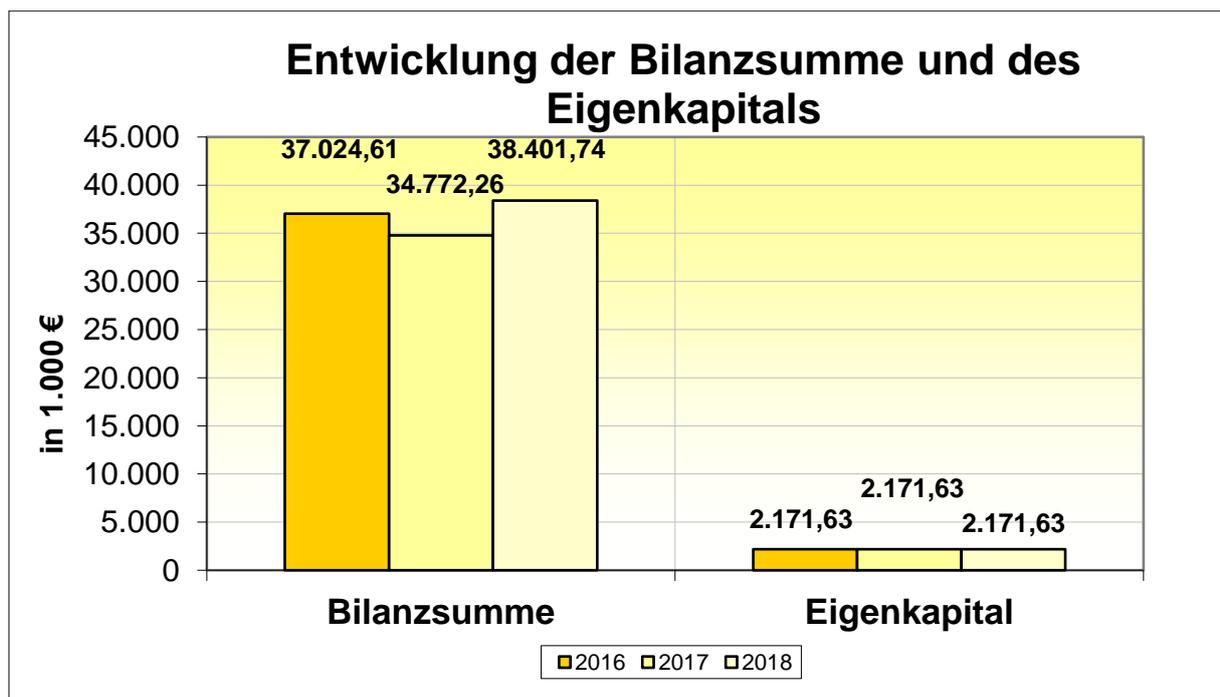
Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Gebiet des Verkehrsverbundes unter Beachtung markt- und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Hofheim am Taunus	
Gründungsjahr:	1994	
Stammkapital:	690.244,04 €	
Handelsregister:	Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 34128	
Geschäftsführung:	Prof. Knut Ringat Sprecher der Geschäftsführung Dr. André Kawai	
Gesellschafter:	Zu gleichen Teilen (je 3,704 %)	Landkreis Fulda

	Land Hessen Stadt Darmstadt Stadt Frankfurt am Main Stadt Offenbach am Main Stadt Wiesbaden Stadt Bad Homburg v. d. H. Stadt Fulda Stadt Gießen Stadt Hanau Stadt Marburg Stadt Rüsselsheim Stadt Wetzlar Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Gießen Landkreis Groß-Gerau Landkreis Hochtaunuskreis Landkreis Lahn-Dill Landkreis Limburg-Weilburg Landkreis Main-Kinzig Landkreis Main-Taunus Landkreis Marburg-Biedenkopf Odenwaldkreis Landkreis Offenbach Rheingau-Taunus-Kreis Vogelsbergkreis Wetteraukreis
Aufsichtsrat:	Vorsitzender Peter Feldmann stellv. Vorsitz. Ulrich Krebs Mathias Samson Dr. Martin J. Worms Dr. Barbara Boczek Horst Schneider Peter Schneider (bis 06.09.2018) Sabine Groß (ab 07.09.2018) Andreas Kowol Alexander Hetjes Dr. Heiko Wingenfeld Gerda Weigel-Greilich Thomas Morlock Dr. Thomas Spies Nils Kraft Norbert Kortlüke	Christel Fleischmann Bernd Woide Anita Schneider Walter Astheimer Wolfgang Schuster Manfred Michel Mathias Zach (bis 31.01.2018) Thorsten Stolz (01.02.–31.07.18) Winfried Ottmann (ab 01.08.18) Johannes Baron Marian Zachow Frank Matiaske Claudia Jäger Frank Kilian Manfred Görig Jan Weckler
Beteiligungen:	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms), Frankfurt a.M., (100,00 %; 125.000,00 €)	
	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma), Hofheim am Taunus, (100,00 %; 100.000,00 €)	
	Mobilligence GmbH, Berlin, (100,00 %, 25.000,00 €)	
	VDV eTicket Service GmbH & Co. KG, Köln, (10,13 %; 100.000,00 €)	
	ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain, (12,45 %; 30.000,00 €)	
	CityBahn GmbH, Wiesbaden, (10,0 %, 7.704,00 €)	
	RTW – Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt a. M. (16,67 %; 5.000,00 €)	
Abschlussprüfer:	Keiper & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.515.361,27	7.431.544,07	7.560.160,57
II. Sachanlagen	690.716,16	646.950,00	454.102,00
III. Finanzanlagen	2.504.314,08	3.104.314,08	5.112.018,08
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	50.161,95	50.161,95	34.000,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.950.125,91	22.032.294,82	23.583.108,16
III. Wertpapiere	709.000,00	709.000,00	709.000,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	250.629,79	251.295,43	270.731,32
C. Rechnungsabgrenzungsposten	354.299,11	546.696,85	678.617,60
Gesamt	37.024.608,27	34.772.257,20	38.401.737,73
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04	690.244,04
II. Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80	1.481.385,80
B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	10.710.391,51	11.182.808,15	13.126.280,65
C. Rückstellungen	16.678.991,54	17.435.729,34	18.474.515,91
D. Verbindlichkeiten	7.418.569,50	3.927.309,90	4.629.311,33
E. Rechnungsabgrenzungsposten	45.025,88	54.779,97	0,00
Gesamt	37.024.608,27	34.772.257,20	38.401.737,73



Gewinn- und Verlustrechnung*	2016 €	2017 €	2018 €
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	3.635.381,25	4.147.323,90	4.451.932,72
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	36.851.615,43	42.648.862,15	44.703.970,53
3. Zur Aufwandsabdeckung verfügbare Zuwendungen	40.486.996,68	46.796.186,05	49.155.903,25
4. Erträge aus Projektzuwendungen	3.476.972,90	3.690.447,72	3.216.876,23
5. Sonstige betriebliche Erträge	2.894.350,28	1.694.617,29	1.392.576,56
6. Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	2.450.782,55	2.824.276,83	3.071.380,72
7. Materialaufwand	-28.045.285,95	-33.809.053,00	-32.833.102,68
8. Personalaufwand	-10.717.481,94	-12.527.415,70	-13.108.173,39
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.450.782,55	-2.824.276,83	-3.071.380,72
10. Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-4.761.855,95	-3.296.693,47	-5.014.853,22
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.719.019,20	-4.016.667,77	-4.511.271,75
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.755.237,40	1.820.969,91	2.030.804,63
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67.839,07	100.363,89	118.089,70
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
15. Aufwand aus Ergebnisabführungsverträgen	0,00	0,00	0,00
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-435.166,29	-450.697,92	-445.198,33
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.587,00	2.057,00	1.651,00
18. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
19. Sonstige Steuern	-2.587,00	-2.057,00	-1.651,00
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00

*Auf eine graphische Darstellung der Entwicklung der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses wird an dieser Stelle verzichtet, weil die Werte 0 betragen.

Grundsätzliche Regelung über Verlustabdeckung, Gewinnabführung, Konzessionsabgabe:

Grundsätzlich ist die RMV-GmbH nach ihrem Gesellschaftsvertrag kein gewinnorientiertes Unternehmen, so dass das Jahresergebnis sich immer mit Null darstellt. Dies ist darin begründet, dass die nicht verbrauchten Landesmittel bisher an das Land Hessen zurückgeführt werden müssen und seit Einführung der Pauschalierung auf das nächste Jahr übertragen werden, ohne dass sie als Gewinn in der Bilanz dargestellt werden.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Umlage zur Komplementärfinanzierung der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	66.714,03	72.532,29	98.436,71

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Mitarbeiter	141	146	143
Personalkosten in €	10.717.481,94	12.527.415,70	13.108.173,39
Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	5,87 %	6,25 %	5,7 %
Eigenkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %

Geschäftsentwicklung 2018

Die Geschäftsgrundlage und Zuständigkeit des Rhein-Main-Verkehrsverbunds (RMV) wird im Wesentlichen durch das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (HÖPNVG) geregelt. Demnach sind für die Bestellung von Verkehrsdienstleistungen und für weitere Aufgaben des Personennahverkehrs mit Bussen und Bahnen das Land Hessen, die kreisfreien Städte sowie die Sonderstatusstädte zuständig. Diese bedienen sich der von ihnen gegründeten Verkehrsverbundgesellschaften (im regionalen Schienen- und Busverkehr ist dies die RMV GmbH).

Damit der ÖPNV diesem Wachstum und den Herausforderungen auch zukünftig gerecht werden kann, ist es ökologisch, verkehrs- und gesellschaftspolitisch zwingend erforderlich, den Verbund als Mobilitätsdienstleister weiter zu stärken. Der RMV hat hierzu in seinem strategischen Konzept RMV-Mobilität 2030 die Voraussetzungen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain beschrieben.

Die derzeitige Finanzierungsvereinbarung zwischen dem RMV und dem Land Hessen hat eine Laufzeit von 2017 bis 2021. Die wesentlichen Rahmenbestandteile orientieren sich an den vorhergehenden Finanzierungsvereinbarungen. Im Ergebnis sind die notwendigen Leistungsbestellungen und auch die Finanzierung der Verbundgesellschaft selbst während der Laufzeit der Vereinbarung sichergestellt.

Die wesentlichen Einzelaufgaben im Geschäftsjahr 2018 waren:

- Projekt ReKoMo (Regionale Kooperations- und Mobilitätsplattform)
- Einführung Schülerticket Hessen
- Einführung „LandesTicket Hessen“
- Konzeption Expressbusring (X-Bus)
- Weiterentwicklung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM)

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zu 2017 um 1.818 T€ auf 55.469 T€ gestiegen (i. Vj. 53.651 T€). Im Wesentlichen betraf dies die erhöhte Investitionstätigkeit um 1.718 T€ gegenüber dem Vorjahr sowie die Erhöhung des Personalaufwandes um 581 T€ auf 13.108 T€ (i. Vj. 12.527 T€). Im Gegenzug sanken die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 976 T€ gegenüber dem Vorjahr auf 32.833 T€ (i. Vj. 33.809 T€).

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 34,2 % (i.Vj: 32,2 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 65,8 % (i.Vj. 67,8 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms). Mit der rms besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaftsteuerliche Organschaft.

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch die Bereiche der Kundenkommunikation, Qualitätsmanagement und Mobilitätsforschung, Datenmanagement, sowie eTicket und Vertrieb generiert. Das Rohergebnis ist von 12.955 T€ um 1.626 T€ auf 14.581 T€ gestiegen. Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 % gestiegen, was dem stetigen Aufbau an Personal-Ressourcen Rechnung trägt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben um 16,6 % zugenommen, was u. a. auf die gestiegenen Mietkosten der Standorte Frankfurt und Berlin sowie auf gestiegene Messekosten zurückzuführen ist. Das Anlagevermögen ist zu 33,8 % mit Eigenkapital finanziert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 durchgängig gewährleistet.

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH hält alle Anteile an der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma). Mit Beschluss des Aufsichtsrates der RMV GmbH, der Gesellschafterversammlung der fahma sowie der notariellen Beurkundung und Eintragung ins Handelsregister wurde der Gegenstand der Gesellschaft im Jahr 2017 auf die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des straßengebundenen ÖPNV erweitert.

Die Umsatzerlöse betreffen Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn (5.167 T€) sowie Entgelte für die Taunusbahn (1.695 T€) für das Geschäftsjahr 2018. Ein Ertrag von 151,2 T€ ergab sich aus der Leistungserbringung für die RMV GmbH gem. Kooperationsvertrag. Die Aufwendungen sind – wie im Vorjahr – geprägt durch Abschreibungen in Höhe von 3.220 T€ (Vorjahr: 3.220 T€) sowie die Zinsaufwendungen in Höhe von 1.467 T€ (Vorjahr: 1.655 T€). Das Ergebnis vor Zinsen beträgt 3.067 T€ (Vorjahr: 3.116 T€). Dieses wird aufgrund des planmäßig negativen Finanzergebnisses von 1.467 T€ (Vorjahr: 1.653 T€) teilweise kompensiert. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von 1.600 T€ (Vorjahr: 1.463 T€), das gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abzuführen ist.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 16,67 % der Anteile an der RTW. Gegenstand der Gesellschaft ab dem 12.11.2015 (Anpassung des Gesellschaftervertrags) ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen.

Das Gesamtbudget der RTW GmbH hat sich seit Gründung auf 32,72 Mio. € erhöht. Das Budget setzt sich bislang aus 6,14 Mio. € EU-Fördermitteln sowie 26,58 Mio. € Gesellschaftermitteln zusammen. In 2018 wurden durch die Gesellschafter weitere Mittel in Höhe von 30,0 Mio. € bewilligt, sodass sich das Gesamtbudget der RTW GmbH auf 62,72 Mio. € erhöht hat. Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von 0,00 € ab.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Die RMV GmbH ist Gesellschafter mit 12,45 % des Stammkapitals an der ivm GmbH. Die ivm GmbH ist als regionale Gesellschaft dem öffentlichen Sektor angegliedert. Der Aufgabenschwerpunkt ist das Verkehrs- und Mobilitätsmanagement. Die konkreten Aufgaben und Tätigkeiten der ivm GmbH ergeben sich unmittelbar aus den aktuellen politischen Handlungserfordernissen und sind eng mit den Strategien und Aufgaben der Gesellschafter in der Verkehrs-, Stadt- und Umweltplanung verknüpft.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 90,5 T€ auf 1.028 T€ gesunken. Das langfristige gebundene Vermögen (Anlagevermögen) beträgt 49% (i.Vj. 54 %) der Bilanzsumme. Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden Finanzierungsbeiträge der kommunalen Auftraggeber von 846 T€ und des Landes Hessen von 421 T€ vereinnahmt. Der RMV beteiligte sich mit einer projektbezogenen Umlage in Höhe von 30 T€. Darüber hinaus wurden Erträge aus Kofinanzierung von Dritten vereinnahmt. Hierbei handelt es sich um Mittel im Rahmen von projektbezogener Kooperation mit Dritten, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von 100 T€. Dies entspricht 10,13 % der Gesamtsumme der Kapitaleinlagen. Das Geschäftsjahr 2018 verlief deutlich schwächer als prognostiziert.

Die relevante Ursache hierfür ist die sichtlich schlechtere Erlösentwicklung bezüglich des Absatzes der Nutzermedienzertifikate. Entgegen der Annahme auf dem Ende 2017 neu aufgesetzten Prognosemodell fielen die Absatzmengen für das Jahr 2018 deutlich geringer aus. Nach ersten Analysen wird von einem weiteren Rückgang des Nutzermedienabsatzes jedoch nicht ausgegangen, sondern spätestens ab 2020 eine deutliche Erholung erwartet. Mittelfristig wird von einer stabilen Ertragslage ausgegangen. Nachschärfungen bzw. Neuerungen beim Prognosemodell sollen zukünftig eine höhere Genauigkeit gewährleisten.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um 756 T€ auf 3.883 T€ ab. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 51 T€ aus. Der Jahresüberschuss hat sich um 1.101 T€ gegenüber dem Vorjahr vermindert.

Mobilligence GmbH

Die Mobilligence GmbH (Mobilligence) ist eine 100%ige Tochter der rms GmbH und wurde im Mai 2017 mit Sitz in Berlin gegründet. Die Mobilligence soll wie die Muttergesellschaft als Beratungs- und Serviceunternehmen am Markt auftreten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Themen Digitalisierung und Vernetzung der Mobilitätsbranche.

Auch im Berichtsjahr 2018 wurde daran gearbeitet, die Wahrnehmung auf Kundenseite weiter zu verstärken. Dazu trugen mehrere erfolgreiche, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen bei. Darunter die Beteiligung an einem Gemeinschaftsstand auf den Messen InnoTrans und Hypermotion 2018 und der Muttergesellschaft und dem RMV gemeinsam veranstaltete Empfang in den Büroräumen in Berlin mit anschließender, hochkarätig besetzter Podiumsdiskussion. Im Geschäftsjahr 2018 wurden Angebote mit einem Gesamtwert von ca. 1,2 Mio. € beauftragt.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte im Berichtsjahr aus den Anzahlungen der ersten Kundenaufträge sowie einem zweiten Gesellschafterdarlehen durch die rms GmbH in Höhe von 50 T€. Dadurch hat die Gesellschaft langfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Muttergesellschaft von insgesamt 100 T€.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat sich durch die Aufnahme der Geschäftstätigkeit gegenüber dem Rumpfgeschäftsjahr 2017 erheblich gebessert.

CityBahn GmbH

Im Geschäftsjahr hat die RMV GmbH einen Geschäftsanteil in Höhe von 7.704 € erworben. Dies entspricht 10 % vom Stammkapital in Höhe von 77.041 €.

Das Projekt „CityBahn“ verbindet in der Metropolregion „Westliches Rhein-Main-Gebiet“ die Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden sowie den Rheingau-Taunus-Kreis miteinander und soll hier eine Rückgratfunktion im ÖPNV übernehmen. Damit wird eine Region mit 700.000 Einwohnern verknüpft und die kommunalen Entwicklungen hinsichtlich Wohnbebauung, Gewerbe und Umweltschutz gefördert. Das Projekt CityBahn muss ganzheitlich betrachtet werden. Zusätzlich kommt dem Projekt in Wiesbaden durch den Green City-Masterplan „WI-Connect“ eine besondere Bedeutung zu: Mit dem Green City Plan – Masterplan „WI-Connect“ der Landeshauptstadt Wiesbaden werden Beiträge zur Entwicklung einer nachhaltigen urbanen Mobilität in Wiesbaden geleistet, um die Belastungen in der Innenstadt mit NO₂, aber auch anderen Luftschadstoffen und Lärm zu reduzieren. Eine Säule des Masterplans „WI-Connect“ ist die Entwicklung und Umsetzung einer CityBahn. Mithilfe der CityBahn sollen zwei Kernprobleme des regionalen Verkehrsgeschehens gelöst werden: die stetig wachsende Fahrgastnachfrage im öffentlichen Nahverkehr sowie die von Dieselmotoren verursachte Luft – und Lärmbelastung.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft entspricht den Verhältnissen einer neugegründeten Gesellschaft, die ihre operative Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat.

FrankfurtRheinMain GmbH
International Marketing of the Region
Frankfurt am Main

Unterschweinstiege 8
Main Airport Center
60549 Frankfurt am Main
Telefon:069 686038-0, Telefax: 069 686038-11
E-Mail: info@frm-united.com



FrankfurtRheinMain
Become a part of it.

Gegenstand des Unternehmens

Satzungsgemäßer Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraumes zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraumes und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraumes ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild und die Marke des Wirtschaftsraumes zu entwickeln und zu pflegen.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz: Frankfurt am Main
Gründungsjahr: 24.03.2005
Stammkapital: 250.000,00 €
Handelsregister: Amtsgericht Frankfurt, HRB 75141

Gesellschafter:

- 37,5 % Beteiligung: Stadt Frankfurt am Main
- 7,50 % Beteiligung: IHK Forum Rhein-Main
- 5,00 % Beteiligung: Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
- 4,00 % Beteiligung: Landeshauptstadt Wiesbaden
- 3,50 % Beteiligung: Main-Taunus-Kreis, Main-Kinzig-Kreis, Kreis Offenbach und Hochtaunuskreis
- 3,25 % Beteiligung: Land Hessen
- 3,00 % Beteiligung: Regionalverband FrankfurtRheinMain
- 2,50 % Beteiligung: Kreis Groß-Gerau und Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.
- 2,00 % Beteiligung: ZENTEC, Stadt Offenbach am Main, Stadt Eschborn und Wissenschaftsstadt Darmstadt
- 1,00 % Beteiligung: Stadt Bad Homburg v.d. Höhe, Stadt Rüsselsheim am Main, Stadt Hanau, Landkreis Limburg-Weilburg, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kreis Bergstraße, Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis und Stadt Gießen
- 0,50 % Beteiligung: Odenwaldkreis, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Stadt Neu-Isenburg und Stadt Dreieich
- 1,75 % Beteiligung: verwaltet von FrankfurtRheinMain GmbH

Geschäftsführung: Eric Menges (seit 01.03.2013)

Oliver Schwebel (vom 01.05.2015 bis 31.05.2018)

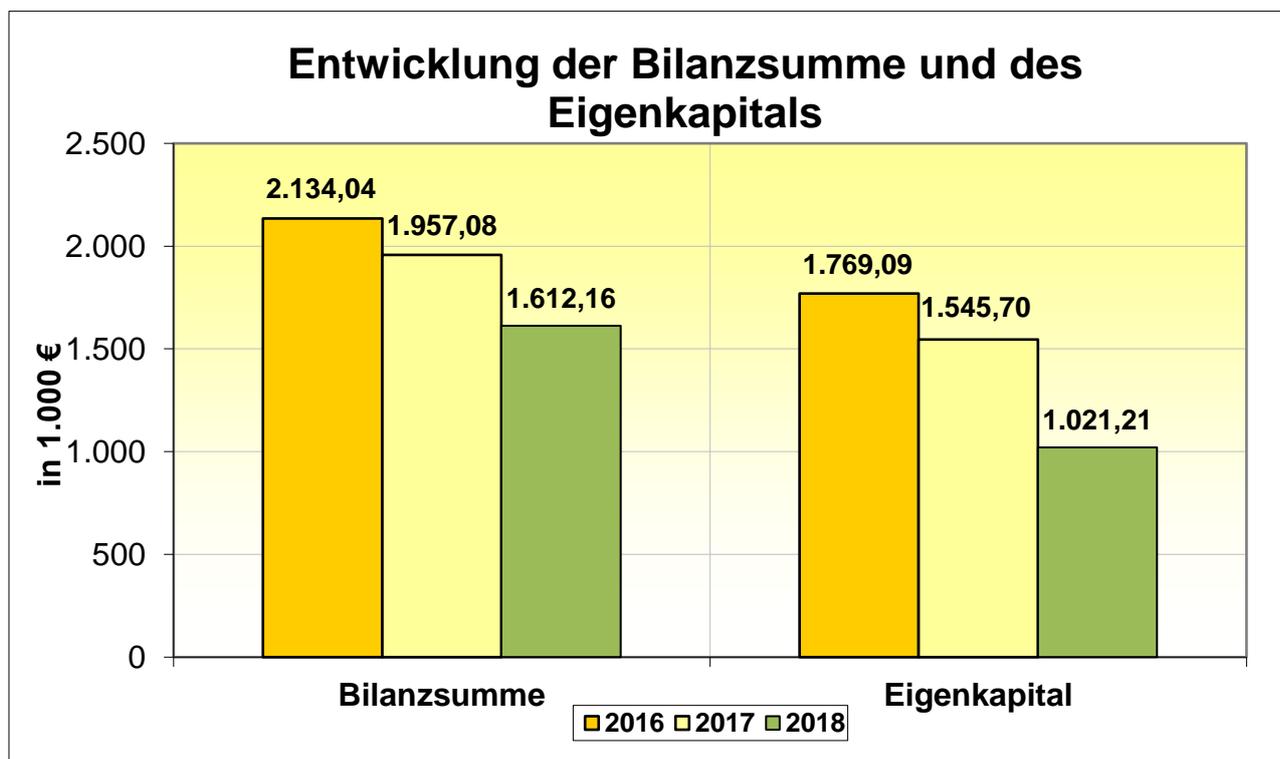
Aufsichtsrat: Peter Feldmann (Vorsitzender)

Detlev Bendel
Prof. Dr. Wilhelm Bender
Udo Bausch
Michael Cyriax
Bernd Ehinger
Christian Engelhardt
Markus Frank
Dr. Oliver Franz
Mathias Geiger
Dietlind Grabe-Bolz
Alexander W. Hetjes
Thomas Horn
Herbert Hunkel
Frank Kilian
Uwe Kraft
Frank Matiaske
Manfred Michel
Thomas Morlock
Prof. Dr. Mathias Müller
Jochen Partsch
Uwe Paulsen
Dirk-Oliver Quilling
Prof. Dr. Ulrich Reuter
Mathias Samson
Klaus Peter Schellhaas
Jens Marco Scherf
Anita Schneider
Horst Schneider
Prof. Dr. Kristina Sinemus
Thorsten Stolz
Ludger Stüve
Dr. Felix Schwenke
Thomas Will
Dieter Zimmer

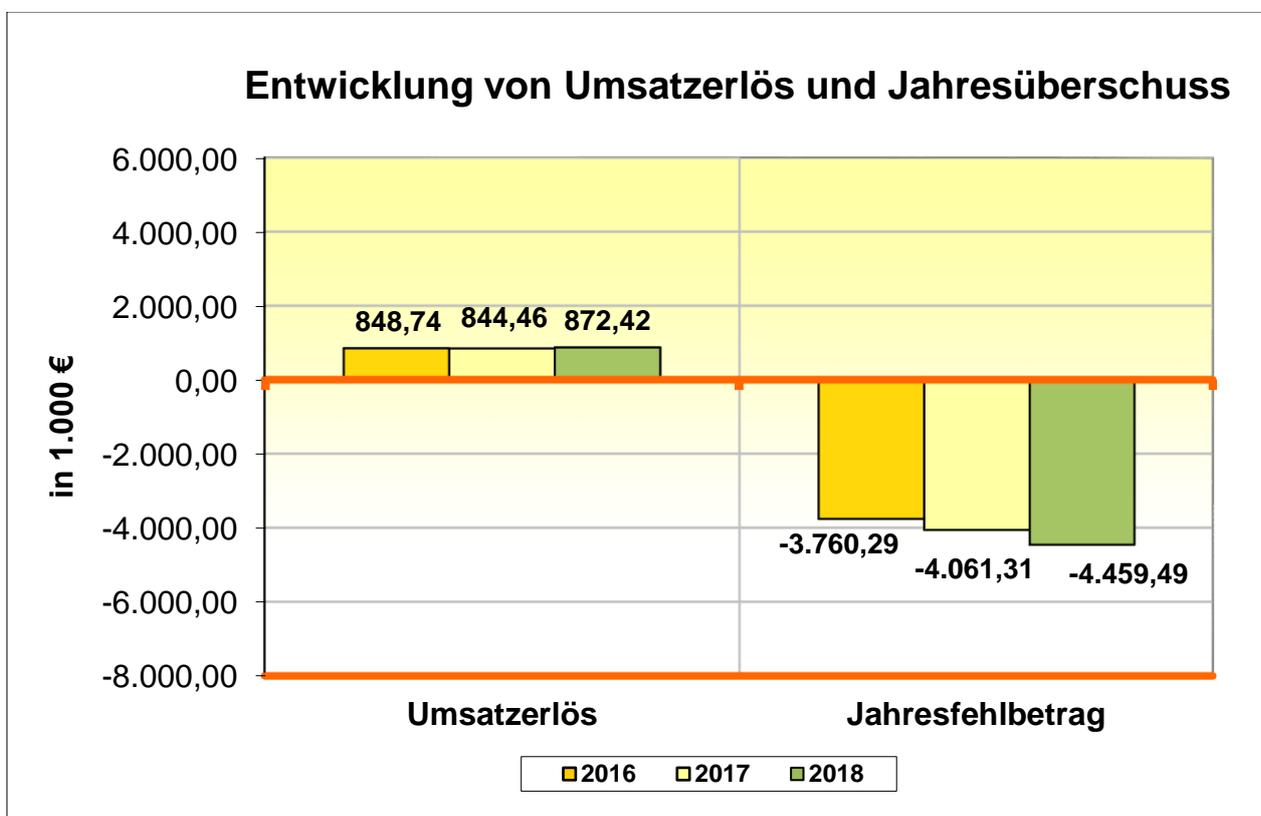
Beteiligungen: 100 % FrankfurtRheinMain Corp., Chicago, USA

Abschlussprüfer: Wikom Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	73.761,83	110.184,49	122.974,98
II. Sachanlagen	117.622,00	94.471,00	69.406,00
III. Finanzanlagen	1,00	1,00	1,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	215.074,26	95.071,67	142.121,49
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.287.858,49	1.596.832,37	1.242.386,44
C. Rechnungsabgrenzungsposten	439.717,89	60.516,50	35.265,63
Gesamt	2.134.035,47	1.957.077,03	1.612.155,54
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	240.625,00	240.625,00	245.625,00
II. Kapitalrücklage	25.103.910,74	25.181.534,18	25.050.227,46
III. Andere Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00
IV. Bilanzgewinn	-23.575.441,53	-23.876.461,01	-24.274.639,86
B. Rückstellungen	137.824,50	148.846,00	348.774,00
C. Verbindlichkeiten	227.116,76	262.532,86	242.168,94
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Gesamt	2.134.035,47	1.957.077,03	1.612.155,54



Gewinn- und Verlustrechnung	2016	2017	2018
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	848.743,87	844.457,25	872.419,20
2. Sonstige betriebliche Erträge	126.900,57	70.575,96	54.353,58
3. Materialaufwand	-2.208.763,96	-2.338.800,69	-2.696.145,51
4. Personalaufwand	-1.617.461,48	-1.753.932,86	-1.777.549,66
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-54.359,54	-62.314,62	-66.679,24
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-854.851,82	-819.903,27	-845.839,72
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	271,45	60,76	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.759.520,91	-4.059.857,47	-4.459.441,35
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
11. Sonstige Steuern	-766,33	-1.449,25	-44,22
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3.760.287,24	-4.061.306,72	-4.459.485,57
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-23.371.448,62	-23.575.441,53	-23.876.461,01
14. Entnahme aus der Kapitalrücklage	3.556.294,33	3.760.287,24	4.061.306,72
15. Bilanzgewinn/-verlust	-23.575.441,53	-23.876.461,01	-24.274.639,86



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Zuzahlung des Odenwaldkreises	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen (Vollzeitäquivalent)	30	30	30
Personalkosten in €	1.617.461,48	1.753.932,86	1.777.549,66

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	82,90	78,98	38,65
Eigenkapitalrentabilität	-10,34	-16,30	-38,99
Verschuldungsgrad	20,63	26,61	94,85
Personalintensität	52,47	48,15	49,08

Im Berichtsjahr wurden keine Aufwandsentschädigungen an die Überwachungsorgane gezahlt.

Zusammenfassung des Lageberichts

Die Geschäftsentwicklung:

Nachdem im Jahr 2013 die Gesellschaft im Rahmen eines Strategieprozesses Ausrichtungen, Kernbranchen und Kernländer neu für sich definiert hatte, wurde in den Folgejahren die konsequente Implementierung und Umsetzung der neu definierten Schwerpunkte fortgesetzt. Die Strategie wurde zuletzt durch die Einführung von Global Cities im Jahr 2017 erweitert. Auf dieser Basis, entfaltet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region nun auch proaktiv Marketingaktivitäten für den Standort FrankfurtRheinMain in wichtigen Ballungsräumen weltweit (u.a. Istanbul, Tel Aviv, Singapur). Auf Basis der neuen Fokussierung konnten neue Gesellschafter gewonnen und ausgetretene Gesellschafter von der Rückkehr überzeugt werden. Als positive Entwicklung sieht die Geschäftsführung und der Aussichtsrat der Gesellschaft, dass der Gesellschaft weiterhin mehrere Anfragen nach zusätzlichen Anteilsübernahmen von potentiellen neuen Gesellschaftern vorliegen.

Auch im Jahr 2018 wurde durch das Kompetenzzentrum der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region die „Arbeitstreffen Kompetenzzentrum“ durchgeführt, die sich mit Vorträgen zu aktuellen Themen an die Ebene der Wirtschaftsförderer in der Region FrankfurtRheinMain richten.

Darstellung der Lage der Gesellschaft:

Im Jahr 2018 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 872 T€ (Vorjahr 844 T€) sowie betriebliche Erträge in Höhe von 54 T€ (Vorjahr 71 T€) erzielt. Nach Abzug von Personalaufwendungen in Höhe von 1.778 T€ (Vorjahr 1.754 T€) und Materialaufwendungen incl. Abschreibungen in Höhe von 2.696 T€ (Vorjahr 2.339 T€) sowie der sonstigen Aufwendungen in Höhe von 913 T€ (Vorjahr 883 T€) ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -4.159 T€ (Vorjahr -4.061 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 1.021 T€ (Vorjahr 1.546 T€) und die Verbindlichkeiten 242 T€ (Vorjahr 263 T€). Die Bilanzsumme belief sich insgesamt auf 1.612 T€ (Vorjahr 1.957 T€).

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung:

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag ihrer Gesellschafter unentgeltlich Dienstleistungen im Bereich des Standortmarketings für die Region FrankfurtRheinMain insgesamt. Zur Erhaltung des Eigenkapitals und zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit ist die Gesellschaft auf Zuzahlungen angewiesen. Vor diesem Hintergrund werden als einzige, für den Bestand der Gesellschaft kritische, Risiken mögliche Gesellschafteraustritte identifiziert. Das Risiko wird in Bezug auf den Hauptgesellschafter Stadt Frankfurt am Main als niedrig und in Bezug auf die restlichen Gesellschafter als mittel bis niedrig eingeschätzt.

3.6 Vereine

Hessischer Landkreistag

UNESCO Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e. V

TouristikService Odenwald-Bergstraße e. V.

Klinikverbund Hessen e.V.

Hessischer Landkreistag

Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611/1706-0, Telefax: 0611/1706-27
E-Mail: info@hlt.de



Gegenstand des Unternehmens

Der Hessische Landkreistag tritt für den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung im demokratischen Staat ein und hat hierbei insbesondere den Zweck,

1. die Landkreise in ihren Angelegenheiten zu beraten,
2. die gemeinschaftlichen Interessen der Landkreise zu fördern und zu vertreten,
3. einen Meinungs austausch über alle die Landkreise berührenden Fragen zu pflegen und auf eine einheitliche Stellungnahme hierzu hinzuwirken,
4. in Fragen, welche die Interessen der Landkreise berühren, die zuständigen Stellen bei der Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsordnungen zu beraten oder ihnen Anregungen zu geben (*vgl. § 2 der Satzung, Stand 26.11.2005*).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz: Wiesbaden

Gründungsjahr: 1949

Mitglieder: Dem Hessischen Landkreistag gehören alle 21 hessischen Landkreise sowie – als kooptierte Mitglieder- der Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) und der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) an.

Präsidium

Landrat Bernd Woide (Präsident), Landkreis Fulda
Landrat Wolfgang Schuster (Erster Vizepräsident), Lahn-Dill-Kreis
Kreistagsvorsitzender Horst Hannich (Vizepräsident), Landkreis
Hersfeld-Rotenburg
Kreistagsvorsitzender Wolfgang Männer (Vizepräsident), Main-
Taunus-Kreis

Landrat Dr. Michael Koch, Landkreis Hersfeld-Rothenburg
Landrat Dr. Reinhard Kubat, Landkreis Waldeck-Frankenberg
Landrat Stefan Reuß, Werra-Meißner-Kreis
Landrat Uwe Schmidt, Landkreis Kassel
Kreistagsvorsitzender Michael Kreuzmann, Schwalm-Eder-Kreis
Kreistagsvorsitzende Iris Ruhwedel, Landkreis-Waldeck-
Frankenberg

Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis
Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen
Landrat Thorsten Stolz, Main-Kinzig-Kreis
Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck, Landkreis Gießen
Kreistagsvorsitzender Carsten Ullrich, Main-Kinzig-Kreis

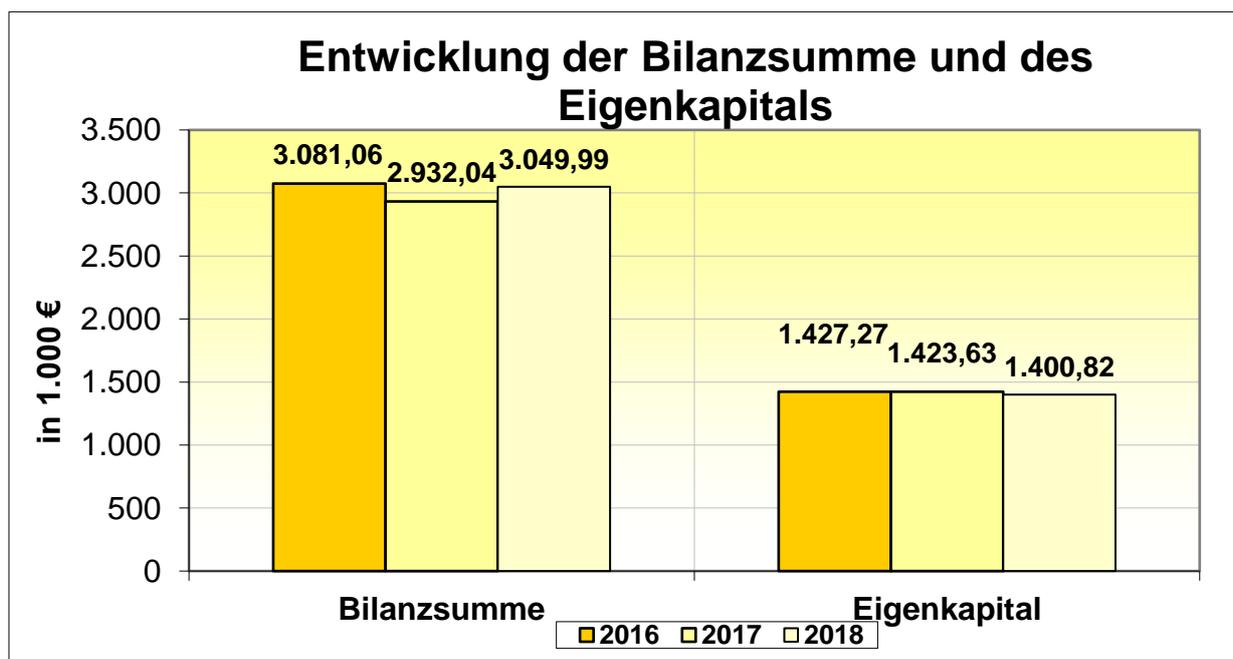
Landrat Christian Engelhardt, Landkreis Bergstraße
Landrat Oliver Quilling, Landkreis Offenbach
Landrat Klaus Peter Schellhaas, Landkreis Darmstadt-Dieburg
Landrat Thomas Will, Landkreis Groß-Gerau
Kreistagsvorsitzender Rüdiger Holschuh, Odenwaldkreis
Kreistagsvorsitzender Gottfried Schneider, Landkreis Bergstraße

Landesdirektorin Susanne Selbert, LWV Hessen
Geschäftsführender Präsident Gerhard Grandke, Sparkassen- und
Giroverband Hessen-Thüringen

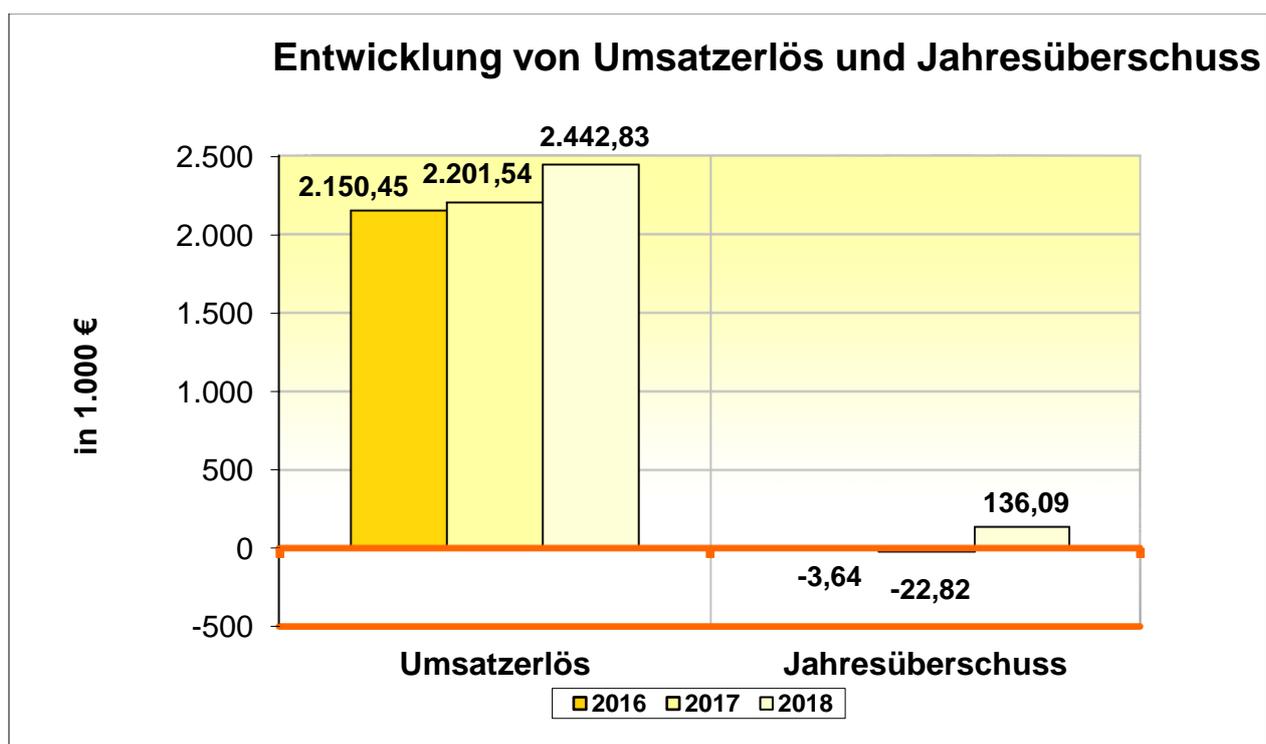
Geschäftsführung: Herr Matthias Drexelius (Geschäftsführender Direktor)
Herr Prof. Dr. habil. Jan Hilligardt (Direktor)

Beteiligungen: Rettberg KG (21,52 %)
ekom21 (1,00 €)

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.117,00	795,00	0,00
II. Sachanlagen	51.311,85	45.296,85	45.611,85
III. Finanzanlagen	1.932.921,44	1.923.369,56	1.910.415,37
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00 €
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	7.466,63	3.517,06	12.863,82
III. Kasse, Bank	1.046.606,40	916.964,78	1.039.611,12
C. Aktive Rechnungsabgrenzungskosten	40.639,64	42.141,66	41.484,94
Gesamt	3.081.062,96	2.932.084,91	3.049.987,10
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Nettoposition	436.261,38	436.261,38	436.261,38
II. Rücklagen	991.012,66	987.373,48	964.558,08
III. Ergebnisvorrträge	0,00	0,00	0,00
IV. Jahresüberschuss	-3.639,18	-22.815,40	136.086,21
V. Sonderposten	1.275.091,11	1.255.543,15	1.233.149,16
VI. Rückstellungen	10.000,00	10.000,00	10.000,00
B. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.991,86	8.886,48	13.618,85
II. Sonstige Verbindlichkeiten	234.071,63	235.745,48	235.317,58
C. Rechnungsabgrenzungsposten	128.273,50	21.090,34	20.995,84
Gesamt	3.081.062,96	2.932.084,91	3.049.987,10



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
1. Leistungsentgelte	2.001.336,78	2.012.712,78	2.208.354,78
2. Sonstige betriebliche Erträge	149.117,64	188.823,58	234.473,01
3. Aufw. f. Sach- u. Dienstleistungen	-441.761,69	-447.673,42	-460.815,06
4. Personalaufwand	-1.735.621,49	-1.810.542,05	-1.874.074,50
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-9.022,69	-9.884,20	-10.921,14
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-622,00	-324,00	-1.038,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32.934,27	46.017,32	42.052,53
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-1.945,41	-1.945,41
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.639,18	-22.815,40	136.086,21
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00
11. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
13. Jahresüberschuss	-3.639,18	-22.815,40	136.086,21



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
Beiträge in €	47.282,00	47.223,00	51.703,00
Personal Anzahl der Stellen	16	17	17
Personalkosten in €	1.735.621,49	1.810.542,05	1.874.074,50

**Geo-Naturpark
Bergstraße-Odenwald e.V.**

Niebelungenstraße 41
64653 Lorsch
Telefon: 06251/707990, Telefax: 06251/7079915
E-Mail: info@geo-naturpark.de



Gegenstand des Unternehmens

(1) Ausgehend von dem geologischen Potential in der Region Bergstraße-Odenwald und dem daraus entwickelten Leitthema „Zwischen Granit und Sandstein – Kontinente in Bewegung“ ergeben sich für den Verein Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V. folgende Aufgaben:

- Träger des Prädikats „UNESCO Geopark“
- Erhaltung, Pflege und Entwicklung des Tätigkeitsgebietes als Erholungsgebiet und charakteristische Kulturlandschaft
- Durchführung von Maßnahmen, die geeignet sind, das Prädikat „UNESCO-Geopark“ zu erlangen und zu erhalten
- Schutz und Erhaltung des geologischen Erbes im UNESCO Geopark
- Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung zur Weiterentwicklung des Geo-Naturparks
- Bewahrung und Förderung des kulturellen Erbes
- Sicherung eines naturverträglichen Tourismus
- Schonung der geologischen und landschaftsprägenden Ressourcen
- Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltpädagogik, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Förderung und Pflege eines geowissenschaftlichen Austausches mit Universitäten, Forschungsinstitutionen und anderen Institutionen

(2) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(3) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

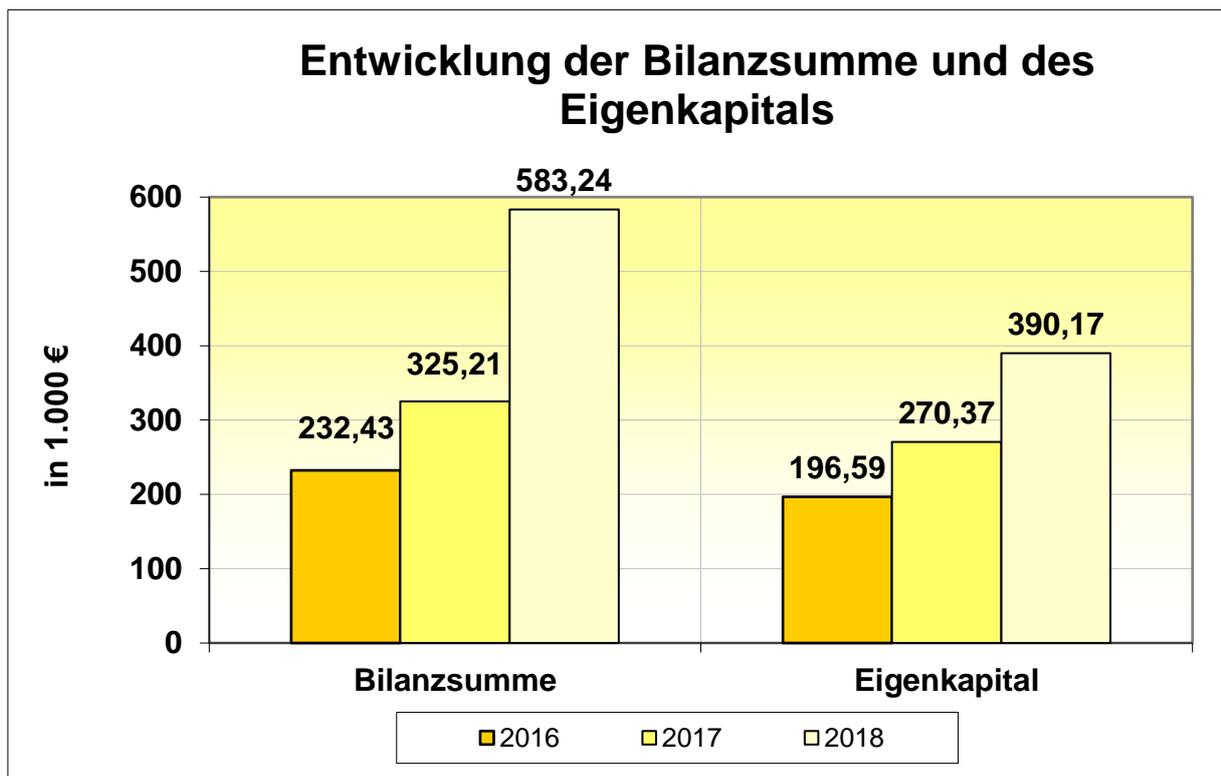
(4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(5) Die Vereinstätigkeit umfasst die Gebietskulisse des UNESCO Geopark Bergstraße-Odenwald.

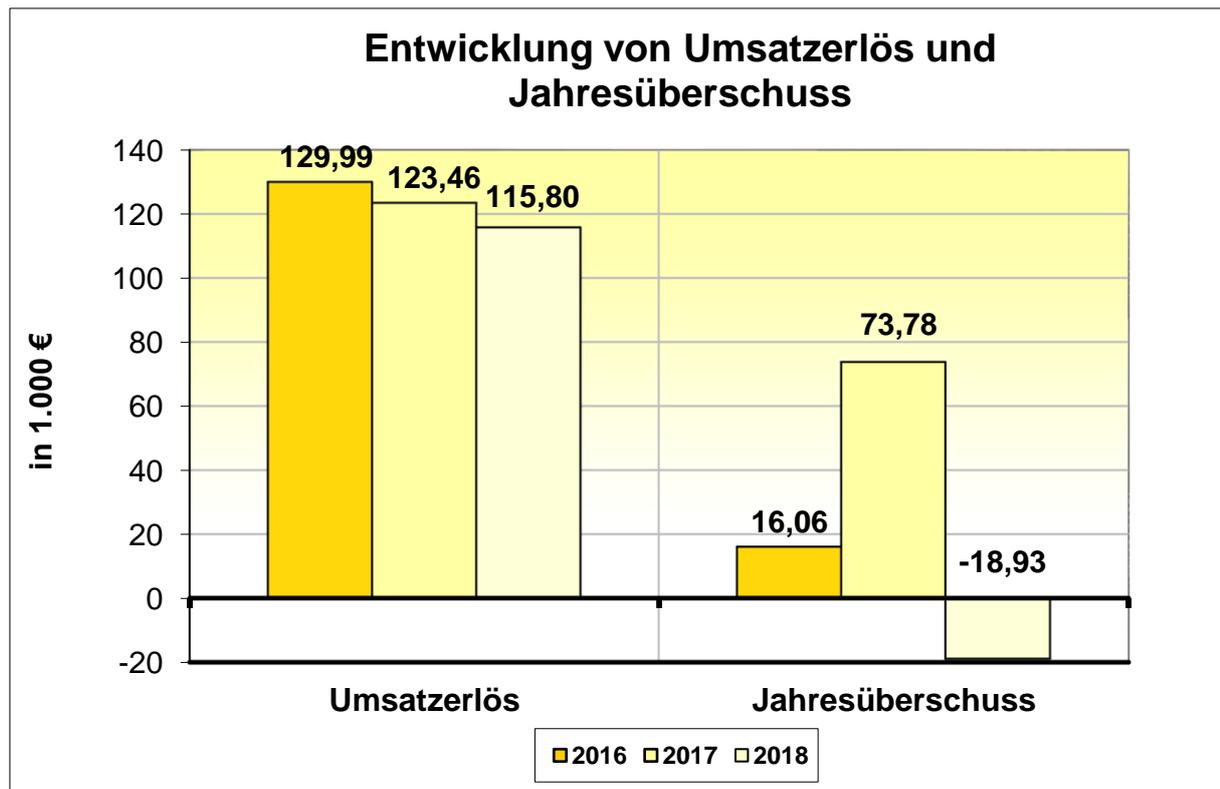
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Lorsch / Kreis Bergstraße
Gründungsjahr:	2005
Vereinsregister: Mitglieder:	Amtsgericht Darmstadt, VR 20288 Insgesamt 105 Mitgliedskommunen
Vorstand:	<p>Der Vorstand besteht aus den Landräten bzw. Oberbürgermeistern der Landkreise und Städte:</p> <p>Kreis Bergstraße, (als Vorsitzenden), Kreis Darmstadt-Dieburg, Kreis Groß-Gerau Kreis Miltenberg, (als stellvertretender Vorsitzender) Neckar-Odenwald-Kreis, (als stellvertretender Vorsitzender) Odenwaldkreis, (als stellvertretender Vorsitzender) Stadt Darmstadt, Stadt Heidelberg.</p> <p>Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme</p> <p>Vorsitzender des Vereins ist der Landrat des Kreises Bergstraße, Herr Christian Engelhardt. Die stellvertretenden Vorsitzenden sind die Landräte der Kreise Odenwaldkreis, Herr Frank Matiaske, des Neckar-Odenwald-Kreises, Herr Dr. Achim Brötel und des Landkreises Miltenberg, Herr Jens Marco Scherf.</p>
Geschäftsführung:	Dr. Jutta Weber
Beteiligungen:	keine
Abschlussprüfer:	Dipl. Betriebswirt (FH) Sven Müller Wirtschaftsprüfer/Steuerberater

Bilanz	2016 €	2017 €	2018 €
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11.886,00	1.979,00	3,00
II. Sachanlagen	50.587,00	43.947,00	57.084,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	74.236,18	89.860,72	132.304,99
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.532,05	31.257,90	49.600,63
III. Kasse, Bank	79.729,18	157.345,95	343.127,83
C. Aktive Rechnungsabgrenzungskosten	455,54	816,26	1.118,04
Gesamt	232.425,95	325.206,83	583.238,49
Passiva			
A. Vereinsvermögen			
I. Freie Gewinnrücklagen	180.527,73	196.587,61	409.108,25
II. Ergebnisvorträge	16.059,88	73.780,24	-18.933,44
B. Rückstellungen	8.800,00	10.000,00	12.000,00
C. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.893,62	30.589,94	39.409,64
II. Sonstige Verbindlichkeiten	12.144,72	14.249,04	141.654,04
Gesamt	232.425,95	325.206,83	583.238,49



Gewinn und Verlustrechnung	2016 €	2017 €	2018 €
A. Ideeller Bereich			
I. Nicht steuerbare Einnahmen			
1. Mitgliedsbeiträge	746.921,71	812.782,18	915.789,56
2. Zuschüsse	101.367,00	132.646,39	185.494,98
3. Sonstige nicht steuerbare Einnahmen	294.445,76	303.076,29	286.119,48
II. Nicht anzusetzende Ausgaben			
1. Abschreibungen	-19.751,68	-17.760,64	-10.104,44
2. Personalkosten	-687.758,32	-697.189,87	-806.685,65
3. Reisekosten	-11.410,30	-11.598,68	-8.242,53
4. Raumkosten	-26.425,27	-26.152,73	-25.291,88
5. Übrige Ausgaben	-311.603,71	-308.929,43	-335.459,39
Gewinn/Verlust ideeller Bereich	85.785,19	186.873,51	201.620,13
B. Ertragsneutrale Posten			
I. Ideeller Bereich (ertragsneutral)			
1. Steuerneutrale Einnahmen: Spenden	33.538,04	27.418,53	46.779,01
2. Nicht abziehbare Ausgaben: gezahlte/hingegebene Spenden	-7.133,02	-15.874,80	-145.521,12
Gewinn/Verlust ertragsneutrale Posten	26.405,02	11.543,73	-98.742,11
C. Vermögensverwaltung			
1. Ertragssteuerfreie Einnahmen Zins- und Kursenerträge	33,74	4,50	0,00
2. Ausgaben/Werbungskosten: Sonstige Ausgaben	-255,63	-303,70	-191,86
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung	-221,89	-299,20	-191,86
D. Sonstige Zweckbetriebe I (umsatzsteuerpflichtig)			
1. Umsatzerlöse	129.989,15	123.457,19	115.804,04
2. Bestandsveränderung	21.898,66	15.624,54	42.444,27
3. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	46,31	45,00
4. Materialaufwand	-108.533,32	-141.659,27	-129.562,81
5. Aufwand für bezogene Leistungen	-6.047,49	-8.487,36	-8.669,58
6. Personalaufwand	-40.731,11	-34.461,54	-46.482,09
7. Abschreibungen	-8.465,00	-7.611,70	-4.330,46
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-91.089,05	-69.246,20	-85.071,45
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,81	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-102.978,16	-122.337,22	-115.823,08
D. Sonstige Zweckbetriebe II (umsatzsteuerfrei)			
1. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5,05	0,00	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5,05	0,00	
E. Sonstige Geschäftsbetriebe			
1. Umsatzerlöse/Bestandsveränderungen/ Erträge	15.081,52	24.455,47	9.205,26
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.267,91	-42,60	0,00
3. Materialaufwand	-10.274,66	-26.413,45	-15.001,78
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.074,77	-2.000,58	-5.796,52
Vereinsergebnis	16.059,88	73.780,24	-18.933,44



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016 €	2017 €	2018 €
Beitrag zum UNESCO Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V.	89.599,20	93.541,56	110.105,41
Zuschuss zu den Personalkosten	14.500,00	19.000,00	0,00

Personal	2016	2017	2018
Personalkosten in €	687.758,32	697.189,87	806.685,65

Kennzahlen	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote	84,58	83,14	66,90
Eigenkapitalrentabilität	8,90	37,53	-4,63

Zusammenfassung des Lageberichtes

Der Geopark hat zulässigerweise keinen Lagebericht erstellt. Insofern erfolgt lediglich ein kurzer Überblick über die wirtschaftliche Lage des Vereins und der zugrundeliegenden wirtschaftlichen Aktivitäten, der nicht einem Lagebericht nach § 289 HGB entspricht.

Der Geopark verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, und zwar die Förderung des Umwelt- und Landschaftsschutzes, die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie von Bildung und Erziehung. Der Verein ist Träger des Prädikats „UNESCO Geopark“. Zu seinen Aufgaben zählen u. a. die Erhaltung, Pflege und Entwicklung des Tätigkeitsgebietes als Erholungsgebiet und der charakteristischen Kulturlandschaft, Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung, die Sicherung und Förderung eines naturverträglichen Tourismus sowie die Förderung und Pflege eines geowissenschaftlichen Austauschs mit Universitäten und anderen Institutionen.

Die Vermögenslage des Vereins ist zum 31.12.2018 dadurch gekennzeichnet, dass 57,09 T€ bzw. 9,78 % der Bilanzsumme im Anlagevermögen gebunden sind. Das Vorratsvermögen beträgt 132,3 T€ bzw. 22,68 % der Bilanzsumme. Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen 343,1 T€ bzw. 58,82 % der Bilanzsumme.

Seine ideellen Aufgaben finanziert der Geopark im Wesentlichen durch Mitgliedsbeiträge 915,8 T€ und Zuschüssen der Länder Hessen und Bayern 185,5 T€.

Die Aufwendungen des ideellen Bereiches betreffen im Wesentlichen Personalkosten in Höhe von 806,7 T€ (Vj. 697,2 T€).

Der Jahresüberschuss des ideellen Bereiches beträgt 201,6 T€. Dem steht ein Jahresfehlbetrag aus dem Zweckbetrieb in Höhe von 115,8 T€ und ein Jahresfehlbetrag aus dem sonstigen Geschäftsbetrieb in Höhe von 5,8 T€ gegenüber. Das Jahresergebnis beträgt insgesamt - 18,9 T€ (Vj. + 73,8 T€).

**TouristikService
Odenwald –Bergstraße e.V.**

Marktplatz 1
64720 Michelstadt
Telefon: 06061-96597-13 Telefax: 06061-96597-23
E-Mail: tourismus@odenwald.de



Gegenstand des Unternehmens

Der Verband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Verband hat den Zweck, den Tourismus und alle damit zusammenhängenden Aufgaben im Zusammenwirken mit allen Beteiligten und interessierten Stellen zu fördern. Er soll hierbei im Besonderen Interesse der einzelnen Kreise, der kommunalen und der örtlichen Tourismusstellen sowie der am Tourismus beteiligten Gewerbezweige unter besonderer Berücksichtigung der Wünsche der Gäste und der sonstigen Kunden des Tourismus aufeinander abstimmen und durch geeignete Maßnahmen auf Gebietsebene vertiefen.

Der Verbandszweck soll insbesondere durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

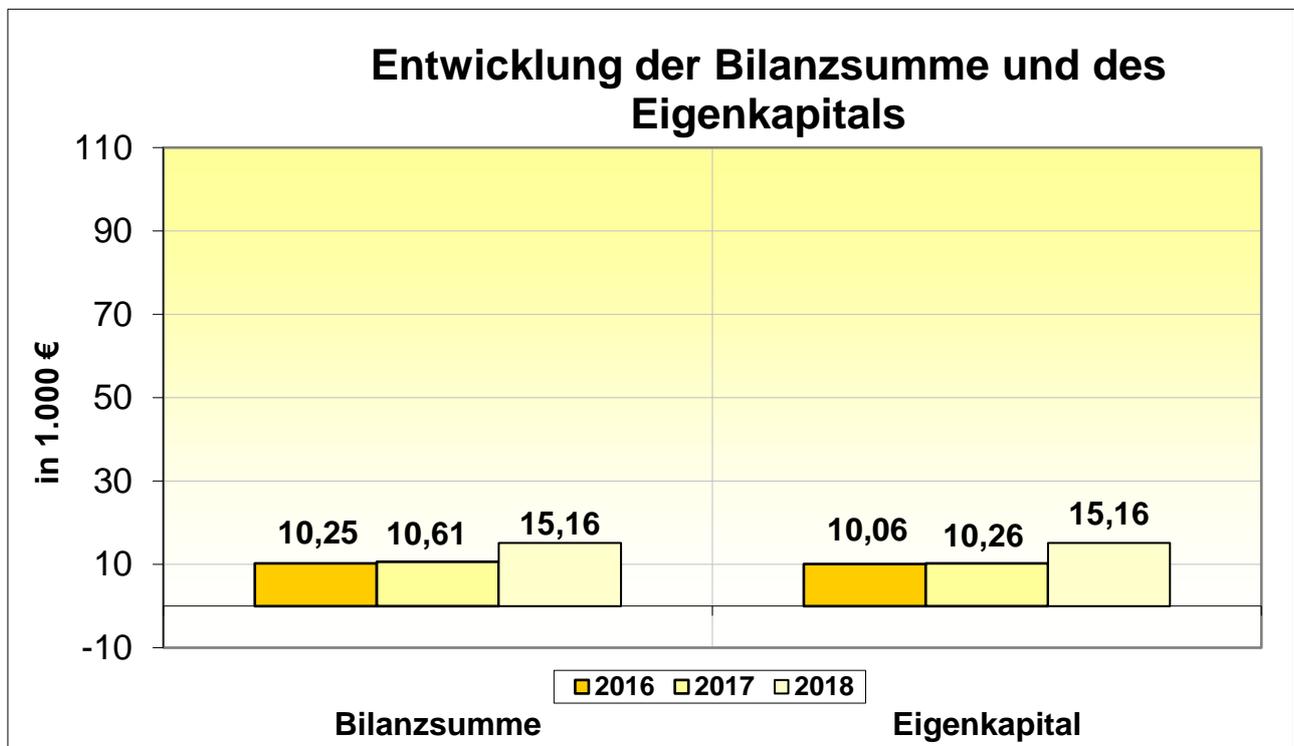
1. Förderung und Unterstützung des Ausbaus eines einheitlichen touristischen Leit- und Beschilderungssystems in der Region für Wander-, Rad-, Reitwege, Lehrpfade, Mountainbike-Trails und sonstige touristisch relevante infrastrukturelle Einrichtungen dieser Art;
2. Förderung und Unterstützung eines einheitlichen, gebietsübergreifenden Tourismusmarketings im Sinne der Markenbildung;
3. Unterstützung bei der Erhaltung, Vernetzung und Zusammenarbeit der örtlichen Touristinformationen im Verbandsgebiet;
4. Förderung der interkommunalen Kooperation und Zusammenarbeit im Verbandsgebiet auf Ebene der touristischen Arbeitsgemeinschaften;
5. Schulung der Verbandsmitglieder, Erfahrungsaustausch mit anderen Tourismusregionen und -organisationen;
6. Mitwirkung und Unterstützung bei der Erarbeitung von Leitbildern, Konzeptionen, Regionalplanungen und sonstigen touristisch relevanten Planungen;
7. Förderung und Mitwirkung bei der Einbindung touristischer Belange in den öffentlichen Personen- und Nahverkehr durch Berücksichtigung touristischer Interessen bei der Linien-, Fahrplan- und Tarifgestaltung der öffentlichen und privaten Verkehrsträger und Verkehrsgemeinschaften;
8. Beratung, Unterstützung und Interessenvertretung der Verbandsmitglieder;
9. Pflege der Landschaft und Schutz der Natur im Interesse der Tourismusförderung.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die Satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Verwaltungsaufgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

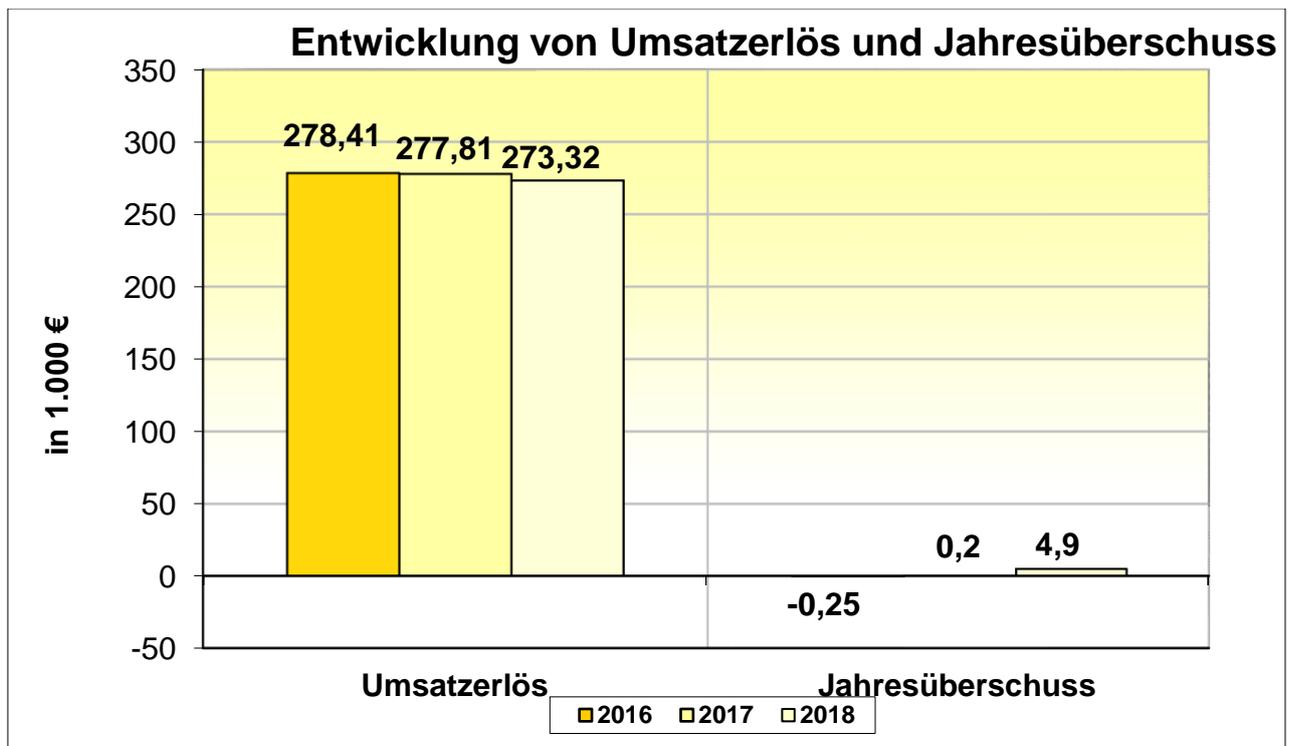
Rechtliche und wirtschaftliche Daten (Stand 31.12.2018)

Sitz:	Erbach
Gründungsjahr:	1978
Mitglieder/ Mitgliederversammlung:	Landkreise, Städte und Gemeinden im Gebiet des Naturparks Bergstraße-Odenwald
Verbandsvorstand:	Landrat Frank Matiaske, Vorsitzender Landrat Klaus Peter Schellhaas, Stellvertreter Landrat Jens Marco Scherf, Stellvertreter Bgm. Michael Helbig Bgm. Stephan Kelbert Bgm. Jörg Lautenschläger Bgm. Peter Schmitt Bgm. Dr. Sascha Weber
Geschäftsführung:	Hannelore Holuscha
Beteiligungen:	keine

Bilanz	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	10.000,00	10.000,00	14.849,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	249,64	607,09	314,77
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	10.249,64	10.607,09	15.163,77
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Erhaltener Investitionskostenzuschuss	10.000,00	10.000,00	10.000,00
II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	315,76	63,10	260,80
III. Jahresüberschuss/Jahresverlust	-252,66	197,70	4.902,97
B. Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
C. Verbindlichkeiten	186,54	346,29	0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
gesamt	10.249,64	10.607,09	15.163,77



Gewinn- und Verlustrechnung	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1. Umsatzerlöse (Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse)	278.413,53	277.812,18	273.319,23
2. Personalaufwand	0,00	0,00	-1.812,29
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-278.679,63	-277.614,48	-266.076,74
4. Sonstige Einnahmen	13,44	0,00	0,00
5. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,00	0,00	-527,23
6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-252,66	197,70	4.902,97



Auswirkungen auf den Kreishaushalt	2016	2017	2018
	€	€	€
Beitrag zum Verein TouristikService Odenwaldkreis-Bergstraße e.V.	43.666,56	43.666,56	43.666,56
Kreiszuschuss	41.040,00	41.040,00	41.040,00

Personal	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	0	0	0
Personalkosten in €	1.818,72	1.817,28	1.812,29

Klinikverbund Hessen e.V.

Forsthausstr. 1-3 / Haus 3e
35578 Wetzlar
Telefon: 06441/8974341,
Telefax:06441/8974345
E-Mail: gf@klinikverbund-hessen.de



Nachrichtlich

Entstehung des Klinikverbundes Hessen e.V.

Der Klinikverbund Hessen e.V. wurde am 5. Dezember 2013 aus dem Kreis der ehemaligen Gesellschafter der Klinikverbund Hessen GmbH gemeinsam mit den hessischen kommunalen Trägerorganisationen: Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund gegründet.

Zweck des Vereins

Gemäß § 2 der Satzung ist der Zweck des Vereins die Interessenvereinigung und -vertretung von Einrichtungen des Gesundheitswesens in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Er unterstützt diese bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben und der Erhaltung und Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit. Er vertritt deren Belange und Interessen gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber Politik, Institutionen und Verbänden des Gesundheitswesens, Behörden und der Öffentlichkeit.

Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Etwaige Jahresüberschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

Mitgliedschaft

Mitglied im Verein Klinikverbund Hessen e.V. ist die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH und nicht der Odenwaldkreis.

Der Jahresbeitrag für die Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH beträgt 5.000,00 €. Bei einem Bilanzvolumen der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH von 75.628.173,11 € zum 31.12.2018 beträgt der Mitgliedsbeitrag einen Aufwand von 0,007 %.

Künftig entfällt die Beschreibung dieser Geschäftstätigkeit.

Beteiligungskodex des Odenwaldkreises



Präambel

Die Beteiligungen des Odenwaldkreises erfordern eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung.

Der Odenwaldkreis hat sich zur weiteren Verbesserung der Unternehmensleitung, -steuerung und -transparenz entschlossen, eine Richtlinie unter dem Titel „Beteiligungskodex des Odenwaldkreises“ zu erlassen. Diese Richtlinie wurde vom Kreistag des Odenwaldkreises am 14.12.2015 beschlossen und trat am 01.01.2016 in Kraft.

Während der Deutsche Corporate Kodex insbesondere das Vertrauen der Anleger in eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung fördern will, steht bei dem vorliegenden Kodex auch die besondere Verantwortung kommunaler Unternehmen für ihre Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung von Ausgaben der Daseinsvorsorge im Fokus. Der Kodex trägt den gesetzlichen Anforderungen an die kommunale Wirtschaft Rechnung. Zu nennen sind insbesondere die Pflicht zur sparsamen, vorsichtigen und wirtschaftlichen Haushaltsführung sowie die gestiegenen Anforderungen an Aufsichtsorgane bis hin zur Aufsichtsratshaltung.

Der Begriff Public Corporate Governance wird als Maßstab für gute Unternehmensführung im Sinne von Unternehmensleitung und –steuerung im öffentlichen Unternehmen sowie Transparenz dieser Unternehmen verstanden. Angestrebt wird eine Balance zwischen unternehmerischen, am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen orientierten und den kommunalen, am Gemeinwohl ausgerichteten Zielen.

Der Kodex soll die Unternehmensführung positiv beeinflussen. So können mangelnde Transparenz, fehlendes Risikobewusstsein und nachlässige Kontrolle komplexer wirtschaftlicher Zusammenhänge und Abhängigkeiten z. B. als Ursachen von Finanzmarkt- und Wirtschaftskrisen identifiziert werden.

Geltungsbereich

Als Beteiligung im Sinne des Beteiligungskodexes des Odenwaldkreises werden neben den Personen- und Kapitalgesellschaften, wie GmbH und AG, auch der Eigenbetrieb als Sondervermögen des Odenwaldkreises sowie Zweckverbände, bei denen der Odenwaldkreis gemeinsam mit weiteren Gebietskörperschaften Mitglied ist, gesehen. Diese Definition ist unabhängig von der juristischen Definition einer Beteiligung.

Der Odenwaldkreis wirkt darauf hin, dass der Beteiligungskodex des Odenwaldkreises für die Beteiligungen der Kreiswirtschaft, an denen der Odenwaldkreis unmittelbar oder mittelbar mehr als 50 % der Anteile hält, eine verbindliche Grundlage darstellt.

Die Beteiligungen des Odenwaldkreises, in denen der Deutsche Corporate Governance Kodex Anwendung findet, sollen diesem auch künftig folgen. Darüber hinaus wird die Anwendung des Beteiligungskodex des Odenwaldkreises empfohlen, um die speziellen Anforderungen und Empfehlung an kommunale Unternehmen im Interesse des Odenwaldkreises zu sichern.

Den Unternehmen der Kreiswirtschaft, an denen der Odenwaldkreis unmittelbar oder mittelbar zu 50 % oder weniger beteiligt ist, wird das Regelwerk zur Anwendung empfohlen. Dies gilt insbesondere, wenn die Anteilmehrheiten in der Summe Gebietskörperschaften zusteht.

Die Empfehlungen des Beteiligungskodexes des Odenwaldkreises sind durch die Verwendung des Wortes „soll“ gekennzeichnet und unter dem nachfolgenden Gliederungspunkt „Entsprechenserklärung“ aufgeführt. Die Beteiligungen können von den Empfehlungen abweichen, sind aber verpflichtet, dies transparent zu machen und zu erläutern.

Der Beteiligungskodex des Odenwaldkreises verzichtet auf die Wiedergabe von Regelungen, die als geltendes Recht ohnehin von den Unternehmen zu beachten sind.

Ziele

Der Beteiligungskodex des Odenwaldkreises soll zu einer verantwortungsvollen, zielgerichteten und nachhaltigen Unternehmensführung im Sinne von Unternehmensleitung, -steuerung und -transparenz anhalten.

Darüber hinaus werden insbesondere Ziele verfolgt:

- Unterstützung einer effizienten Zusammenarbeit zwischen dem Aufsichtsgremium (z.B. dem Aufsichtsrat) und der Geschäftsleitung (z.B. dem Vorstand bzw. der Geschäftsführung.)
- Förderung des Informationsflusses zwischen Beteiligungen der Kreiswirtschaft und dem Beteiligungsmanagement.
- Steigerung von Transparenz und Vertrauen der Öffentlichkeit in Entscheidungen von Politik, Verwaltung, Beteiligungsmanagement und Beteiligungsunternehmen.

Entsprechenserklärung

Die Entsprechenserklärung soll über den Stand der Umsetzung der nachstehenden Empfehlungen für eine verantwortungsbewusste und nachhaltige Unternehmensführung im Sinne von Unternehmensleitung, -steuerung und -transparenz Auskunft geben. Die Beteiligungen können von den Empfehlungen abweichen, haben dies jedoch transparent zu machen und zu erläutern. In den jährlich von der Geschäftsleitung und, sofern vorhanden, gemeinsam mit dem Aufsichtsgremium abzugebenden Entsprechenserklärung ist zu bestätigen, dass den

Empfehlungen des Beteiligungskodexes des Odenwaldkreises im vorangegangenen Berichtszeitraum entsprochen wurde bzw. mit Begründung zu erläutern, in welchen Punkten hiervon abgewichen wurde („comply or explain“). Bei Erläuterung der Abweichung ist auch darüber zu informieren, ob künftig eine Änderung angestrebt wird. Eine begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung kann im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen.

Für den Inhalt der Entsprechenserklärungen sind die Beteiligungen allein verantwortlich.

Sofern alle Beteiligungen einer Empfehlung entsprochen haben, ist dies mit einem ✓ gekennzeichnet. Sofern nicht alle Beteiligungen einer Empfehlung entsprochen haben, ist dies mit (✓) gekennzeichnet und jede Abweichung wird nachstehend erläutert.

Hinweis: Die Erläuterungen der Abweichungen sind nicht immer identisch mit dem Wortlaut der Beteiligungen, da sinngemäß gleiche Antworten zusammengefasst wurden.

Folgende Beteiligungen haben keine Entsprechenserklärung abgegeben, da die Kreisbeteiligung weniger als 50 % der Eigentumsanteile beträgt und die Beteiligungen den Beteiligungskodex des Odenwaldkreises daher nicht anwenden müssen:

- Betriebsgesellschaft Schloss Erbach gGmbH
- ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen
- Frankfurt RheinMain GmbH
- Geopark Bergstraße-Odenwald e.V.
- Hallenbadzweckverband im Odenwaldkreis
- HEAG Südhessische Energie AG (Entega)
- Hessischer Landkreistag e.V.
- Interessengemeinschaft Odenwald e.V.
- Klinikverbund Hessen e.V.
- Landeswohlfahrtsverband Hessen
- Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH
- Rhein-Main-Verkehrsverbund e.V.
- Sparkasse Odenwaldkreis in Erbach/Odenwald
- TouristikService Odenwald-Bergstraße e.V.
- Wasserverband Gersprenzgebiet
- Wasserverband Mümling
- Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V.
- Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd
- Zweckverband Zentrum Gemeinschaftshilfe im Odenwaldkreis

Folgende Beteiligungen haben eine Entsprechenserklärung abgegeben, wobei die Kreisbeteiligung weniger als 50 % der Eigentumsanteile beträgt:

- Kurgesellschaft Bad König GmbH
- Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG
- Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH

A. Aufsichtsgremien

A.1. Zusammensetzung

- A.1.a. Verfügen die Mitarbeiter des Aufsichtsgremiums über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten bzw. wurden diese durch Schulungen vertieft? (✓)

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, InA gGmbH

Die Stellenbesetzung erfolgt durch politischen Beschluss.

Odenwälder Wasser- und Abwasserservice GmbH

Teil A: kein Aufsichtsgremium vorhanden

- A.1.b. Gehören dem Aufsichtsgremium keine ehemaligen Mitarbeiter der Geschäftsleitung an? (✓)

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis

Der vom Landrat 2018 mit dem Vorsitz der Betriebskommission beauftragte 1. Kreisbeigeordnete war vorher Betriebsleiter

- A.1.c. Haben Aufsichtsratsmitglieder (mit Ausnahme des Landrates und des 1. Kreisbeigeordneten) nicht mehr als 4 Mandate in unmittelbaren bzw. mittelbaren Beteiligungen des Odenwaldkreises? (✓)

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, InA gGmbH

Die Stellenbesetzung erfolgt durch politischen Beschluss.

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,

Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Kreisausschuss des Odenwaldkreises gewählt. Seitens der GZO-Geschäftsführung ist es nicht möglich lückenlos nachzuvollziehen, welches Aufsichtsratsmitglied weitere Mandate in unmittelbaren bzw. mittelbaren Beteiligungen des Odenwaldkreises hat. Diese Informationen liegen dem Beteiligungsmanagement vor.

A.2. Aufgaben und Zuständigkeiten

- A.2.a. Hat sich das Aufsichtsgremium eine Geschäftsordnung gegeben? (✓)

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

InA gGmbH

Eine gesonderte Geschäftsordnung gibt es nicht.

- A.2.b. Hat das Aufsichtsgremium der Geschäftsleitung eine Geschäftsordnung gegeben? (✓)

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

InA gGmbH

Eine gesonderte Geschäftsordnung gibt es nicht.

- A.2.c. Hat sich das Aufsichtsgremium Geschäfte, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich verändern, vorbehalten? ✓

- A.2.d. Ist der Zuständigkeitskatalog in der Geschäftsordnung der Geschäftsleitung festgelegt worden? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
- A.2.e. Hat das Aufsichtsgremium die Informations- und Berichtspflichten der Geschäftsleitung eindeutig festgelegt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
- A.2.f. Hat das Aufsichtsgremium im Rahmen seiner Überwachungsfunktion darauf geachtet, dass die operativen Ziele, die das Unternehmen verfolgt, nicht den strategischen Zielen des Odenwaldkreises entgegenstehen? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
Keine Angaben machten:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
- A.2.g. Hat sich der Aufsichtsrat im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten für die Umsetzung des Codes eingesetzt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
- A.2.h. Wird im Bericht des Aufsichtsgremiums vermerkt, falls ein Mitglied an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilnimmt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Anwesenheit wird durch die Sitzungsprotokolle dokumentiert.
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein.
Keine Angaben machten:
Kurgesellschaft Bad König GmbH
- A.3. Aufgaben und Zuständigkeiten des Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums**
- A.3.a. Hat der Aufsichtsgremiumsvorsitzende mit der Geschäftsleitung und dem Beteiligungsmanagement regelmäßig Kontakt gehalten und die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage beraten? ✓

- A.3.b. Wurde der Aufsichtsgremiumsvorsitzende unverzüglich durch die Geschäftsleitung über wichtige Ereignisse informiert? Hat dieser ggf. dann eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen? ✓
- A.3.c. Hat der Aufsichtsgremiumsvorsitzende die Mitglieder seines Gremiums auf Ihre Verschwiegenheitsverpflichtung und deren Einhaltung hingewiesen? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Durch Gesellschaftervertrag und Geschäftsverteilungsplan geregelt.
- A.3.d. Hat der Aufsichtsgremiumsvorsitzende dafür Sorge getragen, dass es für die im Aufsichtsgremium beschlossenen und noch nicht durchgeführten Maßnahmen einmal jährlich einen Bericht zum Stand der Umsetzung gibt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Laufender Prozess, wird künftig beachtet.
InA gGmbH
Sehr enge und konstruktive Zusammenarbeit mit stv. Aufsichtsratsvorsitzenden.
- A.3.e. Hat der Aufsichtsgremiumsvorsitzende bei einem Wechsel des Aufsichtsgremiums das neue Gremium über gefasste und noch nicht durchgeführte Beschlüsse informiert? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Laufender Prozess, wird künftig beachtet.
InA gGmbH
Sehr enge und konstruktive Zusammenarbeit mit stv. Aufsichtsratsvorsitzenden.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Nicht erforderlich.
- A.4. Interessenskonflikt**
- A.4.a. Haben Vertreter des Odenwaldkreises bei ihren Entscheidungen, soweit sie nicht sowieso weisungsgebunden sind, die Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses einbezogen? (✓)
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Seitens der Geschäftsleitung ist nicht bekannt bzw. nachvollziehbar, ob dies zutrifft.
- A.4.b. Haben die Aufsichtsgremiumsmitglieder keine Organfunktion oder Berateraufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausgeübt? (✓)

- Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
- A.4.c. Haben Aufsichtsgremiumsmitglieder Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, dem Vorsitzenden sowie den anderen Mitgliedern des Aufsichtsgremiums offengelegt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
- A.4.d. Informiert der Vorsitzende bei Vorliegen eines Interessenskonflikts das Gremium? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
- A.4.e. Stehen Aufsichtsgremiumsmitglieder in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Beteiligung oder deren Geschäftsleitung, welche einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt bedeuten würde? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
- A.4.f. Führen wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsgremiumsmitgliedes zur Beendigung des Mandats? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
 Interessenskonflikte in der Person eines Aufsichtsgremiumsmitgliedes sind uns nicht bekannt.
- A.4.g. Hat das Aufsichtsgremium in seinem Bericht an die Anteilseignerversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte informiert? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Entfällt für den Eigenbetrieb – keine Anteilseigner.
InA gGmbH
 Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
 Eine solche Information des Aufsichtsgremiums ist der Geschäftsleitung nicht bekannt.

- A.4.h Sind Berater- und sonstige Dienstleistungsverträge eines Mitglieds oder ihm nahestehenden Personen oder Unternehmen außerhalb der Kreisverwaltung mit der Beteiligung bzw. einem verbundenen Unternehmen nicht abgeschlossen oder fortgesetzt worden? Wurden hiervon vom Aufsichtsgremium keine Ausnahmen entschieden? (✓)
- Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, InA gGmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH
Der Geschäftsführung liegen hierzu keine Informationen vor.

A.5. Vergütung

- A.5.a. Wurde die Vergütung der Aufsichtsgremiumsmitglieder individualisiert im Jahresabschluss und Beteiligungsbericht ausgewiesen? (✓)
- Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, InA gGmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH
Trifft nicht zu, da keine Vergütung erfolgt.
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Wird künftig beachtet.
- A.5.b. Wurden etwaige Abführungspflichten gem. §§ 52 Abs. 1 HKO, 125 Abs. 1 Satz 7 HGO i.V.m. § 2 Hessische Nebentätigkeitsverordnung von den entsandten Mitgliedern beachtet? (✓)
- Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, InA gGmbH, Kurgesellschaft Bad König GmbH
Trifft nicht zu, da keine Vergütung erfolgt.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Es ist nicht nachvollziehbar, ob die genannten Abführungspflichten beachtet wurden.

B. Geschäftsleitung

B.1. Zusammensetzung

- B.1.a. Wurde die Erstbestellung auf 3 Jahre beschränkt? (✓)
- Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Betriebsleiter wird vom Kreisausschuss bestimmt. Zeitliche Befristungen sind nicht vorgesehen.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
Trifft nicht zu, da anderes Anstellungsverhältnis.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

Vertrag aus 2006.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,
Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein.
Odenwald Tourismus GmbH
Unbefristeter Anstellungsvertrag seit 2008.
Keine Angaben machten:
Kurgesellschaft Bad König GmbH

- B.1.b. Erfolgte die Verlängerung der Amtszeit von Geschäftsleistungsmitgliedern auf höchstens 5 Jahre? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Betriebsleiter wird vom Kreisausschuss bestimmt. Zeitliche Befristungen sind nicht vorgesehen.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
Trifft nicht zu, da anderes Anstellungsverhältnis.
Odenwald Tourismus GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Unbefristeter Anstellungsvertrag.
Keine Angaben machten:
Kurgesellschaft Bad König GmbH
- B.1.c. Erfolgte die Verlängerung frühestens ein Jahr und spätestens acht Monate vor Ablauf der Amtszeit? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Betriebsleiter wird vom Kreisausschuss bestimmt. Zeitliche Befristungen sind nicht vorgesehen.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
Trifft nicht zu, da anderes Anstellungsverhältnis.
Odenwald Tourismus GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Unbefristeter Anstellungsvertrag.
InA gGmbH
Bisher noch nicht vorgekommen.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,
Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein, mindestens 1 Jahr vor Ablauf muss Entscheidung über Verlängerung erfolgen.
Keine Angaben machten:
Kurgesellschaft Bad König GmbH
- B.1.d. Erfolgt Neuabschlüsse und Verlängerungen von Anstellungsverträgen nur, wenn das jeweilige Geschäftsleitungsmitglied der Veröffentlichung seiner Bezüge zustimmte und dies vertraglich fixiert wurde? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Der Betriebsleiter wird vom Kreisausschuss bestimmt. Zeitliche Befristungen sind nicht vorgesehen.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
Trifft nicht zu, da anderes Anstellungsverhältnis.

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,
Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH

Seit 2006 erfolgten keine Neuabschlüsse für
Geschäftsleitungsmitglieder. Die Prokuristen sind unbefristet bestellt.
Bei der Verlängerung des Geschäftsführervertrages wurde eine
Veröffentlichung der Bezüge nicht vereinbart.

Keine Angaben machten:

Kurgesellschaft Bad König GmbH

Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

B.2. Aufgaben und Zuständigkeiten

- B.2.a. Hat die Geschäftsleitung bei ihren Entscheidungen die Beschlüsse der jeweiligen Anteilseigner einbezogen? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Keine weiteren Anteilseigner
- B.2.b. Hat die Geschäftsleitung die Ziele der jeweils gültigen Strategien des Odenwaldkreises verfolgt? ✓
- B.2.c. Hat sich die Geschäftsleitung bei der Berichtspflicht im Inhalt und Turnus bei allen Rechtsformen nach §90 AktG gerichtet? (Diese umfasst Planung, Jahresabschluss, Quartalsbericht und Berichte über unterjährige Geschäfte von wesentlicher Bedeutung.) (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Betriebsleitung hat sich an die Vorgaben des Eigenbetriebsgesetzes und die Eigenbetriebssatzung zu halten. Die Wirtschaftsplanung ist Bestandteil des Haushaltsplanes des Kreises.
- B.2.d. Hat die Geschäftsleitung dem Beteiligungsmanagement nach Verabschiedung in den Gremien ihre Fünfjahresplanung zur Verfügung gestellt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Betriebsleitung hat sich an die Vorgaben des Eigenbetriebsgesetzes und die Eigenbetriebssatzung zu halten. Die Wirtschaftsplanung ist Bestandteil des Haushaltsplanes des Kreises.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Aufgrund der Betriebsgröße erfolgt die Planung/Abstimmung informell hausintern mit der GZO-Geschäftsführung.
Odenwald Tourismus GmbH
Geschäftsbedingt wird mit 3-Jahresplan gearbeitet.
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
Wird künftig beachtet.
InA gGmbH
Es gibt keine 5-Jahresplanung.

Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.2.e. Wurde das erste Planjahr quartalsscharf unterteilt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, InA gGmbH, Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG, Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Nein, das erste Planjahr wurde nicht quartalsscharf unterteilt.
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.f. Hat die Geschäftsleitung für ein angemessenes Risikomanagement gesorgt (entsprechend AktG) und regelmäßig das Aufsichtsgremium darüber informiert? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Betriebskommission wird anlassbezogen informiert.
InA gGmbH
Ein Risikofrüherkennungssystem ist derzeit nicht eingerichtet, einzelne Maßnahmen zur Überwachung sind implementiert. Siehe hierzu auch den Bericht des Wirtschaftsprüfers zum Jahresabschluss 2016
- B.2.g. Hat die Geschäftsleitung dem Beteiligungsmanagement rechtzeitig vor Vollzug geplanter Veränderungen gem. §51 Ziffer 11 und 12 HGO (Errichtung, Erweiterung, Übernahme und Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie Beteiligung an diesen, Umwandlung der Rechtsform) Informationen zur Prüfung vorgelegt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, InA gGmbH
Bis dato nicht relevant.
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Dies regelt beim Eigenbetrieb die Betriebssatzung (§ 8 Genehmigung von Geschäften) die sich weitgehend am Eigenbetriebsgesetz (§ 3 Vertretung des Eigenbetriebs) orientiert, über die Änderung müssten die Kreisgremien (Kreisausschuss und Kreistag) entscheiden, da der Eigenbetrieb ein unselbständiges Sondervermögen darstellt.
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.h. Hat die Geschäftsleitung dafür Sorge getragen, dass die Vorgaben der HGO beachtet werden und die Beteiligungsrichtlinien des Odenwaldkreises Anwendung finden? ✓

- B.2.i. Hat die Geschäftsleitung dem Beteiligungsmanagement unverzüglich Änderungen oder Ergänzungen bei den Stammdaten, Organen, Beteiligungen, Finanzdaten, gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen oder Verträgen, steuerlichen Verhältnissen sowie Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz der drei letzten Geschäftsjahre mitgeteilt bzw. vorgelegt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
 Bilanzen und Jahresabschlüsse sind erst in der Erstellung, voraussichtlich in 2020 fristgerechte Vorlage.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
 Bislang keine Änderungen oder Ergänzungen bei den genannten Punkten.
- B.2.j. Hat die Geschäftsleitung folgende Unterlagen / Informationen dem Beteiligungsmanagement zur Verfügung gestellt?
- B.2.j.1. Trendplanung bis Mitte Dezember für das Folgejahr, 5-Jahres-Planung zu Jahresergebnis und Bilanzsumme, (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
 Aufgrund der Betriebsgröße erfolgt die Planung/Abstimmung informell hausintern mit der GZO-Geschäftsführung.
Odenwald Tourismus GmbH
 Geschäftsbedingt wird mit 3-Jahresplan gearbeitet.
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
 Wird künftig beachtet.
InA gGmbH
 Der Wirtschaftsplan sowie die Quartalsberichte werden vorgelegt.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
 Die Geschäftsleitung stellt dem Beteiligungsmanagement nach dem Beschluss des ‚Aufsichtsrates (i.d.R. Ende November) den Wirtschaftsplan für das Folgejahr und eine 5-Jahres-Planung zur Verfügung. Eine 5-Jahres-Planung zu Jahresergebnis und Bilanzsumme ist explizit im Gesellschaftervertrag nicht vorgesehen.
 Keine Angaben machten:
 Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.2.j.2. einen aussagekräftigen Quartalsbericht, bis 6 Wochen nach Ablauf jedes Quartals, (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
 Aufgrund der Betriebsgröße erfolgt die Planung/Abstimmung informell hausintern mit der GZO-Geschäftsführung.
 Keine Angaben machten:
 Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.2.j.3. den Jahresabschluss bis 30. Juni des Folgejahres. (Sollte kein testierter Jahresabschluss vorliegen, sind vorläufige Zahlen zu liefern.) (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Der Eigenbetrieb ist bestrebt, den gesetzlichen Vorgaben des EigBGes. zu entsprechen.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
 Bilanzen und Jahresabschlüsse sind erst in der Erstellung, voraussichtlich in 2020 fristgerechte Vorlage.
 Keine Angaben machten:
 Kurgesellschaft Bad König GmbH
- B.2.j.4. die vorläufigen Protokolle der Sitzung des Aufsichtsgremiums binnen drei Wochen nach Sitzungsdatum und (falls sich Änderungen ergeben haben) binnen zwei Wochen nach erfolgtem Beschluss über die jeweiligen Protokolle. (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Zeiten werden, wenn möglich, eingehalten, Protokolle werden verschickt. I.d.R. spätestens mit der Einladung zur nächsten Sitzung.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
 Aufgrund der Betriebsgröße erfolgt die Planung/Abstimmung informell hausintern mit der GZO-Geschäftsführung.
- B.3. Interessenkonflikte**
- B.3.a. Haben Geschäftsleitungsmitglieder Interessenkonflikte unverzüglich gegenüber dem Aufsichtsgremium offengelegt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
 Das ist bisher noch nicht vorgekommen.
 Keine Angaben machten:
 Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.3.b. Haben Geschäftsleitungsmitglieder Entgeltliche Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens, nur mit Zustimmung des Aufsichtsgremiums übernommen? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH, InA gGmbH, Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
 Es lagen keine der genannten Interessenskonflikte vor.
- B.3.c. Haben Geschäftsleitungsmitglieder die Wahrnehmung von Ehrenämtern oder sonstigen Nebentätigkeiten, die nicht vergütet werden, gegenüber dem Aufsichtsgremium offengelegt? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
 Es gab bisher kein Handlungsbedarf.

Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.3.d. Haben Geschäftsleitungsmitglieder (dergleichen auch nahestehende Personen oder Unternehmen des Geschäftsleitungsmitgliedes) keine Geschäfte mit der Beteiligung bzw. einem verbundenen Unternehmen abgeschlossen bzw. fortgesetzt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
InA gGmbH
Es gab bisher kein Handlungsbedarf.

B.4. Vergütung

- B.4.a. Sind im Anstellungsvertrag die vom zuständigen Organ definierten Eckpunkte für die Entlohnung der Geschäftsleitung festgelegt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Die Vergütung des Betriebsleiters richtet sich TVöD! Es gibt derzeit keine gesonderte Vergütungsvereinbarung.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
Trifft nicht zu, keine Vergütungen.

- B.4.b. Hat die Vergütung der Geschäftsleitung neben fixen auch variable Vergütungsbestandteile mit einer entsprechenden schriftlichen Zielvereinbarung, die möglichst messbare Ziele enthält? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Es gibt keine variablen Vergütungsbestandteile (TVöD).
InA gGmbH, Odenwald Tourismus GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Ist im Vertrag nicht vorgesehen.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
Trifft nicht zu, keine Vergütungen.
Keine Angaben machten:
Kurgesellschaft Bad König GmbH
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.4.c. Enthalten diese Zielvereinbarungen auch Ziele im Sinne der Strategie des Odenwaldkreises? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Entfällt
Odenwald Tourismus GmbH PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Im Vertrag nicht vorgesehen.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Die Zielvereinbarungen enthalten nur GZO-Ziele.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
Trifft nicht zu, keine Vergütungen.
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

B.4.d. Sieht die Vergütungsvereinbarung vor, dass die Bezüge herabgesetzt werden können, wenn die Weitergewährung nach Lage der Gesellschaft unbillig wäre? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Entfällt
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, InA gGmbH, Odenwald Tourismus GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
 Im Vertrag nicht vorgesehen.
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
 Trifft nicht zu, keine Vergütungen.
Odenwald Regional-Gesellschaft mbH, Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, Odenwald Service und Verwaltungs GmbH, Windpark Hainhaus GmbH & Co.KG
 Wird bei künftigen Verträgen berücksichtigt.
 Keine Angaben machten:
 Kurgesellschaft Bad König GmbH
 Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

B.4.e. Sind Einzelbezüge der Mitglieder der Geschäftsleitung (Gesamtjahresbrutto aus Sicht der Gesellschaft) im Jahresabschluss und Beteiligungsbericht ausgewiesen? (✓)
 Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
 Entfällt
Berufliches Schulzentrum Odenwaldkreis AöR
 Trifft nicht zu, keine Vergütungen.
InA gGmbH
 Wird ab 2019 beachtet.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
 Nein.
 Keine Angaben machten:
 Kurgesellschaft Bad König GmbH
 PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

B.5. Führung

B.5.a. Hat die Geschäftsleitung jedem Beschäftigten die Unternehmensziele vermittelt? ✓

B.5.b. Hat die Geschäftsleitung klare und messbare operative Zielvorgaben zur Umsetzung und Realisierung des Unternehmensgegenstandes für die Beschäftigten des Unternehmens und der Tochter- oder weiter nachgelagerten Beteiligungsgesellschaften definiert? ✓
 Keine Angaben machten:
 Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.5.c. Hat die Geschäftsleitung die Zusammenarbeit mit den Beteiligungen des Odenwaldkreises gefördert, um gemeinsame Synergien zu nutzen? ✓
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.5.d. Hat die Geschäftsleitung ein betriebliches Vorschlagswesen eingerichtet und über das Ergebnis im Aufsichtsgremium berichtet? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.
Odenwald Tourismus GmbH
Es finden regelmäßig Teambesprechungen statt, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Vorschläge unterbreiten. Diese werden nach gemeinsamer Besprechung umgesetzt oder verworfen.
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Entfällt
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH
Geplant.
Keine Angaben machten:
Kurgesellschaft Bad König GmbH
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.5.e. Hat die Geschäftsleitung eine gute Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmervvertretung zum Wohle des Unternehmens und der Beschäftigten praktiziert? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.
Odenwald Tourismus GmbH
Keine Arbeitnehmervvertretung vorhanden.
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
- B.5.f. Hat die Geschäftsleitung eine Antikorruptionsrichtlinie erstellt? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis
Es werden weitestgehend die Regelungen für die Kreisverwaltung angewendet.
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Wir wenden den gemeinsamen Standpunkt zwischen Industrie und Krankenhaus an.
Keine Angaben machten:
Kurgesellschaft Bad König GmbH
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.5.g. Hat die Geschäftsleitung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch geeignete Maßnahmen wie Gleitzeitregelungen od. Teilzeitbeschäftigungen und geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten gefördert? ✓
- B.5.h. Hat die Geschäftsleitung darauf hingewirkt, dass bei allen Planungen und Projekten die Rechte von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden und der Behindertenbeauftragte als Träger öffentlicher Belange systematisch eingebunden wurde? ✓
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.5.i. Hat die Geschäftsleitung die Gesundheit der Beschäftigten gefördert und für einen gesunden Lebensstil sensibilisiert? ✓
- B.5.j. Trägt die Geschäftsleitung Sorge für einen effizienten und umweltgerechten Umgang mit natürlichen Ressourcen? ✓
- B.5.k. Trägt die Geschäftsleitung Sorge, dass das AGG umgesetzt wird? ✓
- B.6. Rechnungslegung und Abschlussprüfung**
- B.6.a. Hat die Aufstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erfolgt, oder liegt eine Ausnahmegenehmigung des RP Darmstadt vor? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Die PhysioZentrum Odenwaldkreis ist keine große Kapitalgesellschaft.
- B.6.b. Haben die Anteilseigner unabhängig vom Grad und Höhe der Beteiligung die Rechte nach §§ 53 und 54 HGrG zugunsten des Odenwaldkreises in den Satzungen bzw. Gesellschaftsverträgen verankert? (✓)
Eine Abweichung wird wie folgt begründet:
Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH
Trifft nicht zu.
InA gGmbH
Es gibt neben dem Odenwaldkreis keine weiteren Anteilseigner.
Keine Angaben machten:
Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH
- B.6.c. Nur für Personen- und Kapitalgesellschaften: (✓)
Erfolgte die Feststellung des Jahresabschlusses innerhalb der ersten 8 Monate?
Nur für Eigenbetriebe und Zweckverbände:
Erfolgte die Feststellung des Jahresabschlusses innerhalb von 1 Jahr?

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis

Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgte leider nicht in der gesetzlichen Frist. Bis Ende 2020 ist vorgesehen, die Fristen einzuhalten.

- B.6.d. Hat das Aufsichtsgremium Schwerpunkte für die Abschlussprüfung festgelegt? (✓)

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis, Ina gGmbH

Nein, es wurden keine Schwerpunkte für die Abschlussprüfung festgelegt.

Odenwald Tourismus GmbH

Wird künftig beachtet.

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,

Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH

PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat mit dem Wirtschaftsprüfer Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt.

Keine Angaben machten:

Kurgesellschaft Bad König GmbH

Odenwälder Wasser und Abwasser-Service GmbH

- B.6.e. Erfolgt nach maximal 5 Jahren ein Wechsel der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (nicht nur des Prüfungsteams)? (✓)

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis gegen zu den

Für den Jahresabschluss 2016 – 2018 wurde im Gegensatz zu den Vorjahren eine andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestellt.

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,

Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH

Nein, kein Wechsel gemäß AR-Beschluss vom 05.10.2016.

PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

Prüferwechsel analog GZO-Prüferwechsel.

- B.6.f. Werden bei einem Wechsel der Prüfungsgesellschaft zur Auswahl der neuen Prüfungsgesellschaft mindestens 5 geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert? (✓)

Eine Abweichung wird wie folgt begründet:

Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis

Besondere Gegebenheiten als „Eigenbetrieb“ (teilweise Anwendung, kommunalrechtlicher Vorschriften, aber auch des HGB, etc.); es gibt u.E. deshalb nur wenige geeignete Unternehmen, die eine Wirtschaftsprüfung durchführen können.

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, MedInvest GmbH,

Medizinisches Versorgungszentrum Odenwaldkreis GmbH,

PhysioZentrum Odenwaldkreis GmbH

Nein, kein Wechsel gemäß AR-Beschluss vom 05.10.2016.